



USA 9,95 DM
UK 4,95 DM
FR 4,95 DM
GERMANY 5,00 DM
ITALY 4,95 DM
JAPAN 10,00 DM
NETHERLANDS 4,95 DM
POLAND 4,95 DM
RUSSIA 4,95 DM
SPAIN 4,95 DM
SWITZERLAND 4,95 DM
TURKEY 4,95 DM
USSR 4,95 DM
WEST GERMANY 5,00 DM
YUGOSLAVIA 4,95 DM



MEPHISTO GOETHE

Weltbürger / Dichter / Bürokrat

Werbeseite

Werbeseite

Hausmitteilung

16. August 1999

Betr.: Titelbild, Kosovo, Rumänien

Dass im Dichter der Deutschen („Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust“) nicht nur der Faust, sondern auch Mephisto schlummert – darüber klärte sein Nachfahr Thomas Mann die Nation schon vor 50 Jahren auf. Aber wie das nun, zum



Titel-Vorbild Herzog, Goethe-Porträt

250. Geburtstag Goethes, (titel-)bildlich darstellen? Hilfe kam von einem Manne, der kaum Mephistophelisches hat – von Roman Herzog. Zur Weiberfastnacht 1999 hatte der Bundespräsident den Teufel gegeben, und an diese Szene erinnerte sich Thomas Bonnie, 57, beim SPIEGEL für das Titelbild verantwortlich. Er schickte das Foto des närrischen Präsidenten nach Santa Fe, wo Braldt Bralds, 48, dem Holbein-Gemälde Goethes Hörner aufsetzte. Der holländische Illustrator produziert mit schöner Regelmäßigkeit Titelbilder

für „Time“, für „Newsweek“ und auch für den SPIEGEL (Ché Guevara, 38/1996). Im nächsten Heft wird SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein den politischen und privaten Dichturfürsten Goethe würdigen.

Als SPIEGEL-Redakteurin Andrea Stuppe, 30, und Fotograf Knut Müller, 47, im Kosovo eintrafen, durften sie offiziell nicht mal wissen, wen sie wo suchten. Den Aufenthaltsort der deutschen Kripo-Beamten, die für das Haager Kriegsverbrechertribunal Massengräber untersuchen und Kriegsverbrechen ermitteln, möchte das Bundeskriminalamt (BKA) geheim halten, die Namen der Männer und Frauen sowieso. Die beiden trafen auf eine professionelle, motivierte Truppe, die ihnen – nach anfänglicher Zurückhaltung – auch Persönliches über die psychologischen Belastungen im Einsatz erzählte. Spontan boten die Kripo-Beamten sogar an, mit einem ihrer Laptops auszuhelfen, als die SPIEGEL-Leute einmal kurzzeitig einen zusätzlichen Computer brauchten. Die großzügige Offerte mussten sie allerdings sogleich zurückziehen – auf dem Gerät waren geheime BKA-Daten gespeichert. Um die Beamten zu schützen, sind ihre Namen – ausnahmsweise – abgekürzt und ihre Gesichter auf den Fotos unkenntlich gemacht (Seite 140).



Stuppe (r.), BKA-Beamte

Die endlosen Gänge und Zimmerfluchten von Nicolae Ceaușescus Villa in Bukarest kennt SPIEGEL-Reporter Walter Mayr, 39, aus nächster Nähe. Im Februar konnte er die Hinterlassenschaft des 1989 hingerichteten rumänischen Herrschers und seiner Gattin Elena erstmals besichtigen: Regale über Regale, voll mit Anzügen, Kleidern, Pelzmänteln; dazu ausgestopfte Tiere, Nippes, Heimkino. Als vorige Woche die ersten Stücke aus dem Nachlass versteigert wurden, sah Mayr, wie der Enkel des rumänischen Königs Carol II. das Angebot prüfte und Rumänen kichernd in die alten Anzüge ihres einstigen Unterdrückers schlüpfen. Bei einem Abstecher zum Grab der Ceaușescus allerdings wurde Mayr zu viel Tuchfühlung zum untergegangenen System zugetraut. Ein Militärpolizist trat auf ihn zu und fragte: „Sind Sie Valentin Ceaușescu?“ – der letzte lebende Sohn des Diktators. Mayr verneinte und verschwand.

Werbeseite

Werbeseite

Titel

Goethe als Vorbild der Deutschen – und als Zyniker 178
 Neuerscheinungen zum Jubiläum des Klassikers 187
 Interview mit dem Biografen Nicholas Boyle über das aktuelle Bild vom Dichter 188

Deutschland

Panorama: Bergwerkstollen für Giftmüll / Bayerisches Justizministerium stoppt Staatsanwälte 17
Regierung: Ein Sommer des Missvergnügens für Kanzler Schröder 22
SPD: Was will, was macht Oskar Lafontaine? ... 24
Prozesse: Interview mit Bodo Hombach über das Gerichtsurteil zu seinem Hausbau ... 26
Spionage: BKA fasst russische Agenten 27
 Wie der Verfassungsschutz Moskaus Botschaft in Berlin ausspähte 28
Korruption: Versicherungsaffäre verunsichert die Baubranche 32
 Ein Großprojekt unter Amigo-Verdacht 33
Sonnenfinsternis: Deutschland im Eklipsen-Taumel 34
Gesundheit: Skandal um Hepatitis-C-verseuchtes Blut 36
Affären: Ex-Flick-Manager von Brauchitsch verbreitet in seiner Autobiografie kühne Thesen über den Parteispenden-Skandal 42
 Vorabdruck aus dem neuen Brauchitsch-Buch „Der Preis des Schweigens“ 44
Unversitäten: Eine 68er-Galionsfigur bringt die Studenten gegen sich auf 48
Parteien: Schlechte PDS-Bilanz in Schwerin und Magdeburg 56
Polizei: Ermittlungen gegen Berliner Beamte wegen unterlassener Hilfeleistung 60

Spiegel des 20. Jahrhunderts

Das Jahrhundert des Faschismus: Kurt Sontheimer über die Weimarer Republik und ihr Scheitern 63

Wirtschaft

Trends: Die Kabel-Pläne der Deutschen Bank / Streit um VW-Strategie / Michael Jackson drängt ins Filmgeschäft 77
Geld: Börsen-Rallye in Asien? / Enttäuschende Pharma-Aktien 79
Verbraucher: Die Deutschen – ein Volk von Schnäppchenjägern 80
 Stromkonzerne locken mit niedrigen Tarifen ... 82
Bayern: Geheimer Rechnungshofbericht bringt Regierung in Bedrängnis 85
Weltfinanzen: SPIEGEL-Gespräch mit US-Ökonom Paul Krugman über die Gefahr eines Crashes 86
Autoindustrie: Opel schön die Bilanz 94
Börse: Wie Artnet Millionäre macht 95

Medien

Trends: Comedy-Star Schröder / Springer-TV fordert neue Sendeplätze 97
Fernsehen: „Bravo TV“-Moderator geschasst / Buch-Huldigung für Dokumentarfilmer Georg Stefan Troller 98
 Vorschau 99
Online-Journalismus: Gefahr für Tageszeitungen 100
TV-Serien: Die wüsten „South Park“-Zeichentrickhelden im deutschen Fernsehen .. 104
 Interview mit den „South Park“-Machern Trey Parker und Matt Stone 105

Mehr Lafontaine, weniger Schröder?

Seiten 22, 24



Urlauber Schröder, Ehefrau Doris

Erst Peter Struck, dann einige SPD-Ministerpräsidenten, jetzt die Gewerkschafter: Die Debatte um das richtige Steuersystem und soziale Gerechtigkeit unter Sparzwang spaltet die SPD und bremst den Reform-Elan des Kanzlers. Die September-Landtagswahlen sind schon so gut wie verloren. Die sozialdemokratischen Traditionsbataillone hätten am liebsten mehr Lafontaine, weniger Schröder. Um den Polit-Pensionär ranken sich indes allerlei Gerüchte: Rechnet er in seinem Buch heftig mit dem Kanzler ab, bereitet er sein Comeback vor?

Potenzschwäche oder Doping

Seite 114

Mit einem ungewöhnlichen Geständnis kontert der Telekom-Radprofi Christian Henn den Vorwurf, gedopt zu haben. Die Kontrolleure hätten ihn mit einem überhöhten Testosteronwert erwischt, weil er, um mit seiner Frau ein zweites Kind zeugen zu können, in der Nacht zuvor ein italienisches Wundermittel benutzt habe. In einem Verfahren vor dem Sportgericht des Bundes Deutscher Radfahrer werden Gutachter entscheiden müssen, ob Henns Einlassung ihn vor einer Verurteilung wegen Dopings schützt.



Telekom-Fahrer Henn (3. v. r.), Teamkollegen



Russische Botschaft in Berlin

Wie im Kalten Krieg

Seiten 27, 28

Zwei Agenten-Affären wie aus vergangenen Zeiten belasten das deutsch-russische Verhältnis: Im Berliner Haus der SPD-Bundestagsfraktion wurde ein Spitzel-Nest entdeckt, von dem aus die russische Botschaft gegenüber observiert wurde. Schade eigentlich, denn gerade wollten West-Politiker in Moskau protestieren, weil Ost-Spitzel deutsche Raketentechnik ausspähten.

Goldene Zeiten für König Kunde

Seiten 80, 82

Im Einzelhandel tobt eine beispiellose Preisschlacht, beim Strom gehen die ersten Billiganbieter an den Start, Telefonieren ist so günstig wie nie: König Kunde profitiert vom erbitterten Wettbewerb der Konzerne. Zudem wird das Internet in Zukunft Preiserhöhungen erschweren. Das Netz schafft totale Transparenz, mit einem Mausclick lassen sich die besten Angebote finden.

Lebensmittel-Discounter



P. LANGROCK / ZENIT



Russischer Schütze im Kampf gegen moslemische Rebellen in Dagestan

Ein Deutschlandkenner an Russlands Spitze S. 124

Zu seinem sechsten Regierungschef berief Präsident Jelzin wieder einen Mann aus dem Spionage-Milieu: Wladimir Putin, 46, leitete zuvor Russlands Staatssicherheitsdienst. Für das KGB hatte Putin, der fließend Deutsch spricht, jahrelang von Dresden aus die Bundesrepublik beobachtet. Von Hamburger Bekannten bekommt er beste Noten: „Sehr schnell im Kopf.“ Als erstes schlägt Putin jetzt die islamische Rebellion im Kaukasus nieder. Nächstes Jahr möchte er Jelzins Nachfolge antreten.

Im Netz der Nachrichtenjäger Seite 100



„Wired News“-Mann Glave

Sie brauchen keine Druckereien, keinen teuren Vertrieb und keine Austräger – Web-Magazine drohen die gute alte Tageszeitung an den Rand der Informationsgesellschaft zu drängen. Die Macher sind jung, ihr Medium rasant. „Unsere Nachrichten verbreiten sich so schnell wie das Licht“, sagt James Glave, Nachrichtenchef des Internet-Magazins „Wired News“. Nur zwei Dinge fehlen den meisten Neulingen bislang: Gewinne und Glaubwürdigkeit.

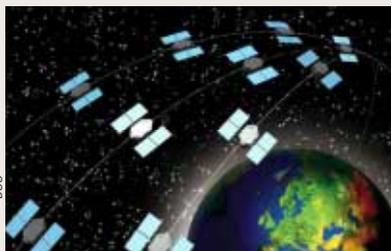
Streit um ein Stück Männerhaut Seite 162

Wie sinnvoll ist die Beschneidung junger Männer? Gibt es ein „Menschenrecht auf eine Vorhaut“? Mit missionarischem Eifer streiten Mediziner, Schwule und Selbsthilfegruppen in den USA um die wahrscheinlich älteste Operation der Welt.

Fahren per Satellit Seite 154

Busse, Bahnen und Autos werden aus dem Weltall überwacht – die Europäer wollen ein eigenes Satelliten-Navigationssystem aufbauen. Die Amerikaner haben schon eines und möchten die Konkurrenz abwehren.

Satelliten im All



Gesellschaft

Szene: Mode-Comeback des Seidentuchs / Frisur-Beratung im Internet	109
Kindesmissbrauch: Pädophilie unterwandern Hilfsorganisationen	110
Monarchen: Der schwarze Weinkönig	113

Sport

Radsport: Positive Dopingprobe bei Telekom-Profi Christian Henn.....	114
Gegendarstellung von Jan Ullrich	116
Leichtathletik: Interview mit US-Sprinttrainer John Smith über seine umstrittenen Methoden	118

Ausland

Panorama: Indien demütigt Pakistan / Saddam Husseins Irreführung der Rüstungskontrolleure	121
Russland: Jelzins neuer Kronprinz	124
Japan: Militärische und moralische Wiederaufrüstung.....	128
Holocaust: Interview mit dem israelischen Historiker Jehuda Bauer über die Eichmann-Memoiren	130
Notizen eines Massenmörders.....	130
Spanien: Tauziehen um Pinochet	132
Rumänien: Der Verkauf der Ceausescu-Sammlung.....	134
Kosovo: Albanische Extremisten gefährden die Friedensmission	136
Horrorjob für deutsche Polizisten	140
Chaos bei den Helfern	144
Polen: Wallfahrt zur Schwarzen Madonna	148

Wissenschaft + Technik

Prisma: Affen das Sprechen beigebracht? / Neue Spuren der Ur-Amerikaner	151
Prisma Computer: Repressionen gegen Internet-Surfer / Mini-Recorder in Stift-Format	152
Satelliten: Die Europäer wollen den Amerikanern Konkurrenz machen	154
Männer: Glaubenskrieg um die Beschneidung	162
Medizin: Raissa Gorbatschows Kampf gegen die Leukämie	168
Umwelt: Eskimos und Eisbären durch Industriegifte verseucht	170
Atom: Erdbestattung des größten stillgelegten US-Reaktors	173

Kultur

Szene: Bruce Chatwin als Fotograf / Die Körperkunst von Paloma Navares	175
Kino: Der Sensationserfolg des US-Horrorfilms „The Blair Witch Project“	190
Musik: Wie ein Harvard-Professor verschollene Noten-Schätze in Kiew aufspürte	193
Poggeschäft: SPIEGEL-Gespräch mit Universal-Musikchef Tim Renner über die Krise der Plattenindustrie.....	194
Festspiele: Spektakel um Eismensch „Ötzi“ in Salzburg	197
Autoren: Marcel Reich-Ranickis Memoiren (2).....	198
Bestseller	202
Nachruf: Ignatz Bubis.....	203

Briefe	8
Impressum	14, 204
Leserservice	204
Chronik	205
Register	206
Personalien	208
Hohlspiegel/Rückspiegel	210



SPiegel-Titel 31/1999

„Ich würde gern wissen, was hier in Deutschland los wäre, wenn auf einmal 70 000 Engländer sich auf Sylt oder am Chiemsee einkaufen würden. Mallorca ist nicht ‚Deutschland mit Sonnengarantie‘, sondern ein Teil Spaniens mit eigener Kultur und Würde!“

Dr. Antonio Mesquida Küsters aus Ottobrunn (Bayern) zum Titel „Wem gehört Mallorca?“

Die Geister, die ich rief ...

Nr. 31/1999, Titel: Wem gehört Mallorca?

Ihre Titel-Karikatur auf Joe Rosenthals Foto – 1945 auf der Pazifik-Insel Iwo Jima aufgenommen – wird dem Ursprungsfoto, den Umständen, unter denen es aufgenommen wurde, und besonders Rosenthal selbst nicht gerecht. Die vier Marines hatten mit ihrer Truppe nach heftigen Kämpfen (6800 Soldaten starben) die Insel erobert. Rosenthal hatte einen sehr blutigen Krieg zu illustrieren. Soweit ich es beurteilen kann, sind die Deutschen auf Mallorca noch nicht unter feindlichem Beschuss.



Iwo-Jima-Foto (1945) SCHOENAICH H. J. ERB

Da jeder Südländer innerhalb oder auch außerhalb dieser EU ein warmes Arbeitsplätzchen im Norden beanspruchen darf, warum sollen es Nordeuropäer, ohne anderen Arbeit wegzunehmen, im Süden nicht auch? Dass es dabei zu Problemen kommt, ist ganz allein die Schuld der Mallorquiner selbst. Nicht durch Rassenschranken und diskriminierende Aussagen, sondern allein durch restriktives Baurecht und weniger Geldgier wäre das alles zu lösen.

FRANKFURT AM MAIN PETER ZINGLER

Als Fernsehjournalist habe ich dutzendfach auf Mallorca gedreht. Ressentiments gegenüber Deutschen sind mir nicht begegnet. Nicht nur Promis halten sich vom Ballermann fern, auch das Gros der deutschen Urlauber! Die Frage, weshalb immer mehr Deutsche auf Mallorca Urlaub machen, ist nicht mit der deutschen Infrastruktur dort beantwortet. Man bekommt schließlich eine Woche Mallorca für den gleichen Preis, den man auf einer Nordseeinsel für Fähre, Kurtaxe und Inselzuschlag auf Produkte des täglichen Bedarfs hinlegen muss.

NECKARGEMÜND MICHAEL LINDENAU

Der Hass der Einheimischen richtet sich nicht gegen die fettleibige, sonnenverbrannte, grölende Germanenhorde der Mittelschicht, denn ihr haben sie die ausgebuchten Hotels und gefüllten Bars zu verdanken! Es sind die reichen und dem gemeinen Barbaren zahlreich unterlegenen „Obergermanen“, Besitzer einsam gelegener Villen an sauberen Sandstränden, die sich die Einheimischen zu Feinden gemacht haben, indem sie ihre Anwesen durch Mauern abschotten, nicht bereit sind, sich anzupassen, mit ihrem Reichtum protzen und die hart arbeitende Bevölkerung durch dieses Verhalten demütigen.

CALA BONA (MALLORCA) KAI E. PAPE

Ihre differenzierte Berichterstattung reflektiert die auf Mallorca vorherrschenden Sentiments und Ressentiments. Gleichwohl wird gern übersehen, dass Mallorca eine keineswegs einzigartige Erfahrung durchlebt. Von Cannes bis London sind die attraktivsten Gegenden den zahlungskräftigeren Ausländern zugefallen. Weniger durchsetzen konnten sich diese heterogenen Gruppen nur in der Forderung nach heimischen Produkten und Dienstleistungen.

SANTA PONÇA (MALLORCA) SASSAN MIKHTCHI

Auch nach 13 Jahren harter Arbeit auf Mallorca habe ich es lediglich auf 17 Verkaufsbüros (und eines auf Ibiza) gebracht. An den mir zugeschriebenen 100 Büros werde ich im nächsten Jahrtausend weiterarbeiten. An der Firma La Isla Development des Konzertveranstalters Peter Schwenkow bin ich seit langem nicht mehr beteiligt.

PALMA DE MALLORCA MATTHIAS KÜHN

Die dargestellte „Ausverkaufsstimmung“ erscheint mir nicht ganz gerecht. Oft sind die gekauften Häuser und Grundstücke nicht der „6-köpfigen Arbeiterfamilie“ vorenthalten oder verteuert worden. Im Gegenteil werden Objekte, wie sie von jeher (oft mit Förderung durch den spanischen Staat) für Einheimische gebaut werden, aufgrund ihrer Lage von Ausländern wenig beachtet.

JESUS (IBIZA) H.-W. SCHLOTZHAUER

Kein Ausländer kann einem Mallorquiner etwas wegnehmen, sondern höchstens zu meist stark überhöhten Preisen abkaufen, wenn der Mallorquiner verkaufswillig ist. Dass das in den letzten Jahren die Immobilienpreise sehr stark erhöht hat, stimmt. Aber dass sich nun die einheimische Jugend keine Häuser mehr erlauben kann, entspricht keineswegs den Tatsachen. Der Jugend geht es heute – dank Vollbeschäftigung und ziemlich hohen Einkünften – besser als jemals zuvor.

FONT DE SA CALA (MALLORCA) H. P. BERCHTOLD

Nun stellen die Bewohner dieser Insel also fest, dass die Tourismusindustrie nicht nur Arbeitsplätze, Umsatz und Profite schafft, sondern auch die Landschaft zersiedelt, die Umwelt zerstört und die eigene Kultur verdrängt. Frei nach Goethes Zauberlehrling: „Herr, die Not war groß, die Geister, die ich rief, werd' ich jetzt nicht los!“

MERZENICH (NORDRH.-WESTF.) STEPHAN ERVEN



„Ballermann 6“-Touristen auf Mallorca
Gros der deutschen Urlauber hält sich fern

Dass Einwanderer die Landessprache nicht beherrschen, sich eigentlich nicht integrieren wollen und sich eine komplette eigene Infrastruktur aufbauen, ist für uns hier in Deutschland längst schon akzeptierte Rea-



Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL VOM 18. August 1949
Wahlen zum Ersten Bundestag 246 Abgeordnete gegen Sozialisierung, 146 dafür. **In der Türkei erwacht das religiöse Leben zu neuer Blüte** Aber die Religion soll ihre beherrschende Rolle im Staate nicht wieder zurückerhalten. **Hemingways Leben wird verfilmt** Über ihn wird nicht viel weniger geschrieben, als er selbst geschrieben hat. **Wird das Turiner Grabtuch zur größten Reliquie der katholischen Christenheit?** Noch hat sich der Vatikan nicht für seine Echtheit ausgesprochen. **Carl Orffs „Antigone“ in Salzburg uraufgeführt** Kühner Klangexperimentator.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter <http://www.spiegel.de>

Titel: Der Schriftsteller Ernest Hemingway

Werbeseite

Werbeseite



H. SCHWARZBACH / ARGUS

auch hier der problematische Umgang im Hier und Jetzt als Hauptfokus der Behandlung, und die Analyse von schwarzen Gedanken und Zirkelschlüssen gehört selbstverständlich dazu. So effektiv, wie zudem die Wirksamkeit der dritten Generation von Antidepressiva von Ihnen dargestellt wird, ist sie bei weitem nicht. Die jüngste Meta-Analyse zeigt auf, dass sie nur gering über der Wirkung von Placebos liegt, dass aber die Nebenwirkungen nach wie vor nicht gänzlich erforscht sind, aber auch nicht unerheblich zu sein scheinen.

MÜNCHEN PROF. DR. W. MERTENS
LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT

Urlauber am Strand von El Arenal

Anspruch auf ein warmes Plätzchen?

lität. Warum gilt nun auf Mallorca nicht, was hier gilt? Sind die Mallorquiner vielleicht einfach nur weniger tolerant?

LANGENSELBOLD (HESSEN) ANDREAS POPPE

Ohne die hohe Kaufkraft der D-Mark wären die deutschen Touristen auf Mallorca mit Höflichkeit, aber bestimmt in die Grenzen gewiesen worden. So kommt es aber anders: Der hässliche Deutsche, der prassend und saufend den Mallorquinern nicht einmal einen Minderheitsstatus zubilligt, hat sich bereits zu Hause durch „Ausländer raus!“-Rufe bewährt. Was bleibt also den Bewohnern der Balearen übrig, als vor solchen teutonischen Ballermannern zu kapitulieren?

WÄCHTERSBACH (HESSEN) DR. THOMAS WEYRAUCH

Wenn Baugrundstücke in Mallorcas Toplage Port d'Andratx zwischen 6 und 12 Mark pro Quadratmeter kosten würden, wären wir längst Großgrundbesitzer. Durch die Redaktion „Bellevue“ ging eine leichte Schockwelle, als wir bei Ihnen die von uns erstellte Immobilienpreisstatistik mit diesen Preisangaben wiederfanden. Sie haben unsere in DM angegebenen Preise als Peseten-Angaben verstanden. Die wirklichen Preise sind circa 85-mal so hoch wie in Ihrer Statistik. In der Toplage Port d'Andratx muss man zwischen 500 und 1000 Mark für den Quadratmeter Grundstück bezahlen.

HAMBURG CLAUD-PETER HALLER
BELLEVUE VERLAG

Hilfreiche Selbsthilfegruppen

Nr. 31/1999, Medizin: Neue Behandlungsstrategien für Depressive

Auch wenn neuropsychologische Ergebnisse sicherstellen, dass die frühe Kindheit eine herausragende Bedeutung für die Affektregulierung hat, so zeichnen sich psychoanalytische Therapien mit Depressiven nicht durch Hingabe an düstere Erinnerungen aus, wie Sie behaupten. Vielmehr gilt

Mit Erschütterung habe ich Ihren Artikel gelesen. Vor zwei Monaten

starb mein Mann, der Sinologe Helmut Martin, in Folge einer schweren Depression (SPIEGEL 25, Register). Es trug sich zu, wie Sie es beschrieben haben: Der ihn behandelnde Psychiater hat die Schwere der Krankheit nicht erkannt. Er sprach im 2-Wochen-Takt jeweils 15 Minuten mit seinem Patienten und verschrieb ihm Antidepressiva, die der Patient jedoch aus Angst vor Nebenwirkungen nur teilweise einnahm. Trotz meines Hinweises auf diesen Umstand reagierte der Arzt nicht. Die Bitte, meinen Mann zur stationären Behandlung in die Psychiatrie einzuweisen, lehnte der Psychiater ab und überwies ihn stattdessen in die Naturheilkunde-Abteilung eines Krankenhauses, deren Chefarzt ein Gynäkologe, Internist und Arzt für Naturheilkunde war. Ich teilte dem Arzt mit, dass mein Mann stark suizidgefährdet sei. Er gab uns in der 5. Etage des Krankenhauses ein „kleines, aber sicheres Zimmer“, aus dessen Fenster sich mein Mann wenige Stunden später stürzte. Ein dritter Termin bei seinem Psychiater war nicht mehr nötig, der Patient war tot. Die Rechnung des Arztes kam 10 Tage nach dem Tod meines Mannes.

BOCHUM TIENCHI MARTIN-LIAO

Neben Medikamenten, Therapie, guten sozialen Kontakten und Arbeit ist der Besuch einer Selbsthilfegruppe sehr hilfreich, wo man im geschützten Rahmen über seine Befindlichkeit sprechen kann, sich mit der Krankheit nicht so allein fühlt, Verständnis erfährt und Erfahrungen austauschen kann.

SIEGEN ANNE LEISTNER

Deutlich gestiegene Kurse

Nr. 31/1999, Europa: Spekulationsaffäre in der Hausbank der EU-Kommission

Der Artikel berichtet über Vorwürfe eines Ex-Mitarbeiters der Bank, der im Februar dieses Jahres ausgeschieden ist und die Bank wegen Nicht-Beförderung verklagt

hat. Eine Entscheidung in diesem Verfahren ist demnächst zu erwarten. Die Bank hat niemals verschwiegen, dass der überraschende und starke Zinsanstieg 1994 zu entsprechenden Kursverlusten bei den von ihr zur Liquiditätssicherung gehaltenen Rentenwerten geführt hat. Alle anderen Banken hatten damals ebenfalls solche Verluste erlitten. Die Kursverluste des Rentenportefeuilles waren nicht höher als die durchschnittlichen prozentualen Verluste anderer Banken. Da die Bank ihre Rentenwerte damals nicht verkauft hat, blieben dies „Buchverluste“. Durch den Zinsrückgang nach 1994 sind die Kurse des Rentenportefeuilles der Bank wieder deutlich gestiegen. Die „Buchverluste“ wurden dadurch mehr als ausgeglichen; es entstanden „Buchgewinne“. Die Substanz der Bank wurde daher in keiner Weise beeinträchtigt.

LUXEMBURG PAUL GERD LÖSER
EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

Lukratives Geschäft

Nr. 31/1999, Kriminalität: Das Netz der Albaner-Banden

Dieser Artikel ist ausgezeichnet, und die verantwortlichen Politiker sollten die entsprechenden Konsequenzen ziehen. An dem Aufstieg der albanischen Mafia in Albanien und im Kosovo – mit einem Netzwerk im ganzen westlichen Europa –, an dieser Mentalität und Klientel wird Europa noch schwer zu schlucken haben.

BERLIN GERHARD HARZER

Die Voraussetzungen haben unsere Politiker geschaffen: Durch Verbote und Strafen



M. THOMAS / ACTION PRESS

Schwer verletzter Albaner nach Bandenkrieg
Die „braven“ Dealer werden verdrängt

sollen Millionen Deutsche vor verschiedensten Pflanzen und Stoffen „zwangsgeschützt“ werden. Als direkte Konsequenz ist der illegale Drogenhandel ein lukratives Geschäft. Die einzige und dümmste Reaktion der Obrigkeit: Verbote ausweiten und Strafen verschärfen. Dies erhöht die Lukrativität weiter und verdrängt diejenigen „braven Dealer“, die noch etwas Anstand haben. Die Selektion nach Skrupellosigkeit und Grausamkeit funktioniert prächtig! Wieso haben die Politiker seit Al Capone nichts gelernt?

BONN DAVID SCHLESINGER

Durchschaubares Gezeter

Nr. 31/1999, Skating:
Auf Rollschuhen ins neue Jahrtausend

Es ist schon lange an der Zeit, so eine positive Massensportart intensiver wahrzunehmen. Das Bedürfnis der breiten Masse nach Spaß, Bewegung und Kommunikation kanalisiert sich in dieser Sportart. So eine Bewegung ist für unsere Gesellschaft sehr hoch einzuschätzen, sie ist generationsübergreifend und verbindet auf harmlose Art Menschen, die sich sonst nicht wahrnehmen würden. Man muss diese Entwicklung fördern und auch in verkehrspolitische und städtebauliche Planung mit einbeziehen. Ich persönlich bin es leid, dieses durchschau-



JULSTEIN BILDERDIENST

Inline-Skater in Berlin: Bedürfnis der breiten Masse

bare Gezeter der Autolobbyisten, immer nur die Angst, man könnte ihnen auch nur einen Meter Straße wegnehmen. Auch ich muss zur Arbeit und ständig irgendwohin, besitze auch einen Pkw. Aber ich habe kein Problem damit, letztendlich minimalste Einschränkungen hinzunehmen, um solchen Bewegungen Raum zu schaffen.

BERLIN PETER KRÜGER

Inline-Skates wurden bereits Ende der Fünfziger unter dem Markennamen „Rollbest“ von der Lübecker Firma Storbest in Serie produziert. Leider stand für die Rollen damals kein hinreichend verschleißfester Kunststoff zur Verfügung, woran das Produkt scheiterte. Wenn es anders gewesen wäre, hätten wir uns dann den Umweg über das Auto hin zur Skate-Kultur erspart?

HAMBURG WOLFGANG NOWACK

In Ihrem Artikel erwecken Sie den Eindruck, als prallten beim Thema Inline-Skating homogene Interessengruppen aufeinander, die um eine neue Hackordnung ringen: Autofahrer, Skater, Fußgänger, Radfahrer. Meist handelt es sich aber um die multiple Persönlichkeit, wie sie im deutschen Verkehrsgeschehen immer häufiger anzutreffen ist. Der Skater in der Blade-

Night ist am nächsten Morgen Autofahrer, am Wochenende Radwanderer und auf dem Weg von der Kneipe nach Hause Fußgänger. In seiner jeweiligen Rolle ist er gnadenlos. Als Autofahrer parkt er sich selbst die Radwege zu, als Skater macht er Jagd auf sich als Fußgänger, und als Fußgänger ist er Kindern ein Vorbild und geht bei Rot über die Ampel. Die Freiheit nahm ich mir, zu bemerken, dass es sich nicht lohnt, über die Interessenkonflikte einer Die-Freiheit-nehm-ich-mir-Gesellschaft überhaupt nachzudenken.

DÜSSELDORF RÜDIGER HOLECEK

Skater auf die Straße? – nichts dagegen. Es ist wirklich durch nichts zu begründen, dass ein Autofahrer mehr Verkehrsraum für sich beansprucht als andere Verkehrsteilnehmer wie zum Beispiel Radfahrer oder Skater. Mancher Drängler sollte lieber darüber nachdenken, wie verstopft seine Verkehrswege heute wären, wenn alle Radfahrer, Skater und Öffentlichen-Personenahverkehr-Nutzer auf das Auto umsteigen würden.

SCHWERTE RALF BUCHGEISTER

Allerorten wird das Bremsen als das größte Problem beim Inline-Skaten angesehen.

Die mangelhaften Bremskonstruktionen erfordern eine Schulung, an der sich diverse Anbieter bereichern und die dennoch keine wirksame Abhilfe bringt. Ich habe vor etwa zwei Jahren die perfekte Inline-Skaterbremse entwickelt und besitze europäische und amerikanische Patente darauf. Doch die großen Hersteller, mit denen ich gesprochen habe, und auch der von Ihnen beschriebene Zusammenschluss K2, AOK, Sporthochschule Köln etc. reagierten allesamt mit Ignoranz darauf.

BOVENDEN (NIEDERS.) ACHIM STROTHMANN

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Spionage, Korruption, Gesundheit, Parteien, Polizei, Bayern, Kindesmissbrauch, Monarchen, Kosovo (S. 140, 144): Ulrich Schwarz; für Regierung, SPD, Prozesse, Satelliten, Nachruf: Dr. Gerhard Spör; für Sonnenfinsternis, Prisma, Medizin, Umwelt, Atom: Olaf Stampf; für Affären: Dr. Rolf Rietzler; für Spiegel des 20. Jahrhunderts: Dr. Dieter Wild; für Trends, Geld, Verbraucher, Weltfinanzen, Autoindustrie, Börse, Online-Journalismus: Armin Mahler; für Fernsehen, TV-Serien, Szene, Kino, Musik, Popgeschäft, Festspiele, Autoren, Bestseller, Chronik: Wolfgang Höbel; für Radsport, Leichtathletik: Matthias Geyer; für Panorama Ausland, Russland, Japan, Holocaust, Spanien, Rumänien, Kosovo (S. 136), Polen: Dr. Romain Leick; für Titelseite: Dr. Mathias Schreiber; für die übrigen Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Hohlspiegel: Petra Kleinau; für Personalien, Rückspiegel: Gudrun Patricia Pott; für Titelbild: Thomas Bonnie; für Layout: Wolfgang Busching; für Hausmitteilung: Heinz P. Lohfeldt; Chef vom Dienst: Thomas Schäfer (sämtlich Brandstwiete 19, 20457 Hamburg)

TITELILLUSTRATION: Braldt Bralds für den SPIEGEL



S. SCHRAPS

Chefredakteur Döpfner „Mopeln“ in seiner Amtszeit eingeführt

Unerträgliche Schnöselei

Nr. 31/1999, Springer-Verlag: Junge Chefredakteure entrümpeln ihre Blätter

Es ist gewiss richtig, dass Mathias Döpfner aus der verstunkenen Rechts-Postille „Welt“ ein lesbares Blatt mit durchaus liberaler Grundhaltung gemacht hat, aber es ist zugleich eine unerträgliche Schnöselei, wie Ihr Autor vom hohen Podest seiner journalistischen Kapazität nebenhin auf ein Blatt spucken darf, bei dem Kollegen unter erschwerten Umständen schufteten, um ein traditionsreiches Organ über die Runden zu bringen. Nein, Döpfner brauchte nicht zu „überlegen, wie er aus der Mopel-Mopo“ was Vernünftiges machen kann“ – das Mopeln wurde während seiner Amtszeit eingeführt, und vor derselben war die „Morgenpost“ durchaus was Vernünftiges. Erkenntnisse über die Recherche-Qualitäten Eurer Hochnase runden sich dadurch ab, dass er Thomas Schmid als „Schmidt“ bezeichnet, was den Kollegen zu schmerzen pflegt.

HAMBURG WOLF HECKMANN
EX-CHEFREDAKTEUR DER „MORGENPOST“

Nur sechs Wildschweine erlegt

Nr. 30/1999, Jagd: Aufstand der Waidmänner

Bereits am 1. Juli 1999 hat die Staatsanwaltschaft Trier die Strafanzeige des „Komitees gegen den Vogelmord“ gegen Constantin Freiherr Heereman wegen seiner Teilnahme an der „Gatterjagd“ abgelehnt. Diese Ablehnung begründet die Staatsanwaltschaft damit, dass es sich bei dem Jagdgatter um ein nach dem Jagdgesetz genehmigtes Gehege handelt. Es sei rund 280 Hektar groß, so dass die Tiere dort wie in freier Wildbahn leben und jagdbares Wild im Sinne des Gesetzes seien. Auch wurden keine Verstöße gegen die Waidgerechtigkeit festgestellt. Schließlich hatte Heereman ja auch nicht 80 Wildschweine erlegt, sondern nur 6.

BONN ANKE NUY
DEUTSCHER JAGDSCHUTZ-VERBAND E. V.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

Einer Teilaufgabe ist eine Postkarte des SPIEGEL-Verlages/Abo, Hamburg, beigelegt. Einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe liegen Beilagen von Ars Mundi/Loriot, Hannover, und von Solar Millennium, Erlangen, bei.

Werbeseite

Werbeseite

GIFTMÜLL

Weiter so im Schacht

Die rot-grüne Bundesregierung will weiterhin giftige Industrieabfälle in stillgelegte Bergwerke kippen lassen, statt sie in speziellen Sondermülldeponien zu entsorgen. Ausgerechnet der grüne Umweltminister Jürgen Trittin argumentiert nun wie die alte Bundesregierung, beim Bergversatz mit Sonderabfällen wie Filterstäuben aus Verbrennungsanlagen oder der Abgasreinigung von Stahlwerken handele es sich nicht etwa um die Beseitigung von Giftmüll, sondern um seine Verwertung. Die Bergwerkunternehmen, heißt es in einem 22-seitigen Antwort-Entwurf aus dem Trittin-Ministerium an die EU-Kommission, kämen so ihrer Verpflichtung nach, stillgelegte Gruben gegen Einsturzgefahr zu sichern und damit Schäden an der Oberfläche zu vermeiden. In der Koalitionsvereinbarung hatten Rote und Grüne noch versprochen, die „umweltschädliche Billigentsorgung“ unter Tage zu unterbinden.



Lagerung von Reinigungsrückständen (in einem Salzbergwerk bei Heilbronn)

Brüssel betreibt gegen die deutsche Praxis ein Vertragsverletzungsverfahren. Hierzulande laufen Umweltorganisationen seit Jahren Sturm gegen das Bergwerkdumping, weil es langfristig das Grundwasser gefährdet. Die Betreiber von besonders gesicherten Sondermülldeponien klagen, dass ihnen als Folge der umstrittenen Praxis der Müll ausgehe.

JUSTIZ

Eingriff von oben



Schmid

Nach einer Intervention des bayerischen Justizministeriums hat die Staatsanwaltschaft München I ihre Absicht fallen gelassen, den CSU-Landtagsabgeordneten und Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK), Albert Schmid, 55, wegen Untreue anzuklagen. Nun soll das Verfahren gegen Zahlung einer Geldbuße in fünfstelliger Höhe eingestellt werden.

Weil sie den CSU-Mann vor Gericht bringen wollte, hatte die Staatsanwaltschaft bereits im April dem Justizministerium einen Antrag zugeleitet, um beim Landtag die Aufhebung von Schmidts Immunität zu erwirken. Statt aber das Schreiben an Parlamentspräsident Johann Böhm (CSU) weiterzuleiten, forderten der vorgesetzte General-

staatsanwalt und das Ministerium – unter Leitung von Schmidts Parteifreund Alfred Sauter – die Anklagebehörde auf, zu prüfen, ob das Verfahren gegen den Christsozialen nicht auch anders erledigt werden könne.

Nach monatelangen Verhandlungen entschied die Staatsanwaltschaft nun, wegen der mittlerweile als gering erachteten Schuld Schmidts von einer Anklage abzusehen. Auch bei der geforderten Geldbuße machten die Ermittler erhebliche Abstriche, nachdem sie anfangs einen Betrag von über 100 000 Mark verlangt hatten.



Blutspende beim Roten Kreuz

Ausgangspunkt für das Verfahren war im Dezember vergangenen Jahres der Verdacht gewesen, der Rotkreuzpräsident habe im Zusammenhang mit der aufgedeckten Schmiergeldaffäre beim BRK-eigenen Blutspendedienst (BSD) leitende Mitarbeiter dazu angestiftet, Unterlagen verschwinden zu lassen (SPIEGEL 51/1998).

Trotz „dringender“ Warnungen und des Hinweises auf „gravierende Unregelmäßigkeiten“ beim BSD, so ein Zeuge zur Staatsanwaltschaft, habe Schmid im November 1997 die beiden früheren BSD-Geschäftsführer entlastet, gegen die noch in diesem Jahr Anklage wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe, Bestechlichkeit und Untreue erhoben werden soll. Schmid, der sein Präsidentenamt seit Monaten ruhen lässt, hatte die Anschuldigungen gegen sich stets als „absurd“ zurückgewiesen. Er selbst habe die Machenschaften beim BRK erst abgestellt.

Das zuständige Gericht muss nun entscheiden, ob es der von der Staatsanwaltschaft beantragten Einstellung des Verfahrens zustimmt.

IMMOBILIEN

Bahn gegen Bank

Der Streit um eines der größten Bauprojekte Europas, am Frankfurter Zentrum, geht in eine weitere Runde. Diese Woche wollen die Eigentümer des umkämpften Baugrundstücks, zwei Tochtergesellschaften der Deutschen Bahn, ihr gemeinsam mit der Stadt Frankfurt entworfenes Gesamtkonzept für die knapp 90 Hektar große Fläche vorstellen. Prunkstücke des „Europaviertels“ sollen neben einem 365 Meter hohen Wolkenkratzer („Millennium-Tower“) ein 60 Meter breiter Boulevard und ein sogenanntes Urban Entertainment Center samt Kinos und Musicaltheater werden.

Für einen Teil des Bahn-Entwurfs liegt bereits ein vorläufiger Bauabwägungsplan vor („B-Plan 556“). Der von der Deutschen Bank nach einem Entwurf des Stararchitekten Helmut Jahn vor sechs



Vorgesehenes Baugelände in Frankfurt am Main

P. LANGROCK / ZENIT

Wochen überraschend präsentierte Gegenplan einer „Messestadt“ wurde nach heftiger öffentlicher Kritik inzwischen erheblich überarbeitet. So räumt der Banken-Plan nun der Frankfurter Messe großzügige Erweiterungsflächen ein, dafür entfällt etwa ein ursprünglich geplantes Sportstadion.

BERLIN/TEHERAN

Basar der Gnade

Mit ungewöhnlichen Methoden versucht die Bundesregierung, die Freilassung des in Iran inhaftierten deutschen Geschäftsmanns Helmut Hofer zu erreichen. Um den Machthabern in Teheran entgegenzukommen, wurde der wegen des Mykonos-Attentats verurteilte iranische Geheimagent Kazem Darabi vergangenen Monat per Hubschrauber aus der Berliner Haftanstalt Tegel nach Aachen verlegt. Grund: Das Kanzleramt wollte der aus Teheran angereisten Familie Darabis „großzügige Rahmenbedingungen“ für einen Besuch ermöglichen.

Der karge Besuchsraum im Berliner Gefängnis erschien hierfür nicht angemessen. Der Bund übernahm sogar Teile der Reise-



Hofer

kosten der Familie. Dies diente als Gegenleistung für die vorübergehende Freilassung Hofers.

Um Teheran gnädig zu stimmen, verzögerte das Justizministerium zudem die Verhaftung des von der Bundesanwaltschaft als Agenten verdächtigten Iraners Hamid Chorsand, der Oppositionsgruppen in Deutschland ausgespät haben soll (SPIEGEL 30/1999). Die Ministeriumsspitze legte Generalbundesanwalt Kay Nehm nahe, zunächst von einer Festnahme abzusehen, um die Freilassung Hofers nicht zu gefährden. Erst als die Karlsruher nach weiteren dreieinhalb Monaten das Ministerium warnen, man nähere sich bei weiterem Zögern gefährlich einer Strafvereitelung, kam die Zustimmung. Hofer wurde trotz allen Entgegenkommens Anfang des Monats erneut inhaftiert.

CDU

Regieren mit Stolpe?

In der Union ist ein Streit darüber ausgebrochen, ob die brandenburgische CDU nach den Landtagswahlen mit der von Ministerpräsident Manfred Stolpe geführten SPD eine große Koalition eingehen soll. Wegen Stolpes langjähriger Stasi-Zusammenarbeit warnen Unionspolitiker und frühere Bürgerrechtler den CDU-Spitzenkandidaten Jörg Schönbohm vor dem beabsichtigten Bündnis. „Die CDU würde mit einer Koalition Stolpe mit seiner umstrittenen Stasi-Vergangenheit einen Persilschein ausstellen“, fürchtet der Chef der Jungen Union Brandenburgs, Sven Petke. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Nooke hält ein Bündnis seiner Partei mit Stolpe für „problematisch“. Schönbohm hat sich offensichtlich von CDU-Blockflöteln einlullen lassen, die wieder an die Macht zurückwollen“, schimpft der frühere Bürgerrechtler Konrad Weiß. Nach Ansicht von Ex-Bürgerrechtler Ralf Hirsch wäre ein Bündnis mit Stolpe „ein Skandal“. Schönbohm wehrt sich: „Ich bin nicht nach Brandenburg gegangen, um die Vergangenheit von Stolpe zu bewältigen.“

Schönbohm, Stolpe (r.)



VERSION

URTEILE

Niederlage für Gysi

Im Streit um einen Text aus seiner DDR-Vergangenheit hat PDS-Vorherrmann Gregor Gysi vor Gericht eine Niederlage hinnehmen müssen. Vor dem Oberlandesgericht Hamburg unterlag er gegen den Berliner Christoph Links Verlag. Der hatte in dem Buch „Der Fall Havemann – Ein Lehrstück politischer Justiz“ einen Berufungsschriftsatz des

Juristen abgedruckt. 1979 hatte Rechtsanwalt Gysi in einem Prozess vor dem Bezirksgericht in Frankfurt (Oder) den SED-Regime-Kritiker Robert Havemann vertreten. Gysi verklagte den Verlag mit dem Argument, sein Urheberrecht werde verletzt, weil er der Veröffentlichung nicht zugestimmt habe. Das hanseatische Oberlandesgericht urteilte jetzt wie schon die erste Instanz, dass die politisch-historische Dokumentationsfreiheit die Veröffentlichung des Berufungsschriftsatzes rechtfertige.

EUROPA

Fällt einer durch?

Die designierten EU-Kommissare, deren schriftliche Antworten auf umfangreiche Fragenkataloge des Europäischen Parlaments (EP) im Internet veröffentlicht werden, müssen sich auf zusätzliche scharfe mündliche Befragungen gefasst machen. Die Dauer der einzelnen Hearings in den EP-Fachausschüssen vom 30. August an wird von den ursprünglich geplanten anderthalb auf drei Stunden ausgedehnt.

„Die Hearings werden hart sein“, kündigte der Fraktionschef der Liberalen, der Ire Patrick Cox, an, „weil wir gelernt haben, es ist besser, hart am Anfang zu sein, als später zu wehklagen.“ 1994, bei den Hearings der inzwischen zurückgetretenen Kommission, hatten die Parlamentarier trotz zum Teil erheblicher Bedenken der Mannschaft des Kommissionschefs Jacques Santer rasch zugestimmt. „Diesmal wird das Parlament bei gravierenden Anständen“, so der CSU-Abgeordnete Bernd Posselt, „nicht so schnell die Segel streichen.“

In den Fraktionen der christdemokratisch-konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) und der Liberalen wächst die Bereitschaft, in den Anhörungen mindestens einen der Anwärter durchfallen zu lassen – „wohl auch um die neuen Rechte des Parlaments bei der Kommissionsbestellung“, so einer der deutschen Ausschussvorsitzenden, „als Verfassungswirklichkeit festzuschreiben“. Als am meisten gefährdet gelten der Belgier Philippe Busquin wegen angeblicher Mitwisserschaft in einem Schmiergeldskandal sowie der Finne Erkki Liikanen, in der alten Kommission politisch verantwortlich für die Übelstände im Beamtenapparat. Die beiden deutschen Kandidaten Günter Verheugen und Michael Schreyer sollen nicht gefährdet sein.

Die Abgeordneten wollen ihr Urteil über die einzelnen Kandidaten unmittelbar nach den Befragungen fällen. Bei Ablehnung wollen Präsidentin und Fraktionschefs des EP den Kommissionspräsidenten Romano Prodi ersuchen, den durchgefallenen Kandidaten zurückzuziehen oder wenigstens mit einem anderen Ressort zu betrauen.



Harff

BUNDESWEHR

Vorlauter General

Markige Sprüche des deutschen Generals Helmut Harff über die „Schwäche“ französischer Soldaten im Kosovo haben in Paris Verstimmung ausgelöst. Verteidigungsminister Alain Richard beschwerte sich über „unangemessene“ Äußerungen des Befehlshabers der deutschen Kfor-Friedenstruppen. Staatssekretär Peter Wichert und

Vize-Generalinspekteur Hans Frank mühten sich bei ihren französischen Kollegen um „Schadensbegrenzung“. Ende vergangener Woche wurde erwogen, Harff, 60, vorzeitig abzulösen. Der Fallschirmjäger-Offizier sollte routinemäßig Ende August heimkehren. Er war schon während des Kriegs gelegentlich bei der Hardthöhen-Führung angeeckt: So soll er intern dafür plädiert haben, mit Kampftruppen gegen die Serben vorzugehen und notfalls einige tausend Gefallene in Kauf zu nehmen.

Am Rande

Geheime Strategie



Der Mann muss so arglos sein, wie er aussehen möchte. Anders ist kaum zu erklären, wie der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion auf die Idee kommen kann, den

gesunden Menschenverstand in die Politik einführen zu wollen. Natürlich weiss jeder, dass unser Steuersystem zu kompliziert ist – aber muss man deswegen gleich ein besseres vorschlagen?

Prompt hat denn auch ein Genosse aus Berlin Peter Strucks Steuer-Ideen als „dummes Gequatsche“ abgetan: Da wisse ja nun niemand mehr, wie die tatsächliche Linie der Sozialdemokraten aussehe. Offenbar unfreiwillig hat der Mann dabei die geheime Strategie der SPD verraten: „Das bisschen Opposition, das wir brauchen, machen wir uns selber.“

Damit ist endlich klar, dass die Zickzackpolitik bei Renten, Steuern und 630-Mark-Jobs kein Zeichen von Unfähigkeit ist, sondern Teil eines Plans zur Ausschaltung der CDU: Je mehr Sozialdemokraten mit völlig unterschiedlichen Meinungen auf den Markt treten, desto schwieriger wird es für CDU und FDP. Noch bevor die Union einen x-beliebigen Regierungsvorschlag verdammen und das Gegenteil fordern kann, steht irgendwo in der Republik ein SPD-Promi auf und tut genau das.

Das hat zwei Folgen: Zum einen wird der Eindruck verbreitet, auch von der SPD komme gelegentlich etwas Vernünftiges. Und zum anderen kann die CDU, falls sie die nächste Bundestagswahl gewinnt, gar nicht anders, als einen Teil der SPD-Vorschläge zu verwirklichen.



Alpha-Jets der Bundeswehr

RÜSTUNGSEXPORT

Kleinjets raus

Zum Schnäppchenpreis von rund 50 000 Mark pro Stück hat Thailand am vergangenen Freitag 25 ausgemusterte Alpha-Jets der Bundesluftwaffe gekauft, Großbritannien wird ein Dutzend nehmen. Den ersten von 175 der Kleinjets hatte die Bundeswehr 1978 erhalten. Schon von 1992 an wurden die

als „Lachtauben“ verspotteten langsamen Kampf- und Schulungsflugzeuge allmählich wieder ausgemustert: 50 gingen an Portugal, einige landeten in Museen.

Verkaufsgespräche mit Ländern wie der Türkei, Indien und Polen scheiterten. Seit 1997 vergammeln an die 100 Jets auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck. Die britische Royal Air Force will die Gebraucht-Alphas zum Training von Testpiloten nutzen.

GEHEIMDIENSTE

Agent verklagt Bund

Ein ehemaliger Agent des Bundesnachrichtendienstes (BND) hat den Bund verklagt, um geheime Akten des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) des Deutschen Bundestages einsehen zu können. Hintergrund des Streits mit den Geheimdienstkontrollleuten ist der Versuch des 54-Jährigen, 800 000 Mark Schadensersatz von der Bundesregierung zu erhalten. Der Bund hatte im vergangenen Jahr bereits 144 000 Mark freiwillig gezahlt. Unter dem Decknamen „Orkan“ hatte sich der damalige Student 1970 als „Transitquelle“ anwerben lassen und bei Fahrten durch die DDR Informationen gesammelt. Dem BND unterlief dabei eine Panne: Orkan wurde eine Deckadresse in West-Berlin zugeteilt, die bereits von einem Jahre zuvor verhafteten BND-Agenten benutzt worden war. So konnte die Stasi den Spitzel sofort enttarnen und über Jahre hinweg observieren. 1977 ließen die Ost-Agenten Orkan verhaften. Der BND-Agent wurde zu 15

Jahren Haft verurteilt. 1981 kaufte ihn die Bundesregierung aus dem Osten frei. Der Ex-Agent bemüht sich jetzt mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht um Einsicht in die geheimen PKG-Akten, um damit seine Schadensersatzforderungen zu untermauern.

Nachgefragt

Kehrt marsch?

„Sollten deutsche Kfor-Truppen, die zum Schutz der Albaner in den Kosovo entsandt wurden, bei weiteren gewalttätigen Übergriffen durch Albaner vom Balkan zurückgezogen werden?“



	FRAUEN	MÄNNER
Ja	48	32
Nein	28	56

Ernid-Umfrage für den SPIEGEL vom 10. und 11. August; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: weiß nicht oder keine Angabe

DER SPIEGEL

REGIERUNG

Der verkorkste Sommer

Während der Kanzler in Süditalien urlaubt, bescheren ihm Sozialdemokraten und Gewerkschafter daheim eine anhaltende Debatte über Steuern und Gerechtigkeit. Seine Berater empfehlen Schröder eine Grundsatzrede zum Start in Berlin.

Wie herrlich: das Frühstück unter blühenden Bougainvilleen, der Blick auf den Golf von Salerno, danach ein Bad im Felsenpool oder eine Bootstour zu den Zwillingsfelsen „Li Galli“, wo nicht mal Müll im Meer dümpelt.

Gerhard Schröder hätte es gut gehen können in seinen Ferien mit Opernkulisse im Felsendorf Positano. Doch vor lauter Groll kam der Bundeskanzler bislang kaum zur inneren Ruhe. „Neues von Strucki“, meldeten die Leute aus dem Bonner Kanzleramt beim täglichen Telefonat.

Wäre es nach dem Kanzler gegangen, hätten sich die Deutschen im Urlaub über den Mut und den endlich erkennbaren reformerischen Elan ihres Spar-Kanzlers gefreut. Statt dessen löste Strucks Vorschlag einer radikalen Steuerreform mit nurmehr

der Gesellschaft“. Sachsen-Anhalts Reinhard Höppner wünscht sich wie üblich „Gerechtigkeit zwischen Ost und West“ und meint damit vor allem eine höhere Erbschaftsteuer.

Dazu gesellten sich Gewerkschaftsführer wie Dieter Schulte (DGB) oder Roland Isen (DAG), die erkennen ließen, dass die Lafontaine-SPD ihnen erheblich lieber wäre als die Schröder-SPD.

Resultat nach zwei Wochen ebenso leidenschaftlicher wie vager öffentlicher Debatte: Das Chaos-Image, das Schröder gern im Sommerloch gelassen hätte, ist so präsent wie an fast jedem Tag seit dem Regierungswechsel vor zehn Monaten.

Bislang hatten die Turbulenzen, welche die rot-grüne Regierung schüttelten, immer Personen als Epizentren: Mal war es der überforderte Finanzminister Oskar Lafontaine, mal der glücklose Kanzleramtsminister Bodo Hombach, mal der ungelenke Umweltminister Jürgen Trittin, mal war es Schlampigkeit, mal miese Kommunikation.

Diesmal jedoch dreht sich die Debatte um Grundsätzliches – um die Frage, was heute gerecht ist, wie viel Staat sein soll und was er dem Bürger zumuten darf. Sie entzündet sich am Konflikt zwischen der Traditions-SPD und den Freunden der Neuen Mitte, an wabernden Gefühlsvokabeln wie „die Seele der Partei“ und alten moralisierenden Reflexen gegen die „Reichen“.

So emotional aufgeladen ist der Streit, dass erstmals seit Schröders Dienstbeginn die Realität und ihre Wahrnehmung weit auseinander klaffen. Denn während Normalverdiener dank Steuerreform und Lohnerhöhung, dank sinkender Preise im Einzelhandel, bei Telefon und demnächst auch beim Strom erheblich mehr im Portemonnaie haben als zuvor, während selbst die Wirtschaft Optimismus verbreitet, tun viele Sozialdemokraten so, als habe Magie Thatcher das Kanzleramt gekapert.

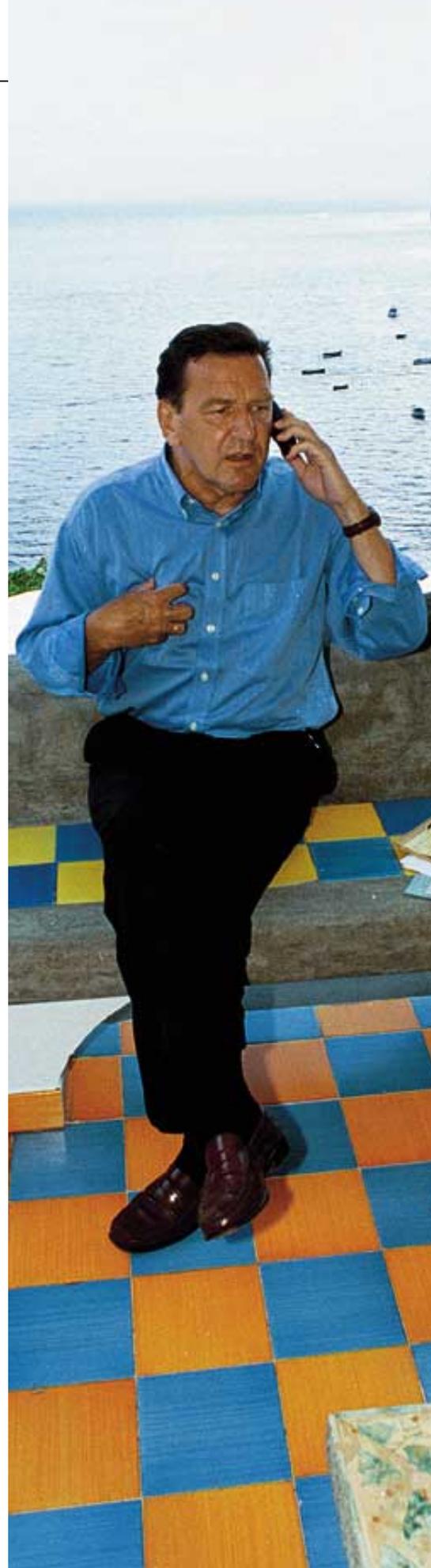
Nicht zuletzt durch das forsche Schröder/Blair-Papier, das dem staunenden Publikum ohne große Ankündigung vorgelegt wurde, hat der Kanzler allerdings dazu



Steuer-Theoretiker Struck
Laborieren am Wehner-Komplex

drei Sätzen – an sich durchaus erstrebenswert – bei den Genossen den berüchtigten Schwatzreflex aus.

Der Fraktionschef, aufgeputzt von der öffentlichen Aufmerksamkeit für seine 15-/ 25-/ 35-Prozent-Tarife, plädiert jetzt gar für einen Bruch mit der alten sozialdemokratischen Umverteilungspolitik. Dagegen stemmt sich der saarländische Ministerpräsident Reinhard Klimmt: Reformen der Sozialsysteme ja, aber unter „Verantwortung für die Schwächeren in



Urlauber Schröder (mit Ehefrau Doris Köpf) in



Positano: „Neues von Strucki“

F. OSSEBRINK

beigetragen, dass sich ein neoliberales Image der rot-grünen Regierung verselbständigt und die Wirklichkeit überlagert.

So droht Schröder rasch in eine Abwärtsspirale zu geraten, die, gewinnt sie erst an Fahrt, nur noch schwer aufzuhalten ist. Gehen die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Berlin, vor allem aber die Kommunalwahlen im sozialdemokratischen Kernland Nordrhein-Westfalen in diesem Herbst so krachend verloren, wie man im Kanzleramt befürchtet, dann ist das Medienbild vom Erfolgsmenschen Schröder dahin – und damit sein wichtigstes politisches Kapital.

Sollte dagegen der widerborstige Reinhard Klimmt im Saarland ein passables Ergebnis erzielen, könnten andere Ministerpräsidenten versucht sein, den harten Kurs gegen Berlin zu kopieren, die Kielerin Heide Simonis etwa oder NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement. Im Konzert mit Ostdeutschen und Gewerkschaften entsünde so ein frei flottierendes Bündnis gegen den eigenen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler.

Niemand dürfte sich dann mehr bestätigt fühlen als der Frühpensionär Oskar Lafontaine, der sich derzeit ein Vergnügen daraus macht, die Angst vor sich und seinem Buch zu schüren, das mit Enthüllung droht. Bereitet der Saarländer gar ein politisches Comeback vor (siehe Seite 24)?

Noch immer rächen sich die Fehler aus der Anfangszeit des rot-grünen Abenteurers, als Proporz, Eitelkeiten und alte Rechnungen Grundlage für alle Personalentscheidungen waren. Es gab nicht eine Mannschaft, sondern zwei: Weil Schröder seinen Wahlhelfer Hombach zum Chef des Kanzleramts machte, durfte Lafontaine seinen Vertrauten, den Saarländer Ottmar Schreiner, als Geschäftsführer in die Baracke holen.

Auch um den Fraktionsvorsitz gab es Gerangel. Lafontaine wollte partout den ungeliebten Rudolf Scharping verhindern, Franz Müntefering genoss nicht das Vertrauen des Kanzlers. Also kam, als kleinster gemeinsamer Nenner, plötzlich Struck zu Ehren.

Eine verhängnisvolle Personalie. Struck laboriert am Wehner-Komplex. Wie der Alte nuckelt er, die Stirn in trügerische Denkerfalten gelegt, an einer Pfeife und sucht im Knarz bass nach einer eigenen Position. Seine Bemerkung, das Land brauche eine Steuerreform, „die den Namen verdient“, diskreditierte die soeben beschlossene Reform, eine der größten nach dem Krieg. Mit seiner Einlassung, „nicht von den Reichen nehmen, um den Armen zu geben“, irritierte er die gesamte SPD. War der biedere Mitmarschierer Struck nun

plötzlich ganz vom Morbus Neoliberalismus verseucht?

Da konnten die Ministerpräsidenten natürlich nicht schweigen. Klimmt brachte die Vermögensteuer ins Spiel, Höppner die Erbschaftsteuer. Nun mochten sich auch die ohnehin grummelnden Gewerkschaften nicht länger bitten lassen, die Schröder vor Jahresfrist noch massiv unterstützt hatten.

Entsetzt meinte Hasso Düvel, Bezirksleiter der IG Metall für Berlin, Brandenburg und Sachsen: „Wenn einer wie Struck weniger Umverteilung fordert, begreife ich die Welt nicht mehr. Die Umverteilung läuft doch schon, nur in die falsche Richtung: von unten nach oben.“ Sollte die soziale Gerechtigkeit von den eigenen Leuten noch schlechter gewahrt werden als von der Vorgängerregierung, „gibt es Widerstand“, kündigte Düvel an.

Als die wankenden Arbeiterführer freilich von der CDU das Angebot erhielten, man möge doch gemeinsam gegen Schröder protestieren, ging einigen ein Licht auf. „Wer propagiert, dass wir mit der Union besser fahren würden, handelt pharisäerhaft“, glaubt Reiner Wittorf, zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG). Er hält die „Anbiederung“ durch diverse CDU-Politiker „für pure Taktik“.

Dass es nicht zum Bündnis von CDU und Gewerkschaften gegen den Kanzler kommen wird, ist ein schwacher Trost. Denn alles ist plötzlich wieder wie gewohnt. Die Fraktion ohne Führung, die Partei ohne Ziel und der Kanzler allein gegen Ministerpräsidenten und Gewerkschaften. Als Abschiedsgruß aus Bonn drang nur



B. THISEN



DPA

Kritiker Issen, Schulte, Klimmt: Bündnis gegen Schröder?

eine einzige Botschaft an die urlaubende Nation: Die Sozis führen statt einer Grundsatz- die gewohnte Neiddebatte – und wollen in Wahrheit nur Steuern erhöhen.

Dabei offenbarte sich – neben der von Anfang an verkorksten Personalplanung – das zweite elementare Versäumnis des Kanzlers. Schröder hat offenbar noch nicht recht begriffen, dass ihm nach dem Abgang von Lafontaine eine zusätzliche Rolle zugefallen ist: Er hätte sich Oskars enttäuschter Anhängerschaft mit symbolischen Gesten und wärmerer Rhetorik an-

Das rote Phantom

Frühpensionär Oskar Lafontaine spielt mit der Angst seiner Partei vor ihm. Plant er seine Rückkehr als Anführer der deutschen Linken?

Mal zu Hause auf der heimischen Terrasse, mal jenseits der nahen deutsch-französischen Grenze bei gutem Essen: Polit-Pensionär Oskar Lafontaine empfängt viel Besuch in diesen Tagen.

Kaum hat er das Manuskript für sein Buch „Das Herz schlägt links“ diktiert, das im Oktober erscheinen soll, sucht er wieder Kontakt zur Macht. Abgeordnete und Journalisten reisen an, Freunde aus Frankreich, aber auch für Genossen aus der Parteispitze hält der Abtrünnige jederzeit Hof. Nur einen meidet er – trotz diverser Vermittlungsversuche: den Kanzler, SPD-Vorsitzenden und Rivalen Gerhard Schröder.

Natürlich hat Lafontaine keine Strategie für seine Rückkehr entworfen. Aber er genießt, dass es ihm alle zutrauen. Wenn er schon keine gestalterische Macht mehr besitzt, dann möchte er wenigstens seine destruktive Kraft andeuten.

Und die verpackt er geschickt in Zuckerwatte. Denn in seinem Buch, Startauflage 75 000 Exemplare, wird er auch eine Definition der guten, wahren und einzigen Sozialdemokratie versuchen – das ziemliche Gegenteil der Schröderschen Politik.

„Oskar hält es nicht aus ohne Politik“, hatten Freunde schon unmittelbar nach seiner überraschenden Demission am 11. März prophezeit. In langen Gesprächen sucht Lafontaine nun seine Kurzepisode in der Regierung aufzuarbeiten. Unruhig sondiert er Perspektiven für die Zukunft.

Bisweilen liest er den Gästen auch aus seinem Werk vor. Etwa jene Passage, in der er die Diskussionen im Kabinett über den Kriegseintritt der Deutschen näher beschreibt. „Da werden wir sehr unterschiedliche Versionen vom Verlauf der entscheidenden Sitzungen bekommen“, befürchtet ein Kabinettsmitglied.

Zu den bevorzugten Zielen der Lafontaineschen Offensiven werden neben dem Kanzler insbesondere Rudolf Scharping und Joschka Fischer gehören. Der Ober-Grüne, der sich mit Lafontaine einst



Privatier Lafontaine: Held von gestern

gut verstand und ihn auch zu seiner Hochzeit Mitte April eingeladen hatte, hat seit dessen Rückzug nichts mehr vom Saarländer gehört. „Kein Wort“ ist dem Außenminister zum früheren Freund zu entlocken.

Der einstige Kanzleramtsminister Bodo Hombach („Der kann nix“) wird ins Fadenkreuz gerückt und natürlich Hans Eichel, Lafontaines Nachfolger als Finanzminister. Mit stüffisanter Detailfreude will der Autor nachzeichnen, wie Schröder und Sparkommissar Eichel, damals noch Ministerpräsident in Wiesbaden, ihn inständig darum baten, vor der Hessenwahl keine unpopulären Sparentscheidungen zu treffen.

Nach Erstellung des 300-Seiten-Manuskripts hat das rote Phantom nun noch mehr Zeit, sich und sein literarisches

Werk ins Gespräch zu bringen. Mit einer Mischung aus Genugtuung und Zorn beobachtet Lafontaine, wie Schröder und seine Anhänger auf der Suche nach der Neuen Mitte die alten Bataillone verlieren. Die giftige Botschaft, die in Partei und Gesellschaft tröpfeln soll: Schröder floppt, Oskars Politik wäre erfolgreich.

Längst hat er den jähen Schritt bereut, neben dem Ministerposten auch sein Amt als Parteichef niederzulegen. Nun erzeugt er den Eindruck, er ventiliere die Möglichkeiten für ein Comeback.

Als Delegierter der Saar-SPD, so erzählte vergangene Woche Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner Vertrauten, wolle Lafontaine auf dem Parteitag im Dezember in Berlin auftauchen. Er greift er dann das Wort?

Ziemlich viel Spekulation steckt in einer anderen Überlegung: Lafontaine, so geht sie, macht sich auf den Umweg über Europa wieder bemerkbar. Wenn er sich um die französische Staatsbürgerschaft bemühte, wäre es mutmaßlich ein Leichtes, einen Spitzenplatz für Straßburg zu ergattern à la Daniel Cohn-Bendit. Das Problem: Die nächsten Europawahlen finden erst in fünf Jahren statt.

Eine Rückkehr in die Bundespolitik kann sich selbst bei desaströsen Landtags-Wahlergebnissen für die SPD im September derzeit kein Genosse vorstellen. Unter welchen Umständen auch? Die Linke, ja selbst saarländische Genossen, nimmt ihrem Oskar bei aller Liebe den jähen Abgang immer noch übel.

Sein Versuch, sich nachträglich als Wissensmensch darzustellen, der den Krieg nicht mittragen mochte, überzeugt niemanden. Allein der wachsende Zorn in der SPD auf Schröder könnte Lafontaines unrühmlichen Abgang vergessen machen.

Diskret, aber bestimmt ist auch Reinhard Klimmt auf Distanz gegangen. Sein Freund und Nachfolger in Saarbrücken hatte rechtzeitig erkannt, dass sich der lange Schatten Lafontaines auf seine Wahlchancen legen könnte. Sorgsam achtet er nach anfänglicher Nachlässigkeit darauf, dass es bis zum Wahltag keine gemeinsamen öffentlichen Auftritte mehr gibt.

* Mit Sohn Carl-Maurice und Ehefrau Christa Müller am 1. Mai bei einer DGB-Kundgebung in Saarbrücken.

Die einst enge Freundschaft zwischen Lafontaine und Klimmt hat bereits erste Blessuren erlitten. So heißt es in der Saarbrücker Regierungszentrale: „Wenn Oskar wieder auftaucht, würde er unsere Arbeit nur diskreditieren.“ Dass er eine kurzfristig angeheuerte Agentin, die Angebote für sein Buch einholen sollte, von einer Mitarbeiterin der Staatskanzlei feuern ließ, war offenbar ein Einzelfall.

In Saarbrücken gibt es derzeit keine Signale, dass der Held von gestern vom Ausgang der Saarwahlen profitieren könnte. Gewinnt Klimmt, hat er mit seiner Abgrenzung von der Bundesregierung die Entscheidung herbeigeführt – er allein. Verliert er, hat seine Strategie eben nicht gewirkt, aber niemand von Rang in der SPD wird sich bemüßigt fühlen, nach Lafontaine zu rufen.

Der derzeit Arbeitslose muss ja auch so nicht darben. Nach den gut 106 000 Mark Übergangsgeld, die er von März bis September bezogen hat, stehen ihm künftig 15 724 Mark an monatlicher Pension zu. Sein Buchhonorar hat er auf rund 800 000 Mark hinaufge reizt.

Und immer mal wieder gibt's was extra. So wie Anfang September, wenn er für einen sechsstelligen Betrag beim „1. Genusssymposium“ im Grandhotel Dolder in Zürich referiert. Thema des einstündigen Vortrags: Lebensart und Politik.

Ein Platz an Lafontaines Tisch beim anschließenden Dinner kostet 10 000 Franken (über 12 000 Mark). Die Nachfrage könnte besser sein: Von 12 Plätzen sind erst 4 verkauft.



Familienmensch Lafontaine*
„Ohne Politik hält er's nicht aus“



„Bedaure, Herr Schulte, auf dem war ausdrücklich keine Garantie“

HAIZINGER/BUNTE

dienen müssen – als Integrator und Chefinterpret einer neuen, gleichwohl traditionsstolzen Sozialdemokratie.

Das in London veröffentlichte Schröder/Blair-Papier und Eichels Sparpaket erschienen vielen als geplante Einheit. Auch wenn das Kommuniqué nichts enthält, was Schröder nicht schon immer erklärt hatte, so nährte es den Verdacht, der Kanzler wolle die gute, alte SPD meucheln. Mit derartigem Verdacht behaftet, wird nun jede Reform, jede Sparzumutung zum feindlichen Akt des Vorsitzenden gegen seine eigene Partei – allein, weil sie vom „Genossen der Bosse“ kommt.

Um endlich die Definitionsmacht darüber zu gewinnen, was moderne Sozialdemokratie bedeute, raten Schröders Berater bereits zu einer Grundsatzrede Anfang September zum Start in Berlin. „Wir brauchen eine Grundlage von der Qualität eines neuen Godesberg“, empfiehlt ein Stratege seinem Chef. Ob Schröder das glaubwürdig kann?

So steuern der Kanzler und seine Partei auf einen heißen Herbst zu. Innenpolitisch steht Schröder vor der bisher schwersten Etappe seit Regierungsbeginn. Noch ist das Spar- und Steuerpaket für 2000 nicht beschlossen, da lauert hinter der Rentendiskussion bereits der nächste Sprengsatz: die Gesundheitsreform. Wie ist moderne Fürsorge zu definieren? Sicher ist nur: Sie darf nicht mehr Geld kosten als bisher, soll aber möglichst noch mehr leisten.

Bei den Landtagswahlen im Osten werden die Genossen, soviel ist absehbar,

Prügel beziehen wie schon lange nicht mehr. Bei kargen 16 Prozent wird die SPD nach den jüngsten Umfragen in Sachsen gehandelt, auf 26 Prozent ist sie in Thüringen abgesackt. Selbst Alleinherrscher Manfred Stolpe im roten Brandenburg stellt sich auf eine große Koalition ein.

Erst recht bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, dem Herzblutland der SPD-Traditionsbataillone, wo viele Funktionen und Jobs zu vergeben sind und Bürgermeister und Räte erstmals direkt gewählt werden, droht Gefahr. Massenweise kündigen Mitglieder dort ihren Austritt an. In Dortmund, der „heimlichen Hauptstadt der SPD“ (Willy Brandt), ist erstmals nach 53 Jahren der Verlust der Macht drin.

Weil Niederlagen Schuldige brauchen, hält man in Schröders Umgebung bereits nach Kandidaten Ausschau. Seit Strucks verbalen Alleingängen müssen sie nicht mehr suchen. Schon denkt der Kanzler und Parteichef über mögliche Alternativen nach: Franz Müntefering könnte die Fraktion übernehmen, Struck dafür dessen Bau- und Verkehrsministerium. Auch Rudolf Scharping gilt plötzlich wieder als Kandidat für den Fraktionsvorsitz.

Schreiner ist ein weiteres Opfer der absehbaren Schlapfen. Vier Wochen hintereinander müsste der Bundesgeschäftsführer demnächst kapitale Wahl-Niederlagen erklären – womöglich zu viel für den sensiblen Saarländer. Vorsorglich hat der Lafontaine-Mann schon erklärt: „Ich trage vieles mit – aber nicht alles.“

HORAND KNAUP, HAJO SCHUMACHER

PROZESSE

„Loch im Rechtsstaat“

Der Balkan-Koordinator der EU, Bodo Hombach, über das Gerichtsurteil zu seinem Hausbau



Hombach-Haus: „Man darf mich nicht Lügner nennen“

SPIEGEL: Herr Hombach, unter Tränen hat am Donnerstag vor Gericht Ihr ehemaliger Bauleiter beteuert, er habe einen Meineid abgelegt, als er schwor, mit dem Bau Ihres Privathauses sei alles in Ordnung gewesen. Die Veba habe tatsächlich einen sechsstelligen Betrag zu Ihren Gunsten verrechnet. Ist das Geständnis wieder eine Lüge?

Hombach: Der Mann lügt. Der hat schon viel erzählt. Jedes Mal, wenn er konkret wurde, konnte ich ihn durch Fakten widerlegen. Deshalb bleibt er auch jetzt so nebulös. Ich habe jeden Nagel des Hauses selbst bezahlt – und das kann ich belegen.

SPIEGEL: Schon komisch, wenn einer einen Meineid gesteht, obgleich er die Wahrheit gesagt hat.

Hombach: Ich kann über die Motive des Bauleiters nichts sagen. Möglicherweise stand er ja unter Pressionen.

SPIEGEL: Meinen Sie etwa, die Justiz habe ein falsches Geständnis erpresst?

Hombach: Ich will mich nicht an Spekulationen, die es ja immerhin gibt, beteiligen. Das Auftreten des Mannes wirkte recht elend. Möglicherweise ist er ja wirklich ein Opfer, nicht ein Täter.

SPIEGEL: Jetzt stehen Sie als Lügner da, weil Sie immer behauptet haben, Sie hätten beim Bau Ihres Hauses keinerlei Vergünstigung erhalten.

Hombach: Ich habe nicht einmal gewusst, dass es die Möglichkeit für Vergünstigungen gibt, keine angeboten bekommen und natürlich auch keine erwartet. Gutachter bescheinigen mir, insgesamt zu viel bezahlt zu haben. Und wer etwas anderes behauptet, findet sich vor Gericht wieder.

SPIEGEL: Das sind Drohungen. Warum wehren Sie sich nicht?

Hombach: Wie denn? Meine Anwälte haben gesagt, ich kann vorerst gar nichts machen.

SPIEGEL: Wenn der Bauleiter mit seinem Meineidsgeständnis bewusst gelogen hat, warum zeigen Sie ihn dann nicht wegen Verleumdung an?

Hombach: Als Angeklagter, der er ja war, darf er andere beschuldigen, so viel er will. Das habe ich so von meinem Anwalt gelernt.

SPIEGEL: Wie weit das Recht zum Lügen geht, ist sehr umstritten. Jedenfalls sind Verleumdungen auf der An-

klagebank nur gerechtfertigt, wenn sie der Verteidigung dienen. Wenn sich einer mit einem falschen Geständnis selbst eines Meineides bezichtigt, kann das aber im Ernst nicht als Verteidigung angesehen werden.

Hombach: Möglich. Selbstverständlich wünsche ich mir, juristisch gegen solche Verleumdungen vorgehen zu können. Aber vor Gericht wurde nicht mal mein Name genannt.

SPIEGEL: Das war ja wohl auch nicht nötig. Jeder in Mülheim und im Lande weiß, dass es um Ihre Hausaffäre geht.

Hombach: Das ist ein richtiges Loch im Rechtsstaat. Da werden in einem Justizverfahren meine Ehre und mein Image angeknackst – unter Ausschluss meiner Person. Ich kann mich nicht wehren und meine Beweise nicht einbringen. Eineinhalb Jahre wurden Fragmente aus staatsanwaltlichen Vernehmungen lanciert, ohne dass ich die Anschuldiger belangen konnte.

SPIEGEL: Warum bezeichnen Sie den Bauleiter nicht öffentlich als Lügner und Ehrabschneider? Vielleicht macht er Ihnen ja den Prozess, und Sie können Ihre Beweise vorlegen.

Hombach: Hab ich ja versucht. Es gab keine Reaktion.

SPIEGEL: Das Urteil ist schon rechtskräftig. Darum ist es amtlich, dass es eine Lüge war zu behaupten, die Baukosten für Ihr Haus seien ordnungsgemäß abgerechnet worden. Ergo: Hombach, der das behauptet, darf mit gutem Recht ein Lügner genannt werden.

Hombach: Man darf mich nicht Lügner nennen. Denn ich kann die Wahrheit beweisen. Das Gericht hat keine Sachaufklärung betrieben.

SPIEGEL: Immerhin gab es ein Geständnis, das Sie belastet.

Hombach: Dadurch ist in der Tat eine kafkaeske Situation entstanden.

SPIEGEL: Wie wär's, wenn wir Sie im SPIEGEL als Lügner bezichtigen, und Sie verklagen uns? Dann wird man sehen.

Hombach: Eine interessante Variante. Vielleicht muss ich noch dankbar sein für so eine helfende Hand.

SPIEGEL: Versuchen Sie's doch erst mal mit der „Hamburger Morgenpost“. Die begründet ihre Schlagzeile „Hombach muss weg!“ mit der Formulierung: Sie hätten sich „offenbar doch“ Teile des Privathauses „vom Veba-Konzern bezahlen lassen“.

Hombach: Ich habe das nicht gelesen und kann das darum nicht beurteilen. Jedenfalls habe ich meinen Anwalt gebeten, eine wirksame Gelegenheit zu suchen, wo ich Beweise gegen Lügen setzen kann.

INTERVIEW: THOMAS DARNSTÄDT



Hombach



DER SPIEGEL



W. INDRBAUER / ARGUM

Kaufmann Koch, Dasa-Zentrale in Ottobrunn: *Erster echter Fahndungserfolg seit Jahren*

SPIONAGE

„Ganz dicker Fisch“

Zwei Deutsche stehen im Verdacht, jahrelang geheime militärische Unterlagen der Dasa nach Moskau geliefert zu haben. Der Vater des einen hatte gute Kontakte zur Armee von Libyens Staatschef Gaddafi.

Der Fluggast „Koch/Michael Mr.“ wurde von Staats wegen erwartet. Kurz vor der Sicherheitsschleuse im Abflugbereich B des Flughafens Hannover nahm ihn ein Zivilkommando des Bundeskriminalamts (BKA) fest.

Auch sein Krokodillederkoffer, ein Geschenk der Lebensgefährtin, trat den Flug via Frankfurt nach Moskau nicht an. Dabei wurde besonders dessen Inhalt in der russischen Metropole sehnsüchtig erwartet: rund 30 Blatt, Fragmente von geheimen Unterlagen, Plänen und Expertisen der LFK-Lenkflugkörpersysteme GmbH, einer Tochter der Hightech- und Rüstungsschmiede DaimlerChrysler Aerospace (Dasa) im bayerischen Ottobrunn.

Koch, 39, ein Kaufmann aus dem niedersächsischen Walsrode, ist seit Ende Juli in Haft. Auch sein mutmaßlicher Lieferant Peter S., 52, Vertriebsingenieur der LFK, Bereich Panzerabwehrbewaffnung, sitzt ein. Er wurde an seinem Arbeitsplatz bei München festgenommen. Die Bundesanwaltschaft wirft beiden Spionage für den früheren Erzfeind Russland vor.

„Uns ist da ein ganz dicker Fisch ins Netz gegangen“, frohlockte der Chef des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Rolf-Peter Minnier. Sein Amt hatte Koch seit Monaten observiert, dessen Telefone angezapft.

Agentenfestnahmen jenseits der Stasi sind selten geworden. Und so belebte der erste echte Fahndungserfolg seit Jahren vergangene Woche die Debatte um die Spionage und das deutsch-russische Verhältnis. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Willfried Penner (SPD), fabulierte von möglichen Wirtschaftssanktionen und der Kürzung von Hilfgeldern. „Ich sehe solche Fälle mit beachtlicher Besorgnis“, erklärte SPD-Verteidigungsminis-

ter Rudolf Scharping. Das Auswärtige Amt protestierte in Moskau.

Eher realistisch reagierte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Peter Frisch: „Wir reichen uns über dem Tisch die Hände und treten uns unter dem Tisch gegen die Schienbeine. Darauf muss man sich einrichten.“ Der Geheimdienstchef weiß: Deutschland hat seine Anstrengungen, das marode Riesenreich im Osten auszuspähen, natürlich auch nicht eingestellt (siehe Kasten Seite 28).

Mit Wirtschaftsspionage hat der Dasa-Fall nach vorläufiger Einschätzung der Fahnder nichts zu tun. Aber ansonsten taugt er, dem Genre angemessen, zu ei-

nem guten Krimi. Koch ist Mitinhaber der Firma Wal-Trans Transport- und Handelsgesellschaft mbH Export-Import im idyllischen Heideort Walsrode. Keine Telefonnummer ist eingetragen, kein Briefkasten, kein Firmenschild. Das riesige Gelände im Stadtteil Kirchboitzen ist mit Stacheldraht und Bewegungsmelder gesichert.

Von hier aus reiste Koch nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft allein in diesem Jahr fünfmal nach Moskau, um „an einen russischen Nachrichtendienst technologisches Know-how insbesondere aus dem Rüstungsbereich“ zu verkaufen. Seit 1995 soll das schon so gehen. Dasa-Mann S., ein Oberstleutnant der Reserve, soll das



Dasa-Luftabwehrrakete: *Akten auf dem Bauernhof*

„Die müssen hier raus“

Wie der Verfassungsschutz Moskaus Botschaft in Berlin ausspionierte

Der Sitz der SPD-Bundestagsfraktion ist ein wuchtiges Bürohaus in Berlin-Mitte, fünf Stockwerke hoch. Direkt vis à vis residiert die Botschaft der Russischen Föderation, mit der Postanschrift Unter den Linden 63 – 65.

In den vergangenen Wochen bezogen die Abgeordneten das neue Quartier – aber sie sind nicht die ersten Mieter. Von zwei Büros im obersten Stockwerk aus betrieb das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) schon vor dem Einzug der Parlamentarier eine politische heikle Operation: die Ausspähung der riesenhaften Moskauer Residenz.

Wo heute der Fraktionsvorstand sitzt, war bis zum November des vergangenen Jahres Hightech installiert: Spezialekameras, ihre Linsen auf die Eingänge der Botschaft und der daneben liegenden Handelsvertretung gerichtet. Wer hineinging oder herauskam, wurde gefilmt.

Die Praxis ist nicht neu, allen voran die diplomatischen Einrichtungen der Russen werden seit Jahrzehnten observiert, teilweise auch ihre Telefone abgehört. So halten es die russischen Dienste mit den deutschen Vertretungen in Russland auch – alte Gewohnheiten haben ein langes Leben. Nur erwischen lassen darf man sich dabei nicht.

Moskaus Berliner Botschaft ist ein Mammutobjekt, die Fassade mehr als 100 Meter lang. Sie gilt deutschen Verfassungsschützern als eines der Zentren der russischen Spionage in Deutschland und liegt noch dazu im Herzen des Regierungsviertels. Tatsächlich sitzen in den 350 Zimmern auch mindestens ein Dutzend Vertreter des Auslandsgeheimdienstes SWR und des für die Militärspionage zuständigen GRU. „Die Informationsbeschaffung russischer Nachrichtendienste“, hat das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz festgestellt, „erfolgt zu einem großen Teil über getarnte Stützpunkte in amtlichen oder halbamtlichen Auslandsvertretungen.“

Immer wieder versuchten die Diplomaten nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden, in der Residenz

Agenten anzuwerben. Zuletzt hatten sich angebliche Mitarbeiter der Visa-Abteilung 1996 und 1997 darum bemüht, reisewillige Berliner Polizeibeamte zu ködern.

Um russische Agentenführer und deren Quellen zu orten, installierte das Bundesamt die Observationsanlage. „Die Station war unbemannt“, sagt ein Abwehrmann. Lediglich zum Abholen der Bänder sollen Experten erschienen sein.

Nur vom obersten Geschoss aus hat man freien Blick. Ansonsten versperren dicht gepflanzte Linden am Straßenrand die Sicht. Den Verdacht, dass aus dem Ausguck auch Lauschngriffe gegen die Russen geführt worden seien, dementieren Sicherheitsexperten.

Wann die Gerätschaften in dem 1997 fertig sanierten ehemaligen DDR-Ministerium aufgestellt worden sind, ist unklar. Im November, beteuern Sicherheitskreise, sei die Technik abgebaut worden. Danach seien die Räume „besenrein“ der Bundestagsverwaltung übergeben worden.

Ganz freiwillig erfolgte der Auszug allerdings offenbar nicht. Aufgefallen war die Späheinrichtung, als Abgeordnete und Mitarbeiter der SPD-Fraktion durch die Flure streiften und vor zwei verschlossenen Türen standen.

Zunächst wußte niemand, was sich dahinter verbarg und wo die Schlüssel zu finden waren. Auch die Bundestagsverwaltung druckte herum. Weitere Recherchen ergaben dann, dass sich Verfassungsschützer eingemietet hatten.

Als Peter Struck, damaliger Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-

SPD-Haus, Botschaft
Zentrum der Spionage

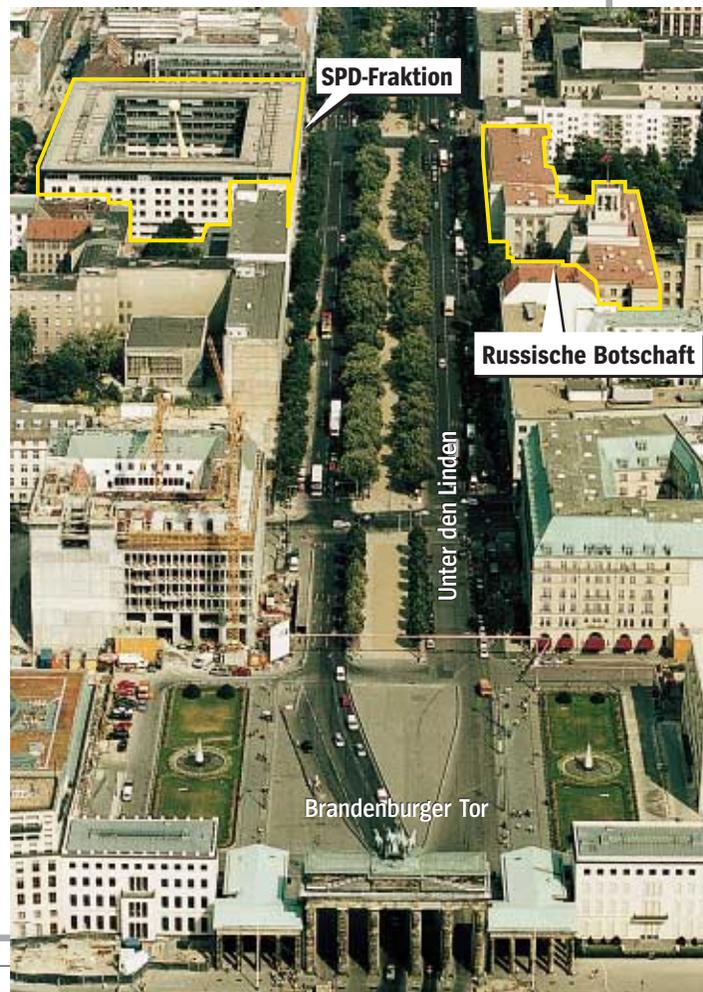
Mit einem Spähangriff auf der Suche nach russischen Agenten

Fraktion, von der Nutzung erfuhr, stellte er klar: „Die müssen hier raus. Ich lasse nicht zu, dass die da bleiben.“ Beim Amt zeigte man sich sperrig. Erst Strucks Intervention beim Chef-Verfassungsschützer Peter Frisch hatte Erfolg: Die Schlapphüte zogen ihr Equipment ab.

Der Bundesregierung ist der Vorgang peinlich. Zu gern würde man den Eindruck erwecken, dass nur die Russen noch das alte Agentenspiel treiben. Illegal war die Installation der Kameras allerdings nicht: Zur Spionageabwehr darf das BfV zu solchen „nachrichtendienstlichen Mitteln“ greifen.

Besonders wurmt Experten in Kanzleramt und Innenministerium, dass die Aktion ausgerechnet jetzt – nach der Verhaftung von zwei mutmaßlichen russischen Spionen – publik wird. Eigentlich hatte man darüber noch ein ernstes Wort mit Moskau reden wollen. Daraus wird jetzt wohl nichts.

HORAND KNAUP, GEORG MASCOLO



Gros der Interna beschafft haben. Er hat mittlerweile ein Teilgeständnis abgelegt.

S. kannte bereits Kochs Vater Paul. Der mittlerweile Verstorbene, einst Abwehragent im Dritten Reich, hatte auch schon Probleme mit der Staatsmacht – in Ost und West. Mitte der fünfziger Jahre inhaftierte ihn die Stasi wegen angeblicher Spionage für die Engländer und Amerikaner. Später erschien immer wieder mal das BKA in der alten Ziegelei. 1981 kam er mit einer Geldstrafe davon, weil er für den Bruder des libyschen Staatschefs Muammar al-Gaddafi Söldner angeheuert hatte. Die Desert Air Service Ltd. Benghazi/Libyen verpflichtete mit Paul Kochs Hilfe Ex-Bundeswehrpiloten und -techniker für das Wüstenreich (SPIEGEL 15/1980).

Anfang der neunziger Jahre wurde Koch senior von dem Vorwurf freigesprochen, nach dem Golfkrieg zwischen Irak und Kuwait 1991 „Leopard“-Panzer an das Scheichentum verkauft zu haben. Die angebliche Lieferung ließ sich nicht beweisen. Sohn Michael werkelte seit 1984 mit dem Vater in der Wal-Trans. Gemeinsam reisten sie in der Welt herum, immer auf der Suche nach Geschäften mit einem ordentlichen Profit.

In Bedrängnis brachte Michael Koch aber erst ein geheimnisvoller Informant, der beim Verfassungsschutz über die Dasa-Rußland-Connection auspackte. Zunächst erschienen seine Hinweise dort sehr vage, aber das niedersächsische Landesamt blieb dran. Koch wurde observiert, die Telefone in der alten Ziegelei abgehört. Der Fall erwies sich als knifflig. Der Firmensitz war von außen kaum einsehbar. Zudem blieb Koch stets vorsichtig – als rechne er damit, beschattet zu werden. Als Kochs Kontakt zu S., der seit November 1998 bei der LFK arbeitete, endlich aktenkundig wurde, verständigten die Niedersachsen auch die Kollegen in Bayern.

Erst spät, nur zwei Tage vor der Festnahme, lieferten die Verfassungsschützer den Fall beim Generalbundesanwalt ab. In der Runde in Karlsruhe am 26. Juli saßen auch Abwehrexperthen aus Bayern und vom BfV. Koch plante für den 28. Juli wieder eine Reise nach Moskau. Die Staatsanwälte entschieden zuzugreifen. Einen weiteren Verkauf von deutschem Geheimwissen wollten sie nicht zulassen.

Was genau das Duo tatsächlich verraten hat, ist bis heute unklar. Bei Durchsuchungen fand das BKA stapelweise Unterlagen, sie füllen 16 Aktenordner bei der Bundesanwaltschaft. Das Gros hatte S. bei einem Bekannten auf dessen Bauernhof in Oberbayern deponiert. Fast alle Papiere betreffen, nach vorläufiger Auswertung, den Arbeitsbereich von S.: lichtwellenleiterge-



Mobile Panzerabwehrwaffe: Geheimnisvoller Informant



Dasa-Lenkflugkörper: 30 Blatt im Krokodillederkoffer

lenkte Panzerabwehrwaffen der dritten Generation – abfeuerbar von Hubschraubern, Schiffen oder anderem Kampfgerät.

Als wahrscheinlich gilt den Ermittlern zudem, dass S. Materialien seines früheren Arbeitgebers, der Bayern-Chemie, einer weiteren Dasa-Tochter, an Koch lieferte. S. war dort von 1994 bis 1998 Vertriebsingenieur im Bereich Zivile Systeme. Mit dem Militärbereich der Bayern-Chemie, wo unter anderem Antriebe für taktische Raketen entwickelt werden, habe S. nichts zu tun gehabt, erklärt die Dasa.

Ermittelt wird noch gegen einen weiteren mutmaßlichen Lieferanten Kochs. Der beteuert allerdings, nur Unterlagen an den Walsroder Kaufmann weitergeleitet zu haben, die er selbst aus dem Internet gefischt habe. Der Bundesanwaltschaft gilt er derzeit nur als „Randfigur“.

Nachdem Koch bislang geschwiegen hat, will er sich diese Woche vor dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof zu den Anschuldigungen äußern: Er habe immer nur ein paar Blatt aus den von S. beschafften Unterlagen mit nach Moskau genommen, sozusagen zur Ansicht. Nur zweimal habe er einige wenige Unterlagen übergeben. Die Russen hätten hierfür 60 000 US-Dollar gezahlt, die er in bar bekommen und mit S. geteilt habe.

Ganz sauber ging es bei dem Handel anscheinend nicht zu. Die Bundesermittler haben festgestellt, dass S. Dasa-Dokumente nachträglich selbst als geheim einstufte – wohl um den Preis zu treiben.

Auch für Koch dürfte Geld das entscheidende Motiv gewesen sein. Der Mann, der immer gern auf großem Fuß lebte, steckte, so seine Anwälte Alfred Dreher und Carsten Mauritz, „in erheblichen Zahlungsschwierigkeiten. Sogar die Zwangsversteigerung des elterlichen Anwesens drohte“. In der Kirchboitzener Volks- und Raiffeisenbank-Filiale fiel Koch dadurch auf, dass er immer wieder 100-Dollar-Noten in Mark wechselte.

Wo die Militär-Interna letztlich gelandet sind, ist noch offen. Koch und sein Komplize S. behaupten, ihnen sei nicht klar gewesen, dass hinter ihrem Geschäftspartner in Moskau ein russischer Geheimdienst steckte. Sie wollen geglaubt haben, dass sie – zugegebenermaßen auch illegal – an die Industrie geliefert hätten.

Der Unterschied ist für die Anklage gegen die beiden Dealer entscheidend: Nur die Übergabe an eine „fremde Macht“, also den Staat, ist „geheimdienstliche Agententätigkeit“. So gesehen, ist das geltende Staatsschutzrecht ein Relikt des Kalten Krieges.

Der Wirklichkeit im zerborstenen Sowjetreich, wo Geheimdienstler schon mal einen Tag im Auftrag ihrer Regierung und am nächsten als geschäftstüchtige Privatleute auf eigene Rechnung agieren, ist die deutsche Rechtspraxis nicht mehr gewachsen.

Auch wenn die Darstellung des verhafteten Duos für die Bundesanwaltschaft wenig glaubwürdig klingt – der Haftrichter hat die Ermittler schon ermahnt, Belege dafür herbeizuschaffen, dass Abnehmer der geheimen Unterlagen tatsächlich der russische Staat war. In dieser Woche steht die Haftprüfung an.

Die Verfassungsschützer sind nicht ohne Hoffnung. Sie kennen die Telefonnummer von Kochs Kontaktmann in Moskau. Der Mann sprach gut Deutsch und diente nach Feststellungen der Fahnder einst als Offizier dem sowjetischen Geheimdienst KGB. Nur für wen er heute wirklich arbeitet – das wissen die Ermittler noch nicht.

WOLFGANG KRACH, GEORG MASCOLO



Werbeseite

Werbeseite

KORRUPTION

„Alles auffliegen lassen“

Nach der Verhaftung des Chefs der Bayerischen Beamten Versicherungen grassiert in der Bau- und Bankenbranche die Angst vor der Enthüllung krimineller Machenschaften.

Die Maschine aus Nizza landete am Montag vergangener Woche pünktlich zur Mittagszeit auf dem Flughafen in Innsbruck. Doch der Fahrer von Klaus Dieter Schweickert, dem Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Beamten Versicherungen (BBV), wartete vergeblich. Stattdessen tauchten Polizisten auf, filzten den Dienstwagen und fanden eine Pistole. Der Spitzenmanager, mit internationalem Haftbefehl gesucht, wurde beim Verlassen des Flugzeugs festgenommen.

Der Versicherungschef ist bereits der dritte hochkarätige Manager, den die Staatsanwaltschaft Bochum hinter Gitter gebracht hat. Bereits seit dem 14. Juli sitzen der Bonner Immobilienhändler Berthold Kaaf sowie Dieter Diekmann, Veba-Manager und Ex-Oberstadtdirektor von Bonn, wegen des Verdachts der Untreue und der Steuerhinterziehung in Untersuchungshaft.

Das Trio soll 1996 beim Verkauf eines Bürogebäudes in Bonn, in dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) residiert, illegal eine Provision von rund sechs Millionen Mark kassiert haben – die Hälfte soll an Schweickert geflossen sein. Kaaf hatte den Verwaltungskomplex gemeinsam mit dem Heidelberger Bauträger Roland Ernst errichtet. Gegen Schweickert ermittelt die Justiz zudem wegen der Annahme von Schmiergeld für andere Objekte, bei denen er mindestens weitere vier Millionen Mark schwarz eingesteckt haben soll.

Die Verhaftungsserie bringt erhebliche Unruhe in die Bau- und Finanzbranche.

Kleine und große Geschäftemacher fürchten nun Enthüllungen über ein weit verzweigtes Netzwerk korrupter Banker, Versicherungsexperten, Immobilienhändler und Wirtschaftsprüfer. Ein Ermittler: „Wir stehen erst am Anfang.“

Ins Rollen kamen die Recherchen durch einen anonymen Brief an die Veba, in dem ein Insider den illegalen Bonner Deal anprangerte. Jetzt plaudert auch Kaaf.

Damit sich die BBV an dem BMZ-Deal beteilige, erzählte Kaaf den Ermittlern, habe deren Chef drei Millionen Mark verlangt. Das Geld zahlte Schweickert nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft persönlich auf ein Konto im österreichischen Bad Kleinkirchheim ein. Die Bochumer Fahnder ermitteln deshalb gegen ihn auch wegen Erpressung.

Kaafs Geständnisfreude könnte auch seinen BMZ-Partner Roland Ernst, einen der größten Bauträger Deutschlands, in Bedrängnis bringen. Noch vergangene Woche versicherte der Bau-Tycoon, er habe mit der Affäre nichts zu tun. Kaaf erinnert sich anders: Neben der illegalen Maklerprovision, von der Ernst nicht profitiert haben soll, gestand der Immobilienhändler eine weitere dubiose Geldbeschaffungsaktion.

Weil Ernst und Kaaf für den Kauf eines Grundstücks in Dornach bei München dringend Geld benötigt hätten, habe ihnen der Bauunternehmer Julius Martin Peters im Rahmen eines Zusatzvertrages für das BMZ am 24. März 1994 eine Scheinrechnung über 7030 893 Mark inklusive Mehrwertsteuer ausgestellt.



Razzia bei der BBV: Beste Verbindungen zur

Noch am selben Tag sei das Geld, das sich Ernst und Kaaf mit Hinweis auf die falsche Rechnung bei der Münchner Hypo-Bank geliehen hatten, telegrafisch angewiesen worden. Ernst und Kaaf hätten die Millionen an Peters transferiert. Der habe die Summe postwendend auf das Kaaf-Konto 15 905 003 bei der Sparkasse Bonn zurücküberwiesen. Peters weist den Vorwurf der Scheinrechnung von sich.

Obwohl die Münchner Staatsanwaltschaft bereits im Frühjahr konkrete Hinweise auf den Deal erhalten hatte, verjährte der Fall. Dies sorgt bei Ermittlern außerhalb Bayerns für Erstaunen.

Schon immer rühmte sich der Immobilienhändler Kaaf bester Verbindungen zur bayerischen Staatsregierung. Anfang der neunziger Jahre organisierte er für den heutigen Justizminister Alfred Sauter und dessen Ehefrau einen Besuch des Opernballs in Wien. Seit Anfang der achtziger Jahre kennen sich Kaaf und Jurist Sauter. Bis 1988 hat Sauter Kaaf anwaltlich vertreten. Danach kümmerte sich die Kanzlei von Sauters Ehefrau um rechtliche Belange des Managers.

Außer dem BMZ-Handel, bei dem der CSU-Politiker Kontakte zu Mitarbeitern des Ministeriums vermittelte, gab es noch andere problematische Geschäfte. Ein vertraulicher Brief von Roland Ernst an seinen Heidelberger Rechtsanwalt Thomas Gatzka vom 15. September 1998 belegt: Der Baulöwe war zumindest Mitwisser fragwürdiger Deals.

Ein ehemaliger Angestellter der Münchner Hypo-Bank offenbarte sich dem Heidelberger vergangenes Jahr und drohte, „alles auffliegen zu lassen, nur um eventuell seine eigene Haut zu retten“.

In die Machenschaften, alarmierte Ernst, der sich um den Bau von Läden und Büros am ICE-Bahnhof am Frankfurter Flughafen bewirbt (siehe Kasten), seinen Anwalt, sei-



BMZ in Bonn, Versicherungschef Schweickert: Recherchen erst am Anfang



W. M. WEBER

bayerischen Staatsregierung

en auch Kaaf und Schweickert verwickelt. Er hoffe, „dass wenigstens der eine oder andere noch vernünftig ist, bevor die Bombe hochgeht“.

Ernst-Partner Schweickert hat eine bewegte Vergangenheit. In den siebziger Jahren beriet er die Münchner Rüstungselektronikfirma Telemit, eine sogenannte Wirtschaftssonderverbindung des Bundesnachrichtendienstes mit Kontakten zu Libyen. Bei der Telemit, die mit dubiosen Exportgeschäften auffiel, stieg er zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates auf. 1994 ging die Firma in Konkurs.

Vor drei Jahren kamen Steuerfahnder einem verschachtelten Finanzsystem, dem sogenannten Optima-Modell, auf die Spur. Mit fingierten Lebensversicherungen, die allein der Finanzierung von Krediten und der Steuerhinterziehung dienten, sollen Versicherungsmakler und hochrangige Assekuranzmanager Millionen in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. An dem Modell war auch die BBV beteiligt.

Wegen der Optima-Affäre wollte das Berliner Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) Schweickert schon 1997 von seinem Posten entfernen. Doch der frühere CSU-Gemeinderat aus Unterhaching genoss hochrangige Protektion.

Rainer Keßler, BBV-Aufsichtsratsvorsitzender und 20 Jahre lang Amtschef der bayerischen Staatskanzlei, intervenierte im CSU-geführten Bundesfinanzministerium, dem das BAV untersteht. Das Amt verzichtete auf die Abberufung. Diesmal half Schweickert die Connection nicht: Der BBV-Chef wurde entbunden und beurteilt.

Jetzt sollen alle BBV-Immobilien-geschäfte überprüft werden. Ein Beamter: „Wir wollen wissen, ob auch andere Vorstände drinhängen.“

JÜRGEN DAHLKAMP, FELIX KURZ, GUNTHER LATSCH, WILFRIED VOIGT

Böser Schein

Ein Großprojekt am Frankfurter Flughafen gerät unter Amigo-Verdacht.

Die Betonplatte ist 660 Meter lang und bis zu 65 Meter breit. Seit drei Monaten spannt sie sich als Dach über den neuen ICE-Bahnhof am Frankfurter Flughafen.

Der Schutz vor Wind und Wetter ist nicht die einzige Aufgabe der Platte, die auf gewaltigen Stahlträgern ruht. Auf der länglichen Riesenscheibe soll demnächst ein siebenstöckiges Wohn-, Geschäfts- und Vergnügungsviertel in den Himmel wachsen. Die Frankfurter Flughafen Aktiengesellschaft (FAG), die den ungewöhnlichen Bauplatz an Investoren vergibt, wirbt auf Fachmessen bereits für eine Immobilie mit „Residenz-Charakter“, die schon bald bezugsfertig sein werde.

Womöglich bleibt der glitzernde Gebäudekomplex für lange Zeit ein Luftschloss. Filz-Vorwürfe drohen das 800-Millionen-Mark-Projekt zu blockieren.

Der Amigo-Verdacht richtet sich gegen den stellvertretenden Flughafen-Chef Manfred Schölch und den Münchner Baumanager Dierk Ernst. Eine Ernst-Firma, die Tercon GmbH, gehört zum Konsortium, das zur Zeit die besten Chancen hat, den Auftrag für den Frankfurter Plattenbau zu ergattern. Partner der Tercon sind die Roland-Ernst-Gruppe, Bilfinger + Berger und die IVG.

Dem Tercon-Chef Ernst ist FAG-Vorstand Schölch eng verbunden. „Wir kennen uns seit über 20 Jahren“, sagt der Flughafen-Manager. Auch auf die Geschäfte des Duzfreundes hat er ein Auge: Schölch sitzt im Beirat der Tercon. In dem Gremium, das keine formalen Kontrollbefugnisse hat, werden unter anderem Strategiefragen besprochen.

Näher gekommen sind sich Schölch und Ernst auch bei der Großwildjagd, beispielsweise in Namibia. „Das war rein privat“, beteuert Schölch. Auch als er im September 1993 mit Ernst in den rumänischen Karpaten auf Hirsche ging, habe er selbst bezahlt: „Ich habe mich von niemandem einladen lassen.“ Auch Ernst bestreitet, dass er Schölch

Vorteile gewährt habe: „Wir haben uns auch mal auf Gesellschaftsjagden getroffen.“ Mehr sei nicht gewesen.

Sicher ist: Um den Fortgang des Frankfurter Plattenprojekts kümmerte sich Schölch monatelang persönlich. So gehörte er zur Auswahlkommission, die im Frühjahr dieses Jahres aus sieben Angeboten zwei Endrunden-Konsortien herausfilterte – darunter die Tercon-Gruppe seines Freundes Ernst.

Unlautere Einflussnahme bestreitet Schölch jedoch vehement: „Die Projektbeschreibungen waren anonymisiert, außerdem erging der Beschluss einstimmig.“ Danach habe er sich bewusst aus dem Fall zurückgezogen. Zudem habe die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG ein Gutachten erstellt, aus dem hervorgehe, dass die Prozedur „nicht zu beanstanden“ sei.

Dennoch ist Schölch jetzt ins Grübeln gekommen: „Wir wollen ganz sichergehen.“ Um jede Kritik auszuräumen, soll ein „Gutachterpapst“ (Schölch) die Auftragsvergabe noch einmal genau unter die Lupe nehmen.



Bauplatz ICE-Bahnhof: Freund im Firmenbeirat

Hintergrund ist das spektakuläre Gerichtsurteil zum Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld, an dem sich auch die FAG beteiligen will (SPIEGEL 32/1999). Das Oberlandesgericht Brandenburg monierte Anfang August, dass es personelle Verfilzung zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern gebe. Richtig korrupt müsse es dabei gar nicht zugehen, meinten die Richter, es genüge schon „der böse Schein“.

DIETMAR PIEPER, WILFRIED VOIGT

SONNENFINSTERNIS

Erhabener Augenblick

Deutschland im Banne kosmischer Kräfte: Gepeinigt von Kulturdarbietungen, TV-Gelaber und starkem Regen, verfolgten Millionen den Jahrhundertsschatten.

Irgendwo vor der Küste von Neuschottland, wo sich Wal und Welle Gute Nacht sagen, erblickte die Finsternis das Licht der Welt. Als sie gut drei Stunden später über dem Golf von Bengalen endlich wieder im Kosmos verschwand, hatten

- ▶ Millionen Deutsche in den wolken-trüben Himmel gestarrt und mit ihrem vormaligen Bundespräsidenten Roman Herzog die naturkundlich bedeutsame Einsicht gewonnen, dass es bei einer Sonnenfinsternis „erst dunkel wird und dann wieder hell“;
- ▶ die kosmischen Schicksalskräfte schon wieder eine Gelegenheit vertan, die Erde mit Getöse platt zu machen – ein Mangel an Prognosetreue, der einen rumänischen Endzeit-Propheten derart grämte, dass er der Vorsehung mit gutem Beispiel voranging und sein eigenes Haus in Brand steckte;
- ▶ die Fernsehanstalten den endgültigen Nachweis erbracht, dass die televisionäre Darbietung von Dunkelheit ungefähr so erhebend ist wie ein Sexfilm mit der Dame ohne Unterleib – allein die sachkundigen Begleitworte der Moderatoren („Wenn es oben schwarz wird, sieht man unten nichts“) ließen die Zuschauer immer wieder frohe Erwartung schöpfen;
- ▶ hunderttausende den Kunstdarbietungen beige-wohnt, die das kosmische Geschehen so würdig umrahmten, wie es einer Kulturnation angemessen ist – etwa mit Vorträgen („Die Sonne als Frage und Antwort“), kinetischen Formelskulpturen („Mit Musikern des Disko-B.-Labels“) und musikalischen Grenzerfahrungen („Die Glocken des Guru“); spontan erklang hie und da auch das Lied zum Lob des schönen Westerwalds („Überdeinehöhenfeifft-derwind. Sokallt“).

So oder ähnlich feinsinnig ging es in vielen Gemeinwesen Europas zu, über die letz-

ten Mittwoch der Kernschatten des Jahrhundertereignisses fiel.

Vom Südwesten Englands bis ans Schwarze Meer knüpfte die quer durch Europa rasende Sonnenfinsternis ein flüchtiges Band frohen Feierns und geselliger Zusammenkunft. Von weit und überall her waren die Neugierigen gekommen, in Stau und knüppelvollen Zügen, nur um zu erleben, wie der Mond sich vor die Sonne schiebt.

Gemeinsam harrten sie der Erhabenheit des schwarzen Augenblicks, gemeinsam schauten sie erwartungsvoll zum Himmel auf – umso ungehöriger war die Schadenfreude, die natternzüngige Spottmäuler verspritzten, als sich ausgerechnet am Vorabend des großen Tages der bis dahin klare Strahlhimmel großflächig zu bewölken begann.

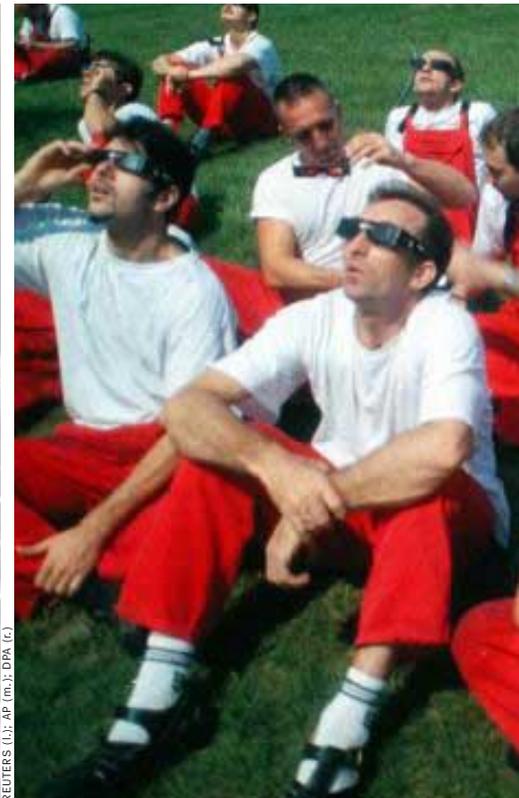
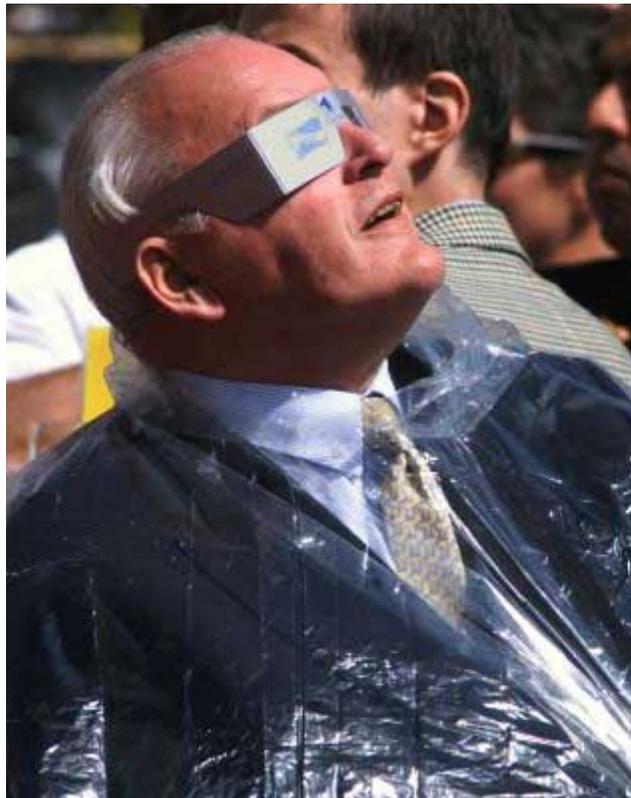
Sie belustigten sich etwa über die in Cornwall massenweise im Dauerregen aufweichenden Druiden, die mit ihren nach tausenden zählenden Glaubensscharen die steinernen Stätten keltischen Kults umzingelt hatten; nicht minder komisch fanden



Sonnenbeobachter Johannes Paul II.: Genuss

sie, dass in Bukarest der Himmel just in dem Moment dicht machte, in dem sich der Mond in die Sonne biss – wenigstens fiel nicht auch noch die unterhaltsame Auktion aus, in der die restlichen Habseligkeiten des seligen Diktators Ceaușescu ver-kloppt wurden (siehe Seite 134).

Glasklar hingegen war der Himmel über Ägypten – nur hinsehen durfte keiner, der auf den Propheten hört, denn Mufti Nasr Farid Wassel hatte tags zuvor die Fatwa über die Sonnenfinsternis verhängt; als die Frau des Kairoers Abdel-Nasser Nuredeen



Sonnenbeobachter Herzog, Finsternispause bei Audi, Sonnenbeobachter Stoiber, Thierse: „Wenn es oben



dennoch guckte, statt ihrem Mann den Tee zu bereiten, erwürgte er sie.

Zu selben Zeit choperte der Chef der Christenheit der Sonne entgegen, um mit viel Gottvertrauen das Naturschauspiel durch das Fenster seines Hubschraubers zu betrachten: Erst nach der Landung an seinem Feriensitz ließ sich der Papst ein getöntes Schauscheibchen reichen, das allerdings verdächtig einem jener rußgeschwärzten Do-it-yourself-Gläser ähnelte, vor denen die Augenärzte in den Tagen vor der Eklipse so eindringlich gewarnt hatten.

mit Gottvertrauen

Folgsam deckten sich die Deutschen mit Spezialbrillen aus Folie und Pappe ein; viele standen Schlange, um noch ein Exemplar zu ergattern, minder Geduldige besannen sich des Faustrechts und erprügelten sich eines; wer auch damit scheiterte, konnte noch auf den Schwarzmarkt zurückgreifen.

Gebraucht haben das umkämpfte Utensil allerdings nur die wenigen Glückspilze, die sich wie Edmund Stoiber unter einem Wolkenloch positioniert hatten. „Bei so einem Ereignis wird einem die eigene kleine Existenz erst richtig bewusst“, flunkerte

der bayerische Ministerpräsident, indes Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) mit seiner offenbar regulär erworbenen Schutzbrille aussah wie ein jugendbewegter Herbergsvater am Fasching.

Vielleicht, so sinnierten optimistische Naturen angesichts des eklipsealen Beieinanders, gelingt es den Roten und den Schwarzen ja, die Steuerreform, jenes Meisterwerk der niemaligen Vollendung, bis zur nächsten Totalverfinsternung über Deutschland anno 2081 in Angriff zu nehmen.

Während ZDF-Moderator Joachim Bublath jene Zielgruppe, die für immer an der Timer-Programmierung am Videorecorder scheitern wird, mit technischen Details über den digitalen Übertragungsweg der Eklipse endgültig aus seinem Kanal vertrieb, setzte fast schlagartig die Finsternis ein.

Prompt hob eine Blitzlicht-Kanonade sondergleichen an, denn die Menge hatte sich dazu entschlossen, in Ermangelung einer Korona die Finsternis zu fotografieren. Seit Mittwochnachmittag verzeichnen die Fotolabors allerorten eine deutliche Zunahme an Entwicklungsaufträgen: „Ich habe noch nie“, seufzte ein Laborant, „so viele schwarze Fotos gesehen.“

Ausgesprochen normal hingegen verhielten sich die Tiere in den Zoos, in die sich Neugierige zuhauf begeben hatten, um mit eigenen Augen zu sehen, ob „die Hunde heulen, die Pferde durchgehen und die Vögel gegen Mauern fliegen“, wie die Deutsche Presseagentur (dpa) gemutmaßt hatte.

Bis auf den Papagei in einem Cottbuser Hotel, der laut dpa während der Eklipse spontan Mozarts „Kleine Nachtmusik“ intonierte, blieb die behaarte und gefiederte Fauna ruhig – im Gegensatz zu den vielen nach Stuttgart eingeschwärmten Christenmenschen, die sich durch die 200 000 pitschnassen Besucher in der City ringelreichten; offenbar betroffen über die meteorologische Saumseligkeit des Zentralgestirns baten sie singend: „Steig, Sonne, schön.“

Ebenfalls nicht dazu angetan, die Bewohner der Erde im Urteil des Universums als ernst zu nehmende Wesen erscheinen zu lassen, waren die Gruppen, die im Internet meldeten, im Schutze der Dunkelheit seien Außerirdische gelandet; natürlich kam es auch diesmal wieder zu Entführungen, bei denen die menschlichen Probanden auf die für die Aliens typische Manier untersucht wurden – also vorzugsweise an den Genitalien.

Immerhin kehrten alle Werkträgern unverseht aus der Finsternis an ihren Arbeitsplatz zurück. Vor allem in Deutschlands südlichen Breiten, durch die der Mondschatten seine schwarze Schneise schlug, hatten viele von ihnen eine Stunde finsterfrei. Bei Audi und BMW stoppten sogar die Bänder.

Nur im „Dreifarbenhaus“, Stuttgarts größtem Puff, wurde auch in tiefster Dunkelheit gearbeitet – allerdings in deutlich reduzierter Besetzung: Von den 67 Damen war die Hälfte nicht zur Schicht erschienen.

JÜRGEN DAHLKAMP, CLAUDIA ELLERBROCK, HENRY GLASS, BETTINA MUSALL



schwarz wird, sieht man unten nichts“

„Rauchender Colt“

Nach der Aids-Affäre der achtziger Jahre deutet sich ein weiterer Blutskandal an: Nach Recherchen eines CSU-Bundestagsabgeordneten hat die Pharmaindustrie fahrlässig Bluterkrankte in Deutschland mit Hepatitis C infiziert.



Herstellung von Blutkonserven: Der Branche drohen millionenschwere Schadensersatzforderungen

An die Zukunft denkt Stefan Vogel nicht mehr. Während andere in seinem Alter anfangen, für eine Familie oder ein eigenes Haus zu sparen, gibt der 29-jährige Berliner sein Geld lieber aus: „Ich investiere in Erlebnisse.“

Vogel ist Hepatitis-C-infiziert. Höchstens 30 Jahre gibt er sich noch, „großzügig gerechnet“. Wozu da noch Geld anlegen?

Insgesamt 5000 Bluterkrankte, so genannte Hämophile, die von fremden Gerinnungspräparaten abhängig sind, gibt es in der Bundesrepublik. Wie gefährlich sie leben, wissen sie spätestens seit den achtziger Jahren. Damals infizierten sich 1368 Hämophile an HIV-verseuchten Blutprodukten. Über 750 von ihnen sind inzwischen gestorben.

Nun deutet sich ein weiterer Skandal an: Das aus den Vereinigten Staaten stammende Blut war offenbar nicht nur mit Aids-Erregern infiziert, sondern auch mit

Viren der oft lebensgefährlichen Krankheit Hepatitis C, die für Hämophile besonders gefährlich ist, da sie durch Blut übertragen wird.

Stefan Vogel ist damals davongekommen. Doch 1994 offenbarte ihm seine Ärztin: „Sie haben da so ein Virus.“ Die lapidare Diagnose „Hepatitis C“ bedeutete für den Studenten der Zahnmedizin das Ende eines Traums: Er brach wenig später das Studium ab („Ich wollte keine Patienten infizieren“), seine Freundin verließ ihn.

Seither versucht Vogel, die Schuldigen an seinem zerstörten Leben dingfest zu machen – und erstmals hat er jetzt Hoffnung, dass es gelingt.

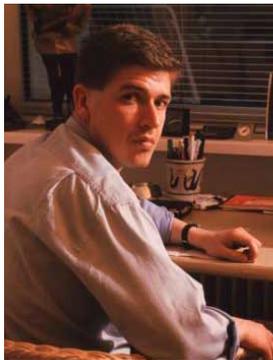
Am Dienstag vergangener Woche erhielt der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft Plasmaderivate herstellender Unternehmen“, Roloff Johannsen, ein brisantes Fax. Darin wirft die Deutsche Hämophiliegesellschaft (DHG), welche die Interessen der

Bluter vertritt, den Firmen vor, sie hätten die Verbreitung von Hepatitis-C-verseuchtem Blut in Deutschland verhindern können, wenn sie sich nur an die geltenden Standards für Arzneimittel gehalten hätten. Die DHG fordert eine angemessene Entschädigung für rund 3000 Bluter, die sich zwischen 1976 und 1984 angesteckt haben.

Nach den Abfindungen an HIV-infizierte Bluter in Höhe von 250 Millionen Mark drohen der Pharmaindustrie weitere Millionenzahlungen. Sollten sich die Unternehmen sperren, will die DHG über ihren Hamburger Anwalt Jürgen Schacht klagen.

Möglicherweise schließen sich auch Nichtbluter, die bei einer Bluttransfusion im Krankenhaus mit Hepatitis C infiziert wurden, einer DHG-Klage an. Schätzungsweise 200 000 Hepatitis-Kranke gibt es in Deutschland. Weil sich die Krankheit zunächst nur in Müdigkeit und Mattigkeit äußert und oft erst nach 10 oder 20 Jahren zu lebensbedrohlichen Leberschäden führt, wissen viele noch nicht einmal, dass sie infiziert sind.

Wie die angeschriebenen Unternehmen – darunter Bayer sowie die Blutplasma-



Hepatitis-C-Opfer Vogel

Hersteller Baxter, Biotest, Centeon, Grifols und Pharmacia & Upjohn – auf den DHG-Vorstoß reagieren, ist bislang offen. „Die Antwort“, so Johannsen, „ist noch nicht spruchreif.“

Die Forderungen der Hämophiliegesellschaft stützen sich auf einen Auszug einer bislang unveröffentlichten Doktorarbeit des ehemaligen Vorsitzenden des 3. Aids-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, des Juristen Gerhard Scheu (CSU). Der Volksvertreter hat anhand akribischer Recherchen eine mehr als 200 Seiten dicke Expertise geschrieben, die den Pharmaunternehmen nicht bloß Unwissenheit, sondern vielmehr „deliktisches Handeln“ vorwirft.

Auf die mögliche Ursache der Hepatitis-Verseuchung von Blutkonserven stieß Scheu im Sommer 1997 durch den Bericht des amerikanischen Institute of Medicine von 1995. Darin hieß es, „dass die American Association of Blood Banks die Einführung des ALT-Tests für November 1986“ empfohlen habe.

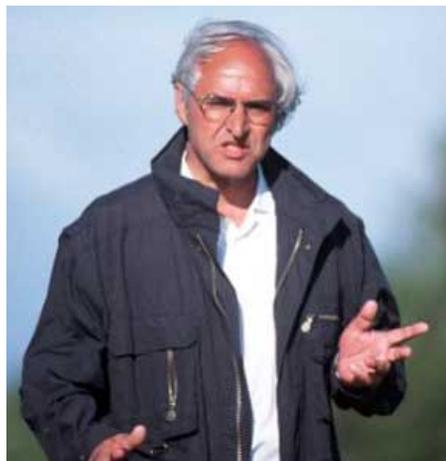
Bei diesem Test handelt es sich um eine Leberenzym-Untersuchung, mit der festgestellt werden kann, ob die Leberzelle beschädigt ist. Greift ein Virus die Zelle an, wird ein bestimmtes Enzym freigesetzt: die Alaninaminotransferase (ALT). Bei Blutprodukten lässt sich anhand des ALT-Tests feststellen, ob der Spender an den Symptomen einer leberschädigenden Krankheit leidet – etwa an Hepatitis C. Während in Deutschland dieser Test seit 1976 Standard ist, führten die Amerikaner ihn offenbar erst 1986 ein.

Scheu erkannte sofort die Brisanz seiner Lektüre: 90 Prozent der Ausgangsplasmen der in Deutschland auf den Markt gebrachten Blutprodukte, so wusste er aus seiner Arbeit im Aids-Untersuchungsausschuss, waren zwischen 1976 und 1986 aus den USA importiert worden.

„Ich bin nachts aufgewacht“, erinnert sich Scheu, „und habe gedacht: Was hast du da gelesen? Wenn das stimmt, dann sind wir von der Industrie böse hinter die Fichte geführt worden.“

Immer wieder hatten Pharmaunternehmen vor dem Ausschuss den Eindruck erweckt, gerade die aus den USA importierten Produkte entsprächen den höchsten Sicherheitsstandards.

In seiner Untersuchung verweist Scheu auf die Rechtslage Ende der siebziger Jahre in der Bundesrepublik. Obgleich das Virus Hepatitis C zu dieser Zeit noch nicht entdeckt war, gab es bereits Maßnahmen, die das Risiko, durch Blutprodukte mit dem Krankheitserreger infiziert zu werden, senken sollten.



C. AUGUSTIN

Doktorand Scheu

„Böse hinter die Fichte geführt“

Bereits im November 1976 etwa hatte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesärztekammer den ALT-Test als Standard bei Gerinnungspräparaten verbindlich gemacht. Die Richtlinien, führt Scheu in seiner Arbeit aus, „galten für jedes im Geltungsbereich des Arzneimittelgesetzes '76 in Umlauf gebrachte Blutprodukt“ – auch für die aus amerikanischem Blutplasma hergestellten Produkte.

Deutsche Pharmaunternehmen, die ungetestete Produkte auf den Markt gebracht haben, sind laut Scheus juristischer Analyse „zivilrechtlich haftbar“. Nach Paragraph 5 des Arzneimittelgesetzes sind sie verpflichtet, keine Produkte zu verkaufen, die „schädigender“ sind als nach wissenschaftlichem Standard nötig. Für Scheu ist das Verhalten der Pharmaunternehmen „juristisch ein rauchender Colt“.

Heikel für die betroffenen Unternehmen sind Scheus Untersuchungen auch deshalb, weil sie eine mögliche Verjährung aussetzen: Eine neue Beweislage und ein neuer Kenntnisstand lässt den Lauf der Verjährung neu beginnen.

Für Politiker und Manager kommt der Vorstoß der Hämophiliegesellschaft nicht

aus heiterem Himmel. Bereits im August 1998 hatte die DHG im Bundesgesundheitsministerium ein Gutachten des Leipziger Juristen Helmut Goerlich übergeben, das den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Entschädigung der in der DDR mit Hepatitis Infizierten begründet. In dem Schreiben wurde auch auf die Situation im Westen der Republik verwiesen.

Im November vergangenen Jahres informierte die DHG die neue Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer erstmals über Scheus Erkenntnisse. Im Januar antwortete Fischer, sie werde sich persönlich um die Sache kümmern und kündigte „eine fachliche und juristische Prüfung“ an. Dabei indes blieb es. Nach Angaben von Fischer-Sprecherin Sabine Lauxen „wird nach wie vor intern geprüft“.

Anfang März schließlich alarmierte die DHG den Gesundheitsausschuss des Bundestages. Der hat das Thema bis heute nicht behandelt.

Die Pharmaindustrie baut gegen die DHG-Ansprüche auf ein Gutachten des Direktors des Instituts für medizinische Mikrobiologie der Universität Greifswald, Lutz Gürtler. Danach sei der ALT-Test eine unsichere Methode. Im günstigsten Fall könnten 50 Prozent der infizierten Produkte damit aussortiert werden.

Bei dieser Trefferquote, argumentiert Roloff Johannsen, unter Berufung auf die Gürtler-Expertise, hätten möglicherweise auch mit ALT-Tests Infektionen nicht vermieden werden können. Gerade bei Blutern, die täglich mit Blutpräparaten versorgt werden müssten, wäre die Wahrscheinlichkeit, doch irgendwann infiziert zu werden, sehr hoch. „Die Frage ist nicht nur“, so der Pharma-Mann feinsinnig, „was war Stand des Wissens, sondern: Was war sicherer Stand des Wissens?“

Jurist Scheu hält diese Argumentation für absurd: Einerseits hätten die Unternehmen schlicht gegen bestehende Richtlinien verstoßen. Auch hätten sie zumin-

dest auf ihren Beipackzetteln auf das „produktspezifische Risiko“ Leberschaden hinweisen müssen. Zum anderen sei gerade bei wiederholter Verabreichung von Blutprodukten eine Risikominderung geboten. „Anders als bei Aids“, so Scheu, „gilt hier: Die Menge macht das Gift.“ Zumindest Patienten mit nur leicht ausgeprägter Hämophilie wie Stefan Vogel, die bloß selten Blutprodukte brauchen, hätten so wahrscheinlich geschützt werden können.

„Der Patient“, sagt Scheu bitter, „war einfach Teil eines großen Feldversuchs.“

CAROLIN EMCKE, UDO LUDWIG



W. M. WEBER / ARGUS

Blutanalyse im Labor: „Der Patient war Teil eines großen Feldversuchs“

Werbeseite

Werbeseite

AFFÄREN

Trotzig im Ungefähren

Eberhard von Brauchitsch stand im Mittelpunkt eines der spektakulärsten Politskandale der Nachkriegszeit. In seiner Autobiografie „Der Preis des Schweigens“, die Mitte dieser Woche erscheint, beschreibt der ehemalige Flick-Manager die Parteispenden-Affäre aus seiner Sicht: Eigenwilliges mischt sich dabei mit Spekulativem.

An einen seiner Peiniger kann sich Eberhard von Brauchitsch natürlich gut erinnern. Damals, im Flick-Untersuchungsausschuss, sei der Abgeordnete Gerhard Schröder „gähnend und hingefläzt, so nach Juso-Manier“, der Verhandlung gefolgt.

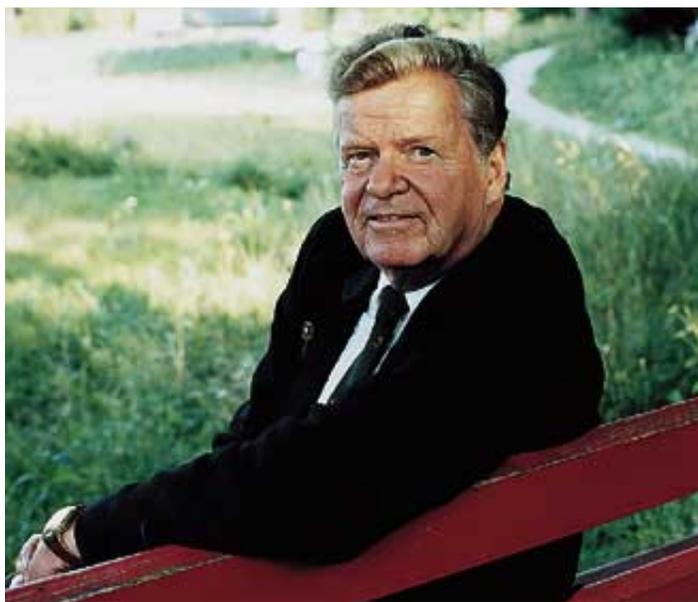
Und dann war da noch Otto Schily, der große Wortführer, „damals noch bei den Grünen“. Ja, die Geschichte, die der ehemalige Flick-Manager jetzt mit seiner Autobiografie wieder aufführt, ist lange her*.

Wie kaum eine zweite in den 50 Jahren Bundesrepublik hatte sie für Furore gesorgt. Sie handelte vom großen Geld und der Macht: wie Wirtschaftsführer und Regierungspolitiker Hand in Hand zusammenwirkten, ganz so, als wollten sie die marxistischen Agitprop-Märchen über den bösen Kapitalismus bestätigen.

Mitte der siebziger Jahre hielten Steuerfahnder aus dem Bonner Vorort Sankt Augustin den ersten Zipfel der Affäre in der Hand. Es stellte sich heraus, dass Wirtschaft und Politik höchst raffiniert ein illegales Parteienfinanzierungs-System aufgebaut hatten. Immer wieder hatte das Bundesverfassungsgericht Hindernisse aufgebaut, und immer wieder hatten listenreiche Steueranwälte sich einen neuen Dreh ausgedacht. Es ging im Kern um zwei Punkte: Jeder Spender, der mehr als 20 000 Mark stiftete, musste öffentlich genannt werden. Außerdem musste das Geld aus dem versteuerten Einkommen stammen.

Beides missfiel Firmen wie Parteien. Also war eine Flut von Tarn-Organisationen gegründet worden, an die steuerfrei gestiftet werden konnte – in jeder Höhe und ohne Namensnennung.

In seinem Buch versetzt von Brauchitsch den ehemaligen Geschäftspartnern aus der Politik einen kräftigen Tritt. Niemand aus der Wirtschaft „hätte aus freien Stücken einer politischen Partei Geld zukommen



Autor von Brauchitsch: Andeutungen, dass er könnte, wenn er wollte

lassen“. Sein Urteil heute: „Die sogenannte Spendenaffäre war in Wahrheit eine ‚Schutzgeldaffäre‘.“

Auch die Friedrich Flick KG habe nur „Schutzgelder bezahlt, um sich vor Repressionen in Form wirtschaftsfeindlicher Politik zu schützen“. Den „permanenten Bitten sämtlicher Parteien und ihrer Schatzmeister“ habe man sich einfach nicht entziehen können.

So erscheinen ihm die Parteispenden als „nichts anderes als eine Form der indirekten Steuern“. Dass die Parteien sich damals wie heute gern mit dem Staat verwechseln – da hat der Autor sicher Recht.

Mafiamethoden, Erpressung, Steuer-Schraubzwingen – was von Brauchitsch in dem Buch als seine Wahrheit anklingen lässt, hält ihn allerdings nicht davon ab, das neue System der Parteienfinanzierung als noch viel verwerflicher anzuprangern. Dass nun die Parteien direkt aus Steuergeldern bezahlt werden, habe dazu geführt, dass „es in Deutschland heute keine wirkliche konservative Partei“ gibt. Und überhaupt: Die Wirtschaft könne so nicht mehr „an der Meinungsbildung mitwirken“.

Die „wirklich Konservativen“, heißt das im Umkehrschluss, konnten sich in der Bundesrepublik nur Gehör verschaffen, indem sie Politiker und Parteien direkt

schmierten – die vernünftigen Kräfte förderten, würde von Brauchitsch sagen.

Der freundliche ältere Herr wird im November 73 Jahre alt. Er hat „Deutschland verlassen“ und bezahlt doch seine Steuern dort. Mit seiner Ehefrau Helga umkreist er „unser Vaterland“. Das Paar nimmt Wohnung bei Nachbarn: in Zürich, Monte Carlo oder im Salzburgerischen.

Natürlich zieht es die von Brauchitschs, die beide in Berlin aufgewachsen sind, öfters in die Hauptstadt, vielleicht sogar für den Rest des Lebens – wären da nicht Geister der Vergangenheit. In Kleinmachnow hatten sie sich in einem gehobenen Altersheim eingekauft. Aber dann stellte er fest, dass dort „Sozials aus der zweiten Brandt-Reihe“

ebenfalls ihren Lebensabend verbringen wollten. Damit hatte sich das erledigt.

In der Parteispenden-Affäre gab es damals viele Täter, hunderte von Firmen hatten gesündigt, dutzende von Parteifilialen genommen. In der Flick-Affäre aber kumulierte das Gemauschel zwischen dem großen Geld und der Staatsmacht. Und in von Brauchitsch, der in Bonn die Drähte zog, während der schüchterne Konzernchef Friedrich Karl Flick sich in München verkroch, hatte die Affäre ihr Gesicht.

Für die Nachgeborenen noch einmal eine Zusammenfassung: Flick verkaufte Anfang 1975 aus seinem reichlichen Firmenbesitz Aktien von Daimler-Benz für gut zwei Milliarden Mark an die Deutsche Bank. Da der Konzern verständlicherweise die fälligen Steuern von knapp einer Milliarde sparen wollte, griff man unter anderem auf den berühmten Paragraphen 6b des Einkommensteuergesetzes zurück. Danach blieb der Erlös steuerfrei, wenn das Geld „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“ wieder angelegt würde.

Und das hatte der Wirtschaftsminister in Absprache mit dem Finanzminister zu entscheiden. Damals waren diese Posten von Hans Friderichs (FDP), Otto Graf Lambsdorff (FDP) beziehungsweise Hans Apel (SPD) und Hans Matthöfer (SPD) besetzt.

* Eberhard von Brauchitsch: „Der Preis des Schweigens. Erfahrungen eines Unternehmers“. Propyläen Verlag, Berlin; 304 Seiten; 44 Mark.

Während des jahrelangen Gerangels um die Steuerbefreiung streuten Flick-Abgesandte Geld unter die Bonner Parteien und ihre Würdenträger. Ein gutes Ende bedurfte der „besonderen Pflege der Bonner Landschaft“ – wie von Brauchitsch mit dem inzwischen geflügelten Wort in seinen internen Notizen sein Aufgabengebiet umriss. Sein Chefbuchhalter Rudolf Diehl hielt in seinen nicht minder Aufsehen erregenden Spendenlisten mittels des Kürzels „wg.“ fest, wer das Geld bekommen hatte – mal „wg. Leisler Kiep 500 000“, mal „wg. Brandt 40 000“, mal „wg. Kohl 50 000“ oder mal „wg. F.J.S. 250 000“.

Fassungslos nahm das Publikum Anfang der achtziger Jahre, als die Staatsanwälte der Affäre nachstiegen, zur Kenntnis, dass die Flick-Leute die Gelder oft in bar in Briefumschlägen überreicht hatten. Die Empörung über „die gekaufte Republik“ hielt sich jahrelang in den Schlagzeilen. „Ein Bargeld-Porno“, schrieb Heinrich Böll, der Literatur-Nobelpreisträger.

Am Ende verurteilte das Bonner Landgericht die Ex-Minister Friderichs (61 500 Mark) und Lambsdorff (180 000 Mark) sowie den Flick-Manager von Brauchitsch (550 000 Mark) wegen Steuerhinterziehung zu Geldstrafen. Von Brauchitsch bekam zusätzlich eine zweijährige Haftstrafe auf Bewährung. Vom Anklagepunkt der Bestechung wurde er freigesprochen.

Dem SPIEGEL, der in jenen Jahren den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft journalistisch folgte und zu der Affäre eine Reihe von Titelgeschichten druckte, widmet von Brauchitsch in seiner Autobiografie unter der Überschrift „Die Kampagne“ ein Extra-Kapitel.

Was der SPIEGEL nicht müde wurde öffentlich zu machen, alle Winkelzüge, die Flick-Leute mit Ministerialbeamten verabredeten, Vernehmungsprotokolle politischer Beamter oder Politiker – alles hatte nur einen Grund: ihn, Eberhard von Brauchitsch, zu treffen. Und warum? Weil er,

damals Vizepräsident des BDI, ein unerschrockener „Kommunistenfresser“ gewesen sei, der sich strikt weigerte, zur Leipziger Messe zu fahren, und zum Boykott der Olympischen Spiele in Moskau aufrief.

Von Brauchitsch argumentiert wie jener berühmte Mann, der einen Hammer in der Hand hält und dem nun die ganze Welt wie ein Nagel erscheint. Hinter dem SPIEGEL, man ahnt es, steckt das Böse schlechthin: die Stasi. Sie hat ihn verraten.

Wichtigstes Indiz dafür ist ihm ein Stasi-Mann, der einst zu seinen persönlichen Freunden zählte: Hans-Adolf Kanter, als CDU-Funktionär aus Rheinland-Pfalz ein guter Bekannter von Helmut Kohl, gleichzeitig Flick-Lobbyist in Bonn. „Fichtel“, so sein Deckname, war der „dienstälteste Kundschafter in Westdeutschland“, wie der DDR-Spionage-Chef Markus Wolf in seinen Erinnerungen schreibt: „kaum weniger wertvoll als Günter Guillaume“.

Durch Kanter wusste die Stasi schon Jahre vor der Bonner Staatsanwaltschaft (und dem SPIEGEL) von den seltsamen Gebräuchen im Hause Flick. Aber schon „um unsere Quelle zu schützen, widerstanden wir der Versuchung, das Material westdeutschen Medien zuzuspielen“, schreibt Wolf. Und: „Zur Aufdeckung des Parteispendskandals im Jahre 1981 hat mein Dienst nicht beigetragen.“

Für von Brauchitsch ist dies „nicht stichhaltig“. In seinem „Kampagne“-Kapitel knüpft er lauter Mutmaßungen aneinander, die ihn zuletzt trotz im Ungefähren landen lassen: „Wie immer es gewesen sein mag, fest steht, dass Ost-Berlin ein besonderes Interesse an der Publikation meiner vertraulichen Aufzeichnungen hatte.“

Natürlich sieht sich von Brauchitsch als Opfer: Ein Mann mit allen preußischen Tugenden, der verlässlich seine Pflicht erfüllt, wird von den Gegnern geschlachtet und von den Freunden im Stich gelassen. Wiederholt betont er: „Plötzlich litten die beteiligten Politiker unter starkem Gedächtnisschwund.“

Der Stachel sitzt noch immer tief. Aber es sei nicht Rachsucht, die ihn leite. Obwohl „das Schweigen“ ihm „Jahre der Einsamkeit“ eingetragen habe, weigert er sich auszupacken. Stattdessen gefällt sich der Mann, der in seiner Jugend im Boxring stand, in Andeutungen, dass er könnte, wenn er wollte.

Wer genau liest, findet kleine Seitenhiebe auf Richard von Weizsäcker, den „langjährigen Nutznießer der Parteienfinanzierung“, oder den „Jasager Schäuble“.

Wesentlich mehr, ein ganzes Kapitel, widmet er einem alten Duzfreund. Überschrift: „Schatten auf Helmut Kohl“ (Auszüge Seite 44). Schon lange bevor dieser ins höchste Regierungsamt gelangte, hatte ihn von Brauchitsch nach Kräften gefördert. Und als Kohl „im Spenden-Schlamassel steckte“, habe er, sein Gönner und Knappe zugleich, „die Kastanien aus dem Feuer geholt“ und ihn, den Kanzler, wie gebeten, mittels vornehmer Zurückhaltung geschont.

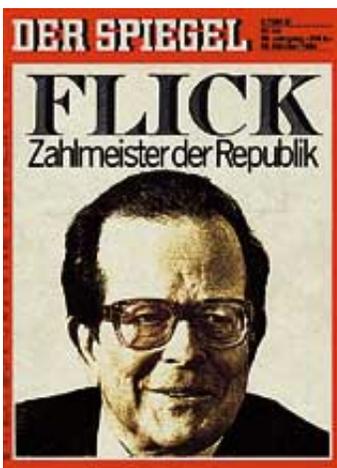
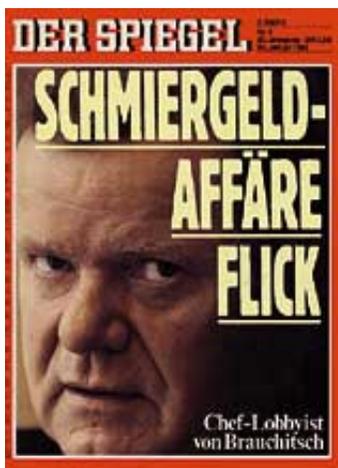
Undank war des Kanzlers Lohn, groß die Enttäuschung, dass Kohl ihn sogar noch im Abseits schmoren ließ, als die neuen Bundesländer jeden Mann brauchten, der etwas von Wirtschaft versteht. Vergeblich verlangte er nach Ablauf seiner Bewährungsfrist ein öffentliches Signal von Kohl, vergeblich diente er seine Hilfe für den Osten an. Erst nach quälender „Hinhaltetaktik“ habe der Kanzler 1993 „in Bezug auf meine Person Flagge gezeigt“.

Was heraussprang, war ein Aufsichtsratsvorsitz bei der Buna in Schkopau. Immerhin. Der alte Preuße ist's zufrieden.

„Warum“, so fragt von Brauchitsch in einem gemütlichen Gasthof unweit seiner österreichischen Wohnung, „soll ich heute noch jemanden bloßstellen?“ Nur mit sich selbst tut er es. „Erfahrungen eines Unternehmers“ heißt der Untertitel seines Buches. Dabei war er auch zu den Zeiten, als er zu den mächtigsten Männern der Republik zählte, immer nur Manager, Diener anderer Herren.

JOACHIM PREUSS

Die Flick-Leute überreichten die Gelder oft in bar in Briefumschlägen



SPIEGEL-Titel zur Spendenaffäre in den achtziger Jahren: Wer wusste von den seltsamen Gebräuchen im Hause Flick?

„JULIANE KOMMT“

EBERHARD VON BRAUCHITSCH

Der ehemalige Flick-Manager von Brauchitsch, 72, ist Helmut Kohl schon jahrzehntelang eng verbunden. In seinem Buch „Der Preis des Schweigens“ beschreibt er, wie er sich nach dem Partei-spenden-Skandal von dem damaligen Kanzler im Stich gelassen sah, obwohl dieser allen Grund zur Dankbarkeit gehabt hätte. Der SPIEGEL bringt Auszüge vorab.

Lang ist die Reihe der Politiker, die sich in den Jahren meiner öffentlichen Diffamierung an nichts mehr erinnern wollten. Zu denen, die plötzlich auf Abstand zu mir bedacht waren, zählte auch der neue Bundeskanzler. Einen Tag nach seinem Wahlsieg am 6. März 1983 schrieb ich an Helmut Kohl:

„Lieber Helmut, voller Freude und Respekt haben wir die Wahlauszählungen verfolgt. In der langen Wegstrecke, die ich Dich nun schon begleiten durfte, ist dies sicher der herausragendste Tag gewesen. Möge Dir Gottes Segen zur Seite stehen.“

Nun nach dem Wahlkampf ist es meines Erachtens auch an der Zeit, dass die führenden demokratischen Politiker unserer Republik der Öffentlichkeit reinen Wein einschenken über die Selbstverständlichkeit der wesentlichen finanziellen Unterstützung aller demokratischen Parteien durch die Wirtschaft seit Beginn der Republik. Nur so können der unglaublichen Diffamierungskampagne Einhalt geboten und die Stellvertreter-Vorverurteilungen beendet werden.

Ich warte auf ein Zeichen von Dir und verbleibe mit allen guten Wünschen

Dein Eberhard“

Mir lag an einer öffentlichen Erklärung der neuen Regierung, dass diejenigen, die ihrer Spendenpflicht nachgekommen waren, sich nicht schuldig gemacht hatten. Ich wollte keinen Freispruch, sondern Rückendeckung, keinen Persilschein, sondern mehr Ehrlichkeit. Einen im zweiten Absatz gleich lautenden Brief schickte ich an Hans-Dietrich Genscher. In meinen Unterlagen finde ich weder von ihm noch von Kohl eine Antwort.



Duzfreunde Kohl, von Brauchitsch (1980): „Hilfreiche Kontakte“

Ein Dreivierteljahr später, vor meiner ersten Vernehmung durch den Untersuchungsausschuss Anfang 1984, bat mich der Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble, um ein persönliches Gespräch. Er redete auf mich ein: Der Kanzler bitte mich inständig, jetzt keinen Fehler zu machen und Michael Kohlhaas zu spielen. Ich brauchte mich doch gar nicht so genau zu erinnern. Wir stünden unmittelbar vor einer Amnestie, dann sei ohnehin Schluss mit dem ganzen Zirkus. Ich habe meine Verteidigung daraufhin in einigen Punkten zurückgenommen.

Was die Amnestievorlage der Regierung Kohl anging, die Anfang Mai 1984 eingebracht wurde und binnen zwei Wochen am Widerstand der FDP-Basis scheiterte, so habe ich von Anfang an meine Zweifel gehabt. Das Bundesverfassungsgericht hätte das Gesetz wohl kaum passieren lassen. Was die Regierung jedoch vollkommen unterschätzte, war der geballte Widerstand in der Öffentlichkeit. Schamlosigkeit, Verhöhung des Rechtsstaats, Verfall der Rechtskultur, pervertiertes Staatsverständnis, so das wütende Echo der Presse. Die „Frankfurter Allgemeine“ nannte das Ganze ein Schelmenstück: „Man kann Taktik auch übertreiben.“

Der Anfang meiner Beziehung zu Helmut Kohl reicht zurück in die frühen siebziger Jahre. Nach-

dem er 1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz geworden war, bemühte sich Kohl verstärkt um Kontakte zur Wirtschaft. Die Gespräche, die Schleyer und ich damals über die Daimler-Investition in Würth mit ihm führten, waren für ihn zweifellos hilfreich. Er erfuhr an einem konkreten Projekt, wie Vertreter der Wirtschaft denken, und bald schon tauschten wir uns auch in grundsätzlichen Fragen aus. Hatte ich geschäftlich in Frankfurt zu tun, machte ich auf dem Rückweg gern bei ihm Station. Wir verabredeten uns meist nach Dienstschluss in seinem Büro und gingen dann in die geschmackvoll bescheidene Weinprobierstube in der Staatskanzlei, wo Kohl immer einen guten Tropfen und eine Brotzeit bereithielt.

Schleyer und ich machten Kohl deutlich, wie wichtig es war, dass er frühzeitig erkennen ließ, für welche Wirtschaftspolitik er stand. Nach der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976 gaben wir ihm zu verstehen, dass er mit unserer Unterstützung rechnen könne, wenn er sich entschlief, sein Amt als Ministerpräsident

aufzugeben und als Oppositionsführer nach Bonn zu gehen. Kohl hatte mit 48,6 Prozent ein hervorragendes Ergebnis erzielt und war nur knapp an der sozial-liberalen Koalition gescheitert.

Einer der wenigen führenden Politiker der Union, die sich vom traditionellen linkskatholischen Misstrauen gegenüber einer freien Wirtschaftsordnung freigemacht hatten, war Franz Josef Strauß. Es hat deshalb niemanden verwundert, dass die gewerbliche Wirtschaft in der Frage der Kanzlerkandidatur für die Wahlen 1980 fast geschlossen zu Strauß überwechselte. Ich habe mich als einer der wenigen jedoch auch weiterhin uneingeschränkt für Kohl stark gemacht.

Der Bonner Regierungswechsel von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Koalition im Herbst 1982 fiel in die Zeit der Eröffnung meines Ermittlungsverfahrens. Schon in diesen Monaten war eine deutliche Abkühlung im Verhältnis Kohls zu mir spürbar gewesen. Als dann im November 1983 Anklage erhoben wurde, verstärkte sich bei mir der Eindruck, dass der Bundeskanzler auf Distanz ging.

Ein Jahr später kam es zum Eklat. Anlass war, wie so oft, eine Publikation des SPIEGEL. Am 22. Oktober 1984 behauptete das Blatt, Bundestagspräsident Rainer Barzel habe 1973 den Stuhl des CDU-Vorsitzenden nur geräumt, weil ihn der Flick-Konzern über einen Beratervertrag mit der Frankfurter Anwaltskanzlei Paul finanziell abgesichert habe. Kohls Weg an die Spitze der Partei, so die kühne These des Magazins, sei durch Flick-Millionen freigeschaufelt worden.

Barzel verlor die Nerven und trat drei Tage später als Bundestagspräsident zurück. Seither stellt er sich als Opfer dar und versucht den Eindruck zu erwecken, er habe sein Amt auf Grund von Publikationen aus dem Hause Flick verloren. Das ist schon deshalb falsch, weil die entsprechende Korrespondenz nicht vom Hause Flick, sondern vom SPIEGEL veröffentlicht wurde. Es ist aber auch objektiv falsch.

Richtig ist, dass Barzel nach seiner Wahlschlappe gegen Willy Brandt im November 1972 Partei- und Fraktionsvorsitzender auf Abruf war. Unter dem Druck der Parteimehrheit legte er Anfang Mai 1973 den Fraktionsvorsitz nieder und verzichtete wenige Tage später auch auf eine Neukandidatur zum Parteivorsitz. In diesen Wochen hat er sich auf verschiedenen Wegen angelegentlich um eine finanzielle Absicherung bemüht und auch im Hause Flick um Empfehlungen nachgesucht.

Dafür zu sorgen, dass ein verdienter Politiker nicht ins Leere fällt, und zu prüfen, ob man bei seinem Übertritt ins Wirtschaftsleben Hilfestellung leisten kann, scheint mir eine Selbstverständlichkeit. Auch darf man nicht vergessen, dass ein erfahrener Politiker wie Barzel, der über zahlreiche Verbindungen verfügt, als Berater in der gewerblichen Wirtschaft durchaus begehrt ist. Wie der Kontakt zwischen Barzel und der Frankfurter Anwaltskanzlei Paul zu Stande kam, entzieht sich jedoch meiner Kenntnis. Die Kanzlei Paul, eine erste Adresse in Frankfurt, war



Angeklagter von Brauchitsch*: „Wie Porno behandelt“

„DER KANZLER
LIESS MICH
INSTÄNDIG
BITTEN,
JETZT NICHT
MICHAEL
KOHLSHAAS ZU
SPIELEN“

seit Jahren regelmäßig für Flick tätig und hat viele Vorgänge des Hauses gutachterlich begleitet.

Einen direkten Zusammenhang zwischen dem Eintritt Barzels bei Paul als wissenschaftlicher Mitarbeiter und einem Beratervertrag zwischen Flick und Paul hatte erst Günter Max Paefgen 1984 in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss hergestellt und damit den Stein ins Rollen gebracht. Zwischen 1973 und 1980 waren Paul jährlich gut 200 000 Mark Honorar überwiesen worden. Ich weiß weder, für welche Leistungen im Einzelnen Paul dieses Honorar erhielt oder ob es sich um eine Pauschalgebühr handelte, noch kannte ich die Vereinbarung zwischen Paul und Barzel.

Biedenkopfs Formulierung von 1973, Barzel dürfe nicht zum „Sozialfall“ werden, konnte sicher missverstanden werden.

Seine Bitte, Barzel bei der Suche nach einer neuen Position zu unterstützen, hatte jedoch ganz und gar nichts Anrüchiges.

Von einer Verschwörung zum Sturz Barzels zu reden ist abwegig. Kohl war der Mann der Stunde. Da brauchte niemand nachzuhelfen. Dennoch war der Fall Barzel, als er 1984 durch die Presse hochgespielt wurde, für den Bundeskanzler recht unerquicklich.

Anfang 1986 steckte Kohl wieder mitten im Spenden-Schlamm. Am 29. Januar 1986 erstattete der Grünen-Abgeordnete Otto Schily die erste von zwei Strafanzeigen gegen den Bundeskanzler. Die Aussage Helmut Kohls vor dem Untersuchungsausschuss des Mainzer Landtages vom Juli 1985, dass ihm in seiner Zeit als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz die Rolle der Staatsbürgerlichen Vereinigung bei der Spendenbeschaffung nicht bekannt gewesen sei, stehe, so Schily, in offenem Widerspruch zum Stand der Ermittlungen. Überdies habe Kohl Bargeldzahlungen

des Hauses Flick verschwiegen, die von seiner langjährigen Sekretärin Juliane Weber entgegengenommen worden seien.

War der Bundeskanzler der uneidlichen Falschaussage überführt? Um abzuwiegeln, meinte Heiner Geißler Mitte Februar in einem Fernseh-Streitgespräch mit Schily, der Kanzler habe in Mainz „möglicherweise einen Blackout“ gehabt und die Tragweite seiner Aussage nicht ermesen. In den Führungskreisen der CDU machte sich Katastrophenstimmung breit, die internationale Presse erging sich in Rücktrittsspekulationen.

Der Betrag von 30 000 Mark, den Juliane Weber laut Diehl-Listen am 6. Dezember 1977 persönlich bei mir abgeholt hatte, war in den Büchern der CDU nicht aufzufinden. Die Weitergabe eines

Betrages von 25 000 Mark vom März 1979 ließ sich ebenfalls nicht belegen. Die Rekonstruktion des Geldflusses in jedem Einzelfall und die exakte Bestimmung einzelner Beträge hatten sowohl im Untersuchungsausschuss als auch bei den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen immer wieder zu Missverständnissen Anlass gegeben. Grund war das berüchtigte Kürzel „wg.“ in den Listen des Flick-Buchhalters Diehl.

Ich schließe nicht aus, dass die fraglichen Beträge gar nicht für Helmut Kohl bestimmt waren. Er hat mich gelegentlich angerufen und gesagt: „Juliane kommt.“ Frau Weber erklärte mir dann, dass in diesem oder jenem Landesverband dieser oder jener Vertrauensmann Kohls unterstützt werden müsse. Frau Weber war-

* Beim Verlassen des Bonner Landgerichts nach der Urteilsverkündung im Flick-Prozess am 16. Februar 1987.

tete zehn Minuten, während ich bei Diehl das Geld anforderte. Diehls Eintrag „wg. Kohl“ heißt also nicht in jedem Fall, dass Helmut Kohl auch der Empfänger war. Nur eines stand für mich außer Zweifel: Kohl wäre niemals auf die Idee gekommen, eine für die Partei bestimmte Zuwendung für private Zwecke abzuweichen.

Im Mai wurden die beiden auf Grund von Schilys Anzeigen gegen Helmut Kohl eingeleiteten Ermittlungsverfahren eingestellt. Kohl hatte die schwerste Krise seiner Kanzlerschaft überstanden. Von dieser Zeit an scheint ihm mein Name wie ein Menetekel vorgekommen zu sein. In den folgenden Jahren sind wir uns persönlich kaum noch begegnet.

Drei Tage nach dem Fall der Berliner Mauer, am Sonntag, dem 12. November 1989, rief ich Klaus Kinkel in Bonn an.

In Anbetracht des desolaten Zustands der ostdeutschen Wirtschaft, sagte ich zu ihm, sei vor allem ökonomischer Sachverstand nötig. Falls man dies von Seiten der Bundesregierung wünsche, würde ich mich zur Verfügung stellen. Kinkel begrüßte meine Initiative: Er werde Genscher bei erster Gelegenheit ansprechen. Ich müsse allerdings wissen, dass Genscher keine Entscheidung ohne Rücksprache mit Kohl treffe.

Am 29. Oktober 1990 kam es dann endlich zu einem Besuch im Kanzleramt. Nach einigen einleitenden Bemerkungen meinerseits stießen wir zum Kern der Sache vor.

Auch wenn die Narben noch immer nicht ganz verheilt seien, müsse man jetzt nach vorn schauen. Wenn Kohl bereit sei, in Bezug auf meine Person Flagge zu zeigen, gäbe es mehrere Optionen. Für einen geeigneten Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsposten stünde ich zur Verfügung. Das gelte sowohl für die Treuhandanstalt als auch für die Lufthansa oder die Deutsche Bahn. Auf Grund meiner Erfahrungen bei der Lufthansa und als langjähriger Vizepräsident des Verwaltungsrats der Bahn hielt ich mich für ausgewiesen.



P. GLÄSER

Alte Freunde Kohl, von Brauchitsch*: „Butter bei die Fische“

Kohl versprach, über eine geeignete Verwendung für mich nachzudenken. Nach den Bundestagswahlen vom 2. Dezember werde er auf mich zukommen. Bei dieser Ankündigung ist es geblieben. Die Hinhaltetaktik, das Bemühen, jede Konkretisierung

* Bei der Grundsteinlegung einer neuen Industrieanlage der Buna-Werke in Sachsen-Anhalt am 16. Juli 1996.

einer Zusage möglichst zu umgehen, lag offen zu Tage. Kohl war ein Pragmatiker, der darauf achtete, wo die stärkeren Bataillone standen. Ich wollte mich mit einer solchen Ausgrenzung durch Helmut Kohl jedoch nicht abfinden, ich wollte Butter bei die Fische.

Und so richtete ich am Ende eines umfangreichen Interviews, das am 13. Dezember 1991 im „SZ-Magazin“ erschien, einen direkten Appell an Helmut Kohl: „Im September vergangenen Jahres hat mir die 7. Große Strafkammer des Landgerichts Bonn meine Strafe erlassen. Die Bewährungsfrist war vorbei, ich habe mir nichts zu Schulden kommen lassen. Die Männer, denen ich durch meine Haltung genutzt habe – ich meine die Politiker und persönlich den Bundeskanzler –, hätten jetzt viele Monate die Chance gehabt, irgendein Signal zu setzen und zu sagen: Die Strafe ist erlassen, die Sache ist vorbei, scheißegal. Es gibt genug Wirtschaftsunternehmen, die haben Signale gesetzt und meine Geschichte nicht wie Porno behandelt. Warum zum Teufel sind die Burschen bei der Bundesregierung zu feige, um hier einfach ein Signal zu setzen?“

Die Wirkung des Interviews war fulminant. Es erschien am Tag der Eröffnung des CDU-Parteitags, und alle Delegierten hatten es gelesen. Zum ersten Mal in unserer langen Geschichte versäumte es Kohl, mir einen Weihnachtsgruß zu schicken. Im Februar hörte ich aus zuverlässiger Quelle, dass er „stinksauer“ sei.

In der Zwischenzeit häuften sich die direkten Anfragen aus der gewerblichen Wirtschaft. Alle waren überrascht zu hören, dass ich für neue Aufgaben zur Verfügung stand und nur auf ein Zeichen wartete.

Am 7. Mai 1993 war es so weit. An diesem Tag wurde Birgit Breuel im Neuen Schloss in Stuttgart der Preis der Hanns Martin Schleyer-Stiftung überreicht. Beim anschließenden Empfang ging ich mit einem Glas Wasser auf die Terrasse. Helmut Kohl stand dort mit Waltrude Schleyer. „Eberhard, stell dich zu uns und lass

uns einen Schluck trinken“, rief er, wie immer laut und mit ausladender Geste. Er goss etwas von seinem Rotwein in mein Glas und stieß mit mir an. „Man hört ja gar nichts mehr von dir“, meinte der Kanzler. Der altvertraute Ton in seiner Stimme überraschte mich. Wir unterhielten uns etwa eine halbe Stunde, was von den Anwesenden aus der Entfernung mit großer Verwunderung aufgenommen wurde. Dann musste ich aufbrechen. Wir sollten das Gespräch bald fortsetzen, meinte Kohl, und ich erwiderte: „Wenn der Kanzler mich ruft, komme ich.“

Am 1. Juni hatte ich meinen Termin bei Kohl. Wie schon im Oktober 1990 tasteten wir uns zunächst vorsichtig ab. Ich suchte ihm klar zu machen, warum ich verärgert und enttäuscht sei. Ich hätte fest damit gerechnet, dass er Flagge zeige. Es sei alles eingeleitet gewesen, unterbrach mich Kohl. „Aber dann erschien dieses Interview. Da habe ich alles gestoppt.“ Ob er hier nicht Ursache und Wirkung verwechsle, fragte ich, schließlich wäre das Interview niemals erschienen, wenn er mich nicht so lange hingehalten hätte, dass bei mir der Eindruck entstehen musste, er wolle mich verschaukeln.

Dann kamen wir auf meine zukünftige Verwendung zu sprechen. Gleich nach unserer Stuttgarter Begegnung habe er Weisung gegeben, so Kohl, entsprechende Möglichkeiten zu prüfen, mehr könne er im Moment nicht sagen.

Drei Tage später rief Birgit Breuel an: „Ich hatte gerade einen Anruf des Kanzlers. Ich höre, Sie vertragen sich wieder.“ Wie wir denn jetzt zusammenkämen?

In einem Gespräch mit Klaus Schucht aus dem Treuhand-Vorstand zeichnete sich dann schnell ab, dass mein Rat und meine Erfahrung bei der Suche nach einem Gesamtkonzept für die mitteldeutsche Chemie nützlich sein konnten. Im Winter 1993/94 übernahm ich den Vorsitz im Aufsichtsrat der Buna AG in Schkopau und der Sächsischen Olefinwerke SOW AG in Böhlen. ◆



Studentenführer Dutschke (mit Mikro), Rabehl (im Kreis) an der Berliner FU (1967): „Dunkelmann-Position eingenommen“

UNIVERSITÄTEN

„Die duzen sich doch alle“

An der Freien Universität Berlin fordern Studenten das Lehrverbot für eine Apo-Legende: Bernd Rabehl soll „ein ausgewiesener Rechtsextremist“ geworden sein. Von Alexander Smoltczyk

In einer Dahlemer Backsteinvilla sitzt die Studentenvertretung AStA der Freien Universität (FU) und organisiert ihre Ausschüsse mit Hilfe eines Stapels Büroablagen: „Sekten AG“ steht da geschrieben, „KrüppelInnen“, „TOP Inhaltsplenum“, „Lesben“, „Cuba Gruppe“ oder „Antifa Ini“. Das macht die Arbeit einfacher. In der Ablage „Antifa“ landet auch die Post für ein „Bündnis gegen Rabehl“.

In der bewegten Geschichte der FU hat der Name Rabehl einen ähnlichen Klang wie der Name Dutschke. Rabehl, der Rebell. Der hitzige Kopf der Studenten von 1967/68 – der linke Rabehl.

„Herr Rabehl ist ein geistiger Brandstifter“, sagt Sascha vom „Bündnis“, „ein gefährlicher Rechtsextremist und Rassist.“

„Er muss weg“, sagt Jakob.

„Dead men can't rape“, sagen die Plakate, mit denen die Asta-Villa tapeziert ist: Tote Männer vergewaltigen nicht.

Bernd Rabehl ist Honorarprofessor für politische Soziologie. Zum Beamten auf Lebenszeit ist er nie ernannt worden, meist waren es konservative Fachkollegen, die dem Revolteur die Berufung vermasselten – zuletzt 1985, als die Freie Universität ihm seine Stelle nicht verlängerte.

Rabehl ging nach Brasilien, lehrte dort Agrarsoziologie. Nach dem Fall der Mauer kehrte er 1991 zurück und fand sich verändert in einem veränderten Land: „Ich

hatte den Eindruck, Deutschland und Europa hätten sich durch den Zuzug verarmter Völkerschaften brasilianisiert.“

Im vergangenen Dezember sprach Rabehl auf Vermittlung eines konservativen Jusos vor der pflichtschlagenden Burschenschaft „Danubia“ über die Studentenbewegung, zusammen mit dem Rechtsanwalt Horst Mahler, der einst die „Rote Armee Fraktion“ mitbegründete und mittlerweile die ganz Rechte hofiert, und Peter Furth, dem linken Philosophen.

„Mir wurde versichert, es gebe dort keine DVU- und NPD-Leute mehr, dafür viele Ex-DDRLer wie mich. Denen wollte ich die Illusionen von 1968 erklären, mit einer Rede im Stil des Vietnam-Kongresses“, sagt Rabehl heute. Seine Thesen hatten zuvor schon im „Sklassen“ gestanden, dem Journal der Ost-Berliner Intelligenzija: Die Einschätzung der Studentenbewegung als gescheiterte, in Teilen national-revolutionäre und rätedemokratische Revolte. Die Deutung seines Freundes Rudi Dutschke als Rebellen gegen „die Besatzer“ USA und Sowjetunion. Die Klage über „Verlust an Kollektivität oder Klassenidentität“ und „Manipulation, psychologische Enteignung, Vermasung“. Etwas Marcuse, etwas Adorno, et-

was Innenansichten eines Ketzers im Vorruhestandsalter. Das Übliche eben.

Doch als Rabehl dann – „in ironischer Absicht“, wie er heute sagt – vor der „Danubia“ zum Wörterbuch der Neuen Rechten griff, klang alles ganz anders.

In apokalyptischem Ton und freier Rede schilderte er seine Sicht der Dinge: „In Europa bedeutet diese politische Überfremdung die grundlegende Zerstörung von Volk und Kultur, vor allem dann, wenn die

Zersetzung der nationalen Identität bereits soweit fortgeschritten ist durch die kapitalistische Umwertung der Werte wie in Deutschland.“

Selbst in einen Krieg lasse sich das Volk ziehen, denn: „Der Schuldpranger der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg soll alle kommenden Verbrechen überdecken, und ein

Volk ohne Kultur kann zu allem verleitet werden, zumal es von ‚Eliten‘ beherrscht wird, die von ‚außen‘ geprägt werden und keine innere Verantwortung tragen.“

Ein Gerhard Frey hätte es nicht anders gesagt. „In Wortwahl und Denkmustern ist diese Rede ein rechtsextremer Text“, sagt Rabehls Kollege Hajo Funke. „Die Rede war Ausdruck eines inneren Unbehagens, das noch nicht die Sphäre der Reflexion gefunden hat“, schrieb Rabehl dem Fachbe-

Etwas Marcuse, etwas Adorno, etwas Ansichten eines Ketzers – das Übliche eben

reichsrat des Otto-Suhr-Instituts und gab zu, dass es einem Intellektuellen nicht anstehe, „Stimmungen als Gedanken auszubreiten, die nicht durch den Reflektor des allgemeinen Bewusstseins gelaufen sind“. Nun ist Rabehl jemand, der den eigenen Worten lieber hinterher lauscht, als sie auf mögliche Wirkungen abzuklopfen. Er sei damals „in Spielerlaune“ gewesen, wenn auch nicht nur. Bei allen etwaigen Absichten der Rede hält er daran fest, dass die Verarmung islamischer Länder eine Zuwanderung bewirke, die eine Gefährdung für die „westeuropäische Identität“ darstelle. Hier sieht Rabehl keinen Grund zur Revision: „Da ist ein Problem, und darüber muss geredet werden.“

Doch dafür war es längst zu spät. Antifa-Studenten blockierten sein Seminar über „Das Recht auf Faulheit“ und wickelten den Dozenten in Transparente ein: „Kein Raum für geistige Brandstifter“. Auch das Semi-

Auf den Flugblättern und Web-Seiten wird geschimpft über „neurechte Renegaten“, Komplizenschaft mit Ditsches Mördern und „(volks)fremdes Gedankengut“. Der Provider „Partisan.net“ reagierte auf die Verbreitung der „völkischen und rassistischen“ Rabehl-Texte mit Zwangslöschung und kündigte der Zeitschrift „Kalaschnikow“ ihre Subdomain. Und Rabehls Unterstützer, nicht weniger hysterisch, wittern schon „das Feuer unter den Hexenkesseln, gefüllt mit dem Gebräu antidemokratischer Ideologie und dem Gift des Verdachts“.

Besonders groß ist die Wut auf der „SDS-Website“, einem Traditionsverein, der alte Linienkämpfe regelmäßig an Originalschauplätzen nachspielt und die Zeit bis zum Vorruhestand mit Renegatenjagd verbringt. Hier wird Rabehl in eine Reihe mit anderen einstigen SDS-Genossen gestellt, die heute vor NPD-Parteitag den

versität verbreiten kann.“ Darunter standen die Unterschriften von AusländerInnen-Liste, Jungdemokraten und vom Jugendverband der IG Medien Berlin-Brandenburg. Auch der AStA, seit einem halben Jahr mit Koalitionsverhandlungen beschäftigt, unterschrieb kurz entschlossen.

Ein denkwürdiger Vorgang: 30 Jahre danach fordert die FU-Studentenvertretung ein Berufsverbot für eine Galionsfigur von 1968.

Dem Politologen Wolf-Dieter Narr, einer moralischen Autorität der FU-Linken, sind die „Weg mit ...“-Parolen ebenso suspekt wie ein Verschwörungsverdacht, wonach auf dem Campus die Moskauer Prozesse neu inszeniert würden: „Als Intellektueller hat Rabehl eine Dunkelmann-Position eingenommen. Man darf nicht mit Begriffen um sich werfen, ohne an die Folgen zu denken. Aber an der Uni muss eine Debatte



T. KLUNK / ZEITENSPIEGEL



K. MEHNER

Kontrahenten Mahler*, Rabehl: „Ausdruck eines Unbehagens, das noch nicht die Sphäre der Reflexion gefunden hat“

nar eines Dozenten, der es ablehnte, sich von Rabehl zu distanzieren, wurde boykottiert. Es war wie früher, nur ganz anders.

Es dauerte nicht lange und Rabehl wurden Antisemitismus, das Leugnen des Holocausts und (von einem Kollegen) „Kriegshetze“ vorgeworfen. Frühere Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), denen Rabehls Radikalkritik am Mauersozialismus nie behagt hatte, betreiben seine Entlassung als Vertrauensdozent der Studienstiftung des DGB.

Nun sind am Otto-Suhr-Institut schon andere linke Frei-Denker wie Daniel Cohn-Bendit oder Katharina Rutschky am Reden gehindert worden. Neu ist jedoch der Ton der Auseinandersetzung. Es ist das Vokabular der dreißiger Jahre.

Kotau machen, wie es Horst Mahler tut. Der hegelisierende RAF-Gründer tritt heute für Monarchie und Abschaffung der parlamentarischen Demokratie ein, um der deutschen „Volksgemeinschaft“ den „Kraaken“ des Kapitals vom Leib zu halten.

Rabehl hat mit diesen Ein-Mann-Sammlungsbewegungen zur Rettung Deutschlands nichts zu tun. Er hält Mahler für „endgültig durchgeknallt“, weigert sich aber, die üblichen Selbstkritik-Rituale mitzumachen. In einer Tribunalstimmung käme jede Distanzierung einer Selbstdemütigung gleich.

Ihren Höhepunkt erreichte die Kampagne kurz vor den Semesterferien, als der Präsident der FU aufgefordert wurde, Rabehl Lehrverbot zu erteilen: „Beenden Sie den unerträglichen Zustand, dass ein ausgewiesener Rechtsextremist seine Parolen im Namen und mit Hilfe der Freien Uni-

geführt und nicht durchs Disziplinarrecht abgewürgt werden.“

Nach einem erklärenden Brief Rabehls ist die Sache für den Fachbereich erledigt. Nicht aber für das „Bündnis gegen Rabehl“. Dessen Erklärungen seien „formalistische Trickerei“, dessen „grundsätzliche Haltung rechtsextrem“. Respekt vor linken Verrätern haben die Studenten nicht. Sie wurden in der Nachwendzeit politisiert, besonders durch die Hetzjagden in den neuen Bundesländern. Sie haben ein feines Gehör für fremdenfeindliche Untertöne und wenig Verständnis für intellektuelle Mutproben auf diesem Terrain.

Die 68er-Professoren an der FU sind für sie eine einzige Seilschaft: „Nur wir Studenten sind unbelastet genug, den Kampf gegen jede Form von Rassismus an der Uni zu führen“, sagt Jakob vom „Bündnis“. „Die Profs duzen sich doch alle.“

* Auf dem Landesparteitag der baden-württembergischen NPD im April.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



A. SCHÖLZEL

Tolerierungspartner Sitte, Höppner: *Neue Einsicht ins Machbare*

PARTEIEN

Der Eiertanz der PDS

Den Postkommunisten in Magdeburg und Schwerin bekommt die Macht schlecht: Wegen klammer Kassen müssen sie teure Wahlversprechen einsammeln. Unter den Genossen gärt es.

Die rot-rote Euphorie war kurz. Knapp zehn Monate nachdem SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam die Macht übernommen haben, übermannt die Postsozialisten bereits der Katzenjammer. Den Wählern, lamentierte vergangene Woche der Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion in Schwerin, sei eine andere Politik versprochen worden: weniger Arbeitslose, mehr Bildung, sozialer Fortschritt. Doch bislang könne die Landesregierung „keine vorzeigbaren Ergebnisse“ präsentieren.

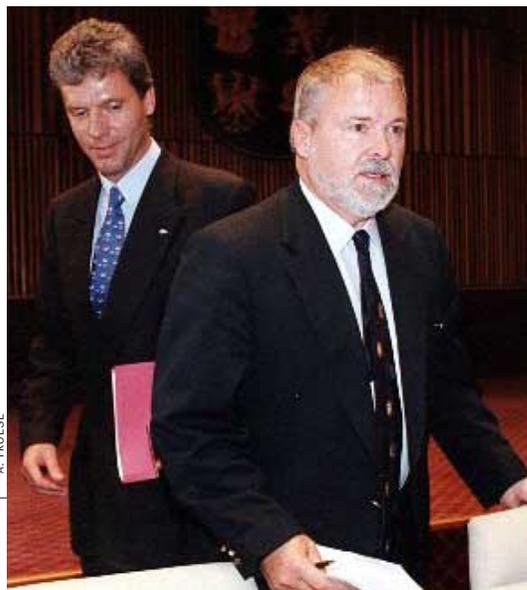
Mit ihrem Versprechen, den Verlierern der deutschen Einheit mit Staatsgeldern kräftig unter die Arme zu greifen, hatte die PDS im vergangenen September 24,4 Prozent der Stimmen auf sich gezogen. Doch die triste ökonomische Realität erweist sich längst als stärker: Für die sozialen Wohltaten, die von der PDS vor der Wahl versprochen wurden, ist kein Geld da.

Zähneknirschend musste die PDS hinnehmen, dass die Nettokreditaufnahme für die gesamte Legislaturperiode in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben wurde. Die Obergrenze soll von 924 Millionen Mark (1999) auf 450 Millionen Mark (2002) heruntergeschraubt werden – die SPD unter

Ministerpräsident Harald Ringstorff wollte ursprünglich sogar noch 50 Millionen Mark mehr pro Jahr einsparen. Zusätzlich setzten die Sozialdemokraten einen Finanzierungsvorbehalt durch. Finanzministerin Sigrig Keler (SPD) pocht bislang mit Erfolg auf Einhaltung des Limits, „sonst verlieren wir die Handlungsfähigkeit“.

PDS-Landeschef Helmut Holter muss Kürzungen beim Landeserziehungsgeld für Familien genauso schlucken wie Einsparungen in der Jugendförderung oder beim kommunalen Finanzausgleich.

Koalitionspartner Holter, Ringstorff
Politik am Limit



A. FROESE

In Mecklenburg-Vorpommern herrscht Stillstand. Die Investitionen stagnieren, die Arbeitslosenquote ist mit 17,7 Prozent (Juli dieses Jahres) noch immer die zweithöchste in der Republik. Nur in Sachsen-Anhalt, wo die PDS die SPD-Minderheitsregierung des Sozialdemokraten Reinhard Höppner aktiv toleriert, ist die Quote mit 20,3 Prozent noch höher.

Tausend neue Stellen für Sozialarbeiter, die sich an den Schulen um Problemkinder kümmern sollten, hatten die Genossen an der Ostsee beispielsweise ihrer Klientel versprochen. Geblieben ist davon die Zusage der SPD, das Land werde sich bis 2002 an der Weiterfinanzierung von insgesamt 750 bereits bestehenden ABM-Stellen beteiligen, die sonst in den kommenden Jahren auslaufen würden. Das Programm kostet das Land 60 Millionen Mark. „Ohne uns“, tröstet die Fraktionschefin der PDS, Angelika



DPA

Parteistrategie Gysi*
Abschied von alten Dogmen

Gramkow, sich selbst, „wäre da gar nichts passiert.“

Für das Lieblingsprojekt der Postkommunisten, den öffentlichen Beschäftigungssektor, sind im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr gerade mal 9 Millionen Mark veranschlagt. Angesichts von 2,5 Milliarden, welche die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit im Nordosten ausgibt, ein Klacks. PDS-Chef Helmut Holter, Arbeitsminister und Regierungsvize in einem, will einen dritten Arbeitsmarkt schaffen, in dem gemeinnützige Arbeit dauerhaft vom Staat finanziert wird. Ein enger Ringstorff-Mitarbeiter aus der Staatskanzlei abfällig: „Das bringt doch alles nichts.“

In Sachsen-Anhalt steht die PDS kaum besser da. Auch hier musste die Partei angesichts der Ebbe in der Landeskasse gewaltig zurückstecken.

Alles was den Postkommunisten lieb und teuer ist, wurde von Höppners regierender SPD von der Liste des Machbaren gestrichen – mit Zustimmung der PDS, ohne die in Magdeburg nichts läuft. Bis zum Jahr 2005 will das Land 12900 Stellen

* Bei der Vorstellung seiner Thesen am 3. August in Berlin.

in der Verwaltung abbauen. Schon nächstes Jahr sollen die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um fast ein Fünftel verringert werden.

Auch für Kindertagesstätten soll es im kommenden Jahr weniger Geld geben: statt 388 Millionen Mark nur noch 326 Millionen. Gekürzt wird nach dem Willen der SPD zudem bei Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Der rigide Sparkurs trifft die PDS doppelt hart. Denn in den ersten Jahren des PDS/SPD-Techtelmechtels wurden in Sachsen-Anhalt mit gepumptem Geld reihenweise soziale Wohltaten verteilt – bis Höppner seinen Finanzminister austauschte. Der neue Mann, Wolfgang Gerhards, ein gestandener Sozialdemokrat aus dem Rheinland, leitete nach der Wahl im April vergangenen Jahres die Wende ein.

Der Haushaltsentwurf 2000 ist das neue Drehbuch: Wie in den CDU-geführten Ostländern soll jetzt auch in Sachsen-Anhalt den Investitionen Vorrang eingeräumt werden, staatliche Sozialleistungen werden beschnitten. Gerhards' ehrgeiziges Ziel nach Schweriner Vorbild: Die Netto-Neuverschuldung soll zurückgeführt werden. Selbst da muckt der Toleranzpartner nicht mehr auf. „Diese Notwendigkeit hat die PDS-Fraktion begriffen“, so ein Spitzen-genosse der Landes-SPD.

Zur neuen Einsicht ins Notwendige und Machbare passt das Anfang August veröffentlichte Grundsatzpapier des Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi. Der PDS-Übervater hatte in zwölf Thesen die Anforderungen an einen „modernen Sozialismus“ formuliert (SPIEGEL 31/1999) – als „notwendige Antwort“ auf die Programmschrift von Kanzler Gerhard Schröder und des britischen Premiers Tony Blair.

Das Gysi-Memorandum enthält zunächst viel fürs sozialdemokratische Gemüt. So könnten wohl viele SPD-Genossen das Motto „Modern ist soziale Gerechtigkeit“ unterschreiben. Auch im Detail hat Gysi, taktisch gewieft, linke Sozialdemokraten im Visier: Der PDS-Mann fordert etwa die Einführung einer Devisen-Umsatzsteuer, um Währungsspekulationen einzudämmen. Die brachte schon Oskar Lafontaine ins Gespräch, als er noch Finanzminister war.

Den eigenen Genossen schenkt Gysi kräftig ein: Ob Rentensystem, Steuerpolitik oder Tarifgestaltung – er verabschiedet reihenweise alte PDS-Dogmen. Nur das marxistische Kauderwelsch längst verstaubter Juso-Pamphlete versüßt die Kurskorrektur.

So kann laut Gysis Diktum die von der PDS geforderte soziale Grundsicherung „keine vollständige Absicherung des im Erwerbsleben erreichten hohen Lebensstandards“ sein. Wer im Alter gut leben will, müsse privat vorsorgen. Auch in der Steuerpolitik schlägt er für die antikapitalistische Partei ungewohnte Töne an: Un-

ternehmen, die ihre Gewinne in den Betrieb stecken, sollten vom Fiskus besser gestellt werden als private Haushalte.

Als Ghostwriter holte sich der PDS-Vormann zwei Genossen, die Erfahrung im Abschneiden alter Zöpfe haben: Der Parteidenker Michael Brie, Bruder des PDS-Strategen André Brie, und der Humboldt-Dozent Dieter Klein haben schon als SED-Kader im Sommer 1989 abweichende Sozialismusvorstellungen zu Papier gebracht.

Doch ob Gysi seine Partei tatsächlich auf Sozialdemokratie einschwören kann – zu SED-Hochzeiten eine der größten Beschimpfungen für ideologische Abweichter – oder ob die PDS an ihren inneren Widersprüchen erstickt, ist noch nicht ausgemacht.

Sahra Wagenknecht, Gralshüterin der reinen sozialistischen Lehre, zeterte über Gysi, die PDS sei nicht dafür gewählt worden, „den Verzicht auf Lohnerhöhungen bei Tarifverhandlungen zu fordern und dem Zurückdrängen des Staates und der privaten Altersvorsorge das Wort zu reden“. Harald Werner, gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS, hämte im PDS-nahen „Neuen Deutschland“, die Thesen seien „diffus und ausdeutbar“.

Auch die Parteibasis tut sich schwer mit der Realität. Mecklenburg-Vorpommerns Parteivorsitzender Holter bekam beim Landesparteitag im Mai heftigen Gegenwind: Gerade mal 57,7 Prozent wählten ihn wieder zum Landesvorsitzenden. Ein miserables Ergebnis in der SED-Nachfolgepartei.

In seiner Fraktion verfügt Holter nur über eine knappe Mehrheit für seine Linie – interne Kritiker mahnen eine „Opposition in gestaltender Verantwortung“ an und fordern eine baldige Antwort auf die Frage, ob „antikapitalistische, sozialistische Politik“ mit der Teilhabe an der Regierungsmacht überhaupt noch vereinbar sei.

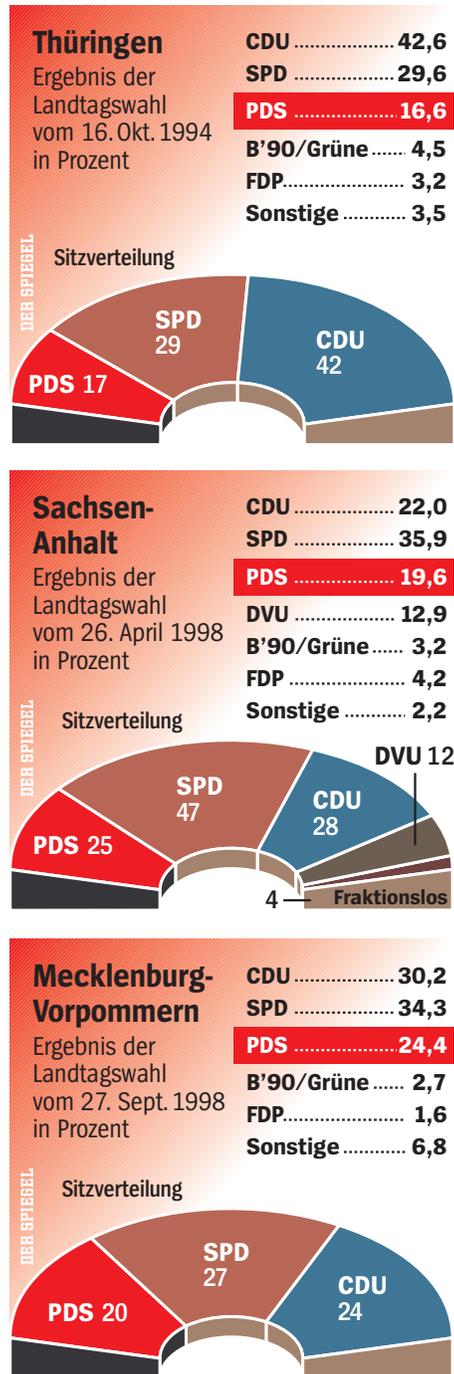
Fraktionsgeschäftsführer Arnold Schoenenburg bekennt sich offen zur Systemopposition: „Ich will doch die Bundesrepublik nicht so, wie sie ist.“ Entweder lasse sich die SPD mit der PDS auf eine neue Politik ein oder das rot-rote Projekt in Schwerin sei gescheitert.

Die nächste Nagelprobe für Gregor Gysi steht in Thüringen an. Dort und in Sachsen hat die PDS im September Landtagswahlen zu bestehen. Doch während sich die Partei im Reich von Kurt Biedenkopf über eine Regierungsbeteiligung keine Gedanken machen muss, könnte es im Freistaat des Christdemokraten Bernhard Vogel für eine rot-rote Koalition nach Schweriner Muster reichen. Jüngste Umfragen sehen die PDS derzeit bei 19 Prozent, die SPD bei 26 Prozent. Das sind ein Prozent mehr als die vorausgesagten 44 Prozent für die CDU.

Der SPD-Landesvorsitzende Richard Dewes, derzeit noch mit den Christdemokraten in einer großen Koalition verbandelt, hält sich zwar offiziell nach allen Seiten offen, doch Insider haben keinen Zweifel, dass der Sozialdemokrat demnächst auch mit den Postkommunisten regieren würde, um seinen Traum, Ministerpräsident zu werden, endlich verwirklichen zu können.

Wenn die PDS denn tatsächlich will. Selbst Gregor Gysi, bislang eifrigster Promoter rot-roter Bündnisse, ist seiner Sache nicht mehr so sicher: Wenn die Schröder-SPD so weitermache, vertraute Gysi am vorvergangenen Wochenende dem Berliner „Tagesspiegel“ an, rückten weitere Koalitionen mit den Sozialdemokraten in weite Ferne.

FLORIAN GLESS,
ALMUT HIELSCHER, ANDREAS WASSERMANN





J. HERBERT

Polizeieinsatz vor dem „Droschkenkutscher“: „In grotesker Weise ungeschickt“

POLIZEI

Feigheit vor dem Feind

In Berlin sollen sechs Polizisten vor Gericht: Sie hatten tatenlos zugesehen, wie eine Frau krankenhaushausreif geschlagen wurde.

Die Attacke geschah direkt unter den Augen der Staatsmacht: Brutal drochen Gangster die Wirtin in der Kiezkneipe „Zum Droschkenkutscher“ im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg zusammen. Während einer den Spielautomaten knackte, trat der andere auf Barbara Fischer, 54, ein. Schließlich drückte er ihr noch seinen Stiefel ins Gesicht – der Abdruck der Sohle schnitt tief ins Fleisch.

Mehr als 20 Minuten dauerte der Überfall. Bis zu 17 Beamte tummelten sich derweil vor dem Lokal in der Malmöer Straße, lugten mal durchs Fenster, griffen aber nicht ein: Sie warteten – aus Sicherheitsgründen – auf ein angefordertes Sonderinsatzkommando (SEK).

Für sechs der Polizisten hat die Zurückhaltung jetzt Folgen: Die Staatsanwaltschaft Berlin hat sie wegen „Körperverletzung im Amt durch Unterlassen“ angeklagt. Sie sollen „als Amtsträger während der Ausübung ihres Dienstes“ zugelassen haben, „dass eine gefährliche Körperverletzung begangen wurde“.

Solcherlei Verfahren sind eine Rarität, denn die Frage, in welche Gefahr sich Polizisten begeben müssen, um einen Menschen vor Verbrechen zu schützen, gilt Experten als schwer justiziabel. Wo endet das Recht, sich selbst zu schützen, wo beginnt die Strafbarkeit? „Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft“, sagt ein Berliner Poli-

zeiführer, „zielt auf so etwas wie Feigheit vor dem Feind.“

Dabei räumt selbst die Berliner Polizei ein, dass der Einsatz am 9. Juni des vergangenen Jahres ein Fiasko war. Bereits Minuten nach dem Überfall wählte eine Nachbarin den Notruf 110, die Zentrale beorderte die Streifenwagen Nordost 601, 605 und 607 an den Tatort. Ihre Besatzungen sind die jetzt Angeklagten.

Der Überfall hatte kaum begonnen, aus dem Lokal drang Lärm, Scheibenklirren, Stöhnen. Durch das Fenster schauten zwei der Beamten nach drinnen. Die Gangster waren mit dem Verstauen von Schnapsflaschen und dem Knacken des Spielautomaten beschäftigt. Die Polizisten forderten Verstärkung an, das SEK wurde alarmiert.

Minuten später waren dumpfe Schläge, dann das Wimmern von Barbara Fischer zu hören. Durch die Prügel erlitt sie einen Schädelbruch, Einblutungen ins Gehirn, eine Nierenquetschung. Sie fiel ins Koma.

Erst als die Schläger das Lokal verließen, nahmen die Beamten – mittlerweile durch elf weitere Kollegen verstärkt – sie fest. Bis dahin hatten sich die Polizisten nicht einmal bemerkbar gemacht.

Die Polizeiführung selbst leitete Ermittlungen ein, aber zum Politikum wurde der Fall erst mit dem Prozess gegen die beiden Wirtshaus-Schläger Lutz N., 39, und Dieter B., 29. Der Vorsitzende Richter Friedrich-

Karl Föhrig nannte die Beamten einen „Chaotenhaufen“. Sie hätten „sich in nahezu grotesker Weise ungeschickt“ verhalten. „Koordiniert handelnde Polizeibeamte hätten mühelos schon nach dem zweiten Fußtritt auf die Wirtin das Treiben unterbinden können“, so der erboste Richter.

So sieht es auch die Staatsanwaltschaft. Gegen die elf erst später eintreffenden Beamten wurde das Verfahren zwar eingestellt. Aber umso gravierender sind die Vorwürfe gegen die Besatzungen der drei Streifenwagen, allesamt niedere Dienstgrade, bis auf einen auch noch sehr jung. Sie hätten, so die Ermittler, durch rechtzeitiges Einschreiten die Misshandlung der Wirtin verhindern müssen. Durch ein nicht versperrtes Fenster hätten sie in die Kneipe einrücken können. Dieser Verstoß gegen ihre polizeilichen Pflichten sei strafbar.

Der Anwalt der Wirtin wirft den Beamten vor, sie seien „in erster Linie auf Eingsicherung“ aus gewesen. „Aber das Gesetz verlangt von Polizisten auch, sich in Gefahr zu begeben.“ Der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaft der Polizei, Eberhard Schönberg, hält dagegen: „Diese Leute sind doch nicht feige. Im Nachhinein gesehen, haben sie die Lage falsch eingeschätzt, aber das kann nicht strafbar sein.“

Ob die Argumentation der Staatsanwaltschaft tatsächlich für eine Verurteilung ausreicht, ist offen. Noch liegt die Anklage beim Schöffengericht Berlin-Tiergarten. Der zuständige Richter hat noch nicht über die Eröffnung des Verfahrens entschieden.

Die Beamten schweigen bis auf einen: Der behauptet, den Gewaltexzess nicht bemerkt zu haben. Der Berliner Anwalt Marcus Fabian, der einen der Angeklagten vertritt, hält die „juristische Konstruktion der Staatsanwaltschaft“ für fragwürdig: „Da soll ein Exempel statuiert werden.“

Die Tret-Orgie vom Prenzlauer Berg wird wohl noch eine weitere Konsequenz haben: Barbara Fischer befindet sich noch immer in Behandlung. Trotz monatelangen Aufenthalts in einer Rehabilitationsklinik fürchten die Ärzte, dass sie nie wieder ganz gesund wird. Ihr Anwalt hat dem Land Berlin schon mit Schadensersatzforderungen in sechsstelliger Höhe gedroht.

GEORG MASCOLO



FOTOS: D. LASSIG

Verurteilte Kneipenschläger Lutz N., Dieter B.: Attacke unter den Augen der Staatsmacht

Werbeseite

Werbeseite

1. Von Weimar zu Hitler (33/1999);
2. Europas Verführer (34/1999);
3. Hitler und die Deutschen (35/1999);
4. Der Holocaust (36/1999)



AKG (l. u.); TELE BUNK (r. o.); BPK (r. u.)

Scheidemanns Ausrufung der Republik (1918); Hitler und Hindenburg (1933); Hyperinflation (1923); Stoßtrupp zum Hitlerputsch (1933)

DAS JAHRHUNDERT DES FASCHISMUS

Von Weimar zu Hitler

Wie konnte Adolf Hitler zum Diktator Deutschlands werden? Er verdankt seinen Aufstieg den Schwächen der Weimarer Republik. Gegen die Folgen des Ersten Weltkriegs, gegen Inflation und Weltwirtschaftskrise fanden die demokratischen Kräfte kein Rezept.

Die kurze Demokratie

Von Kurt Sontheimer

Spiegel des 20. Jahrhunderts

Wir nennen sie die Weimarer Republik, eine Bezeichnung, die zu ihren Lebzeiten noch nicht ge­läufig war. Immerhin war sie Deutschlands erste Republik, ausgerufen durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann am 9. November 1918 in Berlin. Dank ihrer Verfassung, die wegen der politischen Wirren in der Reichshauptstadt von der Nationalversammlung im Weimarer Nationaltheater ausgearbeitet worden war, war sie auch Deutschlands erste Demokratie.

Ihr Untergang kam schon nach 14 Jahren, am 30. Januar 1933, als der Reichspräsident und ehemalige kaiserliche Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler ernannte.

Das Ende dieser mühseligen und beladenen Weimarer Republik war der Anfang der nationalsozialistischen Diktatur, jenes noch kürzeren, nur zwölfjährigen Abschnitts der deutschen Geschichte, dessen Auswirkungen auf die Weltgeschichte im 20. Jahrhundert jedoch ungeheuer waren – in ihren Folgen für Deutschland, Europa und die Welt wie hinsichtlich der Erfahrungen mit einem Totalitarismus, der im Banne einer inhumanen Ideologie vor keinem Verbrechen zurückschreckte.

Es ist dieser Übergang von Weimar zum Dritten Reich Hitlers, welcher der Geschichte der Weimarer Republik eine alle

normalen Maßstäbe sprengende historische Bedeutung verleiht. Auch wenn, wie viele Historiker meinen, die Weimarer Demokratie schon ab 1930 kaum mehr zu retten war, so hätte doch ein autoritäres Regime mit einem anderen Politiker als Hitler an der Spitze schwerlich jene Verheerungen anrichten können, die dieser besessene „Führer“ mit seinem Volk zu Wege brachte.

So aber ist die Weimarer Republik mit dem schweren Makel belastet, als Demokratie versagt und die Machtergreifung Hitlers ermöglicht zu haben. Ihr Scheitern war die Ursache für die Entstehung des Dritten Reiches, das eine auch heute noch nicht getilgte Schande über Deutschland gebracht hat.

Kein Wunder, dass gerade die deutsche Geschichtsschreibung nach der Katastrophe, in die Deutschland durch Hitler gestürzt wurde, sich besonders intensiv mit dem Schicksal der Weimarer Republik beschäftigt hat, um herauszufinden, warum Hitler die Macht an sich reißen konnte.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war für die meisten europäischen Demokratien ohnehin schwierig, und ihr Scheitern – wie 1922 in Italien – war eher die Regel als die Ausnahme. Die Überwindung der Weimarer Demokratie wog historisch deshalb so besonders schwer, weil sie einen Hitler an die Macht brachte, der

von Anfang an entschlossen war, die Herrschaft in den Dienst einer rassistischen Herrschaftsideologie und einer imperialistischen Eroberungspolitik zu stellen.

Der Übergang von der Monarchie zur Republik (1918/19) war schwierig und hart umkämpft gewesen, weil die Mehrheitssozialdemokraten unter Friedrich Ebert, die linke USPD und die Kommunisten unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sich über die Zielsetzung der Revolution und die neue Regierungsform nicht einig wurden und auch nicht werden konnten.

Es siegten, wenn auch mit Unterstützung des Militärs, die sozialdemokratischen Befürworter eines parlamentarischen Regierungssystems, und es gab bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919, die in Weimar die neue Verfassung ausarbeiten sollte, eine so überzeugende Mehrheit für die demokratischen Parteien (SPD, katholisches Zentrum und die linksliberale DDP), die „Weimarer Koalition“, dass die Gründung der neuen Republik auf der Basis einer stabilen demokratischen Mehrheit gesichert schien.

Hatten sich aber die politischen Kräfte des alten monarchischen und obrigkeitstaatlichen Systems während der revolutionären Unruhen zunächst abwartend verhalten, so traten sie binnen kurzem wieder lautstark und aggressiv auf. So tönte Georg Escherich, Chef der bayerischen Heim-



Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung (1919), SPD-Wahlplakat (1930): „Schande über Deutschland“



Gegenrevolutionäre Soldaten in Berlin (beim Kapp-Putsch 1920): „Die Demokratie mit den Waffen der Demokratie schlagen“

wehr, 1920: „Das Erbe bodenständiger Staatsüberlieferung wird in den Schmutz gezogen, während der Staatsgedanke der Defätisten und Deserteure, denen wir doch in der Hauptsache den Zustand völliger Ohnmacht verdanken, als unser Retter hingestellt wird.“

Es gelang den Nostalgikern sogar, ihre Verantwortung für den verlorenen Krieg auf die neuen Machthaber in den demokratischen Parteien abzuschieben. „Die Sozialdemokraten und die Leute um Erzberger“, so war auch auf einem Wahlplakat der Deutschnationalen zu lesen, wurden von Hitler und seinen Gesinnungsgenossen beschuldigt, durch ihren „Dolchstoß“ in den Rücken des tapfer kämpfenden Heeres die militärische Niederlage mit all ihren schweren Folgen für Deutschland verursacht zu haben. Der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, der im November 1918 den Waffenstillstand für Deutschland unterzeichnet hatte, fiel im August 1921 einem Attentat zum Opfer.

Die ersten regulären Wahlen zum Deutschen Reichstag vom 6. Juni 1920 dokumentierten bereits den politischen Um-

schwung gegen die neue Republik. Hatten die drei großen demokratisch orientierten Parteien bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom Januar 1919 noch eine klare Mehrheit von 76 Prozent der Stimmen für die „Weimarer Koalition“ erringen können, so gerieten sie anderthalb Jahre später mit 43 Prozent in die Minderheit, aus der sie nicht mehr herauskamen.

Die parlamentarischen Mehrheiten, die sich danach für ständig wechselnde Kabinette nur mühsam finden ließen, konnten nur schwache, labile Regierungen hervorbringen. Sie hatten insbesondere den Mangel, dass sie kein verpflichtendes Band einer Loyalität zur demokratischen Verfassung von Weimar einte.

Am Ende, im Sommer 1932, stellten die extremistischen Parteien – die NSDAP Hitlers, die KPD und die Deutschnationale Volkspartei – im Reichstag sogar die Mehrheit, die offen antidemokratisch und auf die Überwindung der Weimarer Republik ausgerichtet war. Schon vor den Reichstagswahlen von 1930 hatte Hitler verkündet, „dass in dieser Wahl die Demokratie mit den Waffen der Demokratie geschlagen

werden muss“. Er wurde mit seiner Massenbewegung so zum Zerstörer der ersten deutschen Republik.

Adolf Hitler, 1889 im österreichischen Braunau am Inn geboren, hatte als junger Mann vergebens versucht, sich in Wien eine Existenz als Künstler zu schaffen. 1913 übersiedelte er nach München, meldete sich 1914 als Kriegsfreiwilliger zu einer bayerischen Einheit und erhielt, für einen Gefreiten ungewöhnlich, als Meldegänger das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Gasverwundet erlebte er das Kriegsende in einem Lazarett im pommerschen Pasewalk. In „Mein Kampf“ hat er behauptet, angesichts der demütigenden Niederlage dort den Entschluss gefasst zu haben, Politiker zu werden, um die Schmach des verlorenen Krieges zu rächen und jene „Novemberverbrecher“ zu bekämpfen, die nach dem Untergang der Monarchie in Deutschland an die Macht gekommen waren.

Schon in seinen Wiener Jahren hatte er krause Bruchstücke sozialdarwinistischer und antisemitischer Glaubenssätze in sich aufgenommen, die ihn zu einem erbitterten Gegner der liberalen Demokratie und

„Mir ist zumute, als ob eine solche Beschränktheit im Lande Goethes und Nietzsches beschämend sei.“

THOMAS MANN, 1927

der Juden werden ließen. Für derartige Ideen war auch in Bayern, zumal nach der kurzzeitigen Machtübernahme durch den Linken Kurt Eisner und erst recht nach den Wirren der chaotischen Münchener Räterepublik im Frühjahr 1919, ein aufnahmeberechtigtes Publikum zu finden.

Ende 1918 nach München zurückgekehrt, kam Hitler bei einer Aufklärungseinheit der bayerischen Reichswehr unter und lernte als deren V-Mann eine gerade gegründete politische Gruppe kennen, die sich „Deutsche Arbeiterpartei“ nannte. Sie entsprach seinen politischen Zielen und Interessen und war das Sprungbrett für seine politische Karriere, nachdem sie 1920 ihren Namen in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) geändert hatte. Auf diesem Wege wurde Hitler tatsächlich Politiker, dem es vor allem dank seiner enormen rednerischen Begabung rasch gelang, seine Partei zu einer wichtigen Kraft innerhalb der völkischen, antidemokratischen Bewegung Bayerns zu machen.

1923 schien die Republik ihrem Ende nahe. Die Franzosen besetzten das Ruhrgebiet. Da fühlte Hitler sich stark genug, durch einen Putsch gegen die Reichsregierung am 9. November 1923, den Griff nach der Macht zu wagen. Doch der erträumte Marsch auf Berlin endete unter den Kugeln der bayerischen Landespolizei an der Münchner Feldherrnhalle mit einem blutigen Fiasko.

Damit wäre Hitlers Schicksal als Politiker eigentlich besiegelt gewesen, denn er wurde verhaftet und seine Partei verboten. Aber er fand im rechtskonservativen Bayern milde Richter und kam mit ziemlich

angenehmer Festungshaft in Landsberg davon; er konnte danach seine Partei wieder aufbauen und seine Stellung als ihr unangefochtener Führer festigen. Er wusste seither, dass er nicht durch einen Handstreich oder Putsch, sondern nur mit Hilfe anderer antidemokratischer Kräfte und im Gewande scheinbarer Legalität an die Macht kommen konnte, freilich gestützt auf eine ihm ergebene Massenbewegung. Dies war das Muster für seine Machtergreifung 1933.

Die ohnehin schon geringen Chancen der parlamentarischen Demokratie wur-



Unterzeichnung des Versailler Vertrags (1919)*: Ein Diktat

den noch weiter gemindert durch den Streit um die Erfüllung des Versailler Friedensvertrags. Die Sieger hatten den Deutschen knapp ein Sechstel des Staatsgebiets genommen, ihnen in der Folge Reparationen in der ungeheuren Höhe von 269 Milliarden Goldmark auferlegt und sie für allein schuldig am Krieg erklärt.

Dieser Vertrag, in Wahrheit ein Diktat, wurde von fast allen Deutschen, nicht nur von den Nationalisten, nach dem Aderlass

* Gemälde von William Orpen um 1925.

des mörderischen Weltkriegs als Schmach empfunden. „In dieser Zeit“, schrieb der ehemalige Sozialdemokrat August Winnig, „wurde die nationale Bewegung zur Opposition.“ Und John Maynard Keynes, der der britischen Delegation der Pariser Friedenskonferenz angehörte, trat empört zurück, weil er sich nicht an der „Verwüstung Europas weiden“ wollte, die der Vertrag nach sich ziehe.

Zu Beginn der zwanziger Jahre raste zudem eine galoppierende, das Bürgertum verarmende Inflation durch das Land. Der Wert des Dollar gegenüber der Mark stieg von 5,92 Ende 1918 auf 4,2 Billionen im November 1923. Erst Ende 1923 konnte diese Währungskatastrophe durch eine neue Währung, die Rentenmark, abgefangen werden. Am 17. Oktober 1923 schrieb Alfred Döblin, die Menschen „haben jetzt Millionen, Milliarden und versuchen vergeblich, dafür einzukaufen“. So schleppten sich die ersten Weimarer Regierungen von Krise zu Krise.

Erst danach kehrte, nicht zuletzt dank der politischen Führungskraft des Reichsaußenministers Gustav Stresemann, eine gewisse Stabilisierung der Verhältnisse ein, die bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 und dem Bruch der Großen Koalition 1930 anhielt.

Doch von einer Festigung der Demokratie konnte auch in dieser Phase nicht die Rede sein. 1925 war ausgerechnet Hindenburg, der höchste militärische Repräsentant des Kaiserreiches, als Nachfolger des Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt worden. Hindenburg aber war nicht gerade ein Freund und Verteidiger der Demokratie, wie sich in der großen Krise zeigen sollte.

Das geistige Leben der Weimarer Zeit



Von Weimar zur Diktatur

1918

9. November: Philipp Scheidemann (SPD) ruft die Deutsche Republik aus; Wilhelm II. dankt ab
11. November: Der Erste Weltkrieg wird durch den Waffenstillstand von Compiègne beendet

30. Dezember bis 1. Januar: Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

1919

15. Januar: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden ermordet



Liebknecht, Luxemburg

18. Januar: Beginn der Versailler Friedenskonferenz

19. Januar: Wahlen zur Nationalversammlung

11. Februar: Die Nationalversammlung wählt in Weimar den SPD-Chef Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten

13. Februar: Reichsregierung unter Philipp Scheidemann

28. Juni: Unterzeichnung des Friedensvertrags in Versailles

14. August: Die neue Verfassung tritt in Kraft

1920
13. bis 17. März: Der rechte Kapp-Putsch scheitert am Generalstreik

April: Die Reichswehr beendet Unruhen im Ruhrgebiet; Frankreich besetzt den Maingau

6. Juni: Verluste der Weimarer Koalition bei den Reichstagswahlen

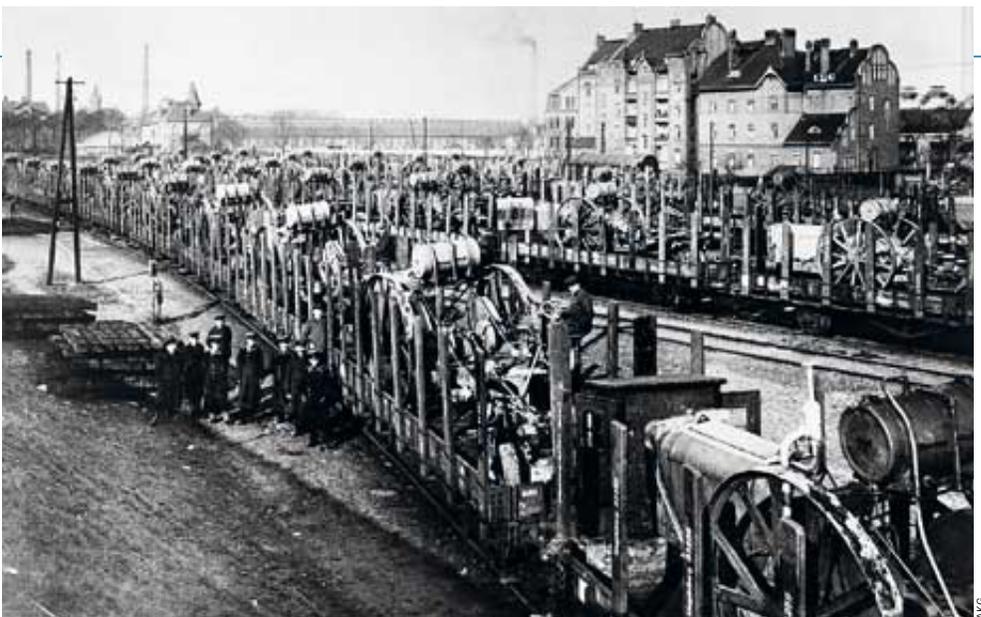
1921
26. August: Ermordung des Zentrum-Politikers Matthias Erzberger

1922
16. April: Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Russland

24. Juni: Ermordung des Außenministers Walter Rathenau. Seit August Beginn der Hyperinflation

1923
11. Januar: Frankreich besetzt das Ruhrgebiet

13. August: Regierung unter Gustav Stresemann



Deutsche Reparationslieferung (1920): Waren für 269 Milliarden Goldmark

war zwar höchst lebendig, doch mit Schlagseite zum Irrationalen und Zynischen. Links und rechts hatten sich die politischen Ideen zu Ideologien verfestigt, die pragmatischer Vernunft keine Chance ließen. Die Ideologen der „Konservativen Revolution“ wie Arthur Moeller van den Bruck und Carl Schmitt erklärten die liberale Demokratie für überholt. Der revolutionäre Konservative Edgar Jung, Ratgeber des Reichskanzlers Franz von Papen, forderte im Juni 1932, die Konservative Revolution solle „in allen Stücken entgegengesetzt sein den Wertungsweisen und sozialen Formen der 1789 durchbrochenen liberalen Welt“. Der „Geist“ konnte das schwache politische Gerüst der neuen Republik nicht stützen. Diese Intellektuellen, angewidert von der Tagespolitik, präparierten vielmehr ihr radikales Bewusstsein zum Kampf gegen die demokratische Republik von rechts oder für die Utopie einer sozialistischen Demokratie von links.

Die Republik hatte fast keine Sympathisanten. Zu ihrer Unterstützung und Verteidigung standen nur wenige Intellektuel-

le bereit, zu wenige. Thomas Mann war eine rühmliche Ausnahme. „Mir ist zumute“, schrieb er 1927 gegen die unversöhnlich scheinende Polarität, „als ob eine solche Beschränktheit im Lande Goethes und Nietzsches beschämend sei.“

So konnte die Republik auch in den paar Jahren ihrer scheinbaren Stabilität kein Selbstbewusstsein, geschweige denn eine Attraktivität entwickeln. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich verstehen, wie sie am Ende die Beute Hitlers und seiner gegen das Weimarer „System“ gerichteten Massenbewegung werden konnte.

An der Weimarer Reichsverfassung hat es nicht in erster Linie gelegen, dass die Demokratie scheiterte. Gewiss war auch sie das Produkt von Kompromissen, so waren Grundrechte nur im hinteren Teil aufgeführt. Aber man hätte mit dieser Verfassung arbeiten können, wenn die Mehrheit sich zu ihren liberalen und demokratischen Grundprinzipien bekannt hätte. Doch

ebendiese demokratische Mehrheit gab es ja seit 1920 schon nicht mehr.

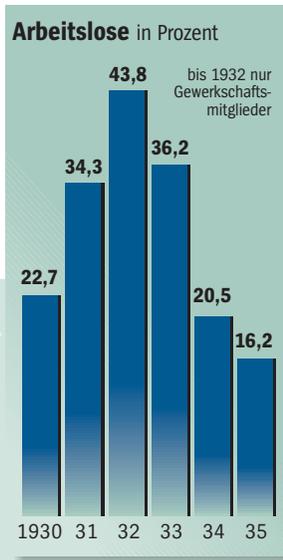
So musste man sich damit begnügen, die Bestimmungen der Verfassung vordergründig zu respektieren, das heißt zu manipulieren. Diese ließen sich auch für antidemokratische Zielsetzungen nutzen, so bei den plebiszitär-demokratischen Einrichtungen des Volksbegehrens und des Volksentscheids, die gerade Hitler im Volksbegehren gegen den Young-Plan zur endgültigen Regelung der Reparationen für eine wilde Agitation gegen die Republik einzusetzen verstand.

Man müsse „die Leute erziehen zu Widersetzlichkeit und zum Widerstand gegen Forderungen, die den Untergang der deutschen Nation bedeuten“, trommelte Hitler Ende 1929 im Zirkus Krone für das „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“, wie er den Volksentscheid gegen den Young-Plan nannte.

Die Volkswahl des Präsidenten hatte Hindenburg zum höchsten Repräsentanten der Republik gemacht. Nicht zuletzt waren es die außerordentlichen Vollmachten des Präsidenten für den Notstandsfall im Artikel 48 der Weimarer Verfassung, die es ihm ermöglichten, unter Umgehung des Parlaments mit präsidialen Notverordnungen zu regieren. Diese Präsidialvollmacht führte ab 1930 zur Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie – und sie wurde das Einfallstor für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur Hitlers.

Man hat von der Weimarer Reichsverfassung geglaubt, sie sei besonders demokratisch, und das traf auch zu. Aber da sie von Parteien und „Staatsdienern“ gehandhabt wurde, die von der Demokratie als Staatsform wenig oder gar nichts hielten, halfen die besten verfassungsrechtlichen Vorkehrungen wenig.

Die Beamten und die Richterschaft der Weimarer Republik, deren Zusammensetzung sich nach der monarchischen Ära nicht wesentlich geändert



8./9. November: Putschversuch Hitlers in München
15. November: Neue Währungsordnung, eine Rentenmark entspricht einer Billion Papiermark
1925
26. April: Nach Friedrich Eberts Tod wird Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg Reichspräsident

1928
20. Mai: Reichstagswahlen, Hermann Müller (SPD) bildet eine Große Koalition, die am 27. März 1930 auseinander bricht. Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) regiert mit Hilfe von Notverordnungen

1930
14. September: Bei den Reichstagswahlen gewinnt die NSDAP 107 Mandate
Ende Dezember: 4,4 Millionen Arbeitslose

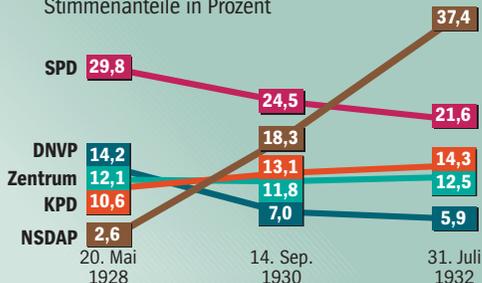
1931
13. Juli: Bankenkrach
Ende des Jahres: 5,66 Millionen Arbeitslose

1932
10. April: Hindenburg als Reichspräsident wiedergewählt
30. Mai: Rücktritt Brünings, Nachfolger wird Franz von Papen
31. Juli: Reichstagswahlen, die NSDAP wird mit 230 Mandaten stärkste Partei
17. November: Rücktritt Papens, Nachfolger wird General Kurt von Schleicher

1933
28. Januar: Rücktritt Schleichers
30. Januar: Adolf Hitler wird Reichskanzler
27. Februar: Reichstagsbrand
24. März: Das „Ermächtigungsgesetz“ macht den Weg in den totalitären Staat frei

Reichstagswahlen

Stimmenanteile in Prozent



Werbeseite

Werbeseite



Party in den „Goldenen Zwanzigern“ in Berlin: Sehnsucht nach dem starken Mann

hatte, pflegten ihr traditionelles Staatsverständnis und dienten einer demokratischen Regierung im Prinzip ebenso folgsam wie später dem Reichskanzler Adolf Hitler.

Die Reichswehr, durch den Versailler Vertrag auf 100 000 Mann reduziert, dachte nicht daran, sich der politischen Gewalt unterzuordnen, sondern gefiel sich darin, eine Art Staat im Staate zu sein; die demokratische Idee eines Staatsbürgers in Uniform wäre lächerlich erschienen.

In der Anfangsphase unter Generaloberst Hans von Seeckt kapselte sich die Reichswehr vom demokratischen Staat ab und betrieb ihre eigene Aufrüstungspolitik. In der Spätphase mischten sich ihre Führer, vor allem der letzte Reichskanzler vor Hitler, General Kurt von Schleicher, mächtig in die inneren Verhältnisse ein und halfen, ohne es direkt zu wollen, Hitler auf dem Weg zur Macht.

Mit anderen Worten: Mit diesem demokratischen Staat, den so richtig niemand bejahte – weder die Parteien noch die In-

teressenverbände, noch die Mehrheit der Bürger, welche ihn nicht als Fortschritt, sondern als Verlust erlebte –, mochten sich nur wenige identifizieren.

So braute sich, als die Arbeitslosigkeit im Gefolge der Weltwirtschaftskrise immer stärker anstieg, eine bedrohliche Situation zusammen: Die Industrieproduktion war von 1929 bis 1932 um über 40 Prozent, das Volkseinkommen über 20 Prozent gesunken. Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg im Februar 1932 und im Januar 1933 jeweils auf über sechs Millionen an. Das traf mehr als die Hälfte der abhängig Beschäftigten – und bedeutete damals Verelendung. Die Weimarer Republik als demokratischer Staat wurde zur Disposition gestellt, da es scheinbar ohne die Demokratie nur besser werden konnte.

In breiten Kreisen wuchs die Sehnsucht nach einem starken Mann, einem Erretter aus der Not. „Unser Schrei nach dem Führer hat so lange keinen Sinn, als wir uns einbilden, ein Parlament könne einen Füh-

rer ernennen“, schrieb der Rechtsphilosoph Julius Binder 1929.

Es war diese Situation, in der Adolf Hitler plötzlich seine Chance erhielt. Dabei war er für viele immer noch ein dubioser Politiker, dem man auf Grund seiner Herkunft und seiner ideologischen Obsessionen eigentlich nichts zutrauen durfte, geschweige denn ihm die Macht über das Deutsche Reich anzuvertrauen.

Eberhard Jäckel hat die Mentalität der Hitler-Anhänger folgendermaßen beschrieben: „Sie warfen sich einem Führer in der verzweifelten Hoffnung in die Arme, dass er ihre Lage verbesserte, ohne zu wissen oder wissen zu wollen, eigentlich ohne wissen zu können, was seine politischen Absichten waren. Dieser Führer war ein aus der Fremde hergelaufener Glücksritter, auf den Schild gehoben von einer trunkenen und blind gehorsamen Gefolgschaft und Soldateska (SA und SS).“

Der Klassenkampf in Deutschland schuf laut Jäckel die Umstände und Verhältnisse,

LITERATUR

FRITZ RENÉ ALLEMANN: „Bonn ist nicht Weimar“. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1956; 439 Seiten – *Der Schweizer Publizist prägte das Motto einer Ära*.
 EDUARD BERNSTEIN: „Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk“. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin 1921; 198 Seiten – *Darstellung aus der Sicht des SPD-Revisionisten*.
 KARL DIETRICH BRACHER (Hrsg.): „Die Weimarer Re-

publik 1918 – 1933“. Droste Verlag, Düsseldorf 1987; 688 Seiten – *Experten urteilen über Ereignisse, Fehler und Versäumnisse*.

KARL DIETRICH BRACHER: „Die Auflösung der Weimarer Republik“. Ring Verlag, Stuttgart 1955; 754 Seiten – *Brachers Habilitationsschrift, laut „FAZ“ ein „Klassiker der Geschichtsschreibung“*.

EBERHARD JÄCKEL: „Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz“. Deutsche Verlags-Anstalt, Stutt-

gart 1996; 367 Seiten – *Kurzgefasste Zeitgeschichte*.
 HANS MOMMSEN: „Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 – 1933“. Propyläen Verlag, Berlin 1989; 580 Seiten – *Gründliche Darstellung des Versagens der deutschen Eliten*.

HEINRICH AUGUST WINKLER: „Weimar 1918 – 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie“. Verlag C. H. Beck, München 1993; 709 Seiten – *Das Standardwerk des Berliner Neuhistorikers*.

„welche einer mittelmäßigen und grotesken Personage das Spiel der Heldenrolle ermöglichen“.

Zwei Entwicklungen mussten ineinander greifen, um das fatale historische Ergebnis vom 30. Januar 1933 zu zeitigen, das die demokratische Republik von Weimar in den nationalsozialistischen Führerstaat Adolf Hitlers verwandelte. Zum einen: Der Auflösungsprozess der Republik, nach dem Scheitern der letzten großen Regierungskoalition unter dem SPD-Kanzler Hermann Müller 1930, führte zur Verlagerung der Macht auf den Reichspräsidenten und dessen diversen konservativen bis reaktionären Ratgeber, schuf jedoch faktisch ein Machtvakuum.

Dorthin konnte dann – zweite Entwicklungslinie – Hitlers antidemokratische Sammlungsbewegung eindringen, die eine Los-von-Weimar-Bewegung war und mit der Krise immer stärker anwuchs.

Bei den Reichstagswahlen von 1928 war die NSDAP noch eine Splitterpartei mit 2,6 Prozent der Stimmen und zwölf Mandaten gewesen. Doch bereits zwei Jahre später, bei den von Reichskanzler Heinrich Brüning unglücklich mitten in der Krise angesetzten Wahlen vom September 1930 sprang sie auf 18,3 Prozent und errang 107 Sitze im Reichstag. Schon im Wahlkampf hatte Hitler prophezeit, dass seine Anhänger später einmal sagen könnten: „Der 14. September 1930 war ein Wendetag, ein Wendemonat in der deutschen Geschichte; an dem Tag hat die junge Bewegung, die später Deutschland frei gemacht hat, zum ersten Mal mit schweren Schlägen an die Türen des deutschen Reichshauses geklopft und gerufen: Macht die Tore auf.“

Zwei Jahre später, bei den Wahlen vom 31. Juli 1932, wurden die Nazis mit 37,4 Prozent die stärkste Partei im Reich. Damit waren sie ein Machtfaktor, der nicht mehr zu ignorieren war. Die weitere Entwicklung wurde in den Präsidialregierungen der Kanzler Franz von Papen und Schleicher nur noch durch Überlegungen bestimmt, wie man dem Machtanspruch der NSDAP begegnen oder gerecht werden könnte. Dabei war offenkundig, dass diese Partei und ihr Führer nur darauf aus waren, die Weimarer Republik zu schlagen.

Hitlers Bekenntnis zur Verfassung beschränkte sich auf die Beteuerung, seine Partei wolle mit „legalen Mitteln“ dafür kämpfen, „den Staat so zu gestalten, wie wir ihn haben wollen“. Seine Machtergreifung vollzog sich nur scheinbar legal.

Mit seiner starken parlamentarischen Macht im Rücken, unterstützt von der massiven Demonstration politischer Gewalt durch die SA auf den Straßen der Republik, zielte Hitler aufs Ganze, nämlich auf die Kanzlerschaft. Diese wurde ihm von Hindenburg zunächst verwehrt. Doch der alte Marschall des Kaisers ließ sich am Ende durch die ihm nahe stehenden konservativ-nationalen Kreise in seiner Um-

gebung, vor allem seinen Sohn Oskar, davon überzeugen, dass es unumgänglich sei, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. So geschah am 30. Januar 1933.

Hitler, so hatten ihm die Ratgeber dieser Kamarilla eingeredet, könne in ein von den konservativen Kräften getragenes „Kabinett der nationalen Konzentration“ eingebunden und dadurch „gezähmt“ werden – eine fatale Fehlkalkulation. Aus dem Reichskanzler Adolf Hitler wurde in wenigen Monaten der unkontrolliert herrschende Machthaber des Dritten Reiches.

Weimar geriet zum Modellfall des Scheiterns einer Demokratie, und weil dieser Fall so schwer wog, hat die Frage der Verantwortung für dieses Scheitern stets eine wichtige Rolle bei den Bemühungen um eine historische Klärung gespielt. Einhellige Antworten auf diese Frage gibt es nicht, denn viele Parteien, Institutionen und

Kershaw, besonders eindrucksvoll herausarbeitet, wie sehr die Deutschen, angefangen bei den Bayern, dem Phänomen Hitler „entgegenarbeiteten“. Sie haben durch ihr Verhalten, ihre Gesinnung und ihr Missbehagen an der Demokratie dem Aufstieg dieser verkrachten bürgerlichen Existenz namens Hitler den Boden bereitet.

Karl Dietrich Bracher hat das Exemplarische an der Geschichte des Untergangs der Weimarer Republik zutreffend erfasst: „Lähmung und Verfall eines freiheitlichen Staatswesens, im Machtvakuum von 1932 zur Hilflosigkeit gegenüber Diktaturbewegungen gesteigert, waren nicht zuletzt die Folge verwirrter Maßstäbe, geschwächter Abwehrbereitschaft und falscher Illusionen über Toleranz gegen Feinde der Demokratie.“

Im politischen Bewusstsein der Bundesrepublik hat die Bezugnahme auf die Re-



Arbeitslose vor dem Arbeitsamt Hannover (1930): Weg in die Verelendung

Mächte bis hin zum Verhalten der Intellektuellen und der Bürger haben dieser Republik ihr schlimmes Schicksal bereitet, und jeder mag die Akzente je nach seinem Erkenntnisinteresse anders setzen.

Sicher ist, dass dieses Schicksal nicht zwangsläufig war, dass es sich nicht allein aus den Wirtschaftskrisen oder den Folgen von Versailles erklären lässt, nicht allein aus dem Verhältniswahlrecht, das die Vielzahl der Parteien – im Reichstag von 1930 saßen 14 – begünstigte. Bemerkenswert ist, dass die neueste Forschung, etwa die jüngste große Hitler-Biografie des Briten Ian

publik von Weimar ihren festen Platz; das gilt selbst nach einer 50-jährigen Geschichte. Es kann nicht überraschen, dass für die Gründungsväter der Bundesrepublik, die Männer und Frauen, die im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz als Verfassung der zweiten demokratischen Republik ausarbeiteten, der kritische Bezug auf die Weimarer Reichsverfassung im Zentrum ihrer Überlegungen stand.

Die meisten von ihnen hatten das Ende der Weimarer Republik noch selbst miterlebt und waren deshalb darauf bedacht, die Schwächen der Weimarer Verfassung,

„Die Menschen haben
jetzt Millionen, Milliarden und versuchen
vergeblich, dafür einzukaufen.“

ALFRED DÖBLIN, 1923

„Schnöder Eigennutz lag ihm ferne“

Aus dem Plädoyer der Anklage im Hochverratsprozess gegen Hitler 1924

Nach dem Putschversuch vom 8./9. November 1923, der im Feuer der Bayerischen Landespolizei an der Münchner Feldherrnhalle scheiterte, wurden Adolf Hitler und etliche Mitverschwörer verhaftet. Im folgenden Prozess priest der Erste Staatsanwalt Ludwig Stenglein in der Begründung seines Strafantrags die Persönlichkeit des Angeklagten. Auszug aus „Der Hitler-Prozess 1924“, K. G. Saur Verlag, vier Bände, München 1999:

Aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen, hat Hitler im großen Kriege als tapferer Soldat seine deutsche Gesinnung bewiesen. Erfüllt von echter, glühender Begeisterung für ein großes deutsches Vaterland hat er nach

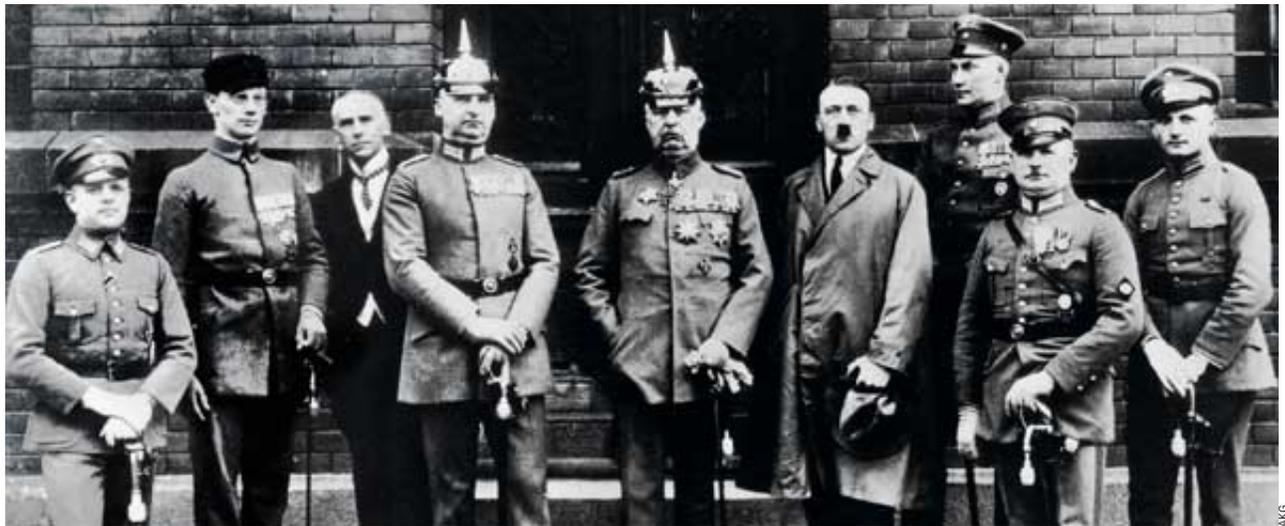
Streben aber, in einem unterdrückten und entwaffneten Volke den Glauben an die deutsche Sache wieder zu erwecken, bleibt unter allen Umständen ein Verdienst. Er hat hier, unterstützt durch seine einzigartige Rednergabe, Bedeutendes geleistet.

Zeigten sich infolge seiner einseitigen Einstellung, die notwendig zu einer Kampf Stimmung in den Reihen seiner Anhänger führen musste, üble Ausschreitungen, so wäre es doch ungerrecht, ihn als Demagogen im üblen Sinne diese Wortes zu bezeichnen. Vor diesem Vorwurf schützt ihn die Echtheit seiner Überzeugung und die Uneigennützigkeit seiner Hingabe an die von ihm selbst gewählte Lebensaufgabe. Sein Privatleben hat er stets rein

ist ein hoch begabter Mann, der aus einfachen Verhältnissen heraus sich eine angesehene Stellung im öffentlichen Leben errungen hat, und das zweifellos durch ernstes Streben und harte Arbeit. Er ist ein Mann, der sich einer Idee, die ihn erfüllt, bis zur Selbstopferung hinzugeben vermag.

Als Soldat hat er in höchstem Maße seine Pflicht getan. Er hat nach dem Kriege gekämpft für die deutsche Sache, er hat echte Begeisterung. Es darf ihm geglaubt werden, dass schnöder Eigennutz ihm ferne lag. Eine eigennützige und uehrenhafte Ausnützung der Machtstellung, die er sich schuf, kann ihm nicht vorgeworfen werden.

Auch bei der Tat, die jetzt abzuurteilen ist, hat nicht so sehr persönlicher



Angeklagte im Hitler-Prozess*: „Sein Privatleben hat er stets rein gehalten“

dem Kriege aus kleinsten Anfängen in mühsamer Arbeit eine große Partei, die national-sozialistische Arbeiterpartei, geschaffen, wobei die Bekämpfung des internationalen Marxismus und Judentums, die Abrechnung mit den Novemberverbrechern, wie er die Urheber der Novemberrevolution von 1918 nennt, und die Ausbreitung des nationalen deutschen Gedankens in allen Volkskreisen ... die wesentlichen Programmpunkte waren.

Über seine Parteipolitik habe ich hier kein Urteil zu fällen; sein ehrliches

gehalten, was bei den Verlockungen, die an ihn als gefeierten Parteiführer naturgemäß herantraten, besondere Anerkennung verdient.

Hitler hat sich ... eines Verbrechens des Hochverrats nach Paragraph 81 Ziffer 2, 82 und 47 des Strafgesetzbuches in Mittäterschaft mit den anderen Hauptbeteiligten schuldig gemacht. Er hat durch seine revolutionäre Aktion innen- und außenpolitische Gefahren heraufbeschworen ... Schwere Verluste an Menschenleben und sonstige Schäden sind entstanden.

Eine gerechte Strafbemessung verlangt aber auch vor allem eine Würdigung der Person des Täters; denn nicht die Tat, der Täter wird bestraft. Hitler

Ehrgeiz, wenn er auch zweifellos seine Rolle mitspielte, als seine echte Begeisterung für die deutsche Sache den Ausschlag als Beweggrund gegeben. Als Mensch(en) können wir Hitler unsere Achtung nicht versagen.

Der Staatsanwalt beantragte acht Jahre Festungshaft, Hitler wurde zur Mindeststrafe von fünf Jahren mit Aussicht auf Bewährungsfrist verurteilt. Die zwingend vorgeschriebene Ausweisung aus dem Reichsgebiet unterblieb. Hitlers Strafliste mit noch laufender Bewährung auf Grund einer Verurteilung wegen Landfriedensbruchs blieb entgegen der Prozessordnung unerwähnt. Schon nach neun Monaten kam Hitler frei.

* Heinz Pernet, Friedrich Weber, Wilhelm Frick, Hermann Kriebel, Erich Ludendorff, Adolf Hitler, Wilhelm Brückner, Ernst Röhm, Robert Wagner.



Fackelzug am 30. Januar 1933: Hitlers Triumph

die die Machtergreifung Hitlers ermöglicht hatten, so gut sie es wussten und konnten, zu beseitigen. Zu den Lehren, die der Parlamentarische Rat aus dem Scheitern der Verfassung zog, gehören

- ▶ die Entmachtung des Präsidenten, der nun auch nicht mehr direkt durch das Volk, sondern indirekt durch die Bundesversammlung gewählt wird;
- ▶ das konstruktive Misstrauensvotum, das die chronische Regierungsinstabilität – 20 Kabinette in nur 14 Jahren – der Weimarer Republik verhindern sollte;
- ▶ die Ausschaltung fast aller plebiszitären Elemente und die sich daraus ergebende rein repräsentative Demokratie mit dem Bundeskanzler als einer starken Exekutive;
- ▶ die Betonung des Rechtsstaatsgedankens sowie die Ausrichtung auf eine soziale, föderalistisch organisierte Demokratie.

Besonders wichtig war der entschiedene Gegensatz zum wertneutralen Demokratieverständnis der Weimarer Republik. Es gibt jetzt, etwa durch die Möglichkeit des Verbots verfassungswidriger politischer Parteien, Vorkehrungen zum Schutz der Demokratie und ihrer Verfassung; es sollte nicht mehr möglich sein, die demokratischen Freiheiten für die Zerstörung der freiheitlichen demokratischen Ordnung zu missbrauchen.

Die Lehren von Weimar zu beherzigen war jedoch nicht nur charakteristisch für die Verfassungspolitik, sondern für das gesamte politische Leben der Bundesrepu-

blik. Weil Weimar zum Inbegriff der einer Demokratie innewohnenden Gefährdungen und ihres verhängnisvollen Scheiterns in Deutschland geworden war, wurde die Bezugnahme auf Weimar zu einem Dauergegenstand der politischen Diskussion.

Das Ziel war klar: Diese zweite deutsche Demokratie sollte nicht das Schicksal der Weimarer Demokratie erleiden; sie sollte stabil, funktionsfähig und wehrhaft gegen ihre möglichen Feinde sein.

Die Analyse des Schweizer Publizisten Fritz René Allemann „Bonn ist nicht Weimar“ von 1956 wurde damals nicht sonderlich beachtet, aber ihr Titel ist zu einem geflügelten Wort geworden. Die These wurde nicht nur als Ausdruck der offenkundigen Verschiedenheit zwischen der ersten und der zweiten deutschen Demokratie verstanden, sondern, vor allem von Politikern, auch als Beweis eines Erfolgs, einer unbestreitbaren Überlegenheit der neuen Demokratie gegenüber der alten.

Niemand kann ja ernsthaft in Zweifel ziehen, dass die Republik von 1949 eine erfolgreichere, beständigere und effektivere Demokratie geworden ist, als es die von 1919 war. Und doch hat es in ihrer Geschichte immer wieder Situationen gegeben, in denen es nahe lag, die selbstsichere Formel, Bonn sei nicht Weimar, in die besorgte Aufforderung zu transformieren: Bonn darf nicht Weimar werden.

Die Warnung, die Bundesrepublik könne unter bestimmten Umständen doch noch in ähnliche Gefahr geraten wie Wei-

mar, gehört auch heute noch zum politischen Bewusstsein. „Nun lasst doch endlich das Gespenst von Weimar ruhen!“, rief Golo Mann einmal aus. Er wollte damit die Leichtfertigkeit kritisieren, mit der man in der Bundesrepublik jedes Vorkommnis, das mit der demokratischen Norm nicht übereinstimmt, sogleich mit Weimar in Verbindung brachte.

In der Tat wird Weimar in der politischen Diskussion der Bundesrepublik zu leicht und zu oft beschworen, obwohl die Unterschiede zwischen beiden Demokratien unbestritten sind. Weimar ist zu einem Synonym für alle möglichen und denkbaren Schwächen und Gefahren einer Demokratie geworden.

Es passt auf den Links- wie den Rechtsradikalismus und erst recht auf ein Zusammenwirken beider; es steht für eine Demokratie ohne Demokraten, also einen Staat ohne genügendes demokratisches Engagement der Bürger; es lässt sich herbeizitiern, wenn man die mangelnde Bereitschaft einer Demokratie im Blick hat, sich gegen ihre Feinde zur Wehr zu setzen.

Kurz: Weimar steht in der politischen Diskussion für alles, was mit Scheitern oder Untergang zu tun hat und was zu diesem Ende beitragen könnte. Und die Deutschen geben sich der Lust am Untergang ja nur allzu gern hin.

Die Warnung von Weimar wird auch den Weg der Bundesrepublik in das nächste Jahrtausend nach Berlin begleiten; ihre Botschaft ist einfach und sinnfällig: Das Beispiel Weimar erinnert daran, dass Demokratien keine Bestandsgarantie besitzen; dass sie als freie und offene Gesellschaftssysteme dem Wandel ausgesetzt sind; dass sie auf die Bereitschaft und Fähigkeit der Bürger – speziell der Machteliten – angewiesen bleiben, die Regeln der demokratischen Auseinandersetzung zu beachten und die Werte anzuerkennen, von denen und für die der demokratische Staat lebt.



F. HELLER / ARGUM

Der Autor

Kurt Sontheimer, 71, war bis 1993 Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Universität München. Er erforschte speziell das antidemokratische Denken in der Weimarer Republik. Als Sozialdemokrat engagierte er sich für Kanzler Helmut Schmidt.



DIE THEMENBLÖCKE IN DER ÜBERSICHT: I. DAS JAHRHUNDERT DER IMPERIEN; II. ... DER ENTDECKUNGEN; III. ... DER KRIEGE; IV. ... DER BEFREIUNG; V. ... DER MEDIZIN; VI. ... DER ELEKTRONIK UND DER KOMMUNIKATION; VII. ... DES GETEILTEN DEUTSCHLAND: 50 JAHRE BUNDESREPUBLIK; VIII. ... DES SOZIALEN WANDELS; IX. ... DES KAPITALISMUS; X. ... DES KOMMUNISMUS; XI. DAS JAHRHUNDERT DES FASCHISMUS; XII. ... DES GETEILTEN DEUTSCHLAND: 40 JAHRE DDR; XIII. ... DER MASSENKULTUR

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt, Sommer

KABELINDUSTRIE

Deutsche Bank bietet Kompromisslösung

Die Deutsche Bank ist zu starken Zugeständnissen an die Deutsche Telekom bereit, um beim Verkauf des Kabelnetzes zum Zug zu kommen. Axel Pfeil, Chef ihrer Beteiligungsgesellschaft DB Investor, will Telekom-Chef Ron Sommer ein Zustimmungrecht bei einem späteren Verkauf an andere Interessenten einräumen. „Man kann in den Geschäftsplänen auch einen späteren Börsengang vereinbaren“, sagt Pfeil, der höchstens fünf Jahre im Kabelgeschäft bleiben will. Ohne die Telekom, die mit jeweils 25,1 Prozent an den neun regionalen Kabelgesellschaften beteiligt bleibt, laufe sowieso nichts. Bis zu zehn Milliarden Mark müssen nach Pfeils Ansicht in den Netzausbau investiert werden, um auch Internet und Telefon über das TV-Kabel zu ermöglichen. In jeder der neun Regionen will die DB Investor mit regionalen Partnern für das Netz bieten. An dem Konsortium für Norddeutschland ist die Vereins- und Westbank mit fünf Prozent beteiligt, nun ist auch noch die Hypo Vereinsbank mit 20 Prozent dabei. In Nordrhein-Westfalen sollen Netcologne und die WestLB zu den Partnern gehören. Ministerpräsidenten wie Reinhard Klimmt (Saarland) und Erwin Teufel (Baden-Württemberg) kümmern sich darum, dass regionale Partner berücksichtigt werden. Doch es wird erwartet, dass auch Unternehmen wie Mannesmann, Bertelsmann oder die Amsterdamer Kabelfirma UPC bis zum Ende der Bietfrist am 20. August Angebote für das Kabelgeschäft abgeben werden.

T. RAUPACH / ARGUS (U.F.); AP (r)

„Fehlende Strategie“

VOLKSWAGEN

Der VW-Vorstand wird, erstmals seit langem, vom eigenen Betriebsrat heftig kritisiert. Günter Lenz, Vorsitzender der Arbeitnehmervertretung im Werk Hannover und Mitglied des Aufsichtsrats, wirft dem Volkswagen-Vorstand eine „fehlende Strategie“ für das Nutzfahrzeug-Geschäft vor. Das sei „umso bedauerlicher, weil sowohl auf dem Nutzfahrzeugsektor als auch im Bereich der Freizeitfahrzeuge erhebliche Wachstumsraten erwartet werden“. Hintergrund: VW-Chef Ferdinand Piëch war an einer Übernahme von Scania interessiert, um die eigene Modellpalette durch Schwerlastwagen zu ergänzen. Vor allem Großkunden kaufen lieber bei einem Hersteller, der ein komplettes Programm anbietet. Die in Hannover gebauten VW-Modelle decken aber nur die Fahrzeugklassen bis 4,6 Tonnen ab, in der Klasse von 8 bis 15 Tonnen ist VW kaum vertreten. Nachdem Scania jetzt von Volvo übernommen wurde, könnte der VW-Konzern seine Modellpalette durch eine Übernahme der Nutzfahrzeuge von MAN oder durch eigene Entwicklungen ausbauen. Betriebsrat Lenz drängt auf schnelle Entscheidungen, weil die Zukunft der selbständigen VW-Nutzfahrzeugmarke und der 15 000 Arbeitsplätze im Werk Hannover sonst langfristig nicht gesichert sei.



Piëch

EU-ZINSSTEUER

London blockiert

Mit Verzögerungstaktiken gefährdet die britische Regierung das Vorhaben der EU, europaweit unfaire Praktiken bei der Quellensteuer zu beenden. Der Streit geht um die ungleiche Behandlung von Steuerinländern und -ausländern in den EU-Staaten; letztere kommen bei der Quellensteuer bislang meist noch ungeschoren davon. Weil die Briten den Londoner Markt für Fremdwährungsanleihen (Eurobonds) aus der Steuerharmonisierung heraushalten



London

wollen, kamen die EU-Partner London bereits entgegen: Nur private Anleger sollen die Quellensteuer einheitlich zahlen, Großhändler hingegen ver-

schont bleiben. Dennoch lehnten die Briten im EU-Experten-gremium jede Diskussion des Themas ab; die Regierung verhandele noch mit der City. Der britische Verhandlungsführer erklärte offen, die Regierung werde keinen Vorschlag ohne das Plazet der Londoner Banken machen. Nach den Plänen der finnischen Präsidentschaft soll die Entscheidung über die Zinssteuer im September fallen. Bei vielen EU-Finanzministern verdichtet sich nun aber der Verdacht, London wolle das Vorhaben komplett verhindern.



Torvalds



Gates

SOFTWARE

Konkurrenz für Microsoft

Der erfolgreiche Börsengang der US-Softwarefirma Red Hat könnte zu einer weit ernsteren Bedrohung für Microsoft werden als zunächst angenommen. Analysten erwarten, dass bald weitere Firmen an die Börse gehen, die wie Red Hat das von Linus Torvalds entwickelte Betriebssystem Linux vermarkten. Dazu gehören die Unternehmen Caldera Systems, VA Linux Systems und LinuxCare. Nach dem Börsengang ist Red Hat (Jahresumsatz: elf Millionen Dollar) über fünf Milliarden Dollar wert und hat genug Kapital für eine rasche Expansion. Linux ist wie Microsofts Windows ein Computer-Betriebssystem. Es wurde populär, weil es samt Programmier-Code umsonst erhältlich ist. Firmen wie Red Hat bieten kommerzielle Linux-Versionen und Serviceleistungen. Besonders beliebt ist Linux als Software für Netzwerkcomputer und Webserver. 1998 stieg der Marktanteil von Linux in diesem Segment von knapp 7 Prozent auf 17 Prozent. Linux liegt damit hinter Windows NT und Novells Netware auf Platz drei. Für Webserver, der Infrastruktur des Internet, ist Linux bereits das beliebteste Betriebssystem.

INVESTOREN

Michael Jackson im Filmgeschäft?

Mit eigenen Produktionen will der amerikanische Popstar Michael Jackson ins Filmgeschäft einsteigen und



Jackson

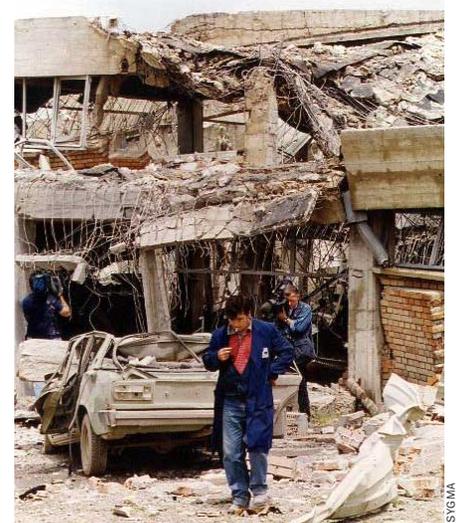
verhandelt darüber auch mit deutschen potenziellen Partnern. Am Rande seines Konzerts Ende Juni in München gab es bereits Gespräche. Jackson denkt offenbar an Filme rund um bekannte Comic- und Fantasy-Figuren. Gegenüber Finanzinvestoren in den USA, Europa und Asien verweist der Musiker darauf, dass er schon mit Starregisseur Steven

Spielberg beispielsweise bei dessen Welterfolg „E. T.“ als Ideengeber zusammengearbeitet habe. Das Geld für die Filme soll unter anderem durch einen Börsengang beschafft werden – möglicherweise in Deutschland. Der Börsenerfolg von Filmhandelsgesellschaften wie EM-TV oder von Produktionsfirmen wie Senator Film am Neuen Markt hat sich bis nach Amerika herumgesprochen.

WELTBANK

Kosovo fast ohne Privatwirtschaft

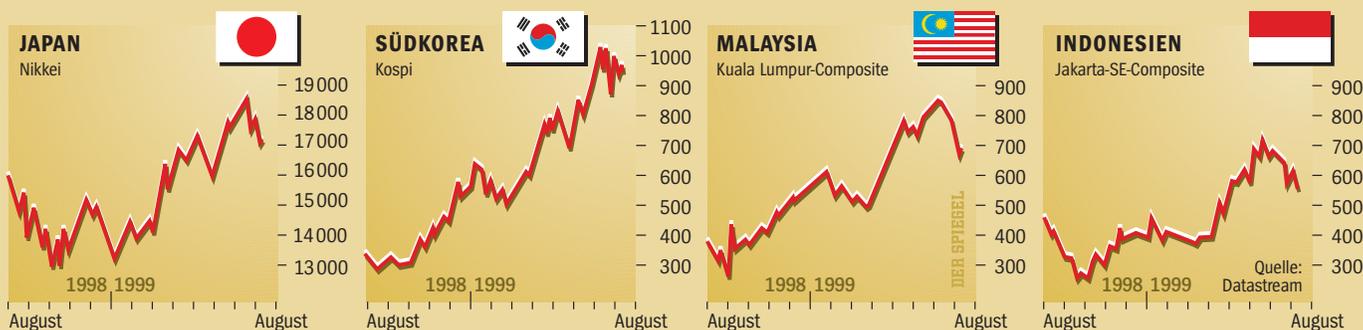
Experten der Weltbank stießen bei ihrer Suche nach privaten oder öffentlichen Industriebetrieben im Kosovo auf große Schwierigkeiten. Staatliche Unternehmen waren schon seit 1989 durch die Serben so vernachlässigt worden, dass es des Krieges zu ihrer Zerstörung gar nicht mehr bedurft hätte, heißt es in einem „Report“ der Weltbank über „erste Beobachtungen“ im Kosovo. Private Industriefirmen gebe es kaum. Trotz intensiver Suche habe man während mehrerer Tage nur eine Molkerei, eine Farbenfabrik und einen Hersteller von Plastikverpackungen entdeckt; lediglich die Farbenfabrik war nicht zerstört. Schwierigkeiten beim Wiederaufbau von Industrie, Banken und Versicherungen erwarten die Weltbankexperten unter anderem wegen der rechtlichen Unklarheit über die Eigentumsrechte. Die Frage ist stets, welche Ansprüche der jugoslawische Zentralstaat geltend machen kann. Aber selbst wenn durch einen glücklichen Zufall das Problem geklärt ist, behindert der Hass zwischen Serben



Zerstörte Firma in Gnjilane (Kosovo)

und Albanern einen multi-ethnischen Neubeginn: Die Versicherungsfirma Kosovo Insurance Company etwa hat überlebt und arbeitet noch heute mit gemischter Mannschaft. Obwohl die Eigentumsfrage geklärt ist, gibt es im betrieblichen Alltag Probleme: Serbische Mitarbeiter lehnten im Juli die Einladung zu einer Besprechung mit albanischen Kollegen und der Weltbank über die Zukunft des Unternehmens definitiv ab.

Börsenindizes in Ostasien



ASIATISCHE BÖRSEN

Beginn einer Rallye?

Überraschend schnell haben sich Japan und die asiatischen Schwellenländer von der Wirtschaftskrise erholt. Die „Trendwende“, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vorige Woche konstatierte, haben die Börsen schon vorweggenommen: In den vergangenen sechs Monaten gingen die Kurse im Durchschnitt um rund 60 Prozent nach oben. Fast

alle Fonds-Manager wie Mark Mobius (Templeton Emerging Markets) glauben weiterhin an einen kräftigen Anstieg: „Wir stehen erst am Beginn einer großen Rallye.“ Den großen Chancen stehen allerdings auch Risiken gegenüber. Weil die Konjunktur in Japan noch ungewiss sei, empfiehlt Gerhard Wiesheu von der Commerzbank keinen Japan-Fonds, sondern den Kauf von Blue Chips wie Fujitsu oder Honda. Bei Aktien aus den Tigerstaaten hingegen sind Anleger in der Regel auf Fonds angewiesen. Am besten schnitt zuletzt der Emerging Market Fernost der Union Investment ab: mit einem satten Plus von 133,5 Prozent in sechs Monaten.

SPEKULATION

Neuer Verdacht

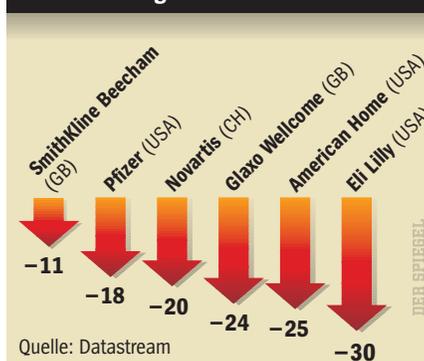
Aktientipps von der „3Sat-Börse“ Ableiben hoch begehrt – und heiß umstritten. Die kaum bekannte Firma Kleindienst Datentechnik etwa, so hatte Norwin Schörrig vom Discount-Broker Consors am vorvergangenen Freitagabend die Zuschauer begeistert, habe ein „enormes Wachstumspotenzial“. Die Augsburger Aktie sei ein „Supertitel“. Der heiße Tipp im neuen TV-Börsenspiel hatte Folgen: Das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel überprüft nun, wie schon beim ausgemusterten 3Sat-Guru Egbert Prior, abermals verbotene Insidergeschäfte. Die Tippgeber oder deren Freunde könnten sich zuvor schon mit Kleindienst-Papie-

ren eingedeckt haben, so der Verdacht, um diese dann am folgenden Montag zu Höchstkursen abzustoßen. Tatsächlich kletterte der Kurs bereits am Freitag vom Vortagestief um rund 20 Prozent auf 19,30 Euro, der Umsatz wurde auf fast 33 000 Stück knapp verdreifacht. Als die Zuschauer montags die Börse stürmten – nun wurden rund 142 000 Aktien gehandelt –, war der Kurs bereits auf über 22 Euro angestiegen. Consors verfolge eine „ganz besondere Strategie“, erklärt Schörrig. Denn die Empfehlungen trafen „ein Anlegerteam der fünf erfolgreichsten Trader“ des Geldhauses. Dass die tüchtigen Fünf mit öffentlich-rechtlicher TV-Hilfe in die eigene Tasche gewirtschaftet haben könnten, mag der Banker nicht glauben, daran würden sie nie denken: „Das gehört zum Ehrenkodex.“

	Kaufkurs	Kurs heute
900 Brain Force	20,00	20,00
1200 Kleindienst	19,30	19,30
200 Plenum	68,70	68,70

TV-Sendung „3Sat-Börse“

Verluste von Pharma-Aktien seit Jahresbeginn in Prozent



PHARMA-AKTIEN

Bittere Pillen

Die einst so prächtigen Kurse der meisten Pharma-Unternehmen haben seit Beginn des Jahres mehr als 20 Prozent verloren. Als Gründe für den Verfall nennen Analysten vor allem den Kostendruck im Gesundheitssektor sowie den Preisdruck in der Branche. Zudem laufen nun etliche Patente für erfolgreiche Medikamente aus – was die Preise weiter purzeln lässt. Hinzu kommt, dass die Investoren nach der gescheiterten Fusion der britischen Pharma-Konzerne Glaxo Wellcome und SmithKline Beecham derzeit nicht mehr mit weiteren Zusammenschlüssen in der Branche rechnen.

VERBRAUCHER

„Ich bin doch nicht blöd“

Die alten Monopole wanken, Wettbewerb zieht ein in Branchen, die sich bislang noch abschotten konnten: Beim Strom fallen die Preise wie zuvor beim Telefon, bei Lebensmitteln und Edelkleidung unterbieten sich die Händler gegenseitig – goldene Zeiten für König Kunde.



Teuer ist der Strom, den der Versorger Mainova den Frankfurtern verkauft, und der regionale Monopolist fordert das Geld seiner Zwangskunden in barschem Ton ein.

„Bitte haben sie Verständnis dafür, dass wir Ihnen bereits jetzt mitteilen müssen, dass wir ohne nochmalige Zahlungsaufforderung berechtigt sind (§33 Absatz 2 AVBV), Ihre Versorgung einzustellen, falls wir innerhalb der nächsten zwei Wochen (ab Mahndatum) keinen Zahlungseingang feststellen können.“

„Fehlt nur noch“, sagt Uli Veigel, Geschäftsführer der Werbeagentur Bates Germany, „dass man strammsteht und die Hacken zusammenschlägt.“

Die Umgangsformen dürften sich bald ändern. Veigel und Millionen anderer Konsumenten werden in den nächsten Wochen ihren Stromlieferanten wechseln: Das letzte Monopol in Deutschland fällt, Elektrizität wird zu einer gewöhnlichen Ware wie Waschpulver und Orangensaft.

Veigel arbeitet daran, dass die Energieversorger sich erstmals um Kundschaft bemühen müssen. Der Frankfurter Agenturchef hat die Werbekampagne für Europower Energy entworfen, eine Tochtergesellschaft des Bayernwerks und der Metro-Tochter BHS. In knallroten Buchstaben ermuntert er zum Wechsel: „Herr Dittmeyer, Ihre Stromrechnung ist zu hoch!“

Der Spruch geht an die Verbrauchersseele. Billiger – das ist die einzige Botschaft, die die Stromanbieter in ihrer Werbeschlacht vermitteln. Billiger – das ist das Reizwort, das Deutschlands Verbraucher elektrisiert.

Günstig einzukaufen gilt auch in Kreisen als schick, die auf die Mark nicht schauen müssen: Die Deutschen sind ein Volk von Schnäppchenjägern geworden, ihr Motto ist der Slogan, mit dem die Elektronikfirma Media Markt für Preisvergleiche warb: „Ich bin doch nicht blöd.“

Telefoniert wird zu den jeweils günstigsten Bedingungen, der Urlaub last-minute gebucht. Designerkleidung gibt's im Fabrik- oder Ausverkauf für die Hälfte, beim Auto wie beim Sofa wird um den Preis ge-

Supermarkt in Berlin

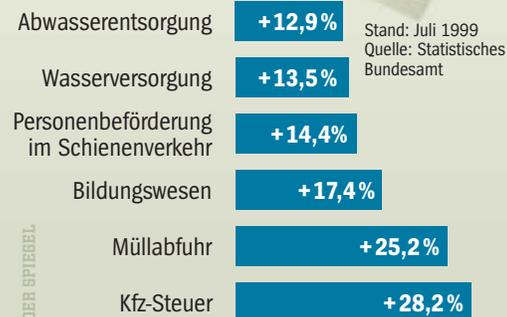
Den ruppigsten Preiskampf liefern sich derzeit die Lebensmittelhändler

Während die Verbraucherpreise stabil sind oder vielfach sinken ...

Veränderung seit 1995



... werden vor allem kommunale Dienstleistungen weiterhin teurer.



feilscht, und wenn die Bank die Gebühren nicht senkt, dann bekommt das Depot die Konkurrenz.

„Hersteller und Handel haben den Verbraucher dazu erzogen, auf den Preis zu achten“, sagt Wolfgang Twardawa, der bei der Nürnberger Marktforschungsgesellschaft GfK Verbrauchergewohnheiten beobachtet. In Deutschland spiele der Preis eine wichtigere Rolle als in jedem anderen Staat: „Deutschland ist Discounter-Land.“

„Der Niedrigpreis ist zur Droge geworden“, meint der auf die Konsumgüterindustrie spezialisierte Berater Peter Zernisch, den Stoff gibt's in zigtausend Läden.

Noch nie balgten sich Produzenten, Handels- und Dienstleistungsunternehmen so erbittert um Kunden wie in diesem Sommer, noch nie war Wettbewerb so auf den Preis fixiert. Am ruppigsten geht es derzeit im Lebensmittelhandel zu. Panikartig reagierten deutsche Handelsriesen auf die Expansion von Wal Mart, dem weltweiten größten Handelsunternehmen.

Der US-Konzern kam 1998 nach Deutschland. Er ist hier mit 95 Verbrauchermärkten und einem Umsatz von gut fünf Milliarden Mark nicht sonderlich bedeutend, aber er hat „ein Feuer unter

Deutschlands vermurften Einzelhändlern angezündet“, wie die „Financial Times“ schrieb. Bei Wal Mart gibt es keine Sonderangebote, sondern „Tiefpreise, alle auf Dauer“. Das sorgt für Druck bei der deutschen Konkurrenz.

Kaum hatte Wal Mart den Preis für das Anderthalb-Kilo-Paket Persil Megaperls von 12,49 Mark auf 9,88 Mark heruntersetzt, schlug Anfang vergangenen Monats Deutschlands größter Lebensmittelhändler zurück: Die Rewe drückte ihr Persil-Waschmittel von 12,49 Mark auf 9,99 Mark, Wal Mart ging sofort auf das Rewe-Niveau herunter.

Auf die Wal-Mart-Butter für 1,89 Mark reagierte der Discounter Aldi mit 1,39 Mark. Daraufhin drückte der Handelsriese Metro in seinen Extra-Märkten den Butterpreis auf 1,20 Mark, und für die heißen Tage gab's die Kiste Mineralwasser für eine Mark.

„Ein mörderischer Preiskampf“ sei ausgebrochen, stöhnt Rewe-Chef Hans Reischl. Er selbst heizte den Kampf an, als er im Juli für 50 wichtige Markenartikel die Preise in seinen Minimal-, Penny- und HL-Läden radikal herabsetzte. Die Tiefkühlpizza Dr. Oetker Ristorante fiel von 4,49 Mark auf 3,49 Mark, das Spülmittel Fairy Ultra von 2,49 Mark auf 1,79 Mark.

Nach Schätzung der „Lebensmittelzeitung“ kostet ihn die Aktion, die bis 25. September laufen soll, 100 Millionen bis 200 Millionen Mark. Neue Kunden dürfte Reischl kaum gewinnen: Die Eurospar, Nummer acht der Branche, senkte die Preise für über 1000 Artikel, und Wal Mart verfolgt unbeirrt die Maxime, Markenartikel keinen Pfennig teurer als andere Billiganbieter zu verkaufen. Aldi räumt jetzt Markenartikel aus den Regalen, weil sich fast nur noch mit anonymer Ware Geld verdienen lässt.

Das Bundeskartellamt hat bereits einige Konzerne im Verdacht, Waren unter dem Einstandspreis abzugeben. Demnächst müssen Rewe und Metro dem Kartellamt ihre Kalkulation offenbaren.

Zwar lieferten sich schon immer Händler und Hersteller Scharmützel, um Marktanteile zu gewinnen. Doch das waren Gefechte um einzelne Produkte: Mal ging's um Kaffee, mal um Computer. Nach einigen Wochen herrschte wieder Ruhe.

Was sich aber derzeit unter Handels- und Dienstleistungsunternehmen abspielt, ist von anderer Qualität: In diesem Sommer rutschen Preise und Tarife auf breiter Front – selbst in Branchen, die sich bislang dem Preiswettbewerb weitgehend entzogen. Die BfG Bank lockte 225 000 Neu-



Telekom-Zentrale in Bonn

Die Tarife für Ferngespräche fielen um bis zu 80 Prozent



Banken-Skyline von Frankfurt

Kunden feilschen um günstigere Konditionen



Hochspannungsleitungen

Strom wird zu einer gewöhnlichen Ware

„Viele kleine Wadenbeißer“

Neue Anbieter locken Stromverbraucher mit billigen Tarifen.
Noch aber ist es zu früh, sich für längere Zeit zu binden.

Besser hätte es für Michael Zerr kaum laufen können. Am vergangenen Montag stellte der Geschäftsführer des Newcomers Yello-Strom sein Preisbrecher-Modell vor. Seitdem sorgen Stromtarife überall in Deutschland für einigen Gesprächsstoff.

Erst lieferte sich Yello, eine Tochter des Versorgers Energie Baden-Württemberg (EnBW), eine Anzeigenschlacht mit dem Konkurrenten RWE über die seltsame Frage, ob Strom denn nun blau oder gelb sei. Dann wurde dem Unternehmen in den „Tagesthemen“ vorgeworfen, es bie-

Das bedeutet: Wer viel Strom verbraucht, etwa ein Vier-Personen-Haushalt (3500 Kilowattstunden pro Jahr), kann Geld sparen. Gegenüber dem Berliner Mitbewerber Ares Energie sind es zum Beispiel jährlich 147 Mark. Der Single dagegen, der nur 1500 Kilowatt Strom benötigt, kommt bei Yello schlechter weg: Er zahlt 33 Mark mehr als bei Ares. Außerdem kann er bei den Berlinern monatlich kündigen, während er bei Yello ein Jahr lang gebunden ist.

An knifflige Rechnereien müssen sich die Stromkunden gewöhnen, wenn sie

Gang setzen“, erwartet Karin Brinkmann, Versorger-Analystin der HypoVer einsbank.

Wo der Abwärtstrend enden wird, ist längst nicht absehbar. Rolf Schulz, Energiexperte der Beratungsgesellschaft Andersens Consulting, prophezeit einen Preisrutsch ähnlicher Dimension wie in den vergangenen anderthalb Jahren bei den Telefongebühren. „Es könnte noch um 50 Prozent runtergehen“, schätzt Schulz.

Dabei wird der Preishebel der Verbraucher umso größer, je mehr sie ihren Bedarf bündeln. Ganze Straßenzüge



Anzeigen von RWE, Yello: 100 000 Interessenten nach drei Tagen

te Strom so billig an, dass es an Preis-dumping grenze: „Das ist Quatsch, wir haben fair und hart kalkuliert“, widerspricht Zerr. Schließlich meldete die „Bild“ auf Seite eins, die Kölner Stadtwerke weigerten sich, Yello-Strom durch ihre Netze zu leiten: „Die betrachten ihre Kunden wohl als Leibeigene“, schießt der Manager zurück.

Das Tamtam um seinen Strom kann Geschäftsführer Zerr nur recht sein. Über 100 000 Interessenten forderten binnen drei Tagen Informationen von Yello an.

Dabei ist das Angebot gar nicht mal für jeden Kunden sensationell. Der Preis pro Kilowattstunde liegt mit 19 Pfennig zwar ausgesprochen niedrig, die Grundgebühr fällt dagegen mit 19 Mark pro Monat happig aus.

künftig auf die Suche nach der billigsten Energie gehen. Der Wirrwarr an unterschiedlichen Tarifen wächst zusehends, seit der Markt vor 16 Monaten liberalisiert wurde.

Zunächst entbrannte der Wettbewerb nur um die Gewerbekunden, hier sind die Preise um bis zu 30 Prozent gefallen. Nun aber haben Versorger und Stadtwerke die knapp 38 Millionen Privathaushalte im Visier.

Vor allem Neulinge wie Yello oder Ares überraschen mit Billigtarifen, und so geht es wohl noch eine Zeit lang weiter. „Es wird viele kleine Wadenbeißer geben, die eine Preisspirale in

STROMPREISE

Obwohl bereits im April 1998 die alten Gebietsmonopole in der Energiewirtschaft abgeschafft wurden, verhinderten bislang vor allem hohe Durchleitungsgebühren den freien Wettbewerb der Stromanbieter. Erst mit dem Auslaufen der alten Verbändevereinbarung Ende September wird ein heftiger Preiskampf erwartet. Einige bundesweite oder regionale Anbieter sind bereits vorgeprescht und werben um Kunden.

Bundesweite Anbieter	Strompreise pro Monat inkl. Grundpreis und MwSt. in Mark		Mindestlaufzeit der Verträge
	1500 kWh/Jahr	3500 kWh/Jahr	
Ares Energie	40,00	86,67	1 Monat
RWE Energie	43,90	87,02	3 Monate
Yello Strom ab Nov. 1999	42,75	74,42	1 Jahr
Regionale Anbieter (Auswahl)			
HEW Future Preise im ersten Jahr	48,27	94,07	3 Jahre
Braunschweiger Versorgungs-AG	40,33	86,33	1 Jahr
Vereinigte Elektrizitätswerke ab Okt. 1999	45,79	87,35	1 Monat
Energie Baden-Württemberg	49,29	95,62	1 Monat
Bewag	48,00	104,47	1 Monat
Schleswig	43,94	95,06	1 Monat
Stadtwerke Düsseldorf	42,19	88,39	1 Monat
MVW Energie	47,85	93,08	1 Monat
GEW Köln FairColon Classic	42,63	83,23	2 Jahre
GGEW Bergstraße	39,00	83,27	1 Monat

DER SPIEGEL

Quelle: IWR Münster

könnten sich zu Einkaufsgemeinschaften zusammenschließen, Immobilienverwaltungen werden für ihre Mieter Gruppenpreise durchsetzen.

Die gesamte Branche der rund 900 Versorger steht vor einem tiefgreifenden Strukturwandel. Insbesondere den Stadtwerken wird der Wettbewerb zu schaffen machen, viele kämpfen um ihre Existenz. „Wir stehen vor einer riesigen Konzentrationswelle“, sagt der Bonner Stadtwerke-Chef Hermann Zemlin.

Die Beschäftigten fürchten um ihren Arbeitsplatz. Viele Stadtwerke hatten in die teure, aber umweltschonende Kraft-Wärme-Kopplung investiert und können nun mit anderen Stromanbietern kaum mithalten. In Duisburg plant der Betriebsrat der dortigen Stadtwerke für diesen Mittwoch einen Protestzug durch die Stadt. „Uns wird die Luft abgedrückt“, klagt der Betriebsratsvorsitzende Hans-Jürgen Schöning.

So richtig wird der Wettbewerb aber erst losgehen, wenn die Branche ihre Spielregeln neu definiert, vor allem die Höhe der Durchleitungsgebühren. Anders als in der Telekommunikation, wo die Deutsche Telekom das Monopol besaß, ist die Netzhoheit auf dem Strommarkt zersplittert und entsprechend unübersichtlich. Bis Ende September will die Industrie eine neue Verbändevereinbarung ausgehandelt haben.

Bislang wird die Durchleitung von Strom zu völlig unterschiedlichen Bedingungen abgerechnet: ein unpraktikables, kompliziertes Verfahren, das obendrein teuer ist. Der Durchleitungsanteil macht im Schnitt 42 Prozent der gesamten Stromkosten aus. Im Ausland, zum Beispiel in Skandinavien, liegen diese Gebühren etwa dreimal niedriger.

„Das ist ein Schummelwirrwarr“, klagt Manfred Panitz vom Bundesverband der Energie-Abnehmer. Ausländische Billiganbieter schrecken das undurchsichtige System ab, sich in Deutschland zu engagieren. „Wird jetzt keine befriedigende Lösung erzielt, werden wir die Regierung auffordern, eine Regulierungsbehörde einzurichten“, kündigt Panitz an.

An einer solchen Institution, wie sie für den Telekommunikationsmarkt existiert, haben die Versorger jedoch kein Interesse. Dann würde ihr Einfluss auf die Preisgestaltung weiter schwinden.

In dieser unsicheren Situation rät Thorsten Schreiber, Energiefachmann der Bonner Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, wechselwilligen Kunden, nichts zu überstürzen. Sie sollten sich jetzt höchstens sechs Monate vertraglich binden, empfiehlt er: „Es ist keine Eile geboten.“

ALEXANDER JUNG

kunden an, weil sie das kostenlose Girokonto einführte; Citibank und Postbank folgten dem Beispiel, andere Kreditinstitute werden nachziehen.

Zum Kampfpreis von 739 Mark offeriert der Münchner Reiseveranstalter FTI eine Woche in der Dominikanischen Republik, alles inklusive. Die LTU kontert mit 999 Mark für zwei Wochen Dominikanische Republik, C&N Touristik will im Winterkatalog zwei Wochen Karibik für weniger als 850 Mark anbieten.

Und schier unaufhörlich rutschen die Preise bei Elektronikhändlern. Im neuen Herbst/Winter-Katalog des Otto-Versands sind die Preisangaben bei Computern, Un-

bewerb über den Preis gewinnen, beispielsweise im Lebensmittelhandel, wo mittlerweile auf die zehn größten Handelskonzerne über 80 Prozent des gesamten Umsatzes entfallen;

- ▶ die Globalisierungswelle verschärft den internationalen Wettbewerb und verstärkt den Rationalisierungsdruck – am deutlichsten bei elektronischen Geräten;
- ▶ die fortschreitende Liberalisierung hat Monopole zerschlagen und damit für fallende Preise gesorgt – zuerst im Luftverkehr, wo etwa die British Airways zum Ärger des Ex-Monopolisten Lufthansa heute für die Strecke München–Berlin und zurück nur 178 Mark verlangt;

- ▶ im Internet sind Preise transparent geworden – per Mausklick lässt sich in wenigen Minuten die billigste Haftpflichtversicherung oder das preiswerteste Mountainbike ermitteln;

- ▶ ein verändertes Verbraucherverhalten sorgt für zusätzlichen Preisdruck: „Smart Shopper“ heißt im Soziologendeutsch der Alptraum der Handels- und Dienstleistungsunternehmen.

Susanne Westphal, Autorin des Ratgebers „Das ultimative Schnäppchenbuch“, kennt diese rasch wachsende Gruppe. Die Smart Shopper sind, sagt sie, „qualitätsbewusste Einkäufer, sehr markenbewusst, besser verdienend und zum größten Teil Männer. Sie kommen aus höheren Bildungsschichten, sind intelligent und nicht geizig, sondern geben das gesparte Geld für etwas anderes aus“.

Als Student ging der Berliner Zahnarzt Guido Büssem, 33, „zwangsläufig“ zu Aldi. Er ist dabei geblieben: „Ein randvoller Einkaufswagen, und man zahlt nur 60 Mark.“ In den Einkaufstempeln jenseits der Aldi-Welt feilscht Büssem immer bei „überbeurten Sachen und bei großen Gewinnmargen“. Wenn er bar zahlt, fordert er vom Verkäufer Skonto, zumindest bei höheren Beträgen.

„Ich handle immer runter“, sagt die Hamburger Studentin Wiebke Trenka, 24. Im Einrichtungshaus Habitat hat sie eine rote Wolldecke gesehen, „doch die 79 Mark werde ich auf keinen Fall zahlen“. Die Studentin macht sich an die Arbeit: Sie sucht einen unauffälligen Webfehler, ein winziges Loch oder „einen Knubbel im Stoff“.

Ihre Freundin Judith Wollin, 26, zeigt auf ihre Schuhe: „Hier, um 20 Mark runtergehandelt. Da war eine kleine Schramme am Absatz, eigentlich kein Drama, doch 20 Mark haben oder nicht haben ist schon ein Unterschied.“ Einkaufsprofi Wiebke Trenka bekommt die 79-Mark-Decke für 50



Smart-Shopperin Trenka (r.): „Ich handle immer runter“

terhaltungselektronik und Handys bereits jetzt vielfach Makulatur. Unter einer speziellen „Preis-Hotline“ können Kunden die aktuellen Preise abfragen: Der Fujitsu-PC, Bestell-Nummer 2229783, fiel vergangene Woche von 3799 auf 2799 Mark.

Und jetzt geht es auch beim Strom los. In der vergangenen Woche legte Yello, eine Tochter der Energie Baden-Württemberg, einen bundesweit gültigen Discount-Tarif vor (siehe Kasten). Nun steht der bislang in Gebietsmonopole aufgeteilten Branche bevor, was die Telefonkommunikation gerade erlebt hat: Binnen zwölf Monaten fielen die Preise für Ferngespräche um bis zu 80 Prozent.

Für den vergangenen Monat ermittelte das Statistische Bundesamt einen Preisanstieg von 0,6 Prozent gegenüber Juli 1998. Dass die Inflationsrate nicht auf null sinkt, ist dem Staat zu verdanken, einem verlässlichen Preistreiber. Alle staatlich administrierten Preise kennen nur eine Richtung: nach oben (siehe Grafik Seite 81).

Die nahezu stabilen Lebenshaltungskosten sind auf mehrere Gründe zurückzuführen:

- ▶ Auf stagnierenden oder gar schrumpfenden Märkten lassen sich Marktanteile nur durch einen Verdrängungswett-

* Mit Freundin Judith Wollin und Habitat-Filialleiter Kai Huppke.

Mark – „ausnahmsweise“, sagt Filialleiter Kai Huppke.

Ander als früher lassen sich Verkäufer auf Verhandlungen ein, hat Trenka gemerkt: „Das hat sich total geändert.“ Filialleiter Huppke: „Jeder dritte Kunde versucht hier, den Preis zu drücken.“

In Berlins feinen Ku'damm-Boutiquen haben sich die Verkäuferinnen an feilschende Kundschaft gewöhnt. „Es wird ständig versucht zu handeln“, weiß Heidrun Brandenburger, die bei Mey & Edlich Klamotten der höheren Preislage verkauft.

Als „Basar-Mentalität“ beschreibt Annette Heinemann vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband die zunehmende Lust der Gäste, Preise herunterzuhandeln. „Immer mehr Gäste sehen die Jagd auf Rabatte scheinbar als sportlichen Ausgleich“, klagt die Hoteliersvereinigung in ihrem jüngsten Konjunkturbericht.

Aller Voraussicht nach werden die Unternehmen auch weiterhin die Preise nicht oder nur ganz sanft anheben. Vieles spricht sogar dafür, dass sich die Preisspirale weiter nach unten drehen wird.

Mit dem Internet hat sich in kürzester Zeit ein Massenmedium etabliert, das ganz neue Geschäftsmodelle entstehen lässt. Schon mehr als zehn Millionen Deutsche

haben Zugang zum weltweiten Netz, rund 2,2 Millionen haben bereits mindestens einmal ein Buch, einen Computer oder eine Reise online gekauft.

Die Internet-Händler haben entscheidende Kostenvorteile: Sie müssen kein teures Filialnetz mit hohem Personalaufwand unterhalten und sind dennoch rund um die Uhr für jeden erreichbar, der sich ins Netz einklicken kann. Schlanker ist ein Unternehmen nicht zu organisieren.

So können Autovermieter wie Sixt oder Europcar spezielle Billigtarife für Kunden bieten, die per Internet Fahrzeuge bestellen. Noch stärker schlägt der Kostenvorteil bei Banken durch. Nach einer US-Studie kostet eine herkömmliche Überweisung 1,08 Dollar; bei einer Direktbank fallen nur 0,13 Dollar an, wenn der Kunde seinen auf dem Bildschirm ausgefüllten Auftrag ins Netz schickt.

Aktien beispielsweise besorgt eine Direktbank meist für 30 bis 40 Prozent



Auslieferung einer Online-Bestellung*: Totale Transparenz

der Provisionen, die eine Geschäftsbank nimmt. Da genügt eine Andeutung, das Depot auf eine Direktbank zu verlagern – und schon ist die Hamburger Sparkasse bereit, für einen solchen Kunden die Provisionen um 25 Prozent zu reduzieren.

Vor allem aber macht das Internet Preise in einem bisher ungeahnten Ausmaß transparent – ein Angebot ist vom nächsten nur einen Mausklick entfernt, der vernetzte Konsument stößt plötzlich auf Angebote, von denen er in der realen Welt vermutlich nie erfahren hätte.

Etwa www.pricebreaker.de: Es pickt nach den individuellen Vorgaben der Autofahrer von 120 Kfz-Versicherern die Gesellschaft mit dem günstigsten Tarif heraus. Gebrauchtwagenkäufer sehen auf den Seiten von AutoScout24 zigtausende von Angeboten.

Unter www.stromtarife.de gibt der Netz-Surfer seinen durchschnittlichen Stromverbrauch pro Jahr ein und erfährt sofort, was er bei verschiedenen Energieversorgern dafür bezahlen muss.

Und www.billigtelefonieren.de findet im Dschungel der Telefonarife den billigsten Anbieter. Online-Adressen wie www.reisepreise.de oder www.ltur.de verraten die jeweils billigsten Flugpreise. Jede Woche tauchen im Internet neue Vergleichsmaschinen auf, die Waren und Dienstleistungen bis auf den letzten Pfennig enträtseln.

Internet-Händler setzen die neuen Markierungen im Wettbewerb – ganz unten am Ende der Preisskala. Primus-Online, eine Tochter von Metro und Debis, spielt den Vorreiter. So veranstaltet der eigene CD-Vertrieb „CD4you“ in unregelmäßigen Abständen eine Happy Hour: Während dieser Zeit fallen CD-Preise bis auf 9,99 Mark.

Ende dieses Monats will Primus mit dem so genannten Power Shopping eine neue Runde im Preiskampf einläuten: Potenzielle Käufer lassen sich als Interessenten für ein bestimmtes Produkt registrieren, etwa für einen Computer oder eine Tiefkühltruhe. Die Käufergruppe tritt damit gleichsam als Großhändler auf, der einen deftigen Rabatt herauschlagen kann.

In Deutschland steht das E-Commerce erst am Anfang, in den USA ist die Entwicklung ein ordentliches Stück weiter. Bei priceline.com geben die Kunden den Preis an, den sie für eine Ware oder Dienstleistung auszugeben bereit sind, beispielsweise für ein Hotelzimmer.

Der Kunde tippt am Computer den Ort, An- und Abreisedatum ein – und den Höchstpreis, den er für eine Übernachtung zahlen wird. Hotels konkurrieren gegeneinander im Kampf um diesen Gast und versuchen womöglich, den vom Kunden festgesetzten Preis um ein paar Dollar zu unterbieten. Damit wird die gewohnte Rollenverteilung von Anbietern und Nachfragern auf den Kopf gestellt.

Nicht mehr der Produzent, Händler oder Dienstleister bestimmt in der Netzwirtschaft die Preise, sondern der Käufer.

„Wir beobachten gerade eine gewaltige Verlagerung der Macht hin zum Konsumenten“, sagt George Colony, Chef der US-Marktforschungsfirma Forrester Research: Letzten Endes bedeute die neue Stärke des Kunden das Ende fester Preise.

HERMANN BOTT, ALEXANDER JUNG, OLIVER LINK

TELEFONARIFE

Um rund **15,5%** sind die durchschnittlichen Preise für telefonische Dienstleistungen seit 1995 gefallen. Wo vormals die Bundespost einziger Anbieter war, konkurrieren mittlerweile 133 Verbindungsnetzbetreiber mit ständig wechselnden Angeboten um Telefonkunden.

Die aktuell günstigsten Telefonarife im Festnetz

bei „Call-by-Call“-Anbietern (keine Voranmeldung erforderlich), analoger Anschluß, Ferngespräche ab 50 km, 3-Minuten-Gesprächsdauer, Montags bis Freitag

Uhrzeit	Anbieter	Einwahl	Kosten in Pfennig	Ersparnis gegenüber Telekom-Tarif
7-8 Uhr	Telegate	0 10 80	14,7	59,1%
	Esprit Telecom	0 10 40	15,0	58,3%
8-9 Uhr	Telegate	0 10 80	14,7	59,1%
	Viatel	0 10 79	15,0	58,3%
9-17 Uhr	Telegate	0 10 80	26,7	75,3%
	0 10 51 Telecom	0 10 51	27,0	75,0%
17-19 Uhr	Telegate	0 10 80	23,7	78,1%*
	Interoute	0 10 66	24,0	77,7%**
19-20 Uhr	Telegate	0 10 80	23,7	34,2%
	Mobilcom	0 10 19	24,0	33,3%
	Arcor	0 10 70	24,0	33,3%
	Talkline	0 10 50	24,0	33,3%
	Otelo	0 10 11	24,0	33,3%
20-21 Uhr	Interoute	0 10 66	24,0	33,3%
	Debitel	0 10 15	15,0	58,3%
21-22 Uhr	Telegate	0 10 80	17,4	51,6%
	Telegate	0 10 80	11,7	35,0%
22-7 Uhr	Otelo	0 10 11	12,0	33,3%
	Telegate	0 10 80	11,4	36,6%
	Talkline	0 10 50	11,7	35,0%

DER SPIEGEL

*ab 18.00 Uhr 34,2%

**ab 18.00 Uhr 33,3%

* Durch das Lebensmittelgeschäft Wales in New York.

Viel zu oft

Ein geheimes Papier des Rechnungshofs enthüllt verheerende Details der LWS-Immobilienaffäre und belastet die Regierung Stoiber.

Braun gebrannt und gut erholt nach zwei Wochen Urlaub auf Kreta, wollte Alfred Sauter, 49, Bayerischer Staatsminister der Justiz, diesen Montag an seinem Schreibtisch im Münchner Justizpalast am Stachus erst mal in Ruhe Post und Akten sichten.

Daraus wird nichts werden. Sauters erster Arbeitstag dürfte so beginnen, wie der letzte vor dem Urlaub endete: mit Krisenmanagement und vielen Telefonaten.

Der karrierebewusste Christsoziale wird viele Fragen beantworten müssen, die sich aus einer bislang von der CSU-Regierung geheim gehaltenen „Prüfmitteilung“ des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) bei der staatlich dominierten Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern GmbH (LWS) ergeben. Das 43-Seiten-Papier mit dem Aktenzeichen VI-62531-222 vom 1. Februar hat es in sich – nicht nur für Sauter, sondern für die gesamte Regierung des Bayern-Regenten Edmund Stoiber, 57.

Unter der Verantwortung Sauters als Aufsichtsratschef, befinden die Prüfer darin, seien bei der LWS „völlig unverständliche“ Entscheidungen getroffen worden, die „erheblich zu der prekären Situation der LWS beigetragen“ hätten. Die setzte bei riskanten Immobiliengeschäften zwischen 1994 und 1998 rund 367 Millionen Mark in den Sand und stand deshalb vergangenes Jahr kurz vor der Pleite (SPIEGEL 31/1999).

Allein beim Gewerbeobjekt „Bärenschanze“ in Nürnberg drohen Verluste von 43 Millionen Mark. Dem LWS-Aufsichtsrat saß von Juli 1993 bis September 1998 Sauter als damaliger Bau-Staatssekretär im Innenministerium vor.

Das Urteil des ORH über die Arbeit von Geschäftsführung und Aufsichtsrat ist vernichtend. Aus Sicht der Kontrolleure hätten „sowohl die staatlichen Vertreter im Aufsichtsrat der LWS

als auch der Freistaat Bayern als Gesellschafter“ zu Beginn der neunziger Jahre dem „neuen Unternehmenskonzept nicht zustimmen sollen“. Dieses sah vor, dass die bis dahin auf Bau und Verwaltung von Mietwohnungen spezialisierte Gesellschaft auf einmal ins riskante Bauträgergeschäft mit Gewerbeimmobilien einsteigen sollte. Maßgeblicher Befürworter dieser „strategischen Neuausrichtung“ war der damalige, für den Wohnungsbau zuständige Innenminister Stoiber.

Schon auf Grund der Bestimmungen der Bayerischen Haushaltsordnung hätte die „Expansion auf das erwerbswirtschaftliche und risikoreiche Trägersgeschäft verhindert werden müssen“, so der ORH – eine Ohrfeige für den heutigen Regierungschef und seinen Justizminister.

Statt zumindest ab Mitte der neunziger Jahre „kritische Fragen“ zu den gigantischen Verlustprojekten im Trägerbau zu stellen und „angesichts der Risiken korrigierend einzugreifen“, habe das Gremium unter Sauters Vorsitz „die Geschäftsführung eher noch zum Ausbau dieser Geschäfte ermuntert“, bemängeln die Prüfer. „Viel zu oft“ hätten sich die Kontrolleure „mit unpräzisen, stets optimistischen Auskünften der Geschäftsführung zufrieden gegeben“. Gegen die wären zudem laut ORH „rechtliche Schritte“ nötig gewesen.

Für besonders abenteuerlich und unverantwortlich hält der Rechnungshof den Verkauf des Schloßcarrés Chemnitz an den Düsseldorfer Investor Mario Ohoven. In die Anbahnung des 50-Millionen-Mark-Geschäfts hatte sich Ende 1996 Sauter als Aufsichtsratschef eingeschaltet.

Mit dem Verkauf verpflichtete sich die LWS zugleich, die knapp 11000 Quadratmeter Gewerbefläche sofort wieder zurückzumieten und Ohoven pro Jahr hierfür 3,2 Millionen Mark zu zahlen. Diese „völlig überzogene“ Mietgarantie bringe Ohoven „eine Verzinsung des Kaufpreises von 6,8 Prozent“, so der Rechnungshof. Sie liege „somit höher als die Kapitalkosten der LWS“ von 4,2 Prozent.

Fazit des Rechnungshofs: „Dies bedeutet, dass es für die LWS unter dem Strich günstiger gewesen wäre, diese Immobilien gleich selbst im Bestand zu behalten.“

In Chemnitz erlaubte sich die LWS-Geschäftsführung aus Sicht des Rechnungshofs zudem noch eine der krasssten ihrer zahllosen Schlampereien: Der örtliche Zweigstellenleiter beauftragte im März 1995 „mündlich und ohne Beiziehung der beauftragten Architekten“ eine Baufirma „mit der schlüsselfertigen Erstellung des Schloßcarrés – Auftragsvolumen „netto rund 51 Millionen Mark“. Eine Baugenehmigung lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor.

Offenbar sollte das politisch heikle Desaster bei der LWS zumindest teilweise vertuscht werden. Sie seien, kritisierten die ORH-Beamten, von der „Geschäftsführung der LWS nur wenig unterstützt“ worden. Ein „Risikoorbiter“, in dem „Unterlagen über die wichtigsten Fakten zu den großen Verlustprojekten“ des Unternehmens zusammengestellt worden wären, sei nach Firmenangaben plötzlich verschwunden.

Süffisant vermerken die Prüfer, dass „nach mehrmaliger Bitte um Vorlage dieser wichtigen Unterlage diese angeblich (bis heute) nicht mehr auffindbar“ sei.

WOLFGANG KRACH



Parteifreunde Stoiber, Sauter, LWS-Projekt „Bärenschanze“ in Nürnberg „Völlig unverständliche Entscheidungen“

W. M. WEBER (L.), P. ROGENTHIN (R.)



SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir brauchen Helden“

Der amerikanische Ökonom Paul Krugman über die Lehren aus der Asienkrise, die grenzenlose Macht der Notenbanken und seine Kritik an der Sparpolitik von Finanzminister Hans Eichel

SPIEGEL: Professor Krugman, vor einem Jahr stand die Weltwirtschaft kurz vor dem Absturz. Jetzt redet niemand mehr darüber. Ist die globale Finanzkrise wirklich schon überstanden?

Krugman: Nein, ich glaube nicht. Zwar haben sich einige Krisenländer wieder erholt, auch hat sich gezeigt, dass Währungskrisen nicht überall in einer Katastrophe münden. Aber wenn man sich die fundamentalen Daten anschaut, dann sind die schlechten Nachrichten immer noch vorhanden.

SPIEGEL: Wo lauern die größten Gefahren?

Krugman: Zum einen in Japan, dessen Volkswirtschaft einfach nicht in Gang kommt. Das japanische Syndrom der Deflation, also sinkende Preise und eine schwache Binnennachfrage, kann sich auch auf andere Länder übertragen; Chinas Wirtschaft etwa zeigt erstaunliche Parallelen. Der zweite Anlass zur Sorge:

Keine der Ursachen, die die Schwellenländer so anfällig für spekulative Attacken gemacht hat, ist wirklich verschwunden. Als nächste Dominosteine könnten zum Beispiel Südafrika oder die Türkei kippen.

SPIEGEL: Sind die Politiker und die Ökonomen in den letzten Monaten also zu schnell wieder zur Tagesordnung übergegangen?

Krugman: O ja. Wir erleben dieselbe Sorglosigkeit wie 1995 nach der Mexiko-Krise. Der Drang zur Reform des Weltfinanzsystems hat sich auch diesmal wieder ganz schnell verflüchtigt. Die Regierungen und die internationalen Organisationen, etwa die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds, haben nichts unternommen, um die Grundregeln entscheidend zu ändern. Deshalb ist die Möglichkeit, dass wir weitere Krisen erleben werden, sehr groß.

SPIEGEL: Ist immer noch eine globale Rezession denkbar, ähnlich wie in den dreißiger Jahren?

Krugman: Die Lenker der Weltwirtschaft sind zum Glück etwas schlauer als damals. In den dreißiger Jahren gab es einige ver-



Aktienhändler in New York: „Wie ein Soufflé im Backofen“



Paul Krugman

wurde vom britischen Magazin „The Economist“ zu einem der „einflussreichsten Ökonomen unserer Zeit“ erkoren. Der beschei-

dene Wissenschaftler, ein Anhänger von John Maynard Keynes, lehrt und forscht am Massachusetts Institute of Technology in Boston/USA. Von komplizierten Modellen und Formeln hält Krugman, 46, wenig, die meisten Artikel veröffentlichte er in populären Magazinen wie „Fortune“ oder im Internet (www.mit.edu/people/krugman/index.html). Außerdem publizierte Krugman bisher 18 Bücher; sein jüngstes Werk („Die Große Rezession – Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt“. Campus Verlag; 237 Seiten; 49,80 Mark) erscheint Ende August in Deutschland.

dammt dumme Politiker. Aber natürlich ist die Welt durch die Globalisierung und die Informationstechnologie wesentlich komplizierter geworden – und auch schneller. Spekulation gab es schon vor 150 Jahren. Doch was sich früher innerhalb von Wochen entfaltet hat, kann heute binnen weniger Stunden passieren.

SPIEGEL: Was hat sich sonst noch geändert?

Krugman: Früher kannten wir die Spieler an den Finanzmärkten viel besser. Da drehten sich die Krisen immer um Banken – um Institutionen also, deren Existenz niemanden überraschte. In der heutigen Zeit dagegen haben wir es plötzlich mit anonymen Institutionen zu tun, über die wir ganz wenig wissen, mit Hedge-Fonds, die wie Banken agieren, sich aber außerhalb jeder Kontrolle bewegen. Was wussten wir schon über einen Fonds wie Long-Term Capital Manage-

ment, bevor der vor einem Jahr die Welt beinahe in den Abgrund stürzte?

SPIEGEL: War die Situation im vergangenen Herbst wirklich derart dramatisch?

Krugman: Ja. Für ein paar Wochen haben wir in den USA einen unglaublichen Run der Anleger erlebt. Plötzlich war keine Liquidität mehr im Markt vorhanden, die amerikanischen Finanzmärkte schienen wie erstarrt. Nur der heldenhafte Einsatz der amerikanischen Zentralbank hat das Schlimmste verhindert. Die Federal Reserve Bank hat kurz nacheinander dreimal die Zinsen gesenkt und dadurch die Märkte beruhigt. Noch entscheidender war aber der psychologische Einfluss der Zentralbank: Fed-Chef Alan Greenspan hat die richtigen Worte zur richtigen Zeit gefunden. Und er genießt zum Glück wie kein anderer das Vertrauen der Märkte.

SPIEGEL: Ist es nicht Besorgnis erregend, dass die Stabilität des Weltfinanzsystems so stark von einer einzigen Person abhängt?

Krugman: Doch, natürlich. Greenspan ist der General, der auf seinem Pferd den

Truppen den Weg weist. Aber was passiert, wenn der General an einem entscheidenden Tag die Grippe hat? Oder er sagt zwar das Richtige, aber auf die falsche Art und Weise? Wenn jemand anders im vorigen Herbst an seiner Stelle gestanden hätte, dann wäre die globale Finanzkrise wohl außer Kontrolle geraten.

SPIEGEL: Ist also in der heutigen Zeit der Stil eines Zentralbankers entscheidender als seine Politik?

Krugman: In gewisser Weise schon. Die Gefahr einer Panik an den Finanzmärkten, einer sich selbst verstärkenden Krise, ist viel größer als vor 20 Jahren. Früher glaubten Ökonomen, es komme dann nur darauf an, die richtigen Rezepte anzuwenden: Droht ein Börsencrash, werden eben die Zinsen reduziert; droht eine Währungskrise, dann gibt man den Wechselkurs frei. Ganz einfach. Heute reicht dies nicht mehr aus, heute brauchen wir Helden, an denen sich alle orientieren können – ähnlich wie in der Antike. Die Griechen besaßen ja auch kein besseres Heer als die Römer – aber sie hatten einen brillanten Feldherrn, nämlich Alexander den Großen, der ihnen Sicherheit gab.

SPIEGEL: Was sind nun Ihre Lehren aus der Asienkrise?

Krugman: Lehre Nummer eins gilt für die Industrieländer: Die großen Volkswirtschaften müssen, wenn eine Rezession droht, rechtzeitig die Zinsen senken – und sie brau-



T. BERGSAUER / SYGMA

Notenspanner Greenspan

„Was passiert, wenn der General Grippe hat?“

chen dafür genug Spielraum nach unten. Lehre Nummer zwei gilt für alle Schwellenländer: Sie müssen entweder die Höhe ihrer Auslandsschulden begrenzen – oder aber die Mobilität der internationalen Anleger durch Kapitalverkehrskontrollen teilweise einschränken. Ansonsten werden diese Länder weiterhin für eine plötzliche Kapitalflucht anfällig sein, und sie werden dadurch womöglich in eine Krise gestürzt, die wiederum die Kapitalflucht rechtfertigt.

SPIEGEL: Viele Ökonomen halten die von Ihnen propagierten Kapitalverkehrskontrollen für gefährlich. Sie fürchten, dass durch solch protektionistische Maßnahmen die Globalisierung zurückgedreht wird.

Krugman: Diese Angst halte ich für übertrieben. Es sollten ja nicht so rigide Reglementierungen wie in Malaysia sein. Aber gerade jetzt, wo die Investoren wieder voller Optimismus nach Asien zurückkehren, wäre es wichtig, eine gemäßigte Kontrolle für kurzfristige Anleger einzuführen, damit sich die Probleme mit dem „hot money“ nicht wiederholen. Als Marktwirtschaftler bin ich natürlich kein enthusiastischer Fan solcher Zwangsmaßnahmen. Aber was ist die Alternative? Sollen wir diese Länder ins Bodenlose abstürzen lassen? In

außergewöhnlichen Situationen darf man kein Purist sein.

SPIEGEL: Viele Ökonomen glauben aber, dass erst ein völlig liberalisierter Kapitalmarkt die Schwellenländer zur richtigen Wirtschaftspolitik zwingt. Notfalls, so lautet das Argument, bekämen diese Staaten eben ihre gerechte Strafe – und die Anleger verlassen das Land.

Krugman: Das ist zynisch. An den Finanzmärkten wird leider mit zweierlei Maß ge-

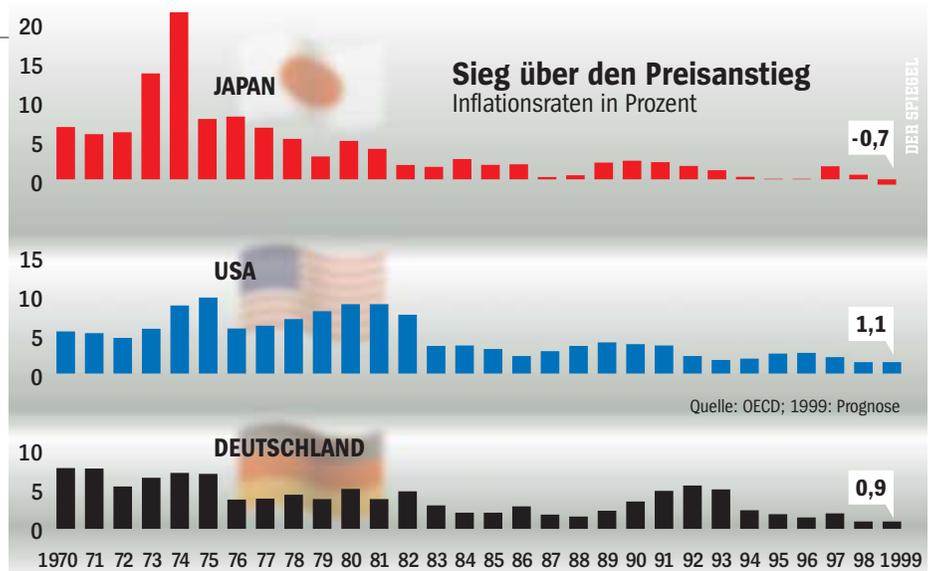
messen: Die Industrieländer dürfen sich Dinge erlauben, die für ein Schwellenland scheinbar unmöglich sind. Genauso wie es an den Finanzmärkten einen sich selbst verstärkenden Pessimismus für Schwellenländer gibt, so existiert auch ein sich selbst verstärkender Optimismus für Industrieländer.

SPIEGEL: Was heißt das konkret?

Krugman: Die USA zum Beispiel importieren jedes Jahr 300 Milliarden Dollar Kapital. Nach den Maßstäben für asiatische Schwellenländer wäre das unerträglich hoch. Stellen Sie sich nur einmal vor, die USA würden deshalb einen ähnlich großen Vertrauensverlust erleiden wie Thailand. Dies hieße, die Anleger müssten binnen 18 Monaten eine Billion Dollar außer Landes schaffen, Banken und Firmen würden zusammenbrechen. Und dann sagte jemand: Na klar, die USA haben es verdient – all diese Spekulation an den Börsen, all diese verantwortungslosen Investments konnten doch nicht gut gehen. Im Nachhinein ist es immer leicht, jemandem die Schuld zuzuweisen. Hat zum Beispiel vor sechs Jahren jemand prophezeit: Die Japaner machen alles falsch, die müssen von den Märkten abgestraft werden?

SPIEGEL: Sie glauben also nicht an die Lehrbuchweisheit, dass die Märkte immer rational handeln?

Krugman: Das kommt darauf an, aus welcher Sicht man die Märkte betrachtet.



Wenn in einem vollen Theater jemand „Feuer!“ schreit, dann ist es für jeden Einzelnen höchst rational, so schnell wie möglich zum Ausgang zu rennen und alle anderen niederzutrameln. Das Ergebnis insgesamt ist ein Desaster, auch wenn jeder Einzelne für sich höchst rational gehandelt hat. Während der Asienkrise hat sich auch jeder Anleger, der sein Geld schnell in Sicherheit gebracht hat, individuell vernünftig verhalten – nur das kollektive Ergebnis dieser Panik war höchst unvernünftig.

SPIEGEL: In Hongkong waren es vor allem die Hedge-Fonds, die „Feuer!“ geschrien haben. Sie haben deren Verhalten heftig kritisiert. Warum?

Krugman: Weil dort der schlimmste aller möglichen Alpträume wahr geworden ist. In Hongkong hatten sich die Hedge-Fonds untereinander verbündet, um gegen den Hongkong-Dollar zu spekulieren. Es gibt natürlich keinen Beweis dafür, aber bestimmte Indizien. Die Fonds haben systematisch Hongkong-Dollar verkauft und gleichzeitig Aktien verkauft, die sie noch

gar nicht besitzen – so genannte Leerverkäufe. Gleichzeitig wurden in den Medien Gerüchte gestreut, Hongkong werde seine Währung abwerten – das setzte den Hongkong-Dollar noch mehr unter Druck.

SPIEGEL: Lässt sich solch ein abgekartetes Spiel nicht verhindern?

Krugman: Leider nein. Falls ein paar Großanleger auf ähnliche Weise gegen die Microsoft-Aktie spekulieren und dann noch Gerüchte streuen, Bill Gates habe einen Nervenzusammenbruch erlitten, dann kämen diese Spekulanten ins Gefängnis. Betreibst du dieses Spiel gegen ein Unternehmen, wirst du bestraft; betreibst du es gegen ein ganzes Land, ist es absolut legal. Wir brauchen endlich internationale Regeln, die so etwas verhindern.

SPIEGEL: Derzeit fürchten viele Analysten, dass es den USA ähnlich ergehen könnte wie Japan. Auch Japans Krise begann mit einem überbewerteten Aktienmarkt.

Krugman: In der Tat mag es Ähnlichkeiten zwischen den USA 1999 und Japan 1989 geben. Ein Börsencrash in New York wäre jedenfalls das Schlimmste, was der Weltwirtschaft derzeit widerfahren kann. Die Kurse haben Höhen erreicht, die sich auch nicht durch noch so viele intellektuelle Salto rechtfertigen lassen. Wenn diese Blase platzt, dann könnten die USA in einer ähnlichen Liquiditätsfalle sitzen wie jetzt die Japaner, und die amerikanische Wirtschaft

könnte einen massiven Einbruch der Konjunktur erleben. Aber das muss nicht zwangsläufig so sein, denn es gibt auch Unterschiede: Japans Bevölkerung ist viel älter, die Sozialkassen sind in einem weitaus schlechteren Zustand als in den USA. Das lähmt die japanische Wirtschaft.

SPIEGEL: Wodurch könnte die Blase an der New Yorker Börse denn platzen?

Krugman: Durch jedes laute Geräusch. Ein Soufflé im Backofen kann einstürzen, weil jemand am anderen Ende des Hauses die Tür zuknallt. Selbst die Fed könnte den Crash auslösen, und das bereitet ihr wirklich Sorgen. Greenspan versucht ja derzeit, vorsichtig ein wenig Luft aus der Blase entweichen zu lassen. Doch wenn die Fed es falsch angeht, könnte sie damit genau die Katastrophe auslösen, die sie vermeiden will. Was auch kommt, am Ende wird der Crash wohl durch etwas ausgelöst, das niemand vorausgesagt hat.

SPIEGEL: Was können die Amerikaner denn aus den Fehlern der Japaner lernen?

Krugman: Japan hat ja viel zu spät auf seine Krise reagiert. Die Notenbank hat die Zinsen zwar fast auf null gesenkt, um die Wirtschaft anzukurbeln – doch vorher hat sie zu lange gezögert. Auch die riesigen Konjunkturprogramme der Regierung haben bloß die Staatsschulden erhöht, aber wenig bewegt. Jetzt steckt Japan mitten in einer Spirale der Deflation, die Preise sin-

ken immer weiter, und die Menschen legen mehr Geld auf die hohe Kante, weil sie glauben, künftig werde alles noch billiger. Der Trend ist gefährlich, denn von Japans Aufschwung hängt auch die Zukunft der Krisenländer in ganz Asien ab.

SPIEGEL: Wie können die Japaner denn jetzt noch ihre Wirtschaft ankurbeln?

Krugman: Es gibt nur noch eine Möglichkeit: Die Regierung muss Geld, viel Geld, drucken und eine künstliche Inflation erzeugen. Weil die Preise dann steigen, sind die Menschen auch wieder bereit, ihr Geld auszugeben. Sie müssen um ihr Ersparnis fürchten. Durch die zusätzliche Binnen- nachfrage springt die Konjunktur an.

SPIEGEL: Aber die Inflation könnte doch außer Kontrolle geraten und damit der Wirtschaft mehr schaden als nützen.

Krugman: Nein, die Gefahr einer Hyperinflation, so wie wir sie vor wenigen Jahren in Lateinamerika erlebt haben, besteht nicht. Die Regierung muss bloß rechtzeitig aufhören, mehr Geld zu drucken.

SPIEGEL: Trotzdem ist dieses Rezept sehr merkwürdig. Die meisten Ökonomen halten jede Form von Inflation für schädlich.

Krugman: Das stimmt auch. Doch heute kämpfen viele meiner Kollegen, aber auch viele Zentralbanker einen Krieg, den sie längst gewonnen haben. Vor 20 Jahren war die Inflation ein Riesenproblem für beinahe die ganze Welt, heute dagegen leiden



C. GEIGER

Krugman beim SPIEGEL-Gespräch*: „Europa braucht mehr Inflation“

wir nicht unter steigenden, sondern unter fallenden Preisen. Es fehlt schlicht die nötige Nachfrage.

SPIEGEL: Gilt das auch für Europa?

Krugman: Ja. Strukturreformen, sei es im Steuer- oder im Sozialsystem, mögen eine schöne Sache sein, aber solange es an Nachfrage mangelt, wird dies den Europäern im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wenig helfen. Außerdem redet Europa, und ganz besonders auch Deutschland, schon seit 20 Jahren, seit die „Eurosklерose“ aufkam, von Strukturreformen; geän-

dert hat sich wenig. Warum soll da nun plötzlich etwas passieren?

SPIEGEL: Was empfehlen Sie stattdessen?

Krugman: Europa als Ganzes braucht mehr Inflation. Die Europäische Zentralbank (EZB) sollte die Zinsen weiter senken, damit die Nachfrage anspringt. Die Fed kümmert sich in den USA viel aggressiver um die Arbeitslosigkeit und nimmt dabei auch eine Preissteigerungsrate von zwei Prozent in Kauf. Ein ähnliches Inflationsziel sollte sich auch die EZB setzen.

SPIEGEL: Das klingt ja wie einst Oskar Lafontaine. Finanzminister Hans Eichel versucht stattdessen, durch einen rigiden Sparhaushalt die Wirtschaft in Gang zu bringen.

Krugman: Natürlich ist es richtig, langfristig den Haushalt zu sanieren. Kurzfristig wird Eichels Konsolidierungspolitik die Arbeitslosigkeit aber nicht beseitigen, sondern erhöhen. Durch das Sparpaket fallen 30 Milliarden Mark an volkswirtschaftlicher Nachfrage weg. Wer soll die ersetzen?

SPIEGEL: Sie glauben also, die Bundesregierung ist auf dem falschen Weg?

Krugman: Nach der Bundestagswahl war ich mit der Wirtschaftspolitik der Schröder-Regierung schon nur zur Hälfte zufrieden. So war es völlig falsch, die Reform der Arbeitsmärkte, etwa beim Kündigungsschutz, zurückzudrehen. Richtig war hingegen der Ansatz, auf eine expansive Nachfragepolitik zu setzen. Jetzt ist auch dieser Teil verschwunden.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass der von Ihnen angemahnte Wandel in der globalen Wirtschaftspolitik und im Weltfinanzsystem tatsächlich kommen wird?

Krugman: Ich habe meine Zweifel. Regierung und internationale Organisationen lernen leider immer nur sehr langsam. Nach allen Krisen hieß es immer: Okay, die Welt ist doch nicht untergegangen. Warum sollen wir also etwas ändern? Vielleicht brauchen wir erst noch eine richtig schwere Krise, damit sich in den Köpfen wirklich etwas ändert.

SPIEGEL: Professor Krugman, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit Redakteuren Alexander Jung, Ulrich Schäfer im schweizerischen Gerzensee.

Werbeseite

Werbeseite



Opel-Zentrale in Rüsselsheim: Das Werk wird komplett erneuert

AUTOINDUSTRIE

Millionen für die Mutter

Noch immer leidet Opel unter dem Missmanagement der Vergangenheit. Neue Modelle sollen die Wende bringen.

Der Neue startete mit einem hehren Anspruch. Nachdem Robert Hendry im November vergangenen Jahres den Vorstandsvorsitz bei Opel übernommen hatte, versprach er der Belegschaft, die durch Missmanagement und verfehlte Modellpolitik arg verunsichert war: Er wolle „mit einer klaren Bilanz anfangen“.

Doch die Bilanz, die Hendry in diesem Jahr vorlegte, war alles andere als klar. Für Opel war das Geschäft zwar miserabel gelaufen. Aber wie es einem Zauberer stets gelingt, aus einem leeren Zylinder ein Kaninchen hervorzuziehen, so zeigten die Rüsselsheimer Finanzexperten einen Gewinn von 576 Millionen Mark vor.

Die Tricks, mit denen sie die schöne Zahl erzielten, sind legal. Es wurden Beteiligungen hin und her geschoben, stille Reserven gehoben. Die einzig aussagefähige Zahl dagegen wurde zum größten Firmenheimlichnis erklärt: das so genannte operative Ergebnis, das Resultat aus Produktion und Verkauf von Automobilen. Das „Handelsblatt“ kommentierte: „Opel greift zur Bilanzkosmetik.“

Die Schminke hielt nicht lange. Das operative Ergebnis wurde jetzt bekannt und sorgte für einen ordentlichen Schock in der Opel-Belegschaft: Der Konzern erwirtschaftete im vergangenen Jahr einen operativen Verlust von 800 Millionen Mark.

Der Opel-Chef hatte eigentlich keinen Grund, den Verlust zu verschweigen. Ver-

antwortlich sind zwei andere, einst sehr mächtige Männer im Mutterkonzern General Motors: Louis Hughes und Peter Hanenberger. Die beiden, die das gesamte internationale Geschäft von GM steuerten, haben die Investitionen vor allem für eine übertriebene Globalisierung ausgegeben, für neue Fabriken in Lateinamerika, Asien und Osteuropa. Bei der Entwicklung neuer Modelle dagegen wurde gespart.

Die Konsequenzen bekommen Opel-Händler seit Jahren zu spüren. Attraktive Nischenmodelle fehlen, und das Image wurde durch Rückrufaktionen lädiert.

Die Folge: Viele Fahrzeuge sind nur noch mit kräftigen Rabatten zu verkaufen, und auch die können nicht verhindern, dass Opel wie der von ähnlichen Problemen geschwächte Konkur-



Opel-Chef Hendry

rent Ford seit Jahren Marktanteile verliert.

Mit der Ernennung von Hendry zum Opel-Vorsitzenden verbanden gebeutelte Händler und frustrierte Mitarbeiter große Hoffnungen, zumal die Protagonisten des fatalen Crashkurses keinen Durchgriff auf das Rüsselsheimer Unternehmen mehr haben. Hughes wurde völlig entmachtet und Hanenberger nach Australien versetzt.

Hendry gab in Rüsselsheim schnell sein Hauptziel vor: Opel müsse das Vertrauen bei Kunden und Mitarbeitern wieder gewinnen. Die Qualität solle besser werden, neue Nischenmodelle sollten den Absatz steigern und das Image auffrischen. Rüsselsheimer Führungskräfte und auch die Betriebsräte sind inzwischen überzeugt, dass Hendry es ernst meint: Opels Investitionen in Deutschland, in den vergangenen fünf Jahren 7,7 Milliarden Mark, steigen bis zum Jahr 2003 auf über 9 Milliarden.

Das Rüsselsheimer Werk wird komplett erneuert. Modellvarianten, die Hughes und Hanenberger gestrichen hatten, sollen entwickelt werden. Und während sich Ford aus der gehobenen Mittelklasse verabschiedet und die Produktion des Scorpio eingestellt hat, lässt Hendry

seinen Nachfolger für den Omega konstruieren.

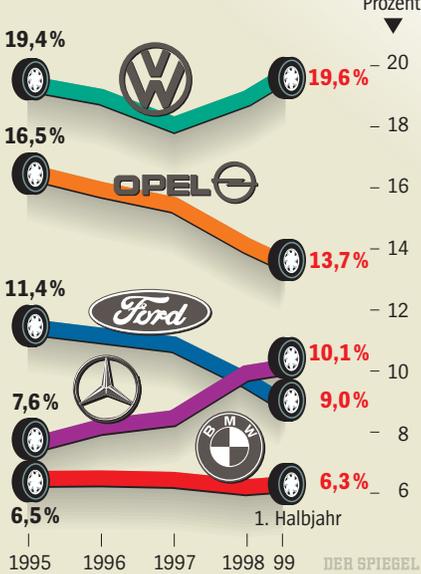
Im nächsten Jahr kommt vom Astra das Coupé und eine Sportvariante auf den Markt und zudem noch ein kleiner Sportflitzer, der vom Lotus Elise abgeleitet wurde. Die Innovationsfähigkeit beweist auch der Zafira, eine Großraumlimousine in der Kompaktklasse, mit der Opel bereits eine neue Marktische besetzt. Konkurrent Volkswagen bringt erst 2001 ein vergleichbares Modell heraus.

Doch es wird noch Jahre dauern, bis die gesamte Modellpalette aufgefrischt ist. Zudem ist Hendry nicht völlig frei in seinen Entscheidungen. Der Opel-Vorstand hat sich zwar von seinem Aufsichtsrat in den „Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen der Adam Opel AG und General Motors Europe“ weitgehende Selbständigkeit zusichern lassen. In der Praxis aber kann sich Hendry dem Druck des Europa-Chefs Michael Burns nicht völlig entziehen. Und Burns will vor allem Gewinne an die US-Mutter überweisen.

Die Bilanzkosmetik diente besonders einem Zweck: Es sollte ein Überschuss ausgewiesen werden, damit eine Dividende an die Mutter in den USA ausgeschüttet werden kann. Der Gewinn des GM-Konzerns hatte sich 1998 glatt halbiert. Da wollte Konzernchef Jack Smith auf eine Überweisung aus Deutschland nicht verzichten – und Rüsselsheim zahlte, trotz operativer Verluste, 350 Millionen Mark. DIETMAR HAWRANEK

Zwei fallen ab

Marktanteile bei Pkw-Neuzulassungen in Deutschland



BÖRSE

Treibstoff von Freunden

Ein deutscher Galerist sammelte Millionen, um mit Hilfe des Internet den internationalen Kunstmarkt umzukrempeln.

Schon immer verstand es Kunsthändler Hans Neuendorf, aus seinen Visionen Geld zu machen. In den sechziger Jahren verkaufte er als erster Deutscher die amerikanischen Pop-Art-Künstler Roy Lichtenstein und Andy Warhol, deren Bilder bald Millionen wert waren.

Seine aktuelle Vision klingt etwas profaner. „Das Kunstgewerbe wird wie die Pornindustrie vom Internet umgekrempt“, sagt Neuendorf. Deshalb sitzt der Kunsthändler nun mit breiten Hosenträgern im 23. Stock eines Hochhauses am Broadway in New York und lässt sich von der Kühlung für große Computer umwehen.

Wie in der Sexindustrie winkt im Internet der große Reibach. Neuendorf hat sein virtuelles Kunstauktionshaus Artnet.COM an die Börse gebracht. Internet-verrückte Börsianer haben ihm 90 Millionen Mark für 23 Prozent der Firma bezahlt.

Doch seit dem Börsengang am Neuen Markt vor drei Monaten hat sich der Aktienkurs des Unternehmens mehr als halbiert. Neuendorf vermutet böse Absicht. „Da will mich jemand fertig machen“, sagt der Kunsthändler, der mächtig stolz darauf ist, dass seine Büros nur ein paar Schritte von der Wall Street entfernt liegen.

Wahrscheinlicher ist, dass die Anleger sich Artnet etwas genauer angeschaut haben. Seit Neuendorf 1989 bei der New Yorker Firma eingestiegen ist, dümpelte das Geschäft vor sich hin. Ganze 918 000 Dollar Umsatz machte die Firma im vergangenen Jahr, der Verlust war dreimal so hoch. Das Unternehmen stand kurz vor der Pleite.

„Ich war 1998 am Ende meines Lateins“, sagt der heutige Börsenmillionär Neuendorf unverblümt. Ursprünglich war Artnet eine riesige Datenbank, in der er die weltweit bei Auktionen gehandelten Bilder und Kunstgegenstände mit den erzielten Preisen katalogisierte. „Kein Markt ist so intransparent wie der Kunstmarkt“, sagt Neuendorf, sicher nicht zu Unrecht.

Doch die Nachfrage nach den Daten blieb verhalten. Auch die Idee, Kunstgalerien auf den Artnet-Seiten gegen Zahlung einer Gebühr von 2000 Dollar zu einem Internet-Auftritt zu verhelfen, half nicht viel weiter. Gut 20 Millionen Dollar Verlust haben sich im Laufe der Jahre angesammelt.



Website von Artnet: Auktionen per Computer

An fehlender Protektion kann es nicht gelegen haben. Lauter renommierte Kunstfreunde wie Robert de Rothschild, der bekannte Pariser Kunsthändler Hervé Aaron oder der Kölner Verleger Alfred Neven DuMont hatten Geld gegeben. Doch als Neuendorf immer wieder Nachschub brauchte, schnappten die Brieftaschen zu.

Selbst gute Freunde aus Hamburg, die Neuendorf aus seiner Zeit als Galerist kannte und die ihm teilweise mit Millionenbeträgen aushalfen, zuckten mit den Achseln. „Er suchte immer wieder Treibstoff“, erinnert sich Werner Funk, der Anfang der neunziger Jahre eingestiegen war. Der Herausgeber des „Stern“ beließ es bei einer einmaligen Investition von 100 000 Mark, „es war eher ein Freundschaftsdienst“.

Kurz bevor der Treibstoff endgültig auszugehen drohte, kam der Internet-Börsenboom, Firmen wie Amazon oder Yahoo wurden mit vielen Milliarden Mark bewertet. Martin Lechner, ein Späher des Frankfurter Beteiligungsunternehmens Prime Asset Management, wurde auf Artnet aufmerksam. „Mein Retter“, sagt Neuendorf.

Kunsthändler Neuendorf: Reibach mit Internet-Euphorie



Lechner erinnert sich, dass der Internet-Auftritt von Artnet miserabel und das Konzept noch nicht börsenfähig war. Doch er brachte im Sommer vergangenen Jahres mit dem Versprechen eines schnellen Börsengangs immerhin rund 20 Investoren bei, die insgesamt fünf Millionen Dollar zur Verfügung stellten.

Mit Hilfe des Geldes und auf Anraten Lechners startete Artnet Ende März Kunstauktionen im Internet und hatte plötzlich den prickelnden Reiz des Neuen, der die Kurse in den

Börsenhimmel treibt. Nach dem eiligen Börsengang freuten sich die Altaktionäre. „Da leuchtete auf einmal ein Millionenbetrag im Depot auf“, sagt Funk, der seine Investitionen in Artnet schon abgeschrieben hatte.

Auch Prime Asset Management und die anderen Internet-Investoren machten keinen schlechten Schnitt. Sie hatten 7,80 Dollar je Aktie bezahlt und bei einem Emissionspreis von umgerechnet 49 Dollar ihren Einsatz innerhalb weniger Monate mehr als versechsfacht.

An der Bonanza beteiligt ist auch Bernd Förtsch, Chefredakteur des Börsenbriefs „Der Aktionär“, der mit Aktien zum Freundschaftspreis bedacht wurde und den Börsengang in seinem Informationsdienst mit einer Lobeshymne begleitete. „Um die Aktie viel zu teuer zu verkaufen, wurden massiv positive Presseberichte lanciert“, urteilt Markus Straub von der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre.

Beim Beutezug in die Taschen der Aktionäre machte auch der Frankfurter Wertpapierhändler Kling, Jelko, Dr. Deh-

mel, der sich ebenfalls vorbörslich an Artnet beteiligt hatte, bereitwillig mit. Das Emissionshaus hatte es so eilig mit dem Börsengang, dass einige Formfehler passierten. Wirtschaftsprüfer und Anwälte mussten noch einmal nachbessern.

Doch die Gier der 56 Altaktionäre führte zu einem möglicherweise verhängnisvollen Fehler. Zur Zeit prüft die Börse, ob einer von ihnen vor Ablauf der Sperrzeit von sechs Monaten Aktien verkauft hat. Wenn sich der Verdacht bewahrheitet, droht der erzwungene Rückzug vom Neuen Markt. Dann wird auch die Internet-Phantasie der Aktie nicht mehr auf die Beine helfen.

CHRISTOPH PAULY

Werbeseite

Werbeseite

RTL

Kabinett als Kabarett

Kanzler Gerhard Schröder ist auf dem besten Weg, Comedy-Star des Jahres zu werden – dank des für Herbst geplanten RTL-Sechsteilers „Wie war ich, Doris?“. Nach dem vorläufigen internen Sendekonzept hat der Serienheld aus dem Kanzleramt ein paar Probleme: „Er ist neidisch auf Fischer“ (bessere Anzüge, mehr Erfolg bei jungen Frauen) und sagt bei Doris „schnell Ja, um seine Ruhe zu haben“. Die Schröder-Frau findet sich – gemäß RTL-Regie – „endgültig unwiderstehlich, nur ist sie mit dieser Meinung so ziemlich allein“; ständig sei sie beim Friseur und lege sich mit anderen Frauen an, etwa Schröders Sekretärin. Die wiederum „ist entsetzt über das Chaos im Amt“. So geht es bei Kanzlers munter zu wie in der „Lindenstraße“ – manchmal sei „Kabinett eben Kabarett“, findet RTL-Sprecher Wolfgang Osinski, Schröder aber werde „über die humorvolle Sendung schmunzeln können“. Der telegene Regierungschef, den Comedy-Star Martin Zühr („TV Kaiser“) imitiert, hat es mit illustren Gegenspielern zu tun: Trittin, „dem Lächler“ (Kumpel aus alten Spontitagen nutzen aus, dass er „ein paar Leichen im Keller“ habe), der gutgläubigen Grünen Gunda Röstel („so aufrecht und aus dem Osten, dass sie nichts schnallt“), dem „wilden Roland“ (Koch) aus Hessen („pickeliger, bebrillter Terminator“) und „dem Alten“ – gemeint ist „der stets hungrige und meist ein wenig beschwipste Altkanzler“. Mit dieser Seifenoper – Hauptmotiv: „Die Angst, dass sie genauso schnell wieder weg



Szene aus „Wie war ich, Doris?“

sein könnten, wie sie hochgekommen sind“ – will RTL vom Blödelboom rund um den Hannoveraner im Hochamt profitieren. Immerhin stieg „Schrödi“ bereits als kongenialer Partner von Kohl in einer Radio-Comedy („Kanzler-WG“) bei großen Privatsendern zum Quotenstar auf; die CD zur Serie wurde 90 000-mal gekauft. Ende August läuft auch dieser Polit-Ulk weiter, Titel: „Die Kanzler in Berlin – die ungewöhnlichste Regierung Deutschlands“.

SPRINGER

Enthüllung am Strand

Wir wollen zurück zu den Wurzeln des investigativen Journalismus“, hatte der Axel Springer Verlag zum Start seines TV-Magazins „Newsmaker“ angekündigt – inzwischen sucht er die Wurzeln am Strand vor der Mallorca-Kneipe Ballermann, wo ein „Newsmaker“-Reporter als selbst ernannter Kleiderwart mit dem Maßband Bikini-Oberteile vermaß oder Höschen zurechtrückte. Doch auch die Hinwendung



„Newsmaker“-Reporter auf Mallorca

zum seichten Infotainment unter dem neuen Chefredakteur Hilmer Rolff hat der Einschaltquote nicht viel geholfen – sie pendelt bei bescheidenen acht Prozent. Trotz des mäßigen Erfolgs drängt der Springer-Verlag nun auf weitere Sendeplätze bei Sat 1 (Springer-Beteiligung: 41 Prozent). Schon im nächsten Jahr will sein Fernsehableger Reportagen für die mehrfach ausgezeichnete Sendereihe „24 Stunden“ zuliefern, die bisher ausschließlich von der Holtzbrinck-Tochter AVE erfolgreich produziert wurde. Vor allem unter den jüngeren Zuschauern erreicht „24 Stunden“

am späten Montagabend mit durchschnittlich über 13 Prozent einen wesentlich höheren Marktanteil als „Newsmaker“. Neben „24 Stunden“ will Springer-TV zukünftig auch das tägliche Sat-1-Kuriositäten-Kabinett „Echt wahr!“ mit hausgemachten Beiträgen bestücken. Sat-1-Chef Fred Kogel wird sich den Begehrlichkeiten des Gesellschafters kaum verschließen können, letztlich hat sich der Springer-Verlag im Sender die Hoheit über Nachrichten und Information gesichert.



Kofler

FERNSEHEN

Koflers Kaufkanal

Der Münchner Teleshopping-Kanal Hot soll als europäisches Network mittelfristig zu 25 Prozent an die Börse gebracht werden. Dabei ist Pro-Sieben-Chef Georg Kofler (Anteil: 15,46 Prozent) als geschäftsführender Gesellschafter einer neuen Hot-Holding im Gespräch. Hot startete in Italien und will nun nach Belgien und Frankreich expandieren. Auch soll der Bereich E-Commerce verstärkt werden, in dem Pro Sieben sehr aktiv ist. Kofler würde mit dem Börsengang über zehn Millionen Mark Erlösen. Es gebe „Optionen, aber keinen Zeitplan“, sagt eine Sprecherin zu den Hot-Ausbauplänen.

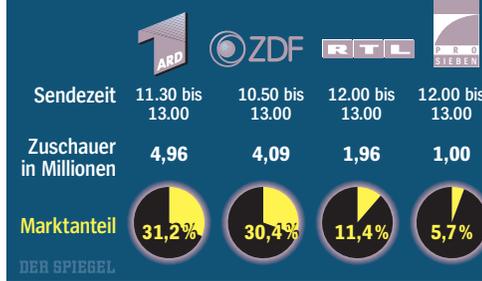
Macher und Mystiker

Die Sonnenfinsternis der vergangenen Woche machte den Mond nicht nur zum Medienstar – der trockene Trabant war auch selbst das prominenteste Medium der Woche. Das lateinische Wort „medium“ heißt „Mitte“, „Zentrum“, „Öffentlichkeit“. Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit hat der Mond, mitten im Lichtstrom der von ihm geschwärzten Sonne schwebend, ganze Arbeit geleistet: als Vermittler von Gefühlen, Gedanken, Meinungen. Souverän teilte er die Konsumenten seines erhabenen Schattens in zwei Gruppen: in Mystiker und Macher. Vor allem im Fernsehen kamen sie zahlreich zu Wort: Die Mystiker stammelten ekstatisch („einfach ... hingerissen“), schwärmten von der silbrig flimmernden „Perlschnur“ am Rand der Mondscheibe, erinnerten bang an den „Schreckenskönig“ des Nostradamus (gottlob kam er ja nicht), gaben sich schicksalhaft vergrübelt angesichts dessen, was der Sonnenfinsternis-Experte Werner Raffetseder im ZDF so poetisch



„die reisende Nacht“ nannte. Die Macher ärgerten sich über das triefende Saarland-Tief, das dem TV-Seher statt der großen Himmels-Show bloß ein Meer bunter Regenschirme bot, befahlen dem Wettergott energisch „Wolken weg!“ (ARD) oder verwiesen stolz wie Ikarus auf die scharfen Ereignisbilder aus dem Flugzeug hoch über dem Dunst. „Dunkel wird es doch jede Nacht“ – auch so ein typischer Satz aus der Fraktion der Unerschütterbaren. Während die Volksfest-Reporter („Die Stimmung ist trotzdem gut“) mitten im Macher-Diesseits standen, verlor sich das „Phoenix“-Programm mit elegischen Mönchsgesängen im Taumelnd-Mystischen. Ein Mann aus Oberpfaffenhofen schnaufte: „Schau her – das Loch in den Wolken! Des is’ a Sechser im Lotto!“ Jo mei. Schwer einzuordnen. Paradox, wie es die Tradition der mystischen Philosophie vorgibt, gestand ein kleiner Junge: „Es war zwar nichts zu sehen – aber ’s war schön!“ Diese TV-Kurzkritik live lässt sich sicher noch gebrauchen. Vergessen wir nicht, wem wir sie verdanken: dem Medium Mond.

Die Sonnenfinsternis live im Fernsehen



QUOTEN

Vera im Schatten

Wenn alle anderen zum Himmel blicken, dachte man bei Sat 1, ist das Glück mit dem Außenseiter – und so gab es keine große Live-Schaltung

zur Sonne wie bei der Konkurrenz, sondern um zwölf Uhr ging wie gewöhnlich „Vera am Mittag“ auf Sendung, von der wachsenden Finsternis draußen war nur nebenbei die Rede. Ergebnis: Statt wie im Durchschnitt 1,14 Millionen Zuschauer erreichte Vera Int-Veen nur magere 0,66 Millionen. Zufrieden konnten dagegen jene Sender sein, die mitspielten und nach oben schielten: voran die beiden Öffentlich-Rechtlichen mit zusammen mehr als neun Millionen

Zuschauern, in der Kernzeit von 12.30 Uhr bis 12.40 Uhr gar mit über zwölf Millionen. Selbst dritte Programme mit eigener Live-Berichterstattung wie der Bayerische Rundfunk und der Südwestrundfunk erzielten zu dieser Zeit am vergangenen Mittwoch regionale Marktanteile von über zehn Prozent.

MODERATOREN

Eklat bei „Bravo TV“

Abgang eines Popstars nach nur neun Monaten beim Teenie-Fernsehen „Bravo TV“: Der Bauer-Verlag und die Produktionsfirma MME trennen sich von Moderator Florian Walberg, 25. Ausschlaggebender Grund ist ein „Bild“-Bericht über seine freizügige Geburtstagsfeier im Hamburger Nobel-Strip-Lokal „Dollhouse“: Ein Foto zeigte den Sänger der Boygroup Bed & Breakfast vor einem barbusigen Go-go-Girl. Er und seine Band wollten sich ohnehin künftig „ein neues Image“ geben, sagt der Musiker. Und Verlagsmanager Werner von Moltke spricht von grundsätzlichen Änderun-



Walberg (M.)

gen bei der zuletzt quotenschwachen Sendung: „Wir stellen spätestens Anfang November das ganze Format um.“ Einzige Moderatorin von „Bravo TV“ wird dann Nova Meierhenrich.

DOKUMENTARFILMER

Troller, der Menschenfresser

Tief in der Nacht, zur Stunde, da nur noch die Videorecorder wach sind, zeigte der Fernsehsender 3Sat kürzlich ein zweistündiges Porträt des legendären TV-Dokumentaristen Georg Stefan Troller, 77. Wer mehr über den Mann, der neben vielen anderen Auszeichnungen allein sieben Mal den begehrten Adolf-Grimme-Preis erhielt, und die rund 150 Filme wissen will, die Troller im Laufe eines produktiven Lebens auf den Weg gebracht hat, der kann nun nach einem Buch mit dem Titel „Wir sind alle Menschenfresser“ (Gardez! Verlag, St. Augustin; 348 Seiten; 39,90 Mark) greifen. Kollegen und Medienforscher versuchen darin zu ergründen, was Trollers „Pariser Journal“ und seine 70 „Personenbeschreibungen“ aus den Jahren 1972 bis 1993 so faszinierend macht. Troller selbst („Menschen sind das Interessanteste“) äußert sich im Interview: Nachdem er Zeuge des Vietnamkriegs geworden war, habe er sich ein Jahr lang psychologisch beraten lassen, um die Schreckensbilder zu verarbeiten. Niemand im Sender habe sich dafür interessiert. „Jeder hat nur gefragt: Ach, wie war denn das Wetter da? Wie sind die Miezchen in Vietnam?“

Vorschau

Einschalten



Szene aus „Zum Sterben schön“

Zum Sterben schön

Mittwoch, 20.15 – 21.50 Uhr, ARD

Galgenhumor unter weiß-blauem Münchner Himmel: Fußballfan Peter Gillitzer (Andreas Patton) erbt von Onkel Sebastian eine Bestattungsfirma, eine wenig florierende allerdings. Den unfreiwilligen Jungunternehmer motiviert nur ein Gedanke: Geld zu verdienen, um seinen finanziell angeknacksten Lieblingsverein zu sanieren. So greift er zu einem schrillen Marketing-Mittel. Er verlost aufgemotzte Särge, die seine kostümierten Angestellten mit Brimborium überreichen. Doch die makabren Geschenke erweisen sich für die verblüfften Gewinner, allesamt spinöse Typen, als unseliges Omen; dass sich die Todesfälle bald mit statistischer Auffäl-

ligkeit häufen, lässt immerhin Bestatter Gillitzer jubilieren. Die Komödie von Friedemann Fromm nach dem Buch von Peter Probst wurde nach dem Bauprinzip des US-Kinoerfolgs „Short Cuts“ gesponnen: eigenständige Geschichten, locker verknüpft. In diesem Fall durch kitschige Särge.

Ich bieg dir'n Regenbogen

Donnerstag, 15.30 – 16.30 Uhr, 3Sat

Ein Porträt des heiseren Rocksängers, Komponisten und Schauspielers Rio Reiser, der eigentlich Ralph Möbius hieß und mit nur 46 Jahren starb. Das war 1996. Der konventionelle Film über den unkonventionellen Musiker, gar mit Bildern aus

Kriegszeiten unterfüttert, lässt allerdings den Verdacht aufkommen, Reiser sei eine historische Größe aus fern verstaubter Vergangenheit.

Ilona Christen Special

Freitag, 13.00 – 14.00 Uhr, RTL

In ihrer Talkshow beichteten Frauen ihren besten Freundinnen, sich mit deren Männern eingelassen zu haben: Tränen bei den Betrügerinnen, Tränen bei den Betrogenen, einfältige Kommentare aus dem Publikum. Sechs Jahre hat die betroffenen bebrillte Ilona Christen den voyeuristischen Quasselzirkus moderiert – bis sie angeblich die Einsicht überkam. Fortan entsagt sie dem niederen Quotenkampf. RTL wid-

met ihr zum Abschied einen Rückblick – und lässt ab Montag ihren Nachfolger Oliver Geißeln die Beichte abnehmen.

August '39

Samstag, 21.30 – 21.45 Uhr, Bayern III

Vor zehn Jahren wurde die zwölfteilige Dokumentation schon einmal ausgestrahlt – und mit dem Bayerischen Fernsehpreis ausgezeichnet. Der Film zeigt, wie Deutschland wenige Tage vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in naiven Ferienfreuden schwelgt; Hitler verbringt den Urlaub auf dem Obersalzberg hoch über Berchtesgaden – und hegt dämonische Pläne.

Mona Lisa

Sonntag, 18.00 – 18.30 Uhr, ZDF

Jubiläumstimmung: In seiner 500. Ausgabe will das erfreulich widerstandsfähige Magazin ein Treffen der Superfrauen veranstalten. Die Gästeliste ist allerdings, wie es sich für einen wirklich wichtigen Gipfel gehört, streng geheim.



Szene aus „August '39“



Sheridan in „Mörderjagd“

Ausschalten

Mörderjagd

Dienstag, 20.15 – 22.10 Uhr, Sat 1

Eine ehrgeizige FBI-Agentin (Nicolette Sheridan) sucht einen Frauenkiller. Dummerweise fehlt jegliche Spur. Noch dümmere ist die Idee der Polizistin, sich deshalb Gehirnzellen eines Opfers implantieren zu lassen.

Hidden Agenda

Mittwoch, 20.15 – 22.15 Uhr, Pro Sieben

Berlin nach der Wiedervereinigung. Der Amerikaner David McLean (Kevin Dillon) will seinen Bruder besuchen. Er findet ihn verkohlt und daher kaum noch zu identifizieren im Leichenschauhaus. McLean wit-

tert, dass hinter dem angeblichen Unfalltod eine mörderische Geschichte steckt. Auch interessieren sich auffallend viele Menschen für eine Diskette aus dem Nachlass des Bruders. Enttäuscht von der trägen deutschen Polizei, will McLean selbst das Mysterium aufklären. In diesem kanadischen Krimi (Regie: Iain Paterson) sieht der Berliner Kommissar wie ein ergrauter Columbo mit Honecker-Hut aus, Berlin ist stets hässlich vernebelt, und die Foltermethoden könnten von einem der schlechteren Edgar-Wallace-Filme inspiriert worden sein. Die Geschichte aber schleppt sich nur zäh durch die fade Kulisse.

ONLINE-JOURNALISMUS

„So schnell wie Licht“

Digitale Zeitungen lassen die Mächtigen wanken, Nachrichten aus dem Netz bringen die Börsenkurse in Bewegung. Der Online-Journalismus ist auf dem Vormarsch – und er wird die Medienlandschaft verändern. Kann die Tageszeitung gegen das Internet bestehen?

Die Leiterin der Redaktionsvertretung in New York besaß früher einen Laden namens „Good Vibrations“, in dem sie Dildos und Penisringe verkaufte. Der Chef vom Dienst im Hauptquartier in San Francisco fuhr Taxi, und die Gesundheitsredakteurin arbeitete als Performance-Künstlerin.

David Talbot, der Chefredakteur des Polit- und Kulturmagazins Salon.com, ist stolz auf seine Leute. „Zu uns kommen die talentiertesten Journalisten!“, schwärmt er. „Bei den traditionellen Zeitungen brutzelt es ihnen nicht genug.“

„Salon“ ist die einzige größere unabhängige Publikumszeitschrift im World Wide Web, Verkäufer einer eigenen Kaffeemarke und einer der Pioniere des Online-Journalismus. Die Redakteure schrei-

ben über Politik („Al Gores grüner Skandal“), Sex („Tagebuch eines Callgirls“) und Kunst („Mein Hund könnte das gemalt haben – hassen auch Sie moderne Kunst?“). Sie besitzen Aktienoptionen ihrer börsennotierten Internet-Zeitung. Mehr als 1,2 Millionen Leser im Monat verfolgen ihre Geschichten.

„Es ist so anders hier“, sagt Carol Lloyd, die Ex-Performance-Künstlerin, und strahlt.

„So experimentell, ungeformt – halt ungewöhnlich.“ Wenn sie nicht hier wäre, meint sie, würde sie wahrscheinlich ein Buch schreiben. Job-Angebote der „New York Times“ hat sie jedenfalls abgelehnt.

„Bei den traditionellen Zeitungen herrschen konservative Herren mittleren Alters, die keine Änderungen mögen“, sagt Chefredakteur Talbot. „Das wird sie umbringen, auf lange Sicht.“ Er und seine Kol-

legen aus der Online-Welt sind überzeugt vom baldigen Tod der Tageszeitungen.

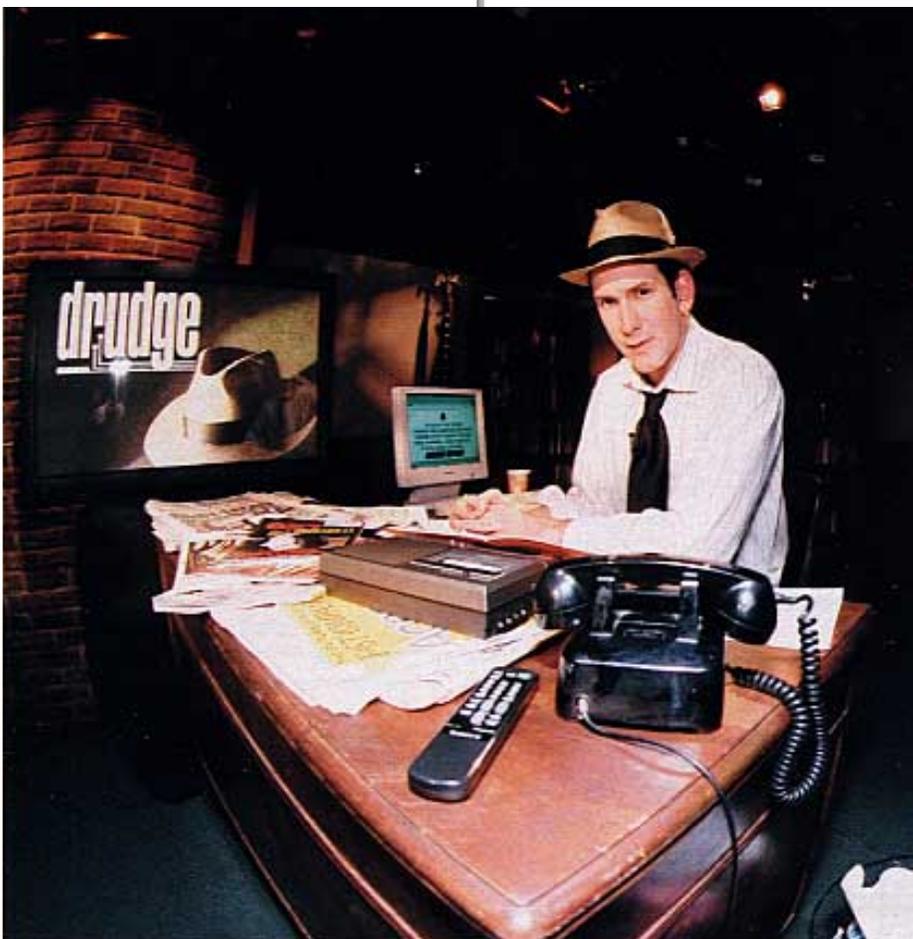
Eine neue Ära des Journalismus sei angebrochen, glauben sie, das Internet werde mehr sein als nur Nummer vier im Reigen von Print, TV und Radio – eher ein Technologiesprung als ein zusätzliches Medium. So wie der Telegraf mehr war als eine neue Art des Briefeschreibens.

Im Netz vereinigt sich, was Medien zu Medien macht: Ton, Bild und das geschriebene Wort. Es verzweigt sich immer feiner, er-

reicht täglich mehr und mehr Menschen. Seine Geschwindigkeit lässt den Boten, der in der Frühe die Zeitung auf die Treppe wirft, so altertümlich aussehen wie den Stadtschreier aus prägutenbergischen Zeiten.

Noch hakt es an vielem: Nachrichten im Netz sind bisweilen schlecht geschrieben, oft fehlt es an gründlicher Recherche. Und Bilder verbreiten sich keineswegs mit Lichtgeschwindigkeit. Gabi Bauer im „Tagesthemen“-Internet-Video ruckelt und zuckt im Winzformat über den Bildschirm, ihre Stimme rappelt blechern, als trüge sie den Tonabnehmer am Kehlkopf. Aber schließlich, argumentieren die Online-Fans, konnten die ersten Flugzeugmodelle auch nur 50 Meter weit fliegen.

Und noch wird in Europa die Internet-Version von Zeitungen und Magazinen meist nur als arme Schwester der Papierausgabe genutzt, oft als Halde für Agenturmeldungen. Die rund 700 Online-Journalisten Deutschlands verdienen in der Regel weniger als die Kollegen beim Print, und wer was werden will, geht zur „Süd-



C. SCHWARTZWALD / GAMMA / STUDIO X

Internet-Reporter Drudge: Präsidentenskandal durchs Netz in die Welt geblasen



haft in Gefahr. Drei Jahre blieben ihr noch, droht düster der Hightech-Guru Andy Grove. Entweder habe sie sich dann angepasst an die neuen Zeiten oder sie ginge jämmerlich ein im Würgegriff des neuen Mediums.

Tatsächlich bleiben den Zeitungen die Leser weg. In Deutschland hat ein leichter Abwärtstrend erst 1993 eingesetzt, aber in Großbritan-

frühmorgens am Bahnhofskiosk die „Berliner Morgenpost“ erstehen.

Ein noch größerer Vorzug des Netzes liegt darin, dass man es durchsuchen kann. Der sehnsüchtige Single etwa gibt die gewünschte Größe, das Alter und vielleicht die Haarfarbe seiner Traumfrau ein – der Online-Vermittlungsservice wirft Datenpassender Partner aus. Und schließlich eignen sich Auktionshäuser wie eBay oder die Kleinanzeigen-Seiten großer Web-Portale wie Yahoo perfekt dafür, den alten Computer loszuwerden oder eine hässliche Hochzeitsgeschenk-Vase.

deutschen Zeitung“ und nicht zu deren Internet-Ausgabe.

In den Vereinigten Staaten dagegen, dem Mutterland des Internet, hat sich bereits ein Berufsverband für Online-Journalisten gegründet. Bekannte, erfahrene Reporter wechseln zu Internet-Magazinen, so wie Michael Kinsley, einst CNN-Moderator und Redakteur des Politblattes „New Republic“. Seit 1996 leitet er Microsofts Web-Magazin „Slate“.

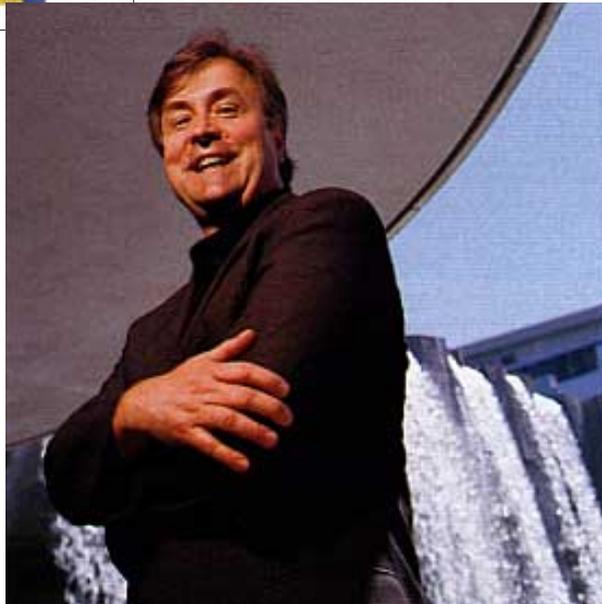
Die digitalen Zeitungen vermögen inzwischen die Nation zu bewegen und die Mächtigen zum Wanken zu bringen. Es war Matt Drudge, Tratsch-Onkel des Cyberspace, der als erster Bill Clintons Vorliebe für die rundliche Praktikantin Monica Lewinsky in die Welt hinausblies. Und es waren die Reporter von Salon.com, die den Gegen-Coup landeten: Sie publizierten eine alte Affäre des Republikaners Henry Hyde – Vorsitzender jenes Repräsentantenhaus-Ausschusses, der sich mit Clintons Amtsenthebung befasste.

Die Artikel der kleinen Redaktion von „Wired News“, einem auf Technologie spezialisierten Computer- und Internet-Magazin, werden immerhin von mehr als einer Million Surfern im Monat gelesen.

Zwar haben die 15 Reporter – der älteste ist 34 – noch Schwierigkeiten, Firmenchefs zu Exklusivinterviews zu überreden. Aber dafür schaffen sie es, in Sternstunden, die Börse zu bewegen. „Nachdem wir eine Geschichte online geschaltet haben“, erzählt der Nachrichtenchef James Glave, „kann ich manchmal zugucken, wie innerhalb von Minuten die Kurse fallen.“

Wie heftig das Internet die Welt von Druckerschwärze und Papier revolutionieren wird, vermag allerdings selbst in den USA immer noch niemand zu sagen. Werden die Menschen in Zukunft vor den Computerbildschirmen hängen, statt am Frühstückstisch das „Wall Street Journal“ oder die „Frankfurter Allgemeine“ zu entfalten?

Nur eines ist inzwischen klar: Die gute alte Tageszeitung, tapfere Überlebende der Attacken von Radio und Fernsehen, für so unsterblich gehalten wie die Neugier der Menschen selbst, schwebt diesmal ernst-



Salon.com-Chef Talbot: „Das wird sie umbringen“

nien und Frankreich sinken die Auflagen seit 30 Jahren. Mitte der sechziger Jahre haben sich noch 80 Prozent der US-Amerikaner der täglichen Lektüre gewidmet, 1997 waren es gerade mal 58 Prozent. Das Internet dürfte diesen Trend verschärfen.

Besonders tragisch für die US-Zeitungsmacher: Vor allem jüngere Leute verschmähen zunehmend das bedruckte Papier. 1990 hatten 39 Prozent der befragten 21- bis 35-jährigen US-Bürger angegeben, am Vortag eine Zeitung gelesen zu haben; inzwischen sind es nur noch 31 Prozent.

Experten vermuten, dass man mit dieser Generation auch gleich die folgende von der Liste potenzieller Abonnenten und Käufer streichen kann, da die tägliche Lektüre am Frühstückstisch einem Ritual wie dem Zähneputzen entspricht, das Hänchen früh von den Eltern lernt – oder nimmermehr.

Das Internet konkurriert nicht nur um die Leser der Tageszeitungen – es raubt ihnen vor allem das Geschäft: Kleinanzeigen, das Lebenselixier vor allem der regionalen Blätter. Das World Wide Web scheint geradezu erfunden worden zu sein für Job-, Wohnungs- oder Partnersuche. Denn es ist überregional – wer von Bonn nach Berlin zieht, muss nicht mehr

In Frankreich und England hat das Blättersterben bereits begonnen. Ebenso in den USA: So können die Bürger San Franciscos vielleicht nicht mehr lange zwischen zwei Tageszeitungen wählen, denn gerade erst vorvergangene Woche hat die Hearst Corporation verkündet, den „Examiner“ loswerden zu wollen – ausgerechnet jenes Blatt, mit dem der legendäre Medienzar William Randolph Hearst (er diente als Vorbild für Orson Welles’ „Citizen Kane“) einst sein Imperium begründete. Wahrscheinlich, vermuten Branchenkenner, will niemand den „Examiner“ haben.

Kleinere Lokalblätter sind ohnehin rettungslos verloren, vermutet das britische Wirtschaftsmagazin „Economist“ in einem Abgesang auf die Tageszeitung, dem nur der Trauerrand fehlt, um wie eine Todesanzeige zu wirken: „Sehr wahrscheinlich werden sie aus dem Straßenbild verschwinden wie Pferd und Kutsche.“

Informationshungrige lieben das Internet. Besonders in den Staaten, wo der Zugang kaum etwas kostet, holen sie sich die Nachrichten zunehmend aus dem World Wide Web. König ist der Newskanal von AOL mit über 14 Millionen Besuchern im Monat (siehe Grafik Seite 103).

In der Woche, in der Kennedys Flugzeug abstürzte, zählte etwa die Web-Seite der „New York Times“ 18 Prozent, die Internet-Seite des TV-Senders CBS sogar 28 Prozent mehr Besucher. Und bereits Ende 1998 dienten der Hälfte aller Internet-Nutzer die News-Seiten von Yahoo, Excite und den anderen Portalen als Quelle fürs Aktuelle. Das Radio als Informationsmedium ist längst überholt: Mehr Leute klickten lieber durch die Meldungen im Netz.

Selbst in Deutschland, wo Telefongebühren die Online-Zeit verteuern, landen immer mehr Leser auf den Web-Seiten der Tageszeitungen, der Wochen- und Monatsmagazine. Entsprechend haben die meisten Medien einschließlich der Fern-

sehkanäle eigene Seiten im Netz eingerichtet. Insgesamt sind bei der IVW, einem Verein, der Druckauflagen und Online-Nutzung zählt, 185 Online-Angebote gemeldet, vom „Deutschen Ärzteblatt“ über den SPIEGEL bis hin zu Motorradzeitschriften. Als Nachzügler stellte gerade erst im Juli die Hamburger „Woche“ eine Seite ins Internet.

Die Manager traditioneller Printmedien beziehen die Posten an der Cyberfront nicht, weil das Internet en vogue ist oder weil sie Angst hätten, den Zug in die Zukunft zu verpassen. Elektronisches Publizieren ist sinnvoll.

Der offensichtlichste Vorteil: Es kostet deutlich weniger, als tonnenweise Papier zu kaufen, das dann noch bedruckt, zerschnitten, gefaltet und in kleinen Portionen im ganzen Land verteilt werden muss.

Im Web können Zeitungen endlich mit der Reaktionsgeschwindigkeit von TV-Nachrichtenkanälen wie CNN Schritt halten – ob sich die Sonne verfinstert, Kennedy junior abstürzt oder Bomben in Belgrad detonieren.

Gleichzeitig müssen sie nicht auf ihre Stärken, die klassische Analyse, verzichten: Die meisten Internet-Nachrichtenseiten schnürten während des Balkankriegs Spezialpakete mit unerschöpflichem Hintergrundmaterial wie Landkarten und Links zu weiterführenden Seiten.

Multimedia erscheint reicher als die Druckerschwärze auf billigem Papier. Im Kosovo-Konflikt stellte die „New York Times“ Presseerklärungen in einer Audio-Datei auf die Website, die „Los Angeles Times“ stellte ein paar Stunden, nachdem ein Amokläufer auf Kinder in einem jüdischen Gemeindezentrum schoss, eine Dia-Show mit Bildern vom Tatort ins Netz.

Im Cyberspace ist der Leser zudem nicht länger ein unbekanntes Wesen. So kann, wie bei „Wired News“ und „Salon“, sofort überprüft werden, welche Artikel wie viele Leser in ihren Bann gezogen haben und wann sie der Lektüre überdrüssig wurden und sich weggeklickt haben.

Dass Internet-Zeit eher der Lichtgeschwindigkeit gleicht als dem Schnecken-tempo der Druckerpresse, ist nicht nur ein Mythos der neuen Medienmacher. Es sind die Leser, die von ihren Web-Nachrichten die 24-Stunden-7-Tage-Berichterstattung erwarten. Die Site der „New York Times“ wird alle zehn Minuten auf den neuesten Stand gebracht. „Man hört nicht auf, seine Site zu aktualisieren“, erklärt Michael Kinsley von „Slate“, das ursprünglich als Wochenmagazin angelegt war. „Weil es möglich ist, macht man es auch.“

In der Welt der Online-Journalisten ist der Redaktionsschluss keine Uhrzeit mehr. Deadline ist immer, Tag und Nacht, wie bei den Kollegen von den Nachrichtenagenturen. Nur müssen sie schöner schreiben als die, mindestens so hübsch wie für eine Tageszeitung.

„Unsere Nachrichten verbreiten sich so schnell wie das Licht“, sagt James Glave von „Wired News“. „Nicht mehr so langsam wie Papier.“ Deswegen hat er sich so auf Rasanz getrimmt, dass er Geschichten jetzt in Echtzeit schreibt – noch während sie passieren.

Bei Pressekonferenzen hackt er mit fliegenden Fingern Wort für Wort des Vortrags in den Computer. Jede Atempause, jedes Räuspern des Referenten nutzt er, um wichtige Stellen aus seiner Mitschrift in das andere Fenster auf dem Bildschirm zu kopieren: Dort entsteht die Story.

Die nächste kurze Stille reicht ihm, die Lücke zwischen zwei Zitaten mit glättenden Sätzen zu füllen. Dann, schnell, schnell, wieder mittippen, wieder zurückspringen zum Artikel, noch ein paar Erklärungen in den ersten Absatz, einen Schluss stricken, dauert ja nur eine Minute, weg mit den kleinen Flüchtigkeitsfehlern, 30 Sekunden für die Überschrift.

Das Tempo der Netznachrichten raubt allerdings oft die Lust an der Lektüre. Der Druck der immer lauenden Deadline zwingt die Reporter zu hastigem Gefasel oder unredigiertem Agentur-



stanze, die Eile in den Internet-Redaktionen geht leicht auf Kosten der Akkuratess.

Matt Drudge etwa, der exzentrische Klatschkolumnist, verbreitet seine Skandalhistorchen im weltweiten Datennetz, ohne die Fakten zu überprüfen. Und Zeitungen packten „halbfertige Geschichten“ auf ihre Website, meint Michael Kinsley, „um das Feld für sich zu beanspruchen und die Konkurrenz zu schlagen“. Die Geschwindigkeit und der Wettbewerbsdruck machen es schwieriger, Standards einzuhalten.

Die Leser schenken den News im Netz deshalb weniger Vertrauen: Nur etwas mehr als 80 Prozent der Leser hielten die Informationen aus dem Cyberspace für ebenso verlässlich wie traditionelle Nachrichten, heißt es in einer Studie des Marktforschers Jupiter Communications vom Dezember vorigen Jahres. Und beinahe ein Drittel zweifelt an der Objektivität der Berichterstattung, wenn die Online-Quelle neben Nachrichten auch käufliche Ware anbietet.

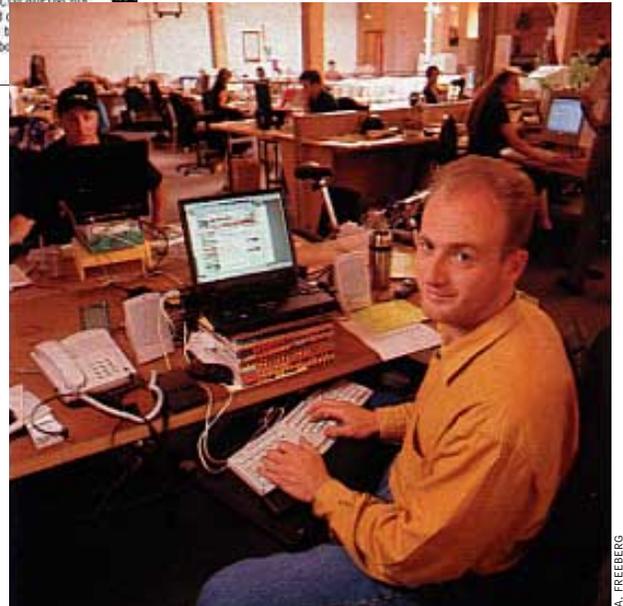
Und das tun immer mehr: Die „New York Times on the Web“ etwa hat neben ihren Buchbesprechungen einen Link zum elektronischen Buchversand Barnesandnoble.com platziert – ein Klick, und man landet direkt auf der Seite, auf der das besprochene Buch mit einem weiteren Klick zu kaufen ist. E-Commerce ist das Zauberwort in der Online-Medienwelt.

Denn: Keine einzige News-Seite ist profitabel. Nur das „Wall Street Journal Interactive“ soll angeblich demnächst in die Gewinnzone rutschen. Aber das Online-Angebot der altehrwürdigen Wirtschaftszeitung kann es sich offenbar leisten, Abo-Gebühren von den Lesern zu verlangen: 59 Dollar im Jahr. Und diese Einnahmen machen immerhin neben der Werbung die Hälfte des Umsatzes aus.

Andere Abo-Modelle funktionieren längst nicht so gut oder gar nicht – Michael

Kinsley ist verzweifelt gescheitert, als er versuchte, Geld einzutreiben von den Besuchern der „Slate“-Site. Surfer mögen nicht zahlen.

Selbst die Umsätze erfolgreicher Websites sind lächerlich, gemessen am klassischen Zeitungsgeschäft: Die Blätter der „New York Times“-Gruppe bewegen 2,9 Milliarden Dollar – ihre Online-Tochter gerade mal 25 Millionen, die Verluste belaufen sich auf 15 Millionen Dollar. Kein großes Geschäft.



„Wired News“-Mann Glave: „Gucken, wie die Kurse fallen“

„Verzweifelt.com“ betitelt das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ seine Geschichte über die Millionenverluste der Medienunternehmen im Internet.

Schätzungen zufolge hat Time Warner 100 Millionen Dollar in seine „Pathfinder“-Website gesteckt und 30 Millionen Verlust gemacht. Sie wurde kürzlich eingestellt. Dabei können sich solche Konzerne den Luxus einer Web-Präsenz wenigstens ein Weilchen leisten – eigenständige Netzmagazine ohne solides Geschäft in der Rückhand haben kaum eine Chance.

Das ist einer der Gründe, warum nur „Salon“ als einzig nennenswerte Web-Publikumszeitschrift ohne Konzernmutter überlebt hat. Und deswegen hat sich David Talbot das Polster zur weiteren Existenz-erhaltung im Juni an der Börse geholt: 25 Millionen Dollar. Gerade gab die Geschäftsführung bekannt, dass sie im vergangenen Vierteljahr 16 Millionen Dollar Verlust gemacht hat.

„Das wird noch eine Weile so weitergehen“, prophezeit Talbot. Wie lange noch, kann er nicht sagen. Bis dahin hofft er auf spendable Sponsoren und verkauft den Salon-Kaffee samt Tassen und Umhängetaschen. Und liest allmorgendlich das „Wall Street Journal“ und die „New York Times“. Online-Chefredakteur Talbot: „Papier ist schon praktischer.“

RAFAELA VON BREDOW

Lektüre am Bildschirm

Amerikanische Online-News-Seiten und -Tageszeitungen; Besucher im Juni 1999 in Millionen

AOL News Channel	AOL.COM	14,0
ZDNet	ZDNet	7,6
MSNBC	MSNBC	5,9
Pathfinder	TIME.com	5,4
CNN	CNN interactive	4,0
USA Today	USA TODAY	2,2
New York Times	The New York Times	1,8
Wired News	WIRED	1,0
Wall Street Journal	WSJ.com	0,8
Slate	Slate	0,8

Quelle: Media Metrix

DER SPIEGEL



FOTOS: RTL

Amerikanische Comicserie „South Park“: Frontalangriff auf den guten Geschmack



TV-SERIEN

Rabiate Zyniker

Eine deutsche Fangemeinde im Internet fiebert dem Fernsehstart der US-Zeichentrickserie „South Park“ entgegen – einer politisch unkorrekten Kultsendung.

Noch 20 Tage zeigt der Countdown auf der Homepage von Kai Hermesen, 16, an. Zu Ehren seiner neuen Lieblingssendung zählt der Schüler aus Haltern für alle, die es genau wissen wollen, die verbleibende Zeit bis zum Serienstart von „South Park“.

Bis zum 5. September müssen sich Fans wie Kai noch gedulden, dann wird RTL die neue amerikanische Zeichentrickserie ausstrahlen. In den USA avancierte „South Park“ rasch zur Kultsendung der neuen „Political Incorrectness“-Bewegung: Der zuvor unbedeutende Kanal Comedy Central hatte auf einmal die populärste Sendung des Kabelfernsehens im Programm.

Ähnlich der Zeichentrickserie „The Simpsons“ spiegelt auch „South Park“ auf bizarre Weise die Erlebniswelt von Schulkindern – nur ist der Dreh noch böser, obszöner, ekliger. Die Probleme der vier Drittklässler Stan, Kyle, Cartman und Kenny passen so gar nicht in das Umfeld ei-

ner Kleinstadtgrundschule: Den Unterricht erteilt ein schizophrener Lehrer, der von einer Handpuppe („Mister Zylinder“) in den Wahnsinn getrieben wird. Stans Onkel bringt den Kindern den Umgang mit Uzis und Maschinengewehren bei. Verarztet werden die vier von einer Krankenschwester, der ein Fötus am Kopf angewachsen ist.

Der beste Freund der Kinder ist der Chefkoch der Schulcafeteria: Er zeigt ihnen, wie sie sich gegen Aliens wehren müssen oder wie man Zombies besiegt. Gern beglückt er die Achtjährigen auch mit schlüpfrigen Songs („I want to touch you where the lights don't go / Wo kein Licht hindringt, da will ich dich anfassen“).

„South Park“ ist ein Frontalangriff auf das verlogene Amerika, auf die „Political Correctness“ der neunziger Jahre. Lustvoll und kenntnisreich verstoßen die Serienmacher Trey Parker, 29, und Matt Stone, 28, gegen die gesellschaftlichen Regeln, jeder

darf wieder verspottet und diskriminiert werden: Kyle trifft es wegen seiner jüdischen Abstammung, Cartman, den die Jungen „Fatass“ (Fettarsch) rufen, wegen seines Übergewichts. Kenny, den man mit seiner stets zugezogenen Kapuze immer nur unverständlich murmeln hört, stirbt fast jede Woche einen anderen grausamen Tod: Mal wird er vom Fahnenmast aufgespießt, mal erschlagen oder vom Blitz getroffen. Die Jungen reagieren immer gleich auf sein Ableben: „Oh my god, they killed Kenny. You bastards!“

Die rabiaten Zyniker Parker und Stone greifen sich auch Prominente jeder Couleur. Da erscheint Barbra Streisand als böses Monster, das die Stadt bedroht, oder Saddam Hussein als Eroberer von Kanada – auf seinem Feldzug zwingt der Diktator den Popstar Celine Dion, die irakische Nationalhymne zu singen. Auch Jesus findet eine zeitgemäße Rolle. Der christliche Erlöser hat in einem kleinen Lokalsender der Stadt seine eigene Talkshow, kämpft um Quoten und trägt seine Streitigkeiten mit dem Teufel im Boxing aus.

Seit der Erstausstrahlung im Sommer 1997 konnte der Sender Comedy Central mehr als zehn Millionen neue Abonnenten gewinnen. Mit Merchandising-Produkten wie T-Shirts und Baseball-Caps kassierte der Sender nach Angaben der Zeitschrift „Forbes“ über 100 Millionen Dollar, und der im Juni gestartete Kinofilm „South Park: Bigger, Longer and Uncut“ spielte bereits 52 Millionen Dollar ein.

Über das Internet schwappte die Euphorie um die Serie schon früh nach Deutschland. Auf einem Dutzend Homepages tauschen deutsche Fans Informationen und Spott über ihre Lieblingsfiguren aus. Seit April können die US-Episoden der Serie unter der deutschen Adresse „www.south-park.de“ heruntergeladen werden. Und obwohl die Übertragung einer 30 Megabyte großen Real-Video-Folge mittels einer normalen Telefonleitung länger als eine Stunde dauert, haben sich die Fans schon mehr als 11 000-mal von dem „South Park“-Server bedient, den der Bonner Kommunikationsstudent Noël Köthe, 24, auf eigene Kosten unterhält. Köthe: „Ich wollte den Fans in Europa einen direkteren Zugang ermöglichen.“

Hartgesottene Anhänger bezweifeln ohnehin, dass eine Serie wie „South Park“ synchronisiert werden darf. Im Netz gründete sich sogar eine „South Park Community gegen RTL“, die mindestens die Ausstrahlung im Zweikanal-Modus forderte und vorsorglich gegen eine mögliche Zensur von RTL protestierte. Die Sendezentrale sah sich genötigt, in einer E-Mail klarzustellen, dass die Serie unzensuriert ausgestrahlt werden soll. Vorgesehen ist ein kindersicherer Sendeplatz: sonntags um 23.15 Uhr.

Mit der jetzt vorgelegten Übersetzung können die Fans zufrieden sein; die Version von Arne Elsholtz bleibt dicht am unfläti-

gen Originalton der US-Ausgabe. Die Serie lebt zudem von den Auftritten berühmter Gastsprecher: So lieh Frauenschwarm George Clooney dem schwulen Hund Sparky seine Stimme. In der deutschen Ausgabe kommen einheimische TV-Größen wie Heiner Lauterbach, Jasmin Tabatabai oder Guido Horn zum Zuge. Das Münchner Synchronstudio entschied sich dafür, sogar die Lieder von „South Park“ einzudeutschen.

Auf den fröhlichen Erfolg des zynischen Unfugs fallen allerdings dunkle Schatten. Seit im April dieses Jahres zwei Schüler in einer High School von Littleton, Colorado, – Matt Stones Heimatort – Amok liefen und 13 Menschen töteten, sind

auch die Gegner der Serie lauter geworden, die den brutalen Ton der „South Park“-Welt als Gewaltverherrlichung anprangern. Ein Freund der beiden Schüler, die das Massaker verübten, trug zu seiner Vernehmung ein T-Shirt, auf dem der tote, blutüberlaufene Serienheld Kenny zu sehen war.

Die Erfinder von „South Park“ setzen sich mit der Kritik auseinander – auf ihre Weise. In einer Episode demonstrieren besorgte Eltern für die Absetzung einer jugendgefährdenden Trickfilmserie. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, schleudern sie sich selbst mit Katalpulten gegen die Sendezentrale und verbluten elend. PETER ONNEKEN, DIETMAR PIEPER

„Spezieller Sinn für Humor“

Die „South Park“-Macher Trey Parker und Matt Stone über ihre Schulerlebnisse und Erfolg in Hollywood



Stone, Parker

SPIEGEL: Sie machen in „South Park“ Witze über Behinderte, Schwule und Juden, über Kinder-Killer und Anal-Sex. Gibt es in Ihrem Wortschatz überhaupt Vokabeln wie „ekelhaft“ oder „beleidigend“?

Stone: Es ist überhaupt nicht unsere Absicht, Menschen zu beleidigen.

Parker: Genau. Matt und ich wachen nicht jeden Morgen auf und fragen uns: Okay, wem können wir heute so richtig

ans Bein pinkeln? Die schockierende Wirkung von „South Park“ resultiert nur aus unserem speziellen Sinn für Humor. Und der hat sich immer schon an Vorbildern wie der britischen Gruppe Monty Python orientiert.

SPIEGEL: Wie erklären Sie dem deutschen Publikum, dass es dabei um mehr geht als um schlechten Geschmack und infantilen Humor?

Stone: Tut es das denn?

SPIEGEL: Ganz zu Recht gilt „South Park“ vielen Interpreten als clevere Satire auf die in den USA allgegenwärtige Political Correctness.

Stone: Wir versuchen nur, gute Geschichten zu erzählen.

SPIEGEL: Und doch bemühen sich US-amerikanische Journalisten um intel-

lektuelle Analysen von „South Park“, nennen die Serie postideologisch und anti-Pc. Halten Sie diese Attribute für passend?

Parker: Wissen Sie, die Presse verleiht gern Etiketten. Heute sind wir anti-ideologisch, und morgen ruinieren wir die Demokratie. Tatsächlich versuchen wir nur, witzig zu sein.

SPIEGEL: Ihre Hauptcharaktere – alleamt Grundschüler – sind misanthropische kleine Biester. Speist sich das aus den Erinnerungen an Ihre eigene Jugend?

Parker: Ja, eine Menge in „South Park“ spiegelt meine eigenen Erlebnisse in der Schule.

Stone: Kleine Kinder sind komplette Bastarde. Alle Kinder.

SPIEGEL: Würden Sie Ihre eigenen Kinder „South Park“ anschauen lassen, oder ist das eine Serie für Erwachsene?

Stone: Wir machen „South Park“ für unsere Freunde, und die sind Erwachsene. Aber ich glaube, es liegt an den Eltern, jeweils zu entscheiden, was für ihre Kinder richtig ist. Es gibt sicher sehr reife 12-Jährige, die mit „South Park“ umgehen können, und ebenso gibt es sehr unreife 18-Jährige, die die Serie möglicherweise nicht sehen sollten.

SPIEGEL: Sie haben beide Film studiert. Können Sie das jemandem empfehlen, der ins Showbusiness will?

Parker: Nein. Um in Hollywood Erfolg zu haben, übt man am besten, ein richtiges Arschloch zu sein.

Stone: Und am allerbesten ist es, wenn man wirklich saudumm ist.

Werbeseite

Werbeseite

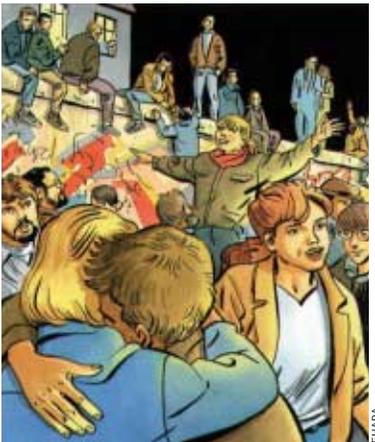
Werbeseite

Werbeseite

COMIC

Deutsche Vita

Die deutsche Nachkriegsgeschichte in einem 50 Seiten schmalen Comic zusammenzufassen, dürften die meisten Autoren dankend ablehnen. Drei Historiker haben den Versuch gewagt, und ihr Werk „Geht doch rüber!“ (Ehapa-Verlag) ist erstaunlich gut geglückt. Vermutlich verdankt sich das auch der länderübergreifenden Zusammenarbeit: Die Stimmungen auslotenden Zeichnungen stammen von Elsässer Künstlern. Erzählt wird das Schicksal zweier Schwestern, die sich in den Kriegswirren verlieren und sich Jahre später wieder treffen, eine ist in Leipzig gelandet, die andere in Nürnberg: Deutsche Vita zwischen 1945 und 1998 – entlang bedeutender Ereignisse und berühmter Politikerworte. Die Autoren halten Denkweisen und Irrtümer fest, ohne Personen zu verunglimpfen. So bleibt trotz des hohen Tempos der Erzählung auch noch Platz für Herzensangelegenheiten.



Comicszene Mauerfall

MODE

Jagdszenen auf Seide

Gute Nachricht für junge Frauen mit modebewussten Müttern: In diesem Sommer müssen keine Kleider oder Röcke gekauft werden, Anruf zu Hause genügt. Irgendwo hat die Mama bestimmt ihre großen Seidentücher von Yves Saint Laurent, Hermès oder Ferre deponiert. In den Achtzigern trugen Damen sie lose um eine Schulter geworfen, je farbenfroher, desto besser, das Kostüm darunter sollte schlicht sein. Neuerdings bevorzugen Ungaro und andere Designer für die edlen Vierecke mit dem eingerollten Saum wieder die von Gemälden aus dem vergangenen Jahrhundert bekannte Methode: Um die Hüften geschlungen und mit kleinen Knoten seitlich befestigt, verhüllen Seidentücher raffiniert die weibliche Mitte. Unter den Gürtel geschoben und als Kittel benutzt, reizen sie zum Wettbewerb um das gewagteste Motiv. Da hat man mit Hermès gute Chancen: Dessen auf Seide gebannte Jagdszenen mit edlen Pferden, Hundemeute und Hornbläsern kommen als Schürze erst richtig zur Geltung.



Seidentuch von Ungaro

FRISEURE

Lockenrezepte im Internet

Es gibt Tage, an denen die Haare auf dem Kopf eines Menschen anders wollen als ihre Besitzer. Läuft man in solchen Situationen zum Friseur, gönnt man dem bloß Schadenfreude, denn Überraschungsbesuche werden in besseren Salons müde belächelt. Seit ein paar Wochen haben Londoner Hair-Stylisten Abhilfe geschaffen. Im Internet bieten sie desperaten Strohköpfen schnelle Hilfe. Es ist nicht irgendwer, an dessen elektronische Tür man da klopft: Den Salon von Jo Hansford darf man getrost um den Farbton von Kate Winslet bitten, die kupferrote „Titanic“-Schauspielerin ist dort Kundin. Und der Coiffeur Daniel Galvin kennt das Lockenrezept von Nicole Kidman, seit die blonde Schönheit sich von ihm dauerwellen lässt. Auf jeden Fall gilt ab sofort für jeden Internet-Benutzer:

www.johansford.com



www.daniel-galvin.co.uk



Wenn die Haarspitzen splissen, dann beruhige man sich vor dem Bildschirm und stelle sich niemals mit einer Papierschere vor den Spiegel, denn was dabei rauskommt, ist mit Sicherheit ein Desaster.

Internet-Seite des Salons Jo Hansford



Circus-Ethiopia-Gründer Lachance (1996), Schützlinge in der Arena: Es blieb nicht beim Flickflack-Schlagen und Jonglieren

KINDESMISSBRAUCH

Trau keinem, der weiß ist

Organisationen, die sich um verwahrloste Kinder in der Dritten Welt kümmern, werden von Pädophilen für deren Zwecke missbraucht. Die betroffenen Hilfswerke wollen sich mit weltweiten Schwarzen Listen gegen Kinderschänder schützen.

Die Einheimischen nennen sie „die Ratten von Tana“ – die etwa 10 000 Straßenkinder in Madagaskars Hauptstadt Antananarivo. Die Minderjährigen bergen sich Abfälle aus dem Müll, um zu überleben. Sie schlafen unter parkenden Autos und in Kanalisationsrohren.

Weil sich kaum jemand um die Jungen und Mädchen kümmert, helfen Europäer. Nach drei Monaten Urlaub auf der Sonneninsel im Indischen Ozean gründeten ein Tontechniker und ein Agraringenieur aus Berlin 1994 die private Hilfsorganisation Zaza Faly – glückliches Kind.

„Straßenkinder sind empfindlich wie Blumen. Man muss sie schützen, damit sie nicht zerdrückt werden.“ So poetisch warb der Verein für sich im Internet. In einem Fernsehfilm sahen Millionen Deutsche, wie die engagierten Helfer zerlumpte Kindern Essen austeilten, ihnen liebevoll die Fingernägel kappten oder zerfilzte Wuschelköpfe entlausten.

Der Reiseführer „Madagaskar und Komoren – Richtig Reisen“ des Dumont-Verlags empfahl dem vom Elend bewegten Touristen, lieber für Zaza Faly zu spenden, als den kleinen Obdachlosen ein Geldstück in die Hand zu drücken.



Kinderprostituierte in Thailand: „Empfindlich wie Blumen“

Heute ist der Verein aus dem Netz verschwunden. Auch die Berliner Telefonauskunft kann keine Nummer finden. Das Straßenkinderheim der Organisation in der madagassischen Stadt Antsirabe – eines von drei Projekten auf der Insel – musste schließen. Zaza-Faly-Gründer Ralf K. wird auf Madagaskar per Haftbefehl gesucht.

Vor zwei Jahren waren die mildtätigen Helfer in bösen Verdacht geraten: Mindestens einer von ihnen soll Kinder sexuell missbraucht haben, behauptete die renommierte internationale Hilfsorganisation Mé-

decins sans frontières, die die Kinder im Heim von Antsirabe medizinisch betreute. Ein Zögling hatte sich den Ärzten anvertraut.

Auch die japanische Ordensschwester Thérèse Hitomy, die ein halbes Jahr bei den deutschen Helfern arbeitete, beschuldigte Zaza Faly. Der Bischof von Antsirabe, Félix Ramanarivo, sorgte sich in einem Brief wegen der „Gerüchte, dass Kinder dieser Institution Misshandlungen erleiden“. Médecins sans frontières erstattete in Deutschland Anzeige gegen den Zaza-Faly-Mann.

Die Justiz konnte den Verdacht gegen die Zaza-Faly-Verantwortlichen nicht beweisen, die Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) stellte kürzlich das Ermittlungsverfahren ein.

Der Vorfall ist kein singuläres Phänomen. Auch anderswo in der Dritten Welt geraten Hilfsorganisationen ins Zwielficht. „Leute mit sexuellen Neigungen für Kinder nutzen geschickt das große Netzwerk der Entwicklungshilfe. Wenn Verdacht aufkommt, wechseln sie von einer Organisation zu einer anderen“, warnt Phillippe Biberson, Präsident von Médecins sans frontières Frankreich.

Der britische National Criminal Intelligence Service, eine nationale Polizeibehörde, stellte in einem Bericht fest: Pä-



dophile Straftäter benutzten Hilfsorganisationen in Afrika bereits in einem Umfang, der dem Sextourismus ins thailändische Bangkok und Pattaya nahe komme. Es gebe sogar Hinweise, dass Helfer ihnen anvertraute Zöglinge nicht nur selbst sexuell missbrauchten, sondern sie auch an andere Pädophile für pornografische Fotos und Videos verkuppelten.

„Es gibt ein Risiko, dass pädophile Täter die besondere Situation in Schutzprojekten der Dritten Welt ausnutzen, um Kinder sexuell zu missbrauchen“, bestätigt auch Wolf-Christian Ramm, Sprecher von Terre des Hommes Deutschland. Sponsoren der Organisation, so Ramm, drohten bereits, ihre Spenden zu stornieren.

Sie sind aufgeschreckt durch einen Skandal bei der Schweizer Terre-des-Hommes-Organisation, die mit der deutschen Gruppe nur den Namen gemeinsam hat. In der äthiopischen Wollo-Provinz, enthüllte die britische Tageszeitung „The Guardian“, hatten Pädophile das Terre-des-Hommes-Kinderdorf Jari regelrecht unterwandert. Der für Äthiopien zuständige Direktor der Organisation, David Christie, 57, wurde als Kinderschänder entlarvt.

„Die Kinder denken, der muss gut sein, nur weil er weiß ist“, erzählt Yehalew Alebachew, heute 18 Jahre alt, der mit 15 im Kinderdorf missbraucht wurde. „Jeder Weiße war gut, dachten wir. Heute traue ich keinem mehr, der weiß ist.“

„Er war wie unser Vater“, erinnert sich Berihun Kebede, ein anderes Opfer, „früher waren wir stolz, Terre-des-Hommes-Kinder zu sein, jetzt schämen wir uns deswegen.“

Der Brite Christie, Vatergestalt für mehr als 300 Jungen und Mädchen – fast alle Kinder hatten während der Hungerkatastrophe von 1984/85 ihre Familien verloren –, übernahm 1994 den Job des Terre-des-Hommes-Repräsentanten in Äthiopien. Obgleich er Büro und Wohnung in der Hauptstadt Addis Abeba bezog, verbrachte er jede freie Minute im Kinderdorf im Hinterland.

Der Pädophile Christie hatte einen großen Freundeskreis. So brachte er schon bald nach seinem Amtsantritt den Kanadier Denys B. ins Kinderdorf. Doch der blieb nur wenige Wochen: Äthiopische Mitarbeiter hatten ihn in flagranti mit einem zwölfjährigen Jungen erwischt. Christie selbst feuerte den Mann.

Ein Freund Christies war auch der Kanadier Marc Lachance, der den Circus Ethiopia gründete. Der ehemalige Lehrer an der Internationalen Schule in Addis Abeba sammelte Straßenkinder auf und lehrte sie akrobatische Kunststücke. „Die Kreativität der Straßenkinder hat die Kraft, sie zu retten“, schwärmte der Zirkusdirektor in einem Interview. Schon bald tingelte Circus Ethiopia durch die Welt – umjubelt von tausenden Besuchern, die mit dem Kauf einer Eintrittskarte auch einer guten Sache dienen wollten.

Doch es blieb nicht beim Flickflack-Schlagen, Jonglieren oder dem Bau menschlicher Pyramiden. Im Oktober vergangenen Jahres baten 15 junge Akrobaten auf einer Tournee in Australien um Asyl. Begründung: Ihr Chef verginge sich seit Jahren an ihnen. Lachance wies die Vorwürfe weit von sich. Kurz nachdem die äthiopische Polizei ihre Ermittlungen aufgenommen hatte, beging er Selbstmord.

Terre des Hommes entließ Christie, fünf weitere Mitarbeiter des Projekts stehen unter Verdacht, Kinder sexuell missbraucht zu haben. „Wir machten den Fehler, diese Dinge intern regeln zu wollen, weil wir Angst hatten, dass uns die äthiopischen

Behörden des Landes verweisen“, gibt der Schweizer Terre-des-Hommes-Sprecher Christoph Schmocker offen zu, „wir hätten sofort die Äthiopier informieren müssen.“

Erst als der Skandal im Land bekannt wurde, ging Terre des Hommes in die Offensive. In Äthiopiens größter Tageszeitung leistete die Organisation Abbitte: „Wir entschuldigen uns aus tiefstem Herzen bei unseren Schützlingen, unseren Mitarbeitern, der äthiopischen Öffentlichkeit und Regierung für diese Tragödie. Und wir verpflichten uns, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen.“

Für diesen Zweck hat Terre des Hommes die äthiopische Psychologin Tizita Gebreu engagiert, eine erfahrene Expertin, die in Schweden jahrelang traumatisierte Sex-Opfer behandelt hat. Gebreu führt zur Zeit mit allen 300 Kindern in Jari intensive Gespräche und forscht auch nach jenen Jugendlichen, die das Dorf bereits verlassen haben. Sie befürchtet, dass sie viele weitere Opfer aufspüren wird.

Terre des Hommes Deutschland ist bislang von einem derartigen Skandal verschont geblieben. Doch der deutsche Sprecher Ramm räumt ein: „Das Risiko ist groß. Wir würden lügen, wenn wir sagen würden, das kann uns nicht passieren.“

Die betroffenen Organisationen können sich kaum wirksam schützen. Der Verein Plan International Deutschland in Hamburg, der bislang 116 000 Patenschaften in 21 Länder vermittelte, hat für Begegnungen zwischen Spendern und ihren Patenkindern einen Knigge erarbeitet. „Bei uns gilt



Zaza-Faly-Projekt auf Madagaskar: Strafanzeige in Deutschland

eine eiserne Regel“, sagt Plan-Sprecherin Inga Esser, „ein Sponsor darf nicht mit seinem Patenkind allein sein, da ist immer jemand von uns dabei.“

Die Kindernothilfe e. V. in Duisburg, die das Pädophilenproblem aus drei Fällen kennt, setzt auf intensive Schulung ihrer Helfer. „Beim geringsten Verdacht“, so Renate Vacker von der Nothilfe, „trennen wir uns von den Mitarbeitern.“ Außerdem habe man gute Erfahrungen gemacht, in reinen Mädchenprojekten ausschließlich weibliches Personal einzusetzen.

In Großbritannien haben sechs renommierte Stiftungen, darunter der Kinderschutzbund, nach dem Skandal im äthiopischen Kinderdorf Jari in einer gemeinsamen Initiative strengere Bestimmungen gefordert. Nach bestehendem Recht können verurteilte britische Sexualstraftäter gezwungen werden, den Behörden ihren Wohnsitz anzugeben. Wenn sie aber ins Ausland gehen, entfällt diese Pflicht.

Ein Register von Sexualstraftätern verlangt auch die schweizerische Terre des Hommes. „Wir wollen Schwarze Listen“, sagt Christoph Schmocker, „und sei es auch nur zum Informationsaustausch unter den Hilfsorganisationen.“ In Deutschland sind die Kinderschützer geteilter Meinung: Kritiker warnen davor, den Datenschutz auszuhöhlen.

Der Bundestag hat schon 1993, aufgestört durch den wachsenden Kindersex-Tourismus in Entwicklungsländer, reagiert: Das Parlament beschloss, das Strafgesetzbuch dahingehend zu erweitern, dass im Ausland wegen Kindesmissbrauch straffällig gewordene Bundesbürger auch in Deutschland verfolgt werden können.

Doch mit der Umsetzung hapert es. „In sechs Jahren sind weniger als zwei Dutzend Sexualstraftäter vor Gericht gestellt worden“, klagt Mechtild Maurer vom internationalen Kinderschutzbündnis ECPAT. Die Abkürzung steht für End Child Prostitution, Pornography and Trafficking for Sexual Purposes. Die deutsche Sektion nennt sich „Arbeitsgemeinschaft gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern“. In ECPAT haben sich 25 in der Dritten Welt aktive Hilfswerke zusammengeschlossen, darunter Brot für die Welt und Misereor.

Nach ECPAT-Erkenntnissen recherchiert die deutsche Justiz fast ausschließlich daheim: Im Ausland aktive Kinderschänder seien bislang nur belangt worden, wenn die Fahnder bei Hausdurchsuchungen belastendes Material gefunden hätten. Hinweise kämen meist von Reisenden, die Verdächtige vor Ort beobachtet hätten. Die Zusammenarbeit mit der jeweiligen Polizei sei unterentwickelt.

„Viele Staatsanwälte“, glaubt Maurer, „sind einfach überfordert, Verbrechen in fernen Ecken der Welt nachzugehen.“

ALMUT HIELSCHER, HANS HIELSCHER

MONARCHEN

Begeistertes Volk

Im Moseldorf Trittenheim wollte niemand Weinkönigin werden. Jetzt ist das neue Oberhaupt ein Mann, er ist schwarz – und ein PR-Künstler.

Wer einen Wein mit dem Satz lobt: „Das musst du riechen, das ist reine Medizin“, dürfte damit normalerweise leichte Zweifel an der Qualität des Getränks wecken – oder an der Qualifikation des Verkosters. Vorvergangenes Wochenende gab es für diesen Satz stürmischen Beifall von fast tausend Weinfreunden.

Der Tropfen, der da gepriesen wurde, heißt „Trittenheimer Apotheke“, der Tester ist die höchste Autorität vor Ort und heißt Togbui Ngyorfia Kosi Olatidoye Céphas Bansah.

Bansah, 50, stammt aus Afrika, lebt seit 1970 in Ludwigshafen, ist im Hauptberuf Kfz-Meister und vor allem Herrscher eines Volkes in Ghana. Zu Königsehren in Trittenheim, einem idyllischen 1200-Seelen-Weindorf an der Mosel, kam er, weil die Trittenheimer Winzer in diesem Jahr keine passende Freiwillige für den Job der Weinregentin gefunden hatten. Ein Novum in der Republik: Zum ersten Mal bekleidet ein Mann den Traditionsjob. Nach eigenen Angaben hat Bansah aber nur wenig Erfahrung mit vergorenem Traubensaft.

Von PR dagegen versteht Bansah eine Menge. Schon seit Jahren tritt er immer wieder im Fernsehen auf, in ghanaischer Königskleidung nebst gewaltiger Goldkrone. Die Geschichte vom Kfz-Meister, der aus deutscher Ferne ein ganzes Volk in Afrika per Fax regiert, kommt stets gut an. Auch als er seine deutsche Frau in der Heimat zur Königin machte, war das ein paar TV-Auftritte wert.

Außerdem beherrscht der König Partys und Veranstaltungen, schrieb eine Biografie, stieg ins Internet ein und hat dort eine eigene Homepage. Ein paar Mal im Jahr schaut er bei seinen 206 000 Untertanen, dem Ewe-Volk im Osten Ghanas, vorbei und setzt Wagen und Spenden in neue Brücken, Wasserpumpen sowie Bildungsprojekte um.

Seit sich herumgesprochen hat, dass in seiner Ludwigshafener Werkstatt nicht nur der Kunde, sondern auch der Besitzer Königin ist, braucht Bansah keine Werbung

mehr zu machen. Die Auftraggeber kommen von allein, um sich und ihrem Fahrzeug eine Audienz bei einem echten Monarchen zu gönnen.

Den Ein-Jahres-Job als Weinkönig sieht er allerdings nicht als PR-Gag, sondern als „große Ehre“.

Da sind lückenhafte Weinkenntnisse verzeihlich, finden die Trittenheimer. Selbst das Eingeständnis, dass der neue König Milch und Fencheltee allen anderen Getränken vorzieht, stört niemanden. Bernhard Schmitt, örtlicher Jungwinzerfunktionär: „Der Repräsentant muss sympathisch sein. Das reicht.“

Außerdem hatte Trittenheim kaum eine andere Wahl. Die einzige potentielle Kandidatin hatte kurz vor ihrer Nominierung abgewinkt, und bis zum Weinfest Anfang August wurde die Zeit knapp.

sender in der Werkstatt anriefen und den neuen Weinkönig sprechen wollten, merkte Bansah: „Die meinen das ernst.“

Mittlerweile kann er sich richtig begeistern. Trittenheim sei „ein wunderschöner Ort“, der Wein hervorragend, die Menschen großartig. Auch das Volk ist hingerrissen. Als Bansah neben der ehemaligen Weinkönigin Silvia im offenen Mercedes zum Festzelt kutschiert wurde, feierten gut 6000 Menschen am Straßenrand den neuen Regenten. Noch am ersten Tag seiner Amtszeit wurden im Festzelt mehr als 2000 Mark Ghana-Spenden gesammelt, nicht gerechnet den Verkaufserlös aus den flugs herbeigeschafften Exemplaren der Königs-Biografie. Weitere Hilfsprojekte sind geplant, der Kindergarten will seinen Weihnachtsbasar den Co-Untertanen im fernen Afrika widmen.



Trittenheimer Weinkönig Bansah, Vorgängerin Silvia: „Die meinen das ernst“

Da traf es sich, dass Stammeskönig Bansah bei einem Benefizfußballspiel in der Gegend Ehrengast war und den Anstoß ausführte. Ein Trittenheimer Händler war von dem Potentaten so beeindruckt, dass er ihm spontan die gerade freie Königsstelle am Ort antrug.

Bansah hörte sich den Bittsteller geduldig an und antwortete freundlich-unbestimmt mit „ja, ja“. „Ich hab halt gedacht, dass ich den so loswerde“, sagt Bansah. Am nächsten Tag hatte er das Angebot vergessen.

Nicht so die Trittenheimer. Der Händler informierte den Bürgermeister und die Honoratioren, die studierten Bansahs Biografie und fanden nichts Abtrüglisches. Auch der Pfarrer gab sein Okay. Schließlich ist Bansah evangelisch, was in der katholischen Gegend als so eben noch tolerierbar gilt. Ein offizieller Brief ging nach Ludwigshafen; aber erst als die ersten Radio-

Allzu toll möchten es die Trittenheimer mit dem Fortschritt allerdings nicht treiben: Im nächsten Jahr soll wieder eine Einheimische Weinkönigin werden.

Männer werden es in dem Business weiter schwer haben. Mancherorts gibt es zwar einen männlichen Repräsentanten, den Bacchus, aber der zählt nicht recht: Während die Weinkönigin für die edlen Sinnenfreuden beim Weingenuss wirbt, steht der römische Gott eher für den Spaß am soliden Suff.

Auch Bansah hat mit der Würde als Ortsweinkönig die für ihn höchstmögliche Karrierestufe bereits erreicht: Für die Gebiets- oder gar Deutsche Weinkönigin gelten strenge Kriterien, die Bansah allesamt nicht erfüllt. Die Königin muss aus einer Winzerfamilie stammen und Fachkenntnisse haben, sie muss ledig sein – und weiblich.

ANSBERT KNEIP

RADSPORT

Probleme in der Familie

Der Telekom-Profi Christian Henn wurde bei einer Dopingkontrolle mit überhöhtem Testosteronwert erwischt. Die Erklärung des fünfmaligen Tour-Teilnehmers überrascht die Fachwelt: Ein wundersames Potenzmittel habe den Wert in die Höhe getrieben.

Irgendwie lag über der „Nacht von Hannover“ kein Segen. Für das Spaßrennen am vergangenen Freitag war die Startnummer 12 ursprünglich mal für den Leipziger Radprofi Uwe Ampler reserviert. Der viermalige Sieger der Friedensfahrt sollte um 22.30 Uhr ran, zu den 100 Runden um den Gilde-Gold-Pokal.

Doch daraus wurde nichts. Zehn Tage vor dem Startschuss lud der Radsportverband Niedersachsen den früheren Profi des Team Telekom wieder aus; der war bei einer Dopingkontrolle mit überhöhtem Testosteronwert auffällig geworden. Das war zunächst nicht weiter schlimm, denn der Ersatzmann war ein richtiger Star: Christian Henn, 35, Deutscher Meister von 1996 und immer noch im berühmten Telekom-Trikot aktiv. Jener Mann also, der nach Einschätzung des Bundestrainers Peter Weibel „der entscheidende Wasserträger war, als Jan Ullrich die Tour de France gewann“.

Am Mittag vor ihrem Rennen mussten die Hannoveraner einen neuen Tiefschlag verkraften – Henn sagte unvermittelt ab. Seit Freitag ist nämlich auch gegen den fünfmaligen Teilnehmer der Tour de France ein Sportgerichtsverfahren wegen des Verdachts der Manipulation eingeleitet.

Der Fall Henn wird die Dopingdiskussion im Radsport neu entfachen. Und die Sorge von Telekom-Kommunikationschef Jürgen Kindervater scheint sich zu bestätigen: Nachdem drei Wochen vor dem Start der Tour de France auch der erfolgreiche deutsche Profirennstall ins Zwielicht geriet, hatte der Manager jeden Verdacht eines systematischen Dopings zurückgewiesen, dabei aber eingeschränkt, er könne „einen Dopinginzelfall“ nicht ausschließen.

Jetzt hat er einen Einzelfall.

Kindervater wehrt sich „gegen Vorverurteilung“, zumal „ich den Menschen Henn sehr geschätzt habe“. Dennoch kamen der Fahrer Henn und sein Sponsor überein, alle Starts bis zur endgültigen Klärung abzusagen. Sollte Henn wegen

Dopings verurteilt werden, wäre die Karriere des Olympia-Dritten von 1988 ein Jahr früher als geplant beendet. „Wenn es um einen Dopingfall geht“, sagt Teamchef Walter Godefroot, „wird dem Fahrer gekündigt. Fertig.“

Der Telekom-Radler war bei einer Trainingskontrolle am 20. Mai mit einem auf-

hen Testosteronwert lieferte Henn („Ich habe keine leistungssteigernden Medikamente eingenommen“) eine Erklärung, die Fachleute in Staunen versetzt. Und wer im Team Telekom über den Vorgang wann was wusste, wird ebenfalls seltsam begründet.

Die Kontrolle durch die Fahnder der Anti-Doping-Kommission (ADK) des Deutschen Sportbundes (DSB), die normalerweise nur im Training vorgenommen wird, erfolgte diesmal am 20. Mai, einem Tag, an dem Christian Henn ein Rennen fuhr: die erste Etappe der Bayern-Rundfahrt. Und fündig wurden ausgerechnet jene Kontrolleure, die die Telekom selber akquiriert hatte.

Um zu dokumentieren, dass der Bonner Rennstall nur den sauberen Sport fördere, unterwirft er sich seit Anfang des Jahres freiwillig den Trainingskontrollen des DSB und zahlt dafür die Kosten. Aber es dauerte nicht mal ein halbes Jahr, da waren die unabhängigen Geister, die die Telekom rief, schon erfolgreich.

Die Kontrolleure schickten die Urinprobe mit der Codenummer 051286 PWC ins Dopingkontrolllabor Kreischa, wo der überhöhte Wert festgestellt wurde. Die Anti-Dopingkommission des DSB erfuhr die finstere Nachricht am 24. Juni und beschloss, so genannte Nachkontrollen bei Christian Henn durchzuführen. Damit soll festgestellt werden, ob der verdächtige Sportler möglicherweise dauerhaft mit natürlich erhöhtem Testosteronspiegel lebt. Bei Henn stellte sich allerdings ein durchschnittlicher Wert um zwei heraus – unmittelbar vor der Trainingskontrolle im Mai muss also kräftig nachgeholfen worden sein.

Ende Juni wurde der Bund Deutscher Radfahrer (BDR) informiert, der Henn dann am 16. Juli von der problematischen Probe unterrichtete. Das ist sonderbar, denn das Testverfahren war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen – die letzte Nachkontrolle erfolgte erst drei Tage später.

Am 23. Juli schließlich saß Henn mit Vertretern des BDR zu Rate und präsentierte



Telekom-Teamchef Godefroot: „Eine private Sache“

fällig hohen Testosteronwert von 14 erwischt worden – das ist mehr als das Doppelte des Erlaubten. Die Zufuhr von Testosteron erhöht den Anteil männlicher Hormone im Blut und hält die Muskeln stramm. Alle internationalen Sportverbände werten deshalb die nicht medizinisch indizierte Einnahme des Wirkstoffs als verbotene chemische Leistungssteigerung, also Doping.

Die Affäre Henn ist gleich in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Für seinen ho-



Telekom-Fahrer Henn*: Hilfe von der Hebamme

dabei eine pikante Erklärung: Weil sein Wunsch nach einem zweiten Kind nicht so ohne weiteres zu bewerkstelligen, seine Frau aber kurz vor der Bayern-Rundfahrt empfängnisbereit gewesen sei, habe er nach Rücksprache mit seinem Hausarzt ein Mittel aus Italien genommen – eine Version, die der ebenfalls anwesende Doktor bestätigte.

Tatsächlich ist bei Radfahrern die Libido häufig eingeschränkt. Mediziner streiten sich darüber, ob das eine Folge der langen Verweildauer im Rennsattel ist oder ob nicht eher die extremen körperlichen Belastungen der Profiradler dafür verantwortlich sind. Dass aber die Einnahme von Testosteron kurzfristig Abhilfe schafft, wird von Hormonspezialisten mehrheitlich bestritten.

Der Urologe Michael Truß von der Medizinischen Hochschule Hannover hält die kurzfristige Zufuhr von Testosteron als Beitrag zur Familienplanung für „nicht angezeigt und nicht sinnvoll“. Truß geht sogar

noch weiter: „Wenn ein Arzt zu diesem Zweck Testosteron verschreiben würde, wäre das unverantwortlich.“ Der Mediziner will allenfalls eine mythische Erklärung gelten lassen: „Jemand, der auf andere Weise an Testosteron kommt, könnte in seiner laienhaften Vorstellung denken, das würde etwas bringen.“

An derartigen Sagen ist die Welt des Sports reich. Wann immer Athleten beim Doping erwischt wurden, entwickelten sie außerordentliche Vorstellungskraft. So behauptete

► die Schwimmerin Astrid Strauß, ein übermäßiger Genuss von Erdbeerbowle habe ihren Testosteronwert nach oben getrieben;

► der Sprinter Dennis Mitchell nach positivem Testosteronbefund, er habe fünf

Flaschen Bier getrunken und viermal seine Frau beschlafen müssen: „Es war ihr Geburtstag, die Lady hatte eine Behandlung verdient“;

► der japanische Billardspieler Junsuke Inoue, 58, dass die Einnahme des Hormons Methyltestosteron nicht der ruhigen Führung des Queues, sondern einer angestrebten Erektion im Schlafzimmer gedient habe: „Meine Frau hatte ein Anrecht, befriedigt zu werden.“

Alle drei wurden gesperrt. Die anabole Wirkung von Testosteron ist nämlich wissenschaftlich gesichert. Erfunden wurde diese Dopingvariante Mitte der siebziger Jahre von DDR-Forschern. Als damals Kontrollen nach Wettkämpfen eingeführt wurden, mussten die Athleten die traditionelle Einnahme von Anabolika frühzeitig stoppen. Um die anabole Wirkung zu erhalten, klügelten die Mediziner eine Überbrückungstherapie mit Testosteron aus.

Anfang der neunziger Jahre entdeckten auch Tour-de-France-Fahrer den Stoff, der so schwer nachweisbar und so vielversprechend ist: Er hilft beim Muskelaufbau, ohne dick zu machen, und verkürzt die Erholungsphasen. Sportler glauben zudem, dass sie die Einnahme von Testosteron aggressiver und resistent gegen Schmerzen macht. Der Wirkstoff baut sich im Körper zügig ab; Ärzte können auf die Stunde genau berechnen, wann und in welcher Dosierung die letzte Spritze vor dem Startschuss zu

setzen ist. Wer heute noch einen unzulässigen Wert von 14 hat, kann morgen schon wieder clean sein.

Henn wurde in einer unangekündigten Trainingskontrolle der Fahnder vom DSB erwischt – und als er am nächsten Tag als Träger des Gelben Trikots zur obligatorischen Wettkampfkontrolle des Veranstalters musste, war die Probe unauffällig. Als Henn seinen Wert erfuhr, schwante ihm Böses. Denn jeder Athlet weiß, wann es kritisch wird. Entscheidend ist das Verhältnis der beiden körpereigenen Sexualhormone

Testosteron und Epitestosteron zueinander. Deren Quotient lässt Aufschlüsse über die Einnahme unerlaubter Testosteronmittel zu. In der Regel beträgt das Verhältnis 1:1; auch ein 2:1 gilt noch als normal. Ein Quotient von 6:1 veranlasst die Kontrolleure zu weiteren Untersuchungen, und bis vor wenigen Jahren wurde bei einem Wert von 10:1 ohne weitere Prüfung von Doping gesprochen.

Obwohl die DSB-Kontrolleure noch dreimal Proben von Henn einforderten,



Telekom-Manager Kindervater

* Am 22. Mai bei der Bayern-Rundfahrt im Gelben Trikot des Spitzenreiters.

will der Sponsor von dem drohenden Unheil nichts mitbekommen haben. Kinder-vater erklärte, er habe erst am vergangenen Donnerstag durch die Recherchen des SPIEGEL von den Vorgängen erfahren: „Dafür hebe ich die Finger zum Schwur.“ Fest steht aber, dass Teamchef Godefroot und Mannschaftsarzt Lothar Heinrich während der Tour de France vom verstörten Henn telefonisch informiert wurden.

Godefroot erinnert sich daran, dass Henn ihm erzählt habe, sein Wert liege „genau an der Grenze oder genau über der Grenze oder so“ – keine Rede von 14:1.

Weil die von Henn angeführten Hindernisse bei der Familienplanung „eine private Sache“ gewesen seien, „habe ich mir nie mehr Gedanken darum gemacht“. Und gesagt hat Godefroot auch keinem aus der Telekom-Familie etwas.

Auch Heinrich behielt sein Wissen für sich. Zwar habe ihm Henn den exakten Wert gestanden; aber er sei schließlich „kein Fachmann für Testosteron“. Und: „Christian hat mich nicht gebeten, jemanden zu informieren. Außerdem habe ich eine ärztliche Schweigepflicht in dem Fall.“

So kam auf dem Höhepunkt der Dopingdiskussion ausgerechnet in Deutschlands größtem Kommunikations-Unternehmen eine wichtige Nachricht nicht an. Mit demonstrativer Gelassenheit konnte Kindervater deshalb Ende vergangener Woche den überraschenden „Einzelfall“ Henn bedauern.

Als der SPIEGEL die Verantwortlichen bei Telekom und den Verbänden mit seinen Rechercheergebnissen konfrontierte, ging plötzlich alles ganz schnell. Am Donnerstagmorgen erhielt der BDR das abschließende Gutachten der Dopinganalytiker aus Kreischa. Nach einem Vergleich aller Proben schlossen sie aus, dass für den erhöhten Testosteronwert vom 20. Mai „eine physiologische oder pathologische Ursache“ in Frage komme. Es handele sich eindeutig „um eine Manipulation von außen“.

Noch am Freitag schickte der BDR ein Einschreiben an Henn, in dem ihm die Einleitung eines Verfahrens eröffnet und eine Frist von zehn Tagen zur Stellungnahme gesetzt wurde. Gleichzeitig forderte der Verband per Fax von seinem Dopingbeauftragten Dirk Clasing ein Gutachten an. Der hat bereits Zweifel daran angemeldet, dass Testosteron Henns privates Problem beheben könnte: „Ich würde sagen: Ein kleiner Schluck Whisky bringt mehr.“

Dann setzten die Beteiligten zum publizistischen Spurt an. Der BDR gab eine

Erklärung ab, und auch Henn, vor die Wahl gestellt, entweder als Dopingsünder oder als Mann mit entscheidenden Schwächen dargestellt zu werden, entschied sich für die private Offensive. Bis dahin hatte er allein seinen hilfreichen Hausarzt als fachlichen Berater benannt; jetzt ergänzte er seine Version durch ein südländisches Rührstück.

Das in der sonstigen Welt unbekanntes Wundermittel habe eine italienische Hebamme aus Tierprodukten zusammengebraut. Während andere in der Apotheke viel Geld für Viagra zahlen, will



Telekom-Profis Ullrich, Henn, Heppner: Gefahr im Sattel

der Radprofi seinen Zauberstoff aus der italienischen Heimat seines Schwiegervaters bezogen haben. Henn ist steif und fest davon überzeugt, dass dieser Naturstoff ihm und seiner Frau Paola „schon 1997 zu unserem ersten Sohn verholphen hat“. Und auch der Sondereinsatz kurz vor der Bayern-Rundfahrt habe zum Erfolg geführt: „Meine Frau ist wieder schwanger.“

Bei so viel mediterraner Romantik könnte ein Blick in den klaren Norden helfen. Henns dänischer Kollege Claus Möller ging den Fahndern unlängst mit einem Testosteronwert von 7,0 ins Netz. Anfang August bekam er die Höchststrafe: Möller wurde wegen Dopings für zwei Jahre gesperrt. KLAUS BRINKBÄUMER, MATTHIAS GEYER, UDO LUDWIG, HEINER SCHIMMÖLLER

Gegendarstellung

In SPIEGEL Nr. 24/99 wurde unter der Überschrift „Die Werte spielen verrückt“ über das Team Telekom und mich berichtet.

1. Der SPIEGEL schreibt „Nach Berichten früherer Mitglieder wird im Team Telekom

genauso systematisch und umfassend gedopt wie bei der gesamten Konkurrenz ... Einer, der damals dabei war, erinnert sich ... „seit 1996 spritzt sich jeder Tourfahrer für gewöhnlich Epo““. Hierzu stelle ich fest: Ich habe noch nie Epo gespritzt und auch sonst zu keinem Zeitpunkt gedopt.

2. Der SPIEGEL berichtet „Dann war Ullrich ... (in) ... Bühl gemeldet. Hier hatte Team Telekom ein Hotel gebucht – doch der neue deutsche Sportstar nahm sein Zimmer kurzfristig woanders. Nach Schilderung eines Mannschaftsmitglieds wurde Ullrichs Blut im Anschluß an einen Auftritt in Aachen prophylaktisch getestet. Ergebnis: Der Hämatokritwert lag weit über der zulässigen Grenze von 50.“

a) Soweit mit dieser Berichterstattung der Eindruck erweckt wird, daß ich durch die anderweitige Unterbringung eine Dopingkontrolle in Bühl vermeiden wollte, stelle ich fest, daß dieser Eindruck falsch ist:

Mein Teamkollege Heppner und ich haben auf der Fahrt von Aachen nach Bühl unterwegs bei Bekannten übernachtet, weil wir nicht mitten in der Nacht in Bühl ankommen wollten. Mit Dopingkontrollen hatte diese Unterbrechung der Fahrt nichts zu tun.

b) Mein Blut ist nicht im Anschluß an einen Auftritt in Aachen getestet worden.

c) Mein Hämatokritwert lag bei keiner Kontrolle über 50.

3. Der SPIEGEL schreibt weiter, daß Walter Godefroot, Sportlicher Leiter beim Team Telekom, die Nachricht erhalten habe „Jans Werte spielen verrückt“.

Diese Behauptung ist unwahr. Eine Nachricht „Jans Werte spielen verrückt“ hat es nicht gegeben.

4. Der SPIEGEL berichtet „Ist der (Hämatokritwert) zu hoch, gibt es verschiedene Methoden, um ihn wieder in den grünen Bereich zu befördern ... Wie Walter Schmidt ... berichtet, hilft es auch, für 15 Minuten die Beine in die Höhe und den Kopf nach unten zu halten. Ullrichs Zimmerpartner Jens Heppner landeten schon zweimal die Beine des Nachbarn nächtens im Gesicht, weil der seine Gliedmaßen gegen die Wand gelehnt hatte und dabei eingeschlafen war.“

Hierzu stelle ich fest:

a) Ich habe noch nie meine Beine in die Höhe gehalten, um meinen Hämatokritwert zu senken.

b) Noch nie sind meine Beine im Gesicht von Jens Heppner gelandet.

Jan Ullrich

Der SPIEGEL ist nach dem Hamburgischen Pressegesetz verpflichtet, vorstehende Gegendarstellung ungeachtet ihres Wahrheitsgehalts abzudrucken.

–Red.

LEICHTATHLETIK

„Im Land des Unbekannten“

Der amerikanische Sprinttrainer John Smith über seine umstrittenen Methoden und den Dopingverdacht gegen Weltrekordler

Einer der erfolgreichsten Leichtathletik-Trainer der neunziger Jahre ist John Smith, 49. Der Amerikaner, angestellt an der University of California Los Angeles, führte bereits vier Athleten zu Olympia-Siegen. 100-Meter-Weltrekordhalter Maurice Greene aus den USA, prominentestes Mitglied von Smiths Trainingsgruppe HSI, ist Favorit auf den WM-Titel kommenden Sonntag in Sevilla.

Menge von Informationen aufnehmen und sie in exakte Bewegungen umsetzen.

SPIEGEL: Welche besonderen Eigenschaften müssen Athleten besitzen, um von Ihnen trainiert zu werden?

Smith: Sie müssen offen sein für Veränderungen, nicht immer gleich für grundsätzliche, sondern für die Annäherung im Kleinen. Die Schwierigkeit liegt darin, den Laufstil mit der Lupe zu analysieren. Außerdem müssen Athleten, die neu zu

HSI nach Los Angeles kommen, in sich gefestigt sein. Wir bewegen uns immer schneller, aber das bedeutet auch: Um uns herum bewegt sich alles immer schneller.

SPIEGEL: Der ehemalige Chefcoach der britischen Leichtathleten, Frank Dick, hat einmal gesagt, in seiner Welt existierten nur zwei Sorten von Menschen: Gebirgsleute und Talleute. Machen Sie dieselben Unterschiede? Entweder ist einer Gewinnertyp, oder er ist Verlierertyp?

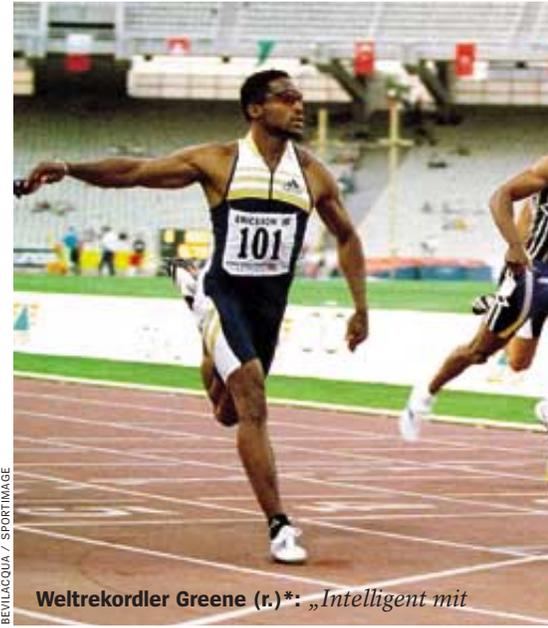
Smith: Unbedingt. Gewinner übernehmen die Verantwortung für alles, was sie tun, Verlierer geben immer den anderen die Schuld. Gewinner schaffen sich die Umstände selber, Verlierer sind die Opfer der Umstände. Was meine Überzeugungen angeht, habe ich bestimmte Prinzipien – das ist eines davon.

SPIEGEL: In diesem Sinne sind die deutschen Sprinter geborene Verlierer – seit Jahrzehnten gehört keiner auf den Kurzstrecken mehr zur Weltspitze. Wissen Sie, warum?

Smith: Schwer zu sagen. Ich kenne keinen der Athleten persönlich. Wie heißt denn der aktuelle Landesmeister über 100 Meter?

SPIEGEL: Holger Blume. Seine Siegerzeit in Erfurt war 10,42 Sekunden.

Smith: Weltbewegend ist das nicht. Was mich stutzig macht: Ich kenne die Deutschen als außerordentlich wissbegierig und lernfähig. Doch im Sprintbereich findet kein Austausch statt. Ich selbst habe bisher keinen einzigen Vortrag in Deutschland gehalten, und ich weiß auch nichts Genaues über ihre Trainingsmethoden. Die Deutschen müssten auf den Rest der Welt zu-



Weltrekordler Greene (r.): „Intelligent mit



C. RÜCKSTUHL / KEYSTONE PRESS ZÜRICH

Trainer Smith: „Gewinner schaffen die Umstände selber“

SPIEGEL: Mister Smith, muss ein besonders guter Sprinter auch besonders klug sein?

Smith: Ich sage es mal so: Sprint erfordert einigen Grips.

SPIEGEL: Die drei Buchstaben HSI, die Sie Ihrer Trainingsgruppe verpasst haben, stehen nicht nur als Abkürzung für „Hudson Smith International“, sondern dienen auch als verknappter Sinnspruch: „Handling speed intelligently“, also „intelligent mit Geschwindigkeit umgehen“.

Smith: Das ist mein Lebensthema. Jemand, der intelligent mit Geschwindigkeit umgeht, muss ticken wie eine Uhr. Hundert Meter in weniger als zehn Sekunden zurückzulegen ist eine komplexe Angelegenheit. Ein Sprinter muss eine riesige

kommen. Momentan hinken sie der Entwicklung hinterher.

SPIEGEL: Die internationale Sprint-Szene wird dominiert von Schwarzen. Warum haben Weiße keine Chance mehr?

Smith: Die Diskussion darüber wird wohl niemals aufhören. Doch die anthropologischen Theorien alleine reichen nicht aus. Die besagen ja, dass Schwarze gegenüber Weißen beim Sprint im Vorteil sind. Beispielsweise durch die bessere Hebelwirkung ihrer Beine.

SPIEGEL: Was kommt denn Ihrer Ansicht nach hinzu?

Smith: Die Frage nach der Motivation – haben Weiße überhaupt Grund dazu, ins Freie zu gehen und zu laufen?

SPIEGEL: Sie wollen damit sagen, dass Schwarze rennen, um etwas zu erreichen, während Weiße unbeweglich geworden sind, weil sie etwas zu verteidigen haben?

Smith: Weiße haben die unschlagbare Fähigkeit, am Schreibtisch zu hocken und dabei zu überlegen, wie sie Geld machen. Wo materieller Wohlstand ist, da sind Weiße, und zwar weltweit. Schwarze besitzen oft nur ihren Körper. Sie bilden ihn aus, sie perfektionieren ihn. Ich spreche von zwei generellen Entwicklungen. Das soll aber nicht heißen, dass es überhaupt keine Wechselwirkungen gibt.

SPIEGEL: Als 400-Meter-Läufer waren Sie der große Favorit bei den Olympischen Spielen 1972 in München, doch mit der ersehnten Goldmedaille wurde es nichts. Ist der entgangene Olympiasieg der Treibsatz für Sie, als Trainer ständig Athleten an die Spitze zu bringen?

Smith: Von Zürich aus habe ich erst letzte Woche mit meiner Frau telefoniert. Wir haben uns seit Wochen nicht gesehen. Sie

* Bei seinem Weltrekordlauf am 16. Juni in Athen, links Ato Boldon.



Schnelle Männer

Weltrekordentwicklung im 100-Meter-Sprint, in Sekunden

Jim Hines (USA), 1968	9,95
Calvin Smith (USA), 1983	9,93
Ben Johnson (Kanada), 1987	9,83*
Carl Lewis (USA), 1987	9,92**
Ben Johnson (Kanada), 1988	9,79*
Leroy Burrell (USA), 1991	9,90
Carl Lewis (USA), 1991	9,86
Leroy Burrell (USA), 1994	9,85
Donovan Bailey (Kanada), 1996	9,84
Maurice Greene (USA), 1999	9,79

Ben Johnson beim Weltrekordlauf 1988

*wegen Dopings aberkannt, **nachträglich anerkannt

DER SPIEGEL

Geschwindigkeit umgehen“

fragte mich, wo ich jetzt wohl wäre, wenn ich in München Gold gewonnen hätte.

SPIEGEL: Und? Wo wären Sie?

Smith: Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass die entgangene Goldmedaille nicht mehr so verdammt weh tut. Dabei erinnere ich mich noch sehr gut an diese gähnende Leere in mir. Mein ganzes Leben hatte sich auf diesen einen Tag hinbewegt, dann riss im Vorlauf eine Muskelfaser, und mit einem Schlag war da dieses unfassbare Nichts.

SPIEGEL: Was lernen Ihre Athleten daraus?

Smith: Ich habe gelernt, mit einer tiefen Depression fertig zu werden, und was ich daraus vermitteln kann, reduziert sich auf drei Worte: Gib niemals auf!

SPIEGEL: Ihre Konkurrenten mutmaßen, dass Sie Ihre Athleten in eine psychische Abhängigkeit bringen, ohne dass die es wahrnehmen.

Smith: Das ist grober Unfug. Ich bringe ihnen bei, unabhängig zu sein. Mir kommt es darauf an, dass sie ihre eigene Persönlichkeit entwickeln.

SPIEGEL: Marie-José Pérec, Goldmedaillengewinnerin über 200 und 400 Meter bei den Olympischen Spielen 1996 in Atlanta, hat gesagt: „John zwingt niemanden, er ist nur unglaublich überzeugend, weil er dir klar macht, dass es dein eigener Entschluss ist.“ Das klingt nach sanftem Druck.

Smith: Ich lebe im Land des Unbekannten. Wer sich dort hinwagt, muss sich seiner Sache sicher sein. Wenn ein Athlet schwankt oder ins Grübeln gerät, reiche ich ihm die Hand und sage: Hier war ich schon, und es ist deine Wahl, ob du umkehrst, ob du bleibst oder ob wir gemeinsam weitergehen.

SPIEGEL: Sie kündigen für Ihre Sprinter Zeiten an, die utopisch erscheinen: 9,59 Sekunden über 100 Meter; 19,00 Sekunden über 200 Meter; 41,85 Sekunden über 400 Meter. Können Sie nachvollziehen, dass Ihre Rekordsucht Misstrauen weckt?

Smith: Ich habe es schon 1000 Mal betont, und ich wiederhole es zum 1001. Mal: Ich schwöre, bei den Steinen auf dem Grab meiner Mutter, dass nichts illegal ist, was ich tue.

SPIEGEL: Ihr Lebensthema „intelligent mit Geschwindigkeit umgehen“ interpretiert mancher Konkurrent so, dass Sie sich beim Doping nicht erwischt lassen.

Smith: Ich schere mich nicht um diese Verdächtigungen. Zugegeben: Als ich anfangs als Coach, hat mich das sehr gestört. Wenn man seinen Kopf hervorreckt, wird man geschlagen, so ist das eben. Ich stecke die Schläge ein und gehe weiter meinen Weg.

SPIEGEL: Die Weltrekordzeit, die Ihr Läufer Greene Mitte Juni über 100 Meter erzielt hat, wird für immer stigmatisiert sein in der Leichtathletik: Es sind exakt jene 9,79 Sekunden, die der Kanadier Ben Johnson 1988 in Seoul lief, ehe ihm die Goldmedaille wegen Dopings aberkannt wurde. Akzeptieren Sie, dass manche bei dieser Zeit skeptisch werden?

Smith: Mir ist diese Art von Logik fremd. Zwischen Johnson und Greene gibt es keinen zulässigen Vergleich außer diesem einen: Johnson hatte bei seinem Lauf 1,1 Meter Rückenwind, bei Greenes Sprint in Athen herrschte Flaute.

Dopingtäter Christie

„Schwarze besitzen oft nur ihren Körper“

SPIEGEL: Die Sprinter haben sich mit ihren jüngsten Dopingfällen Dennis Mitchell und Linford Christie selbst ins Gerde gebracht. Mitchell, ein ehemaliger Läufer von Ihnen, wurde im Juni US-Meister und startete in ganz Europa, obwohl ihm vergangenes Jahr die Einnahme von Testosteron nachgewiesen wurde. Verstehen Sie diese Logik?

Smith: Ich war sehr traurig, als ich von der positiven Probe hörte. Dennis hat bis 1995 bei uns trainiert, und wir hatten wirklich unseren Spaß. Ich weiß nicht, was ihn so weit gebracht hat. Vielleicht war er verzweifelt. Dennoch habe ich den Respekt vor ihm nicht verloren.

SPIEGEL: Das geht längst nicht allen so. Der Weitspringer Konstantin Krause schrieb letzte Woche einen offenen Brief – er war angewidert, weil die Zuschauer Mitchell jubeln. Können Sie Krauses Frust nachfühlen?

Smith: Das ist nicht schwer zu kapieren. Ich verstand vor elf Jahren auch den Frust von Carl Lewis. Ben Johnson hatte ihm die Goldmedaille geklaut. Er musste sie zwar an Carl abtreten, aber ohne feierliche Zeremonie. Die Funktionäre haben Lewis die Medaille überreicht wie eine Eilsendung vom Paket-Service.

INTERVIEW: MICHAEL WULZINGER



Werbeseite

Werbeseite



Trümmer des abgeschossenen pakistanischen Aufklärungsflugzeugs



INDIEN / PAKISTAN

Martialischer Wahlkampf

Der Kaschmir-Konflikt könnte die eine Regierung retten und die andere stürzen. Die wachsenden Spannungen zwischen den Atommächten Indien und Pakistan nach dem Abschuss eines pakistanischen Aufklärungsflugzeugs haben innenpolitische Hintergründe. Vorigen Mittwoch eröffnete Indiens Präsident K. R. Narayanan den Wahlkampf. Vom 5. September an entscheiden 600 Millionen stimmfähige Inder über ein neues Parlament. Mangels zündender Wahlprogram-

me schürt die Opposition um Sonia Gandhi die nationale Empörung: Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee lasse leichtfertig die Infiltration indischen Hoheitsgebietes durch den Erzfeind Pakistan zu. Der Abschuss des pakistanischen Aufklärers am Dienstag über der umstrittenen Grenze am Sir Creek soll diesen Vorwurf widerlegen. Pakistans Reaktion – ein fehl-

geschlagener Raketenangriff auf indische Luftfahrzeuge tags darauf – verfolgte ein ähnliches Ziel: Auch Pakistans Premier Nawaz Sharif wird seit dem blamablen Rückzug aus Kaschmir im Juli der „Ausverkauf“ nationaler Interessen vorgeworfen. Während Vajpayee mit 57 Prozent in der Wählergunst deutlich vorn liegt, gerät Sharif nun sogar in seiner Heimatprovinz Pandschab unter Druck. Mehrere politische Gruppen kündigten massive Kampagnen gegen den Premier an, dem die Kontrolle zu entgleiten droht: Trotz seines Einlenkens wurden im indischen Teil Kaschmirs vergangene Woche wieder Anschläge verübt, zu denen sich die radikalen Muslime der Hisb-al-Mudschahidin bekannten. Indien werde eine Rache erleben, tönt ihr Befehlshaber, die es „nicht vergessen“ werde.

KROATIEN

Vorwürfe gegen Tudjman

Nachdem das Uno-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag bereits im Mai gegen den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Kosovo-Konflikt erhoben hat, gerät nun auch sein kroatischer Amtskollege Franjo Tudjman ins Visier der internationalen Justiz. Die Uno-Ankläger erheben schwere Vorwürfe gegen den Kroatenfürher, der sich hartnäckig weigert, mutmaßliche Kriegsverbrecher auszuliefern. Jüngstes Beispiel ist der ehemalige Milizchef von Mostar, Mladen Naletilić Tuta, dessen Überstellung vorige Woche auf Wunsch des Präsidenten abgelehnt wurde. Naletilić Tuta, der in

den siebziger Jahren im süddeutschen Singen lebte und Kontakte zur RAF unterhielt, soll bei Ausbruch des Bosnienkrieges ab 1992 die Bewaffnung und Rekrutierung der bosnisch-kroatischen Truppen organisiert sowie zu Vertreibung und Mord an muslimischen Zivilisten aufgerufen haben. Wie schon im Fall des kroatischen Generals Tihomir Blaškić gehen die Uno-Ermittler davon aus, dass Naletilić Tuta „im Auftrag“ gehandelt habe. Im Verfahren des bereits in Den Haag inhaftierten Blaškić erklärte Uno-Ankläger Gregory Kehoe kürzlich, der General sei lediglich das „Werkzeug Zagrebs“ gewesen. Der

Plan zur Vertreibung, so Kehoe, „wurde von Franjo Tudjman entwickelt“. Das Uno-Tribunal in Den Haag, vermuten nun Völkerrechtler, werde noch vor den

kroatischen Parlamentswahlen im Oktober einen Haftbefehl gegen Staats- und Parteichef Tudjman wegen Kriegsverbrechen erlassen. Das würde die Chancen der Regierungspartei HDZ massiv beeinträchtigen – ein Anliegen mehrerer europäischer Regierungen: Sie sehen im Abschied des expansionstüftigen Nationalisten Tudjman von der politischen Bühne einen Beitrag zur Stabilisierung des Balkans.



Präsident Tudjman

JUGOSLAWIEN

„Milošević soll abtreten“



Der neue Vizepremier Tomislav Nikolić über den Widerstand gegen die Regierung in Belgrad

SPIEGEL: Ihre Radikale Partei verließ wegen der Kapitulation im Kosovo die serbische Regierungskoalition. Warum stützen Sie mit Ihrem

Einzug ins Bundeskabinett jetzt erneut Milošević?

Nikolić: Sein Mandat läuft im kommenden Jahr aus, warum sollten wir ihn vorher stürzen? Wir wollen das Schicksal Jugoslawiens nicht ausschließlich den Sozialisten und der Linken überlassen.

SPIEGEL: Wo liegen die Prioritäten der neuen Regierung?

Nikolić: Dem Bundesstaat müssen mehr Kompetenzen eingeräumt werden, das heißt: mehr Zentralisierung und weniger



Anti-Milošević-Demonstranten in Zrenjanin

Vollmachten für die Republiken. Darüber hinaus werden wir die Zölle senken, die staatliche Preisbindung aufheben und den Import liberalisieren. Vorrangig ist allerdings das Schicksal der Bundesrepublik Jugoslawien.

SPIEGEL: Montenegro droht mit einem Referendum zur Unabhängigkeit, falls Belgrad keine größeren Freiheiten zugeht.

Nikolić: Die benehmen sich wie ein selbständiger Staat in einer Konföderation. Prä-

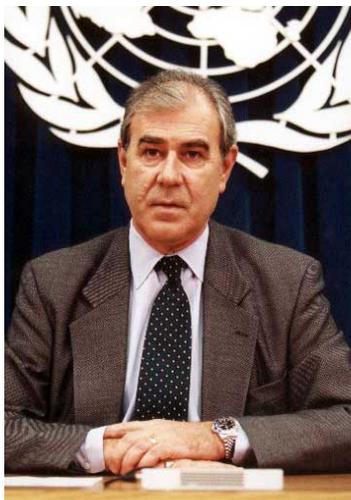
sident Djukanović indoktriniert die Bevölkerung. Gegen ein Referendum ist nichts einzuwenden. Falls allerdings konkrete Schritte folgen, etwa Grenz- oder Zollkontrollen, muss entweder die Armee reagieren oder die Verfassung Jugoslawiens mit Zweidrittelmehrheit im Parlament geändert werden.

SPIEGEL: Oppositionsführer Vuk Drašković droht mit Generalstreik und Straßenblockaden. Werden Sie Polizei und Armee einsetzen?

IRAK

Saddams tödlicher Coup

Es schien eine der größten Schlappen des irakischen Diktators Saddam Hussein: Generalleutnant Hussein Kamil Hassan, Schwiegersohn des Despoten und Chef der gefährlichsten Rüstungsprogramme, floh im August 1995 ins USA-freundliche Jordanien. Auf Grund seiner Informationen fanden Uno-Kontrollleure in Hussein Kamils Hühnerfarm etliche Millionen Seiten von Dokumenten mit scheinbar streng geheimen Informationen über Bagdads biologische Waffen, deren Existenz die Iraker bis dahin hartnäckig geleugnet hatten. Statt präziser Hinweise entdeckten die Experten der Unscm, die im Auftrag des Uno-Sicherheitsrats die Abrüstung



Ex-Unscm-Chef Butler

des Zweistromlands überwachte, bei näherem Studium allerdings Lücken im Material – es war für ein aufwendiges Täuschungsmanöver sorgfältig gereinigt worden. Das verriet jetzt Ex-Unscm-Chef Richard Butler im neuen US-Magazin „Talk“. Nachdem die Kontrolleure anhand von Luftbildern verdächtige Container auf der Hühnerfarm entdeckt hätten, seien Saddam und Hussein Kamil auf Manöver verfallen, um von der heißen Spur abzulenken. Den Schlussakt dieses Plots plante Saddam jedoch allein: Als Hussein Kamil nach sechs Monaten – verabredungsgemäß und angeblich reumütig – nach Bagdad zurückgekehrt war, wurde er Tage später von Mitgliedern seiner eigenen Familie ermordet. So habe sich Saddam, meint Butler, eines gefährlichen Mitwissers entledigt.

CHINA

Großer Sprung in die Hightech-Rüstung

Die erdrückende Überlegenheit westlicher Waffen und Strategien in den Kriegen gegen den Irak und auf dem Balkan zwingt Chinas Militärs zu radikalem Umdenken. Um das „Kräfteverhältnis auszugleichen“, müsse der herkömmliche Schlagabtausch mit militärischen Mitteln künftig durch massive Angriffe auf Computer- und Finanzsysteme und sogar die Umwelt eines Gegners ergänzt werden. Das beschreiben zwei Luftwaffen-Obersten in ihrem Buch „Krieg ohne Grenzen“, das in China große Beachtung findet. Auch Drogenhandel und Terror seien geeignete Mittel. Folgerichtig sehen die Autoren künftig nicht nur souveräne Staaten als Kriegsparteien, sondern auch Untergrundgruppen, Verbrecherorganisationen oder Finanzmagnate. Parteichef Jiang Zemin, Chef der mächtigen Militärkommission, verlangte bereits „die substantielle Anhebung des wissen-

Nikolić: Wir denken nicht im Traum daran, jemandem von der Straße die Regierung zu übertragen. Demonstrationen werden wir erlauben. Doch auf Gewalt werden wir mit Gewalt antworten.

SPIEGEL: Ex-Generalstabschef Momčilo Perišić gründete vergangene Woche eine eigene Partei. Erwarten Sie eine Spaltung innerhalb der Armee?

Nikolić: Jeder, ob General oder Soldat, wird aus der Armee gejagt, sobald er sich in die Politik einmischt.

SPIEGEL: Die Opposition fordert vorgezogene Wahlen – spätestens Anfang November. Wird die Regierung zustimmen?

Nikolić: Sofort. Selbst wenn die Sozialisten dagegen wären, hätte dies keinen Einfluss. Im serbischen Parlament halten wir zusammen mit der Partei von Drašković die Mehrheit. Allerdings glaube ich nicht, dass die so genannte demokratische Opposition eine Chance hat. Natürlich ist unser Volk enttäuscht über die Art, wie die Oberbefehlshaber unser Land aus dem Krieg im Kosovo führten. Doch die Nato hat unsere Bürger getötet, und niemand wird von der Westallianz finanzierte Marionetten wählen.

SPIEGEL: Welchen Rat würden Sie Slobodan Milošević angesichts der internationalen Isolation Serbiens geben?

Nikolić: Dass er abtritt, aber nicht, weil der Westen es fordert, sondern weil er im Kosovo kapituliert hat.

schaftlichen Niveaus“ in den Streitkräften. Denn, so Jiang: „Es wird für ein Land mit rückständiger Ausrüstung und Technologie sehr schwer werden, in einem künftigen Krieg die Initiative zu ergreifen.“ Für eine weitere Verschärfung im Streit mit dem nach staatlicher Eigenständigkeit strebenden Nachbarn Taiwan sieht Peking sich allerdings schon jetzt hinreichend gerüstet. Ganze fünf Tage werde die Inselrepublik einem Ansturm des Mutterlandes standhalten können, hieß es vergangene Woche.



Chinesisches Kriegsschiff

REUTERS

WESTAFRIKA

Triumph der Rebellen

In Sierra Leone paktiert die Regierung mit Mörderbanden. Um sein politisches Überleben zu sichern, hat Ahmed Tejan Kabbah, der Präsident des westafrikanischen Landes, den Rebellen der RUF, der Revolutionären Vereinigten Front, eine Generalamnestie zugesichert. Die 30 000 Kombattanten haben im achtjährigen Krieg 20 000 ihrer Landsleute umgebracht. Zehntausende wurden grausam verstümmelt, ihnen wurden Nasen und Ohren abgeschnitten, Arme und Beine abgehackt. Für Mary Robinson, Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, sind die Verbrechen in Sierra Leone schlim-



mer als alles, was im Kosovo die Weltöffentlichkeit erschütterte. Nach dem Friedensabkommen sollten die Soldaten der RUF ihre Waffen an Uno-Blauhelme abgeben. Doch bisher ist nicht einmal die Finanzierung des Einsatzes von Friedenssoldaten gesichert. Die terroristische Organisation, die die wichtigen Diamantenminen des Landes kontrolliert, stellt weiter Bedingungen. Ihr An-

führer, der frühere Armeefotograf Foday Sankoh, fordert „angemessene Unterkünfte“ in der Hauptstadt Freetown. Dort hatten seine Rebellen noch im Januar 10 000 Häuser und Wohnungen niedergebrannt. Sankoh war im Oktober 1998 in Sierra Leone zum Tode verurteilt worden. Nun steht ihm der Posten des Vizepräsidenten zu.

ALGERIEN

Furcht vor Attentaten

Französische Islamisten-Kenner warnen vor der Euphorie, mit der in Algerien nach der Ankündigung eines Friedensreferendums durch Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika eine neue Ära erwartet wird. Die Volksabstimmung über das „Ja zum Frieden“ am 16. September, heißt es im Pariser Außenministerium, werde noch einmal die muslimischen Extremisten mobili-

sieren, deren Bürgerkrieg gegen Zivilisten, Polizei und Militär seit 1992 etwa 80 000 Algerier das Leben gekostet hat. Erst vergangene Woche forderte ein Angriff auf ein Militärlager acht Tote. Der aus Algerien stammende Mufti von Marseille, Soheib Bencheikh, ist überzeugt, dass die Fundamentalisten noch einmal alle Kräfte aufbieten werden: Das Land diene „als Modell für die gesamte islamische Gemeinschaft bei der Lösung des zentralen Problems – der Beziehungen zwischen Religion und Politik“.

VENEZUELA

Ungebetener Gast

Venezuelas linksnationalistischer Präsident Hugo Chávez wird zunehmend eine Gefahr für die gesamte Region. Nach seinem überwältigenden Sieg bei den Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung hebt der Ex-Putschist jetzt systematisch die demokratischen Institutionen des Landes aus. Außerdem mischt er sich in den Bürgerkrieg in Kolumbien ein. Der Populist Chávez, der sich auf den Freiheitskämpfer Simón Bolívar beruft und gern das Buch eines argentinischen Kampfsportlers („Das Ora-

kel des Kriegers“) zitiert, pflegt gute Kontakte zu der marxistischen Guerrilla Farc. Die Aufständischen gaben vergangene Woche ein venezolanisches Verkehrsflugzeug samt Passagieren und Crew zurück, das angeblich von



Präsident Chávez

Chávez-Gegnern nach Kolumbien entführt worden war. Jetzt will sich Chávez mit den Rebellenführern im Nachbarland treffen. Er verprellt damit die Regierung in Bogotá und durchkreuzt die Strategie der US-Regierung in der Region. Washington drängt hinter den Kulissen auf eine gemeinsame Intervention der Nachbarländer in Kolumbien, um den Vormarsch der Guerrilla einzudämmen.



Russischer Schütze im Hubschrauber-Einsatz über Dagestan: Hartes Durchgreifen verlangt

DPA

RUSSLAND

Jelzins gehorsamer Soldat

Truppen in den Kaukasus, Gerüchte über die Verhängung des Ausnahmezustands – mitten in der Krise präsentiert Boris Jelzin seinen neuen Erben. Ein treuer Geheimdienst-Mann soll in den Kreml einziehen und den Präsidenten-Clan vor Ungemach bewahren.

Es ist bekannt, Russen lieben Schach. Das weiß auch ihr Präsident, der so gern eine Art politischer Kreml-Kasparow wäre – durch brillante und weit vorausbedachte Züge sein Volk und die Welt immer aufs Neue verblüffend.

So leistete sich Boris Jelzin wieder einmal eine kleine Rochade am dritten Jahrestag seines Antritts zur gegenwärtigen letzten Amtsperiode: eine „Rokirowutschka“, wie die hektischen Personalverschiebungen des Chefs im Moskauer Beamtenjargon längst heißen.

Vorigen Montag entließ er nach nur dreimonatigem Dienst seinen Premier Sergej Stepaschin, 47. Der Polizeigeneral, sichtlich geknickt, mochte sich beim letzten

Auftritt vor seinem Kabinett nicht einmal mehr setzen: Jelzin habe ihm für „gute Arbeit gedankt“ und dann den Abschied gegeben, sein Nachfolger sei „ein ordentlicher und verdienter Mann“.

Allerdings niedriger im Rang. Wladimir Putin, 46, den der sprunghafte Zar als Ersatz aus seiner Personalreserve hervorholte, ist nur Oberst – und das, obwohl er bislang die Staatsschutzbehörde FSB (Föderaler Sicherheitsdienst) leitete und zugleich als Sekretär dem nationalen Sicherheitsrat vorstand. Die eigene Erhöhung wie die Niederlage des vorgesetzten Kameraden kommentierte der neue Mann mit einer knappen Gehorsamsbekundung: „Wir sind Soldaten.“

Und die setzte er auch als Erstes in Marsch – in einen neuen Kampf mit muslimischen Separatisten, die Moskau im wilden Kaukasus herausfordern. Der Föderationsrat forderte gegen den Abfall weiterer Bergvölker „hartes Durchgreifen“, und Putin versicherte: „Das entspricht auch unserer Einstellung.“

In Dagestan, Russlands menschenreichster Republik im Nordkaukasus, ist nach monatelangem Schmelbrand ein Krieg ausgebrochen, den Polizei und Armee momentan noch als Routine-Bekämpfung von Verbrecherbanden herunterzuspielen versuchen. Gleichwohl erinnert sein Anfangsstadium bedenklich an das mörderische Tschetschenien-Abenteuer von 1994 bis

1996 mit 80 000 Toten. Die Moskauer Lesart: Terroristen-Trupps in einer Gesamtstärke von 2000 Kämpfern seien vorletzten Samstag aus Tschetschenien in die südliche Nachbar-Republik eingedrungen und hätten ein Dutzend grenznaher dagestanischer Dörfer unter ihre Kontrolle gebracht.

Der in Russland steckbrieflich gesuchte Schamil Bassajew, der voriges Jahr erst als tschetschenischer Premier, danach als Armeechef zurücktrat, hat die Verantwortung für den gewaltsamen Separatismus-Export übernommen. Er fungiert als „Kriegs-Emir“ und steht zusammen mit dem aus Jordanien stammenden Afghanistan-Veteranen Chattab an der Spitze einer internationalistischen Mudschahidin-Brigade.

Die Krieger im Namen Allahs haben sich laut Bassajew zum Ziel gesetzt, „die Unabhängigkeit des gesamten Nordkaukasus“ zu erkämpfen und dann eine „große Föderation“ mit Zugang zum Kaspischen Meer und den großen Ölvorkommen zu errichten.

Ganz nach schlechtem Sowjet-Vorbild berufen sich die militanten Islamisten auf einen Ruf nach brüderlicher Hilfe aus Dagestan: Dortige Wahhabiten, Anhänger einer radikal-islamischen, in Arabien beheimateten Glaubensrichtung, hätten sie zur Unterstützung beim Aufbau einer islamischen Republik angefordert.

Die Wahhabiten gewinnen Zulauf im russischen Armenhaus Dagestan, wo kaum jeder Dritte Arbeit hat. Vor allem jüngere Männer ohne Perspektive strömen bereitwillig in Bassajews Militärausbildungscamps jenseits der Grenze. Die Kreml-Führung kennt die Gefährlichkeit des Konfliktherds in der Region seit langem – spätestens seit Bassajew 1998 den „Kongress der Völker Tschetscheniens und Dagestans“ organisierte.

Moskau muss das Budget Dagestans ohnehin zu 85 Prozent finanzieren; doch statt die soziale und wirtschaftliche Lage zu ver-



Rebellenführer Bassajew in Dagestan
„Unabhängigkeit des Nordkaukasus“

bessern, vertröstete die Zentralregierung die verzweifelten Republik-Oberen mit Durchhalteparolen. Ein neuer kleiner Krieg im Kaukasus hilft freilich auch, Moskauer Macht-Manöver zu verschleiern und die Russen wieder hinter ihrem abgetakelten Kriegsherrn Jelzin zu einen.

Dafür könnte Putin der richtige Mann sein. Bis zur Bestätigung im Parlament bleibt sein neues Kommando noch kommissarisch. Doch breite Zustimmung scheint gesichert. Keine Fraktion möchte es mit dem Aufsteiger verderben, der bislang ihre Personaldossiers verwaltete.

Und jeder Bürger verstand: Das war auch ein Schachzug des Präsidenten, der das vom Jelzin-Clan befürchtete Matt abwenden soll. In nicht ganz anderthalb Jahren hat der Kreml-Herr vier Regierungschefs verschlissen. Mit Wiktor Tschernomyrdin trat im März vergangenen Jahres immerhin noch ein Mann ab, der das stagnierende Regime gut fünf Jahre lang mit in der Balance gehalten und sich in Washington den Beinamen „Steady Eddy“ erworben hatte.

Sein Nachfolger Sergej Kirijenko, 36, durfte als „Kinderüberraschung“ die Finanzpleite seines Vorgängers aussitzen und nach vier Monaten wieder gehen. Danach sollte Tschernomyrdin zurück auf den Schleudersitz, gab aber nach 18 Interimstagen und zweimaliger Ablehnung in der Duma auf.

Und auch Jewgenij Primakow, der daheim wie im Ausland respektierte Vorgänger Stepaschins, fiel nach nur acht Monaten im Mai in Ungnade. Er hatte zu wenig Eifer gezeigt, dem Jelzin-Anhang auch über den Abgang des Präsidenten im Jahr 2000 hinaus Macht und Einfluss zu sichern.

Dieses Kunststück muss der gelernte Spi-



on Putin, der über eine juristische Grundausbildung verfügt, seinem Präsidenten wohl überzeugend versprochen haben. Denn mit schleppender Stimme, die Augen starr auf den Teleprompter gerichtet, empfahl Jelzin seinen bisherigen Geheimdienstchef zugleich auch als Kronprinzen und Nachfolger im höchsten Staatsamt: „Ich glaube an ihn. Aber ich möchte, dass ihm ebenso all diejenigen vertrauen, die im Juli des Jahres 2000 ihre Wahl treffen. Bis dahin hat er ausreichend Zeit, sich zu beweisen.“

Prompt gab Putin bekannt, er werde sich im kommenden Jahr um das Präsidentenamt bewerben. Doch gerade mit der Person des Kandidaten und den Umständen seiner Kür verbinden sich erhebliche Zweifel, ob der erste demokratische Machtwechsel in der Geschichte Russlands noch gelingen kann.

Der Aufsteiger stammt aus einer einfachen Leningrader Familie. Sein Vater, ein Schlosser, starb in der Woche vor Putins Ernennung. Über einige Abschnitte der Biografie des schlanken und verschlossenen Mannes vom Lubjanka-Platz ist so wenig bekannt, wie es sich für höhere Offiziere des KGB gehört. Denn bei dieser Firma, die jahrzehntlang höchst erfolgreich die Demokratie von Russland fern hielt, lernte Putin nach dem Studienabschluss 1975 in Leningrad sein Handwerk.

Die Tschekisten, die sich stets als „Schwert und Schild der Partei“ verstanden, formten sein Weltbild. Und als er 1998, nach einem achtjährigen Absteher hinter die politischen Linien, an die Spitze des Inlandsgeheimdienstes FSB kommandiert wurde, gestand er: „Ich kehre dorthin zurück, wo ich hingehöre.“

In Wahrheit hatte er das Schlapphut-Unternehmen niemals verlassen. In den achtziger Jahren organisierte er in Leipzig die deutsch-sowjetische Freundschaft und bespitzelte von Dresden aus die Bonner Republik, nach anderen Angaben auch die Schweiz und Österreich – Putin spricht



Designer Premier Putin, Chef Jelzin: „Ich glaube an ihn“



Flüchtlinge aus dem Kampfgebiet in Dagestan: Opfer für den kranken Mann im Kreml?

fließend Deutsch und lässt seine beiden Töchter die deutsche Schule in Moskau besuchen. Er war oftmals in Hamburg, der Partnerstadt von St. Petersburg; ein hoher Beamter der Senatskanzlei hat ihn nach langen Wodka-Nächten („aber immer wissend, was er tat“) als „sehr schnell im Kopf“ und „außerordentlich deutschfreundlich“ in Erinnerung. So lernte ihn auch der emeritierte Rechtsprofessor Wolfgang Seiffert kennen, der „erstmal seit Katharina der Großen und Lenin“ wieder einen Kenner der deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an der Spitze Russlands sieht.

Anfang der neunziger Jahre wurde dem jungen Oberstleutnant die Undercover-Funktion eines Gehilfen für internationale Beziehungen im Leningrader Universitätsrektorat zugewiesen. Bald danach machte er sich dem Perestroika-Star Anatolij Sobtschak als Berater in auswärtigen Angelegenheiten nützlich.

Im Windschatten dieses agilen Juraprofessors, bei dem er Anfang der siebziger Jahre im Seminar gesessen hatte, brachte es Putin zum Leningrader Vizebürgermeister. Im heißen August 1991, als der konservative KPdSU-Flügel gegen Gorbatschow putschte, vermittelte er erfolgreich zwischen alten und neuen Genossen: Leningrad blieb ruhig.

Aber der Mentor Sobtschak mit seinem ausgeprägten Hang zu aufwendiger Repräsentation geriet unter Korruptionsverdacht. 1996 wurde er abgewählt, im Jahr darauf begannen gegen ihn staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen angeblicher Vorteilsnahme im Amt. Sobtschak

nannte die Anschuldigungen „total politisch inspiriert“ und setzte sich aus Furcht vor Inhaftierung 1997 nach Paris ab.

Zu der Zeit war Putin bereits wieder gut untergebracht – diesmal vom Reformplaner Anatolij Tschubais, der damals die Jelzin-Administration leitete. Er verschaffte dem Landsmann aus St. Petersburg erst einen Posten in der Vermögensverwaltung des Kreml und später das Amt eines Chefs der einflussreichen Kontrollabteilung. Im Mai vergangenen Jahres wurde Putin stellvertretender Leiter des Präsidialamtes, einen Monat später Nummer eins des Staatssicherheitsdienstes.

Dort geriet er vorübergehend ins Gerede: Kollegen des Zwillingsdienstes SWR (zuständig für Auslandsspionage) wollten herausgefunden haben, dass Putins alter Patron Sobtschak in Paris vom französischen Geheimdienst abgeschöpft werde. Dabei seien Einzelheiten finanzieller Transaktionen bekannt geworden, durch die auch der Geheimdienst-Boss womöglich erpressbar werden könne.

Sobtschak kehrte unlängst nach Russland zurück. Von Ermittlungen gegen ihn ist nicht mehr die Rede – ebenso wenig wie von Nachforschungen zum Reichtum der herrschenden Familie. Solche Vertuschungsmanöver haben eine hochanständige Bezeichnung: Es gehe um die „Stabilisierung der Gesellschaft“, sagt Jelzin, das vor allem traue er seinem Putin zu.

Doch unersichtlich ist, mit welchen Mitteln der Neue so mächtige Kontrahenten wie den Moskauer Oberbürgermeister Luschkow oder den populären Ex-Premier Primakow im Wahlkampf ausbremsen

kann. Politisch ist Putin noch ein Niemand, vorerst einfach nur loyal.

So bleibt es das Geheimnis Jelzins und der von ihm befehligten Dienste, wie der germanophile Kreml-Kandidat populär und wählbar gemacht werden soll. Der Präsident selbst ist inzwischen so verrufen beim Bürger, dass eine warme Empfehlung von ihm eher für jeden Aspiranten den politischen Todeskuss bedeutet.

Aus dem Kreml dringen schon erste Indiskretionen, die andere Szenarien andeuten – Hinweise auf eine angeblich insgeheim verabredete dauernde Dienstunfähigkeit Jelzins zum richtigen Zeitpunkt beispielsweise, die Putin automatisch zum amtierenden Präsidenten machen würde. Oder auf eine Verschiebung der Wahlen, die sich mit einem Notstand rechtfertigen ließe.

Die Koinzidenz der politischen Krise in Moskau mit der

Krise im Kaukasus ist zumindest merkwürdig: Seit Jelzins neuer Regierungskommissar im Amt ist, füllen wieder Kampfflugzeuge und brennende Dörfer die russischen Bildschirme. Zackige Kommandeure reden vom Vernichten und Liquidieren der Rebellen und davon, dass „in zwei, drei Tagen“ alles vorbei sei.

Als Premier Stepaschin kurz vor seiner Entlassung Dagestan besuchte, zog er noch eine pessimistische Bilanz: „Die Situation im Kaukasus hat sich für uns äußerst ungünstig entwickelt; es ist möglich, dass wir Dagestan verlieren.“ Der unerwünschte Realismus mag zu seinem Sturz beigetragen haben.

Nachfolger Putin lässt nun durchgreifen, auf bekannte Art. Jeden Tag schaffen Militärflugzeuge hunderte von Bewaffneten in die Krisenzone, Sonderpolizisten aus Murmansk am Eismeer ebenso wie Fallschirmjäger aus Jekaterinburg am Ural.

Allein an Putins zweitem Tag im Dienst flog die russische Luftwaffe 78 Angriffe auf die besetzten Dörfer: ein unerklärter Krieg im eigenen Land, der nach Moskauer Angaben bis Ende voriger Woche zehn russische Soldaten und über hundert Aufständische das Leben kostete.

Opfer fürs Vaterland? Oder für den kranken Mann im Kreml, der seinem Volk längst keine Vaterfigur mehr ist? Muslim Mairbek Watschagajew, tschetschenischer Geschäftsträger in Moskau, ist sicher: „Wenn an der tschetschenischen Grenze täglich russische Soldaten fallen, muss Jelzin doch den Notstand ausrufen; dann braucht er sich auch mit den Wahlen nicht zu beeilen.“

JÖRG R. METTKE

JAPAN

Die Fahne hoch

Die angeschlagene Wirtschaftsmacht will „ein normales Land werden“ und rüstet auf – militärisch, aber auch moralisch mit einem Rückgriff auf alte Symbole des kaiserlichen Japans.

Sorgenvoll deutet der Abgeordnete Shingo Nishimura mit seiner Zigarette in den Himmel über dem Parlament in Tokio. Irgendwo dort könnte Ende August oder Anfang September eine nordkoreanische Rakete über Japan hinwegfliegen. „Gegen die Gefahr hilft nur eines: Japan braucht eigene Atomwaffen“, sagt Nishimura.

Noch vor einem Jahr galt der Parlamentarier, dessen Liberale Partei mit der größeren Liberaldemokratischen Partei (LDP) in Tokio die Regierung bildet, bei seinen Landsleuten als nationalistischer Sonderling. Die Verfassung von 1947, mit der das japanische Volk „auf ewig dem Krieg als souveränem Recht der Nation“ abschworen unantastbar. Und auf den Gedanken, offen nach Nuklearwaffen zu rufen, wäre erst recht niemand gekommen.

Doch neuerdings erfährt Nishimura jede Menge Zuspruch. Seit Nordkoreas Diktator Kim Jong Il vor einem Jahr erstmals eine Rakete – von Nordkorea als „Satellit“ bezeichnet – über das Inselreich hinwegfeuern ließ, bangen die Japaner um ihre Sicherheit. Und jetzt facht die Aussicht auf einen erneuten Raketentest die Angst vor dem unberechenbaren Nordkorea zusätzlich an.

Denn Fotos von US-Spionagesatelliten scheinen zu belegen, dass die Machthaber in Pjöngjang wieder einen Probeschuss vorbereiten. Das verbesserte Mo-

dell „Taepodong-2“ soll eine Reichweite bis zu 6000 Kilometern haben – dreimal so viel wie die Vorgängerversion. Es könnte bis Alaska fliegen.

Selbst wenn das marode stalinistische Regime diesmal nur blufft, um den USA weitere Nahrungsmittelhilfen für seine hungernde Bevölkerung abzutrotzen, hat die Nervosität in Fernost schon eine Art Zeitenwende bewirkt: Japan versucht, seine Rolle neu zu definieren – indem es militärisch und moralisch wieder aufrüstet.

Der asiatische Wirtschaftsriese will kein politischer und militärischer Kümmerling mehr sein. Als Folge ihrer verheerenden Niederlage im Zweiten Weltkrieg konzentrierten sich die Japaner auf wirtschaftliche Eroberungen. Die Landesverteidigung überließen sie auch nach dem Sicherheitsvertrag von 1960 weitgehend der einstigen Besatzungsmacht USA, die in Ostasien bis zu 100 000 Soldaten stationiert hat.

Das soll sich nun ändern. Im Eilverfahren bewilligte die Regierung von Premier Keizo Obuchi 1,7 Milliarden Dollar für den Bau eines eigenen Aufklärungssatelliten; überdies will Tokio mit den USA ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem entwickeln. Im Mai beschloss das Parlament mehrere Zusätze zum Sicherheitspakt mit den USA. Künftig will Tokio der Supermacht auch bei Krisen „in der Umgebung“ des eigenen Landes – etwa in einem Kon-

全国戦没者追悼



Gedenken an das Kriegsende*: „Nicht länger

flikt zwischen Amerika und China wegen Taiwan – logistische Hilfe leisten.

Für Politiker wie Nishimura ist das erst der Anfang: „Wir brauchen eigene Flugzeugträger, Marschflugkörper und atomare Sprengköpfe. Japan muss endlich ein normales Land werden.“ Auch wenn andere sich so weit nicht vorwagen – Nippons Regierungsparteien möchten ihre Streitkräfte nicht länger schamhaft verstecken und sich zugleich von den Beschränkungen der Nachkriegszeit befreien.

Um die einstige Samurai-Nation ein für alle Mal vom Militarismus zu kurieren, hatte der US-Besatzungsgeneral Douglas MacArthur den Japanern die Friedensverfassung praktisch Wort für Wort diktiert. Nach Artikel 9 mussten sie geloben, „nie-mals“ Land-, See- und Luftstreitkräfte zu unterhalten.

Als sich der Kalte Krieg verschärfte, drängten die Amerikaner ihre Zöglinge zwar Anfang der fünfziger Jahre zum Auf-



Japanische Kriegsmarine*: „Die Chinesen verstehen nur die Sprache der Drohung“

* Links: bei einem Manöver mit südkoreanischen Freigattungen im ostchinesischen Meer am 5. August; oben: mit dem Kaiserpaar in Tokio am 15. August 1995.

bau einer Berufsarmee. Aber damit fing ein bizarres Tarnmanöver an: Mit Hilfe gewundener Verfassungsinterpretationen gab Tokio sein Militär als „Selbstverteidigungstreitkräfte“ aus, nicht viel mehr als eine Abart der Polizei.

Tatsächlich verfügt Japan heute mit 243.000 Mann über eine stattliche Armee; dafür zahlt das Land immerhin rund 42 Milliarden Dollar jährlich.

Washington sähe es gern, wenn sein wichtigster asiatischer Verbündeter zu einer aktiveren Sicherheitspolitik bereit wäre – ohne den Schulterchluss mit den USA zu lockern. Um das eigene Volk aus der „Friedenslethargie“ (Nishimura) aufzurütteln, kam Tokio die Bedrohung aus Nordkorea daher nicht ganz ungelegen: Kürzlich beschloss das Parlament die Einsetzung eines Ausschusses, der erstmals seit 52 Jahren eine Änderung der Verfassung prüfen soll. Taku Yamasaki, prominenter LDP-Anwärter auf die Nachfolge von Premier Obuchi, beschreibt die neue Marschrichtung klar: „Artikel 9 muss weg.“

Bei Japans Nachbarn wecken die kämpferischen Töne unguete Gefühle, Erinnerungen an japanische Kriegsgräueltaten werden wach. Tokio wolle die Schuld der Vergangenheit loswerden, mahnt Südkoreas Nachrichtenagentur Yonhap. Auch Peking äußert Missfallen: Die Chinesen wissen, dass Japan wohl nicht nur gegen Nordkorea rüstet.

Letztlich geht es um eine neue Machtverteilung in Ostasien mit Japan als ebenbürtigem Mitspieler. In den Jahrzehnten nach dem Krieg habe Japan sich „gegenüber China entschuldigt und Geld bezahlt“, sagt Tomohide Murai von der Nationalen Verteidigungsakademie. Doch das „Reich der Mitte“, das Japan im frühen 19. Jahrhundert wie einen tributpflichtigen Vasallenstaat behandelte, sei nicht bereit, mit Tokio gleichberechtigt zu verkehren: „Die Chinesen verstehen nur die Sprache der militärischen Drohung.“

Die einst so erfolgreichen Japaner, die sich in den achtziger Jahren noch weltweit als „Nummer eins“ feiern ließen, fürchten das wachsende politische und ökonomische Gewicht des großen Nachbarn auf

dem Festland. Von wirtschaftlichen Rückschlägen und einer Rezession gedemütigt, sehnen sie sich nach moralischer Größe statt nur nach materiellem Gewinn.

Das geistige Vakuum, das die Wirtschaftskrise riss, stopft die konservative Regierung mit einem Rückgriff auf traditionelle Werte: Vorige Woche verankerte das Parlament das Sonnenbanner (Hinomaru) und die Kaiserhymne (Kimigayo) gesetzlich als staatliche Hoheitssymbole. Nach 1945 hatten vor allem linke Lehrer Flagge und Hymne als Symbole militärischer Expansionslust abgelehnt. Künftig sollen sie und ihre Schüler wieder die Fahne hissen und die Hymne singen – eine amtliche Bekräftigung der Kaiser-treue.

Die zersplitterte japanische Opposition verfolgt die Hinwendung zur Vergangenheit wie gelähmt. Die Tageszeitung „Asahi“, traditionelles Sprachrohr der liberalen Intellektuellen, klagt über „Willkür“ der Regierung. Doch die Politiker packen bereits das nächste Tabuthema an. So möchte Regierungssprecher Hiromu Nonaka den Yasukuni-Schrein in Tokio zur staatlichen Gedenkstätte für die Kriegstoten aufwerten lassen.

Nur: In dem Shinto-Schrein werden auch Japans Hauptkriegsverbrecher verehrt, die 1948 von den Alliierten zum Tode verurteilt und gehängt wurden. Aus Rücksicht auf die Opfer der japanischen Aggression von damals musste Premier Obuchi daher am vorigen Sonntag – dem Jahrestag

Künftig sollen Politiker unbefangen am Schrein für die Kriegstoten beten dürfen

der Kapitulation von 1945 – erneut darauf verzichten, an dem berüchtigten Schrein zu beten.

So viel diplomatische Zurückhaltung geht konservativen Patrioten wie Nonaka zu weit. Damit Japans Führung künftig zum Yasukuni pilgern kann, will er den Ärger um die Kriegsverbrecher ganz pragmatisch lösen: Sie sollen einfach an einer getrennten Stelle verehrt werden.

Das Versäumnis der Japaner, sich klar zu ihrer Kriegsschuld zu bekennen, hält das Misstrauen der Nachbarstaaten wach. Bisher waren es meist unbelehrbare LDP-Mitglieder, die mit beschönigenden Äußerungen über Nippons Gräueltaten weltweit Empörung auslösten; aber mittlerweile begeistert der Nationalismus zunehmend auch die Jugend des Landes.

Jahrelang verbannte das Kultusministerium dunkle Flecken der eigenen Geschichte; die Jugendlichen wissen meist nur wenig über die Vergangenheit. Stattdessen formen sie ihr historisches Bewusstsein nach Comics, die Japans Invasionskriege als glorreichen Befreiungskampf gegen die „weißen“ Kolonialmächte rechtfertigen.

Zu den erfolgreichsten Comic-Zeichnern zählt der Nationalist Yoshinori Kobayashi. In seinem Bestseller „Senso Ron“ – frei



Japaner auf den Philippinen (1945): Gräueltat beschönigt

übersetzt „Diskurs über den Krieg“ – appelliert er an latente rassistische Minderwertigkeitskomplexe gegenüber den „Weißen“, seinen Landsleuten empfiehlt er eine „neue Arroganz“.

Tokios martialischer Kurs könnte die Spannungen in Ostasien weiter verschärfen. Die Beziehungen zu China sind bereits belastet. Einen möglichen Krisenherd bilden die unbewohnten Senkaku-Inseln (chinesisch: Diaoyu-Inseln) zwischen Okinawa und Taiwan, die sowohl Japan als auch China für sich beanspruchen.

Der japanischen Regierung missfällt, dass China in diesem Jahr wiederholt Forschungsschiffe in die angeblich rohstoffreiche Gegend entsandt hat. Deshalb schlägt der Abgeordnete Nishimura eine spektakuläre Parlamentarierreise zu den umstrittenen Inseln vor: „Dann hissen wir dort das Sonnenbanner.“ WIELAND WAGNER



verstecken“

K. KURITA / GAMMA / STUDIO X

BETTMANN / COREIS

HOLOCAUST

„Das Böse ist niemals banal“

In Israel ist ein Streit um die Freigabe der Eichmann-Memoiren entbrannt. Jehuda Bauer, Forschungsleiter der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Jad Waschem, bewertet die Papiere.

Der Organisator der nationalsozialistischen Juden-Deportationen in die Vernichtungslager, Adolf Eichmann, wurde am 15. Dezember 1961 in Jerusalem wegen „Verbrechen gegen das jüdische Volk, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ zum Tode durch den Strang verurteilt. Kurz vor dem Schuldspruch überreichte er dem Generalstaatsanwalt Gideon Hausner einen dicken Stapel handschriftlicher Notizen. Es waren seine in der Haft verfassten Aufzeichnungen, die er „zeitgleich mit seinem Urteil“ veröffentlicht sehen wollte.

Doch Hausner, der die Geschichte in seinem auf Hebräisch erschienenen Buch über den „Prozess von Jerusalem“ enthüllt, lehnte ab. Er machte dem damaligen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion klar, dass Eichmann offenbar eine Publikation wolle, die mit dem Gerichtsurteil „konkurrierte und in der Welt Zweifel an dessen Richtigkeit wecken würde“. Hausner weiter: „Eichmann hatte während 30 Sitzungen die Möglichkeit gehabt, im Zeugenstand alles zu sagen. Wir mussten jetzt nicht seine Lügenversion in der Welt verbreiten.“ Nach Hausners Darlegung entschied Ben-Gurion, das Manuskript für 15 Jahre wegzuschließen. 127 gesonderte Eichmann-Seiten gelangten jedoch schon Anfang der Sechziger mit Prozessakten in deutsche Archive und waren dort auch zugänglich.

Die Existenz des rund 1200 Seiten starken Haft-Manuskripts gab Hausner erstmals in seinem 1980 publizierten Buch zu. Die 15 Jahre Geheimhaltungsfrist waren abgelaufen. Dennoch sorgte der Staatsanwalt, der Eichmann als den „Grundpfeiler des kriminellen Komplotts zur Vernichtung des jüdischen Volkes“ sah, nicht für eine Veröffentlichung des Textes. Er zitiert in seinem Buch jedoch ausführlich daraus – um deutlich zu machen, wie Eichmann sich seiner Schuld und Verantwortung entwinde.

Eichmann versucht in seinen Memoiren mühselig, sich als ganz normaler Mensch darzustellen. So erzählt er absurde Belanglosigkeiten, etwa über seine Liebe für Prag. Um sich schwach zu geben, gestand er sogar seinen Hang zum Alkohol. Den Besuch der Vernichtungsstätten im Osten, so behauptet er, habe er nur mit Hilfe von Schnaps überstanden. Große Mengen habe er getrunken, als er einer Hinrichtung von Juden in Minsk beiwohnte. „Ich

durfte nicht betrunken aussehen, denn ich war ja mit einem Fahrer unterwegs und in Uniform. Es war besser, Schnaps zu trinken, was ich aber nur tat, wenn ich keinen Rotwein bekam. Dieses Mal trank ich den Schnaps wie Wasser.“

Von der Realität der Vernichtungslager gab er sich schockiert: „Ich habe mich gekniffen, weil ich wissen wollte, ob es Wirklichkeit war oder ein Traum. Ich vergaß sogar zu prüfen, wie lange die Tötung der Menschen dauerte, und genau dafür hatte mich Müller* dort hingeschickt.“ Er behauptet dreist, er habe sich „seelisch nie mit allen Zielen des Nationalsozialismus identifizieren“ können, „denn ich hatte immer Zweifel“. Wie im Prozess stilisiert er sich zum Opfer: „Ich hatte Pech. Ich habe jemandem die Treue geschworen, der es nicht wert war.“

Mit der Tötung von Zivilisten konnte er sich angeblich „nicht abfinden“. Doch der penible Bürokrat trieb den Holocaust weiter voran. Noch 1944 leitete er in Budapest eine Sonderaktion zur Deportation der ungarischen Juden.

In seinen Memoiren jammert er auch bigott über die mangelnde Zivilcourage der NS-Offiziere. „Wir sprachen von Pflicht, Befehlserfüllung, Gehorsam und Treue. Von Zivilcourage war nirgends in den Dienststatuten die Rede. Ich muss sagen, das ist sehr traurig.“

ANNETTE GROSSBONGARDT

* Heinrich Müller, von 1939 bis 1945 Leiter der Gestapo (des Amtes IV des Reichssicherheitshauptamts).



Häftling Eichmann 1960 in Haifa, Juden

SPIEGEL: Die Aufzeichnungen des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höss wurden bereits 1958 in Deutschland veröffentlicht, die Erinnerungen des Rüstungsministers Albert Speer 1969. Warum ist Israel erst jetzt bereit, Adolf Eichmanns Gefängnis-memoiren freizugeben?

Bauer: Ministerpräsident David Ben-Gurion entschied nach der Hinrichtung Eichmanns 1962, das Manuskript wegzuschließen. Spätere Regierungen hielten daran fest. Aus welchen Motiven sie die Geheimhaltung verfügten, müsste jetzt untersucht werden. Ich halte es für einen Skandal. Der Text hätte längst veröffentlicht werden müssen. Erst der jetzige Leiter des Staatsarchivs, Ewjatar Friesel, pochte darauf, die vergessenen Manuskripte zu publizieren.



Historiker Bauer

„Einladung an deutsche Kollegen“

SPIEGEL: Schon seit längerer Zeit baten aber israelische Journalisten wie der Historiker Tom Segev um Freigabe. Sie wurden immer wieder abgewiesen.

Bauer: Die Rechtslage war und ist eben sehr schwierig.

SPIEGEL: Haben Sie sich als Holocaust-Forscher nie für die Aufzeichnungen interessiert?

Bauer: Ich sage ganz ehrlich, ich hatte sie vergessen. Zwei Kollegen, die sich mit Eichmann befassen, haben mir erst sehr spät von den Memoiren erzählt.

SPIEGEL: Eichmanns ältester Sohn hat gegenüber dem israelischen Generalstaatsanwalt seinen Anspruch auf die Dokumente bekräftigt. Hat die Familie ein Recht auf die Manuskripte und die Art ihrer Veröffentlichung?

Bauer: Das interessiert mich als Historiker nicht, das muss der Generalstaatsanwalt klären. Und von ihm haben wir grünes Licht, die Veröffentlichung vorzubereiten. **SPIEGEL:** Durch die Geheimhaltung des Eichmann-Manuskripts ist jedenfalls der Verdacht entstanden, da gebe es etwas zu verbergen – etwa was Kontakte Eichmanns zu jüdischen Führern in Osteuropa angeht.

mann mit dem vergleichen, was er vorher gesagt hat. Man muss wissen, was dieser Mann wollte, und welche Fakten seinen Behauptungen gegenüberstehen. **SPIEGEL:** Welchen Wert haben die Aufzeichnungen überhaupt? **Bauer:** Historisch gesehen keinen großen. Ich kann mich natürlich irren, ich habe den Text nicht zur Gänze studiert. Psychologisch gesehen dürfte es aber sehr in-

Arendts These von der Banalität des Bösen. Wird dieses Bild bestätigt? **Bauer:** Dass er in der Zelle sitzt und liest, zeigt doch eher das Gegenteil. Er war böse, aber nicht banal. Er hat immerfort gelesen, war hochgradig intelligent und von breitem Wissen. Er bezieht sich auf die Philosophie, auf Kant. Arendt hatte Unrecht. Das Böse ist niemals banal.

SPIEGEL: Das Gericht lobte damals den „erzieherischen Wert“ des Prozesses, vor allem für den Teil der israelischen Gesellschaft, der den Holocaust nicht erlebt hat. Wirkt das heute noch nach?

Bauer: Der Eichmann-Prozess war eine Zäsur. Er machte die israelische Gesellschaft erst wirklich auf die Problematik aufmerksam. Die Veröffentlichung der Aufzeichnungen wird heute dagegen kaum Bedeutung haben für die innere Entwicklung unserer Gesellschaft.

SPIEGEL: Sowohl Hannah Arendt als auch Raul Hilbergs Standardwerk über die Vernichtung der europäischen Juden aus den sechziger Jahren sind bis heute nicht ins Hebräische übersetzt. Gibt es noch immer Berührungsängste?

Bauer: Damals, als man versäumte, die Bücher zu übersetzen, stimmte das. Aber das ist jetzt überwunden, genauso wie der Vorwurf an die Überlebenden, sie hätten sich nicht genügend gewehrt. Manche Jugendliche sagen heute sogar, diese Geschichte vom jüdischen Widerstand ist doch erfunden, damit wir uns besser fühlen. Sie glauben fälschlicherweise, dass das Ausmaß des Mordes so überwältigend war, dass die Versuche, sich zu wehren, unbedeutend wurden. ♦



bei der Ankunft in Auschwitz-Birkenau 1944: „Ein intelligenter, mörderischer Antisemit“

Bauer: Was Eichmann über seine Kontakte mit den zionistischen Gruppen zu sagen hatte, steht alles schon in dem berechtigten Tonbandinterview mit dem ehemaligen niederländischen SS-Offizier Willem Sasen von 1957 sowie in den seit langem bekannten 127 Eichmann-Seiten, die in Ludwigsburg bei der Zentralen Stelle zur Auf-

teressant sein, denn von einem Kriminellen dieser Art ein 1200-Seiten-Manuskript zu haben, das ist schon eine Fundgrube. **SPIEGEL:** Hilft die Lektüre, die Nazi-Gräueltaten zu fassen und zu begreifen, wie der frühere Handelsreisende Eichmann im Berliner Reichssicherheitshauptamt der „Speditur des Todes“ wurde?

Bauer: Das ist eigentlich historisch schon beantwortet. Eichmann war nicht einfach ein Handelsvertreter, er war ein intelligenter, ideologisch überzeugter, mörderischer Antisemit.

SPIEGEL: In seinem Schlusswort vor Gericht stilisierte er sich zum „Opfer eines Fehlschlusses“. Ist zu erwarten, dass er sein wahres Inneres in den Memoiren enthüllt?

Bauer: Es ist der Versuch, sich aus dem Todesurteil herauszudrehen. Er leugnet den Holocaust nicht, aber er spielt seinen eigenen Anteil daran herunter.

SPIEGEL: Fotos aus der Prozesszeit zeigen einen unscheinbaren Eichmann mit Büchern in der Zelle, die Filzpantoffeln vor der Pritsche. Sie wirken wie ein Beleg für Hannah

„Psychologisch gesehen ist das 1200-Seiten-Manuskript eine Fundgrube“

klärung von NS-Verbrechen liegen. Auch vor Gericht äußerte er sich dazu, da ist nichts Neues mehr dabei.

SPIEGEL: Israelische Publizisten kritisieren den Beschluss, die Aufzeichnungen deutschen Wissenschaftlern zu überlassen. Warum veröffentlicht Israel sie nicht selbst?

Bauer: Wie das genau gehandhabt werden soll, ist noch nicht ganz klar. Auf jeden Fall wollen wir deutsche Kollegen einladen, an der kritischen Ausgabe zu arbeiten, allein oder mit uns. Auch wir haben zwei ausgezeichnete Eichmann-Kenner, die beigezogen werden könnten. Schon wegen der Sprache wäre eine Edition in Deutschland aber sinnvoll. Auch der in Russland entdeckte Dienstkalender Heinrich Himmlers wurde von deutschen Historikern aufgearbeitet.

SPIEGEL: Weshalb geben Sie den Text nicht einfach so frei, wie er ist, unkommentiert?

Bauer: Was kann man mit Täteraufzeichnungen anfangen? Damit will er sich rechtfertigen. Man muss die Aussagen von Eich-



Angeklagter Eichmann*: „Grundpfeiler des Komplotts“

* 1961 in Jerusalem.

Flucht vor dem Nebel

Mit allerlei Kniffen versuchen Pinochets Verteidiger, das Verfahren gegen den alten chilenischen Diktator zu verhindern – oder zu beschleunigen.

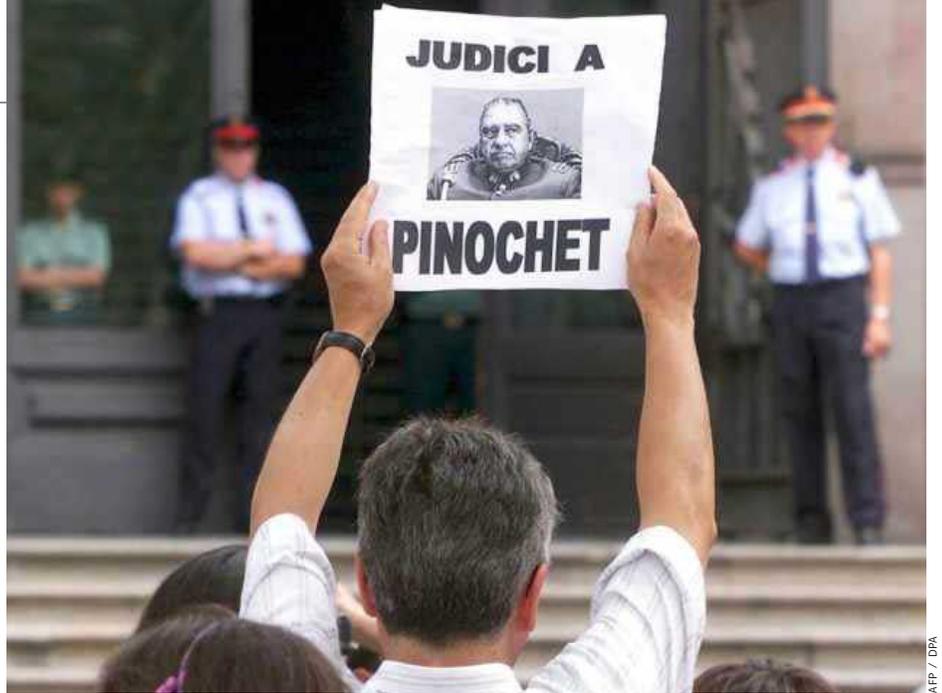
An heißen Tagen empfängt der General im Ruhestand Besucher im Rosengarten. Mit gebieterischer Geste seiner altersfleckigen Hand bedeutet der 83-Jährige dem Butler, schwarzen Kaffee zu servieren. Auf dem Rasen der Villa am Wentworth-Golfplatz – Monatsmiete 29 000 Mark – lässt er für seine Enkel ferngesteuerte Rennwagen flitzen.

Doch Augusto Pinochet, dessen Gewaltherrschaft zwischen 1973 und 1990 in Chile weit über 3000 Menschen zum Opfer fielen, hat genug vom Zwangsaufenthalt im Anwesen 33 Kilometer südwestlich von London. Einen zweiten Winter auf der Nebelinsel will er sich ersparen.

Pinochets Sohn Marco Antonio klagt, im Exil habe sich der Zustand seines Vaters dramatisch verschlechtert. In einem Bulletin führt der chilenische Leibdokter, unterstützt von einem britischen Vertrauensarzt, eine ganze Litanei von Zipperlein auf: Diabetes, Herzbeschwerden, Prostata-Leiden und Arthritis im linken Knie. Damit soll wohl Innenminister Jack Straw erweicht werden. Er könnte den „einzigen politischen Gefangenen Großbritanniens“, wie Pinochet sich selbst bezeichnet, aus humanitären Gründen heimkehren lassen.

Auf die Milde des linken Law-and-Order-Manns im Kabinett von Premier Tony Blair allein wollen die Berater des Diktators indes nicht setzen. Vom 27. September an sollen britische Richter entscheiden, ob sie dem Auslieferungsantrag aus Spanien stattgeben, wo der Madrider Richter Baltasar Garzón den Tyrannen außer Dienst wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagen will. Vorsorglich führte letzte Woche eine hohe chilenische Militärdelegation Gespräche in Madrid, um die Rechtslage ihres ehemaligen Oberkommandierenden zu sondieren. Anschließend reiste General Juan Carlos Salgado, Verbindungsmann zwischen dem Chef des chilenischen Heeres und dem verehrten Häftling, weiter nach London.

Dort soll Pinochet jetzt persönlich entscheiden, ob er sich seiner Auslieferung noch immer widersetzen will. Würde er weiterhin alle Rechtsmittel in Großbritannien ausschöpfen, müsste er noch viel Londoner Regen trotzen. Das Pinochet-Lager scheint seine Strategie zu ändern. Aus der



Anti-Pinochet-Demonstration in Barcelona: Entrüstung über die Geheimdiplomatie

Umgebung des Ex-Diktators kam in den vergangenen Tagen die Idee, der Angeklagte solle sich in die Überstellung nach Spanien fügen. So würde der Patriarch noch vor den Herbststürmen in den Genuss des linden iberischen Klimas kommen. Die Berater kalkulieren, dass der Greis nach einem schnellen Prozess in Spanien nicht ins Gefängnis käme, dafür ist er zu alt. Dann könnte er endlich heimreisen, selbst nach einem Schuldspruch.

In Spanien darf Pinochet nur wegen Folterungen, die er ab Dezember 1988 veranlasste, verfolgt werden, so entschied das oberste britische Gericht im März. Denn erst zu diesem Zeitpunkt hatte Großbritannien die Konvention gegen Folter ratifiziert. Ermittlungsrichter Garzón, 43, der Pinochet ursprünglich auch Genozid und Staatsterrorismus vorwarf, konzentriert sich deshalb in seiner neuen Anklageschrift auf etwa 70 Fälle. Ob die Opfer Spanier waren, ist dabei unerheblich, da für die Verfolgung von Folter unumstritten das Weltrechtsprinzip gilt.

Doch die spanische Staatsanwaltschaft versucht, Garzón das Verfahren aus der Hand zu schlagen. Sie bestreitet weiterhin die Zuständigkeit der spanischen Justiz (der Nationale Gerichtshof hatte diese allerdings schon im Oktober bestätigt) und beantragte, den Haftbefehl aufzuheben.

Der konservativen Regierung von José María Aznar kommt der Fall sehr ungelegen. Der Eifer des zähen Richters Garzón hat die Beziehungen zu Chile getrübt. Zu Hause wird der Gewaltherrscher von Amnestieregelungen geschützt. Chile ist neun Jahre nach dem Übergang zur Demokratie noch tief gespalten. Deshalb hat die Regierung

des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei angeregt, ein Schiedsverfahren über die Zuständigkeit entscheiden zu lassen, obwohl die nach Ansicht renommierter Völkerrechtler eindeutig gegeben ist. Die Chilenen berufen sich auf die Folterkonvention, die eine Möglichkeit zur Schlichtung enthält – was allerdings nur bei einem Streit über die Auslegung von Begriffen vorgesehen ist.

Aznar zeigte gleichwohl Verständnis. Spanische Unternehmen haben in Chile allein seit Dezember 4,2 Milliarden Dollar investiert. Auch um den wirtschaftlichen Interessen nicht zu schaden, möchte der Regierungschef am liebsten einen Prozess in Madrid vermeiden. Beim Sozialisten-Chef Joaquín Almunia ließ er diskret anfragen, ob die Opposition etwas dagegen habe, wenn Spanien sich von einem außergewöhnlichen Schiedsspruch bewegen lasse, den Auslieferungsantrag zurückzunehmen.

Prompt machte Almunia die Geheimdiplomatie publik, worauf nicht nur in Spanien ein Sturm der Entrüstung losbrach. Denn Garzóns Verfahren gegen den chilenischen Diktator hat exemplarischen Charakter: Zum ersten Mal eröffnet sich die Möglichkeit, politische Gewalttaten im Ausland zu sühnen, wenn den Opfern Gerechtigkeit zu Hause verwehrt ist.

Deshalb will Amnesty International im Auftrag der Angehörigen von britischen Pinochet-Opfern Anzeige erstatten, sollte Spanien den ehemaligen Diktator nicht nach Madrid holen. Auch aus der Schweiz und aus Frankreich liegen Auslieferungsanträge vor. Bis die neuen Verfahren geklärt wären, säße der Alte im Londoner Nebel fest.



Pinochet-Ermittler Garzón

HELENE ZUBER



Sammlung von Devotionalien



Nixon-Geschenk Buick Electra



Pelzmantel der First Lady Elena

Zur Versteigerung angebotener Besitz des Ehepaars Ceaușescu: Nichts als Kitsch vom „Genie der Karpaten“

RUMÄNIEN

Im Haus des toten Herrschers

Die Versteigerung des Ceaușescu-Nachlasses in Bukarest gewährt Einblick in eine bizarre Kollektion – vom Jagdgewehr des Diktators bis zur Limousine kommt unters Volk, was einst dem Volkseigentum entzogen wurde. Der Erlös fließt in den Staatshaushalt.

Als nachmittags um kurz nach vier der erste Pelzmantel aus Elena Ceaușescus Sammlung aufgerufen wird, zeigt das Thermometer in Bukarest 44 Grad im Schatten.

„Position 1.02, Damenmantel aus Nerz“ – schon stolziert ein brünettes Modell in den alten Sitzungssaal der Ceaușescu-Villa am Boulevard des Frühlings. Das kokett ausschwingende Hinterteil der Pelzbehangenen im Blick, ergreift der Auktionator das Wort: „15 Millionen 575 000 Lei, wer bietet mehr?“ Es geht nur um den Mantel.

Im Saal sind an die hundert gelbe Kärtchen verteilt, die mehrheitlich heftig geschwenkt werden. Das Gros des Publikums bekämpft so das Fehlen einer Klimaanlage. Wer sich nur Luft zufächern, nicht aber bieten wolle, mahnt der Auktionator, solle zur Vermeidung von Missverständnissen mit etwas anderem wedeln.

Keiner lacht. Im Gange ist immerhin eine hochoffizielle Veranstaltung unter der Schirmherrschaft der rumänischen Regierung. Mit der Dringlichkeitsverordnung 101/1999 hat sie den Startschuss zum Aus-

verkauf in der alten Residenz von Nicolae und Elena Ceaușescu gegeben.

Seit vergangenem Montag steht der bewegliche Nachlass des Ehepaars, das Rumänien bis 1989 ein Vierteljahrhundert lang beherrscht hat, zum Verkauf: vom Jagdgewehr bis zur Limousine, vom Diktatoren-Schlüpfer bis zum Perserteppich. Knapp zehntausend Objekte sollen bis zum Jahresende versteigert und zu Gunsten der Staatskasse versilbert werden.

„Verbindung mit der Zukunft“ verspricht am Eingang zum Machtzentrum der Vergangenheit, der Ceaușescu-Villa, die Werbebanderole eines Sponsors aus der Internet-Branche. Dahinter steht bunt aufgereiht, was Nicolae Ceaușescu, das selbst ernannte „Genie der Karpaten“, seinem Volk hinterlassen hat.

Der schwarze Buick Electra im Vorgarten ist ein Geschenk des US-Präsidenten Richard Nixon – originalgetreu erhalten haben sie ihn aus der Garage gerollt. Nahebei steht ein Dacia 1100, ausweislich einer Plakette dem „Genossen Nicolae Ceaușescu mit ehrerbietigster Dankbarkeit

für den Aufbau der Autoindustrie“ von den Werkträgern in Pitești gewidmet. Es ist das erste in Nachkriegs-Rumänien hergestellte Fahrzeug überhaupt.

Ein hölzernes Schachbrett, scheinbar achtlos zwischen kitschigen Vasen und heroisierenden Gemälden des Herrscherpaars im Inneren der Villa platziert, gewinnt durch die Widmung: Der mehrmalige Schachweltmeister Anatolij Karpow hat es dem werten „Genossen Nicolae Ceaușescu“ 1983 vermacht.

Nachmittag für Nachmittag fällt der Hammer im Minutentakt. Der Buick verschwindet, der Dacia, auch das Schachbrett. Pflichtschuldig vermelden die Zeitungen den Erlös für die Staatskasse. Eine Million Mark soll am Ende der ersten Woche zusammenkommen. Die in diesem Jahr fälligen Auslandsschulden betragen 5,5 Milliarden Mark.

Nicht alles verkauft sich wie erwartet. Während ein geschmeicheltes Abbild der Quasi-Anphabetin Elena Ceaușescu – in akademischem Aufputz mit fliederfarbem Talar und Doktorhut – zum Mehrfa-



Ceaușescu-Büste



Karpow-Geschenk Schachspiel, Auktionsbesucherin

chen des Listenpreises weggeht, wandert ein Paar sandfarbener Keilpumps samt passendem Täschchen zurück ins Lager.

Die wenigen Rumänen, die nicht als Zwischenhändler tätig sind und sich dennoch den Eintritt in Höhe eines halben Wochenlohns leisten, begleiten das Spektakel mit der landeseigenen Mischung aus Frohsinn und Fatalismus.

Keiner schreit Skandal im Angesicht der Pelzmäntel, die Elena Ceaușescu angehäuft hat. Nur eine elegante alte Dame aus dem Banat steht wutschnaubend zwischen Vasen, Porzellan und Ölgemälden. Sie sagt: „Nichts als Kitsch. Unglaublich, wie sich ein Mensch mit diesem Geschmack eine ganze Kulturinstitution unterwerfen konnte.“

Den Nachlassverwaltern von Ceaușescu Raubzug gegen das eigene Volk ist das egal. Sie sitzen im ehemaligen Büro des großen Führers und beglaubigen zweisprachig die Echtheit der Exponate. Der Alte würde sich im Grabe drehen wie ein hochfrasierter Ventilator, wüsste er, was nun an seinem Schreibtisch geschieht, flüstert ein junger Mann.

„Personal belongings seized from the Ceaușescus“ steht auf den Zertifikaten über einem regierungsamtlichen Stempel – es sind Siegerurkunden für die ehemals Kalten Krieger jenseits des Atlantiks. Vor allem Amerikaner, sagt Petre Bunei, bestünden auf diesem Passus.

Bunei, der alle Objekte katalogisiert hat, ist der heimliche Hausherr im verlassenen Reich des oltenischen Schusters Ceaușescu.

Keiner findet sich zurecht wie er in diesem Phantasiebau, einer klassizistischen Villa mit Anbauten im altrumänischen Stil, die einen orientalisch anmutenden Innenhof mit hoheitsvoll paradierenden Pfauen umschließt.

Urkunden bestätigen die Echtheit von Pumps und Schlüpfern aus der Herrschervilla

3206 größtenteils ungelesene Bücher haben sie nach der Revolution hier beschlagnahmt, wandschranksweise Kleider und Schuhe, 4 Säbel, 71 Waffen, 1056 Schuss Munition, 1739 Flaschen unterschiedlich hochprozentigen Inhalts. Alles ist auf Bürokratenpapier registriert, selbst die Unterwäsche soll demnächst noch unters Volk kommen. Finden sich keine Bieter, werden die Diktatoren-Schlüpfer ab Dezember preisreduziert in Geschäften ausliegen.

Während im Erdgeschoss der Villa weiter der Hammer über dem Hausrat fällt, ist im Großteil der Flure und Zimmerfluchten noch alles wie früher. Zwei der drei Dienstmädchen stammen noch aus der Ära Ceaușescu, beide Gärtner desgleichen.

Sie putzen güldene Wasserhähne blank, wienern schweres Parkett, stutzen Oleander im Garten und schweigen hartnäckig über ihren früheren Herrn. Der liegt nun seit fast zehn Jahren auf dem Friedhof im Bukarester Stadtteil Ghencea. Barmherzige haben auf seiner Grabplatte inzwischen einen Christuskopf unter den roten Stern der internationalen Arbeiterbewegung montiert.

Noch ist Rumänien nicht im Reinen mit sich und seiner Vergangenheit. Ein einzelner, unscheinbarer Besucher der Auktion am Boulevard des Frühlings immerhin tut

für sich selbst einen Schritt. Es ist ein Mann von Mitte fünfzig, der am Dienstag in Ceaușescus Büro den Kaufvertrag für eine Vase und ein Bild unterschreibt.

Als junger Künstler, so sagt er, habe er die beiden Stücke dem großen Genossen geschenkt. Nun wollte er sie wiederhaben. Und wie er mit den zwei Päckchen unter dem Arm aus dem Haus des toten Herrschers hinaustritt in die Bukarester Augusthitze, sieht er aus, als sei ihm wohl.

WALTER MAYR



Ehepaar Ceaușescu (1984)
Diktatur der Geschmacklosigkeit



Französische Kfor-Soldaten, wütende Albaner in Mitrovica: „In die Freundschaftsfalle der UÇK getappt“

Überforderte Schutzmacht: Die Albaner wenden sich gegen Uno und Nato, mit seinem Modell einer multi-ethnischen Gesellschaft ist der Westen gescheitert. Hilfsorganisationen klagen über die internationale Bürokratie, die den Wiederaufbau verzögert. Währenddessen helfen deutsche Polizeibeamte bei der Identifizierung von Mordopfern.

KOSOVO

Das Ende der Flitterwochen

Feueregefechte und Handgreiflichkeiten zwischen Friedenstruppen und Albanern: Die vor kurzem noch bejubelten Befreier werden als Besatzer empfunden, sobald sie Serben im Kosovo schützen wollen. An der Uno vorbei greift die UÇK nach der Macht.

Die Luft flimmert zwischen den Trümmern von Mitrovica, und plötzlich sehen die angebrochenen Kürbisse auf den Marktständen neben der Moschee nicht mehr aus wie frisches Obst, sondern wie eingeschlagene Schädel.

An der Brücke über den Fluss Ibar, der die 100 000 Einwohner große Stadt in ein serbisches und ein albanisches Viertel teilt, liegt ein Junge blutend im Stacheldraht. Schwer zu sagen, wer schuld daran ist, dass den zehnjährigen Hamdi lebenslang eine Narbe am linken Unterarm an diesen 11. August erinnern wird – und nicht die Sonnenfinsternis.

Vielleicht sind es die Serben, die hundert Meter weiter am anderen Ufer ihre Flagge gehisst und hinübergerufen haben: „Scheiß Albaner, hier ist Serbien!“

Vielleicht sind Hamdis ältere Brüder schuld, die den Kleinen, anstatt mit ihm

das Himmelschauspiel zu bestaunen, zur täglichen Demonstration der Albaner an der Brücke mitnahmen. Dort wollten sie gegen die Serben protestieren – und gegen die französischen Kfor-Soldaten, die sie nicht auf die andere Seite lassen, weil es dann ein Blutbad gäbe.

Vielleicht ist aber wirklich der Fahrer des französischen Militärjeeps schuld, der aus Angst vor den wütenden Albanern mit seinem ockergelben Wagen durch die Menge raste und nicht merkte, dass er erst den Stacheldraht mit der hinteren Stoßstange und dann den kleinen Hamdi mit dem Stacheldraht mitgerissen hat.

Es wird immer schwerer zu sagen, wer Schuld hat im Kosovo. Eines steht aber fest: Noch vor ein paar Wochen hätte kein Albaner einem Kfor-Soldaten ins Gesicht gespuckt, nach ihm getreten und ihn als „Nato-Terroristen“ beschimpft, wie es heu-

te fast täglich am Kontrollpunkt bei der Ibar-Brücke geschieht.

Vor zwei Monaten hat auch der Wachmann des UÇK-Hauptquartiers den Franzosen noch zugejubelt, als sie Mitrovica von den serbischen Soldaten befreiten. Jetzt deutet er stumm auf ein faustgroßes Loch in der Nordwand des Hauses.

Serbische Extremisten haben in der Nacht zuvor eine Panzerfaust abgefeuert und einen Raum verwüstet. Dann sagt der Wachmann, halb traurig, halb abgeklärt: „Wenn das mit den Franzosen so weitergeht, müssen wir eben wieder kämpfen.“

Die albanische Befreiungsarmee UÇK, die keine Armee mehr sein soll, verlangt von den Besatzern, härter im Serbenviertel durchzugreifen und gegen die nach wie vor existierenden serbischen Paramilitärs vorzugehen. „Wir fordern den freien Zugang zum Norden der Stadt, in dem viele

Albaner ihre Wohnungen haben“, sagt Rahman Rama, der UÇK-Kommandant von Mitrovica.

Er ist 28 Jahre alt. Auch seine Offiziere, die sich mit ihm in einem kleinen, spartanisch eingerichteten Konferenzzimmer zu einer Lagebesprechung versammelt haben, sind nicht viel älter. Für ihr Alter haben sie zu viele Furchen und Falten im Gesicht.

Die Offiziere nicken stumm, wenn ihr Kommandeur redet, und nesteln an ihren blank geputzten Pistolen herum, die sie auf den Arbeitstischen abgelegt haben. Im Moment wissen sie nicht so recht, wie es weitergehen soll. Den Konflikt mit der Kfor haben sie nicht vorhergesehen. Ihr Geschäft ist der Partisanenkampf, Politik ist nicht ihre Stärke, aber Politik ist im Kosovo jetzt dringend gefragt.

Denn hinter den täglichen Rangeleien und Schlägereien am Checkpoint – über 20 Albaner und ein halbes Dutzend Kfor-Soldaten wurden dabei bisher zum Teil schwer verletzt – steckt mehr als ein lokales Sonderproblem. Der Streit zwischen der UÇK und der Kfor geht tiefer, und er wird sich zuspitzen, überall im Kosovo.

Laut Friedensvereinbarung soll die UÇK sich in eine politische Partei verwandeln und die Waffen abgeben. Tatsächlich erobert sie gerade die Macht, die die Uno erst noch ausüben muss im Kosovo.

Der Chef der ehemaligen Guerrilla-Armee, Hashim Thaçi, residiert in einem Verwaltungsgebäude im Zentrum der Provinzhauptstadt Priština. Auf seinem Schreibtisch steht ein Wimpel der albanischen Nationalflagge. In der Armee haben ihn alle „die Schlange“ genannt, und wer mit ihm redet, weiß bald, warum. Thaçi, der ein paar Jahre in der Schweiz gelebt

hat, trägt keine Uniform. Er legt Wert auf ein gepflegtes und ziviles Äußeres, selbst seine Leibwächter tragen bei 38 Grad im Schatten noch eine eng geknüpfte italienische Krawatte über dem feinen hellblauen Hemd.

Das Problem mit Hashim Thaçi ist, dass keiner bei der Kfor und der Uno so genau weiß, wer er eigentlich ist, was er eigentlich will und wie viel Macht er wirklich hat. Was er sagt und anordnet, ist eben nicht immer deckungsgleich.

Die UÇK versucht, Fakten zu schaffen, bevor die Uno Fakten schafft

„Wir wollen keine Konkurrenz zur Uno und keine Parallelverwaltung“, beteuert er. Tatsächlich aber baut die UÇK an der Uno-Verwaltung vorbei längst eine eigene Polizei auf.

Die Mitglieder dieser illegalen, schwarz gekleideten Truppe tragen Fotoausweise bei sich, die der von Thaçi eingesetzte Innenminister Rexhep Selimi unterschrieben hat. Wenn Thaçi mit westlichen Politikern oder Journalisten zusammentrifft, bekennt er sich stets zu den Grundwerten von Demokratie, zu Meinungsfreiheit und Menschenrechten. Auf der Rückseite des Polizeiausweises ist aber eine Generalbevollmächtigung zu lesen, die kein Pinochet oder Milošević hätte besser formulieren können:

„Der Träger dieses offiziellen Ausweises ist eine autorisierte Person, die Waffen trägt und sie von Rechts wegen benutzen darf: um Personen anzuhalten; um in Apartments ohne Warnung einzudringen; um andere Fahrzeuge oder Telefone zu benutzen; und um benötigte Güter zu konfiszieren.“

Mit großer Eile drängt die UÇK an die Schaltstellen der Macht und versucht, Fakten zu schaffen, bevor die Uno Fakten schafft oder andere albanische Parteien eine Konkurrenz werden könnten. Sie er-

nennt Bürgermeister, Richter und Tankstellenpächter, kontrolliert die Märkte in den Städten, besetzt Fabriken und Radiostationen. Die UÇK gibt inzwischen Autonomnummernschilder einer „Republika Kosova“ aus. Das Kennzeichen von Hashim Thaçis Wagen ist „RKA-001“, seine engsten Berater fahren in Limousinen mit den Nummern 002 und 003.

Niemand stellt sich der UÇK-Truppe in den Weg. Ermutigt durch den Erfolg, fordert Thaçi bereits die Einrichtung einer Nationalgarde unter seiner Führung, schließlich „muss das Kosovo verteidigungsbereit sein“.

Die UÇK organisiert sogar schon die kosovarische Fußballliga. Doch wenn hier gekickt wird, ist das eher eine Propaganda-Show als ein 90-minütiger Wettstreit auf dem Rasen. Ein Heimspiel von Priština wurde ständig von dröhnenden Kampfliedern und schmetternden Reden unterbrochen. „Viele haben mich gefragt, warum Thaçi nicht hier sein kann“, rief ein UÇK-Aktivist vom Rasen aus ins Publikum. Dann sagte er lachend: „Er kann nicht hier sein, weil er die 14 toten Serben identifizieren muss.“

Von solchen Provokationen erfahren die Aufbauhelfer der Uno und die Kommandeure der Kfor nur durch Zufall. Die Umwandlung der Uno-Administration vom hellblau getünchten Potemkinschen Dorf zum echten Machtfaktor im Kosovo geht viel zu langsam voran.

Zwei Monate nach dem Einrücken der Kfor-Soldaten wird jetzt immerhin die Uno-Polizei aufgestellt, ein bunt zusammengewürfelter Haufen, in dem deutsche Bundesgrenzschutzbeamte und Ordnungshüter aus Schweden und Bangladesch gemeinsam für Sicherheit sorgen sollen.

Doch schon beim ersten Rundgang durch Priština musste ein deutscher Poli-



Geteilte Stadt Mitrovica, verletzter französischer Soldat: Niemand stellt sich der UÇK in den Weg

zeibeamter erfahren, wo die Grenzen liegen. Der Mann, hochmotiviert und erfahren im Auslandseinsatz, bemerkte am südlichen Ortsausgang der Stadt eine Fahrschule, deren übersichtliche Lage eine ideale Polizeistation abgegeben hätte. Sein Vorschlag, die Fahrschule zu mieten und dort eine Uno-Wache einzurichten, wurde abgelehnt. Die strategische Position des Gebäudes war vor zwei Monaten schon der UÇK aufgefallen, die dort Posten bezogen hat.

Die Kfor kontrolliert nicht einmal die Lobby des Grand Hotels von Priština, in dessen Management sie einen Vertreter entsandt hat. In dem Bau, der während des Krieges Paramilitärs und Wochenendkiller aus Serbien beherbergte, treibt nun ein hoteleigener „Sicherheitsdienst“ sein Unwesen. UÇK-trainierte Schlägertypen vertreiben und bedrohen dort Serben, die für internationale Organisationen arbeiten.

„Die Morde an den Serben“, sagt Thaçi kühl und weist jede Verantwortung von der UÇK, „stabilisieren Milošević.“ Da hat er Recht. Auf eine Brandrede von Thaçi gegen die Übergriffe wartet der Westen aber bisher vergebens.

Niemand kann beweisen, dass der schlanke Mann mit den freundlichen braunen Augen persönlich hinter diesen Attacken steckt. Sicher aber scheint, dass zumindest Teile der ehemaligen Guerrillaarmee für diese neue, rassistische Vertreibungspolitik verantwortlich sind. Denn um Kirchen und Denkmäler in die Luft zu sprengen, unbewaffnete Bauern einzukesseln und abzuschlachten und Panzergra-



Albaner-Führer Thaçi
Die Schlange redet mit gespaltener Zunge

naten in Restaurants abzufeuern, braucht man militärisches Know-how.

„Die Kfor ist in die Freundschaftsfalle der UÇK getappt“, sagt Rupert Neudeck von der Hilfsorganisation Cap Anamur. Bei seiner Arbeit auf den Dörfern im Kosovo hat er bereits ein von der UÇK verordnetes „totalitäres Schweigegebot“ festgestellt. Immer weniger Menschen wagen es, Thaçis Truppe zu kritisieren.

Gelänge es dem harten Kern der UÇK, das Kosovo „serbenrein“ zu machen, wäre das eine politische Bankrotterklärung des Westens, der Bomben warf für Menschen-

rechte. Doch je entschiedener sich die Kfor dieser neuen Vertreibungspolitik in den Weg stellt, umso größer wird die Kluft zur UÇK – und die Gefahr einer verschärften Konfrontation.

Die Hauptbeschäftigung der Mönche im orthodoxen Kloster von Peć besteht inzwischen darin, Leichen einzusammeln und zu bestatten, wie ein Priester erklärt. Zwei von Albanern ermordete Frauen im Alter von 63 und 36 Jahren habe man innerhalb der Klostermauern beerdigt, weil es auf dem Friedhof zu gefährlich ist. Die Mönche am Fuß der Schicksalsberge leben inzwischen wie Trapper im Indianerland.

In Priština kursiert unter den Serben die Horrorgeschichte vom albanischen Rächer, der 23 Familienangehörige verloren habe und nun wie ein einsamer Wolf nachts durch die Stadt streiche. Wenn er serbische Worte höre, zücke er seine schallgedämpfte Pistole und töte. Doch das ist wahrscheinlich nur ein Gerücht.

Realität ist: Wenn der 30-jährige Aleksander das Haus verlässt, ist er praktisch vogelfrei. Ein albanischer Freund hat dem serbischen Jazz-Fan vor kurzem die Überlebensregeln des befreiten Kosovo erklärt: Sprich niemals Serbisch. Rede Englisch. Besorg dir internationale Ausweise der Uno und der Kfor. Treib Geld auf, und dann sieh zu, dass du hier wegstommst.

Aleksander befolgt die Regeln, so gut es geht. Manchmal besucht er trotzdem allein einen Jazz-Club in Priština, weil er die Musik liebt und mit einigen Musikern befreundet ist. Er grüßt sie nicht, wenn er sie sieht. Es ist zwar gefährlich, ein Serbe in Priština zu sein. Noch gefährlicher aber lebt ein albanischer Pianist, der einen serbischen Freund hat.

Also sitzt Aleksander stumm in der Jazz-Bar, hört zu, wie die Musiker vorn „Girl von Ipanema“ improvisieren, und bestellt auf Englisch einen Brandy.

Dann kommt der Kellner. Er flüstert ängstlich: „Da vorn sitzt ein UÇK-Typ, der hat dich erkannt.“ Dann nimmt Aleksander all seinen Mut zusammen und wünscht sich von den Musikern den Titel „So What“ von Miles Davis.

Der Feind ist beeindruckt, großzügig spendiert er Aleksander ein Bier. Bis tief in die Nacht schwärmen die beiden von Billie Holiday, Chick Corea und Nina Simone, und zum Schluss fährt der Albaner den Serben persönlich nach Hause. „Soll ich dich jetzt umbringen oder erst beim nächsten Konzert?“, fragt er zum Abschied und klopft Aleksander lachend auf die Schulter.



Serbenprotest in Mitrovica: Den freien Zugang in den Norden blockiert

CLAUS CHRISTIAN MALZAHN

„So wenig bleibt vom Menschen“

In mühseliger Puzzlearbeit versuchen deutsche Kripo-Beamte im Kosovo, die Leichen Ermordeter zu identifizieren – psychisch ein Horrorjob für die Ermittler.



Exhumierte Leiche in Orahovac: „In dem Moment hilft dir auch der beste Psychologe nicht“

Fliegen umschwirren das dunkle Bündel, das die zwei Männer in Schutzanzügen aus dem Erdloch heben. „Der Gegenstand“, sagt Kriminalhauptkommissar Klaus M., 35, „erhält die Kennung 1.6.4.2.“ Die Nummer war einmal ein Mensch. Sein fauliger Schädel lugt heraus, bevor der Körper in den weißen Plastiksack gleitet.

„Das ist eine rein technische Arbeit“, sagt Kripo-Mann M. ruhig: „Ausgraben, dokumentieren, protokollieren.“ Während er sich mit dem Ellbogen den Schweiß von der Stirn wischt, räumt er ein: „Es ist allerdings das absolut erste Mal, dass ich mit so vielen Leichen zu tun habe wie hier im Kosovo.“

Der Mann, der daheim in Deutschland nach Bränden und Explosionen Tatorte untersucht, hat in den vergangenen 14 Tagen in der Hügellandschaft bei Orahovac fast 60 Gräber geöffnet. Manchmal, gesteht er, verliert er für ein paar Augenblicke seine professionelle Distanz. Beispielsweise, als da plötzlich diese Familie mit dem Foto dieses Mädchens vor ihm steht („Sie war vielleicht 20 Jahre alt, saß lachend mit ihrem Freund beim Glas Wein“) und behauptet, die junge Frau sei einer seiner Gegenstände. „In dem Moment hilft dir auch der beste Psychologe nicht weiter.“ Damit

wird man irgendwie fertig – „oder du kriegst einen Knacks“.

Die insgesamt 60 deutschen Kripo-Beamten aus Bund und Ländern, die im Kosovo im Auftrag des Haager Kriegsverbrechertribunals Massengräber untersuchen und Leichen identifizieren, sind gut auf ihren Einsatz vorbereitet. Sie sollen „Abstand zum Einzelschicksal“ (Vorbereitungspapier) halten, sich nach der Arbeit durch „entspannende und interessante Aktivitäten ablenken“ und nie gleichzeitig mit Leichen und ihren Angehörigen zu tun haben.

Doch im Alltag vor Ort funktionieren die Psycho-Tricks oft nicht.

Die Leiche 1.6.4.2. (Grabfeld 1, Grabstelle 6, Grab 4, Gegenstand 2 – als Teil 1 wurde ein Holztafelchen aus dem Loch geholt) hatte M. und seinen Kollegen bei der Bergung ein paar Schwierigkeiten bereitet. Beim Abtragen der Erde in 20-Zentimeter-Schichten schlugen die Metalldetektoren der Minenexperten von der niederländischen Kampfmittelbeseitigungsgruppe immer wieder an. Die Spezialisten, die wegen des Verwesungsgestanks einen in Pfefferminzöl getränkten Mundschutz tragen, schneiden vorsichtig die Kleidung der Leiche auf. Zum Vorschein kommt schließlich ein rosa Plastikfeuerzeug.

M. steckt es in den weißen Sack mit der aufgeklebten Kennnummer, in dem die Leiche abtransportiert wird. Auf das obligatorische Polaroidfoto vom Gesicht hat er nach einem Blick in den Sack diesmal verzichtet. Es gebe „keinen Grund“ dazu, sagt M. sachlich. Der Kopf ist so verfault, dass auf dem Bild ohnehin keine Gesichtszüge zu erkennen wären.

Ein paar Kilometer weiter an einer zur Leichenhalle umfunktionierten ehemaligen Plastikfabrik wird der Leichnam 1.6.4.2. zum Fall für Kriminalhauptkommissar Robert S., 47, und seine Kollegen von der Identifizierungs- und Obduktionsgruppe. S. reinigt ihre stinkende Kleidung und durchsucht sie nach persönlicher Habe.

Eine „hoch interessante Aufgabe“, sagt der langhaarige Mann, „aber im Grunde reine Drecksarbeit“.

S. arbeitete schon an vielen Katastrophenorten, unter anderem beim Zugunglück in Eschede. „Aber dies hier“, bekennt er, „ist schon eine besondere Belastung.“ Weil fast täglich Angehörige von Vermissten mit ihren Fragen und Fotos am Tor vor der Leichenhalle stehen, sei es schwer, die Einzelschicksale nicht zu nah an sich herankommen zu lassen.

Wie fast jeder der deutschen Kripo-Beamten hat auch der Gemütsmensch S. an einem ganz persönlichen Erlebnis zu knacken. Bei ihm („Ich bin gläubig“) war es die feierliche Wiederbestattung der ersten 16 Identifizierten. Fast 3000 Dorfbewohner begleiteten die Särge von der Leichenhalle durchs Dorf zu ihren neuen Gräbern. „Da ist dein Fall plötzlich keine Nummer mehr, sondern ein Individuum mit trauernden Freunden und Verwandten.“

Beim Mittagessen im schmutzigen Einweganzug erzählt der Kripo-Mann, wie er in Deutschland Identifizierungen per Fingerabdruck vornimmt. „Ein echter Bürojob“, sagt er, „ein bisschen sehne ich mich danach.“

In der Halle, wo der Arbeitsplatz am Seziertisch mit Sandsäcken notdürftig vor

FOTOS: K. MÜLLER

Strahlen aus der Röntgenecke nebenan geschützt wird, hat ein Gerichtsmediziner aus Berlin mit der Obduktion des Leichnams 1.6.4.2. begonnen. Der Körper auf dem Seziertisch ist schmutzig-grau verfärbt, die Haut an Füßen und Händen abgelöst. „Mund durch Schuss zerrissen, Ober- und Unterkieferfraktur, Schädel kaputt“, murmelt der Mediziner. Ein Assistent sägt den Kopf auf, um Näheres über den Schussweg zu erfahren.

Nach zwei Stunden Arbeit steht die Todesursache der „männlichen Leiche, ungefähr 50 Jahre alt“, fest. Ein Projektil, sagt der Experte, drang durch die Stirn ein, trat durch den Mund wieder aus und blieb in der rechten Brustwand stecken. Der Mann muss bei Eintritt des Schusses seinen Kopf nach vorn geneigt haben. „Vielleicht“, sagt der Mediziner, „hat man ihn gezwungen, sich hinzuknien, bevor er erschossen wurde.“

Auf einem Tablett neben dem Seziertisch haben Kriminalhauptkommissar S. und seine Kollegen ausgebreitet, was sie in den Kleidern von 1.6.4.2. gefunden haben. Drei Feuerzeuge liegen da, eine Zigarettenschachtel Marke „Bosnia“, ein blauer Plastikamm, eine Rasierklinge, ein Päckchen Kopfschmerztabletten. „So wenig“, sagt eine junge Oberkommissarin, „bleibt also übrig von einem Menschen.“

Draußen fotografiert die Kripo-Crew die Kleidungsstücke des Toten. Eine Lederjacke, eine rote Nike-Sporthose, ein gelbblau gemustertes Hemd, ein Strickpullover liegen ausgebreitet auf dem Betonboden. Alle Kleidungsstücke steckten zerschnitten in dem schwarzen Leichensack, neben dem nackten, in Decken gehüllten Körper. Die Hosen- und Jackentaschen waren nach außen gekehrt. „Die Indizien“, doziert einer der Kripo-Männer, „sprechen dafür, dass die Leiche möglicherweise zunächst traditionell in Tüchern bestattet“ und später „halbwegs fachmännisch“ ausgegraben, entkleidet, durchsucht und in den Plastiksack verpackt wurde.

Das alles, befindet S., „passt zum Mörder von Pusto Selo“. Um Näheres über die Identität des Leichnams 1.6.4.2. herauszufinden, muss nun die Kripo-Ermittlungsgruppe mithelfen.

„Pusto Selo“, sagt der junge Kriminaloberkommissar mit Sonnenbrille und blonden Strubbelhaaren, „ist der allergrößte Fall, an dem ich jemals mitgearbeitet habe.“ Mit zwei Kollegen ist der 29-Jährige, der aus Angst vor Morddrohungen („Schließlich ermitteln wir Kriegsverbrechen unter Kriegsverbrechern“) seinen Namen nicht nennen mag, im Geländewagen unterwegs zu dem Dorf acht Kilometer nordwestlich von Oraovac. Mindestens 106 Männer wurden dort

nach Überzeugung der Kripo-Beamten am 31. März erschossen. Die Ermittlungen eröffnen dem jungen Deutschen eine „ganz neue Dimension des Schreckens und des Verbrechens“. „Das ist was völlig anderes, als zu Hause nach drei Kilo Heroin oder einem Koffer Falschgeld zu fahnden.“

Der Wagen stoppt vor der Schule im Ort, in der seit Wochen Zeugen und Angehörige befragt werden. 300 Meter entfernt, auf der Wiese an der Bachböschung, wurden die Opfer an jenem Tag im März nach den Erkenntnissen der Ermittler in vier Gruppen aufgestellt und erschossen.

Der junge Kripo-Kommissar und seine Kollegen haben inzwischen eine komplette Namensliste der Opfer erstellt und die Zeugenaussagen von 14 Überlebenden des Massakers ausgewertet. Sie besagen, serbische Militärs und Paramilitärs hätten den Ort eingenommen, Frauen und Kinder Richtung Albanien fortgeschickt und dann die Männer hingerichtet.

Was den Fahndern bisher fehlt, ist der Großteil der Leichen. Zunächst von Dorfbewohnern am Ortsrand bestattet, wurden sie offenbar wenige Wochen vor dem Einmarsch der Nato-Truppen wieder ausgegraben und auf drei Lastwagen abtransportiert – vielleicht, um das Massaker zu vertuschen. Die Ermittler wollen nun feststellen, ob die Toten auf dem Fried-

hof von Orahovac erneut beigesetzt wurden. Zeugenausagen sprechen dafür.

Es ist ein mühsames Puzzlespiel: 88 Fragebögen mit Personen- und Kleidungsbeschreibungen der Opfer sammeln die Ermittler an diesem Tag in der Schule von Pusto Selo ein. Sie sollen verglichen werden mit den Obduktionsbefunden unbekannter Toter von Orahovac. Diesmal freuen sich der junge Ermittler und seine Kollegen vor allem über zwei Informationen: Ein Angehöriger weiß von einem Goldzahn seines vermissten Toten („rechter Oberkiefer, dritter Zahn“), ein anderer von einem doppelten Beinbruch.

Auf dem Rückweg zeigt sich Einsatzleiter Manfred Rutkowski, der sich in der Schule persönlich über die Ermittlungsfortschritte seiner Leute informiert hat, hoch zufrieden: „Ich bin optimistisch, dass wir fast alle Toten von Pusto Selo in den Gräbern von Orahovac finden werden.“ Auch der Leiche Nummer 1.6.4.2. können die deutschen Kripo-Leute dann vielleicht ihren Namen zurückgeben. Fotos von den Kleidungs- und Fundstücken sollen dem-



Beweissicherung in Orahovac*: Kennung 1.6.4.2.

nächst auf einer Schautafel in der Schule von Pusto Selo aufgehängt werden.

Gegen 19 Uhr abends trifft die gesamte deutsche Kripo-Crew in ihrem Hotelquartier ein. Der junge Ermittler tippt die letzten Befragungsberichte in den Computer. Tatort-Experte M. braucht nach dem heißen Tag auf dem Gräberfeld erst mal eine Dusche. Identifizierungsfachmann S. macht auf der Terrasse Erinnerungsfotos.

* Ein BKA-Beamter und ein Gerichtsmediziner sichten Kleidungsstücke ermordeter Albaner.

Kriminaldirektor Rutkowski („Mir gehen die Schicksale unserer Toten oft selbst sehr nah, besonders bei Kindern im Alter meiner vier Enkel“) beobachtet beim Abendessen vor der zweistündigen Dienstbesprechung aufmerksam, ob „da jemand nur auf dem Teller rumstochert und offensichtlich was auf der Seele hat“.

Der erfahrene Kripo-Mann kann seinem letzten Einsatz trotz psychischer Strapazen „auch etwas Schönes“ abgewinnen: Die Identifizierungsarbeit, sagt er, ermögliche eine ehrenvolle Bestattung: „Wir geben den Toten ihre Würde zurück.“

Es gibt auch kleine Dinge, die Balsam für die wunde Kriminalistenseele sind. In seiner Einsatzregion, plaudert ein Kripo-Mann, würden die Kinder am Straßenrand statt der üblichen „Nato-, Nato“-Rufe inzwischen seinen Namen skandieren.

Und der junge blonde Ermittler staunt über all die Hände, die er tagtäglich schüteln und all die Einladungen, die er abwehren muss: „Unsere Kundschaft in Deutschland ist normalerweise nicht so dankbar für unsere Arbeit.“

ANDREA STUPPE

Bürokraten im Schlamm

Über 200 Millionen Mark spendeten die Deutschen für die Menschen im Kosovo. Doch von dem Geld ist vor Ort noch wenig zu sehen, dabei drängt die Zeit.

Seit 27 Jahren managt Torsten Wegner eine Katastrophe nach der anderen. Für das Rote Kreuz war er in Algerien, Bosnien und im Kaukasus. Jetzt lässt er sich im weißen Geländewagen mit badehandtuchgroßer Rotkreuzflagge durch das Kosovo chauffieren. Der professionelle Helfer mit der Mecki-Frisur ist auf „Evaluierungstour“ – er sucht nach Möglichkeiten, Spendengelder sinnvoll auszugeben.

Wegner reist keineswegs allein durch die besetzte Region: Für die Caritas etwa beschäftigt sich der pensionierte Bundeswehrgeneral Gerhard Brugmann mit der Frage, wie er viel Geld unters Volk bringen kann. Und Conrad Graf von Hoyos von den Maltesern möchte Lastwagenkolonnen mit Saatgut und Dünger für die einheimischen Bauern ins Land holen. Wie das gehen soll, weiß er nicht; ob andere sich schon darum kümmern, hat er auch noch nicht herausgefunden. Nur dass die Saat für Winterweizen bis September im Boden sein muss, das weiß er. „Ich bin doch erst seit ein paar Tagen hier“, entschuldigt sich der adelige Landwirt.

Über 200 Millionen Mark haben allein die Deutschen in den vergangenen fünf Monaten für die Menschen im Kosovo gespendet. Mehr als 450 internationale Hilfsorganisationen tummeln sich im kriegszerstörten Land, das gerade mal halb so groß ist wie Hessen. Ihre Geländewagen, meist mit Klimaanlage ausgestattet und von einheimischen Fahrern pilotiert, gehören zum Stadtbild von Prizren und Pristina wie Pferdekarren und Kfor-Panzer. Die Helfer sorgen für Umsatz in den wenigen annehmbaren Hotels und Gaststätten. Nur: Von der Hilfe ist einstweilen recht wenig zu sehen. Dabei drängt die Zeit.

Von 206 000 Häusern im Kosovo sind 120 000 beschädigt oder völlig zerstört. An der ehemaligen Hauptkampflinie, die sich quer durch den von deutschen Soldaten verwalteten Sektor zieht, gibt es diverse Dörfer, in denen kein einziges Haus mehr steht. Die Menschen kampieren in Zelten neben den Ruinen ihrer Höfe.

Bis zum Winter, der in den Bergregionen Ende September beginnt und bitter kalt wird, ist die Reparatur von Dächern erst mal das Allerwichtigste. Schon jetzt sinken die Nachttemperaturen in den Bergen auf knapp über null Grad.

„Wir müssen powern, weil der Winter vor der Tür steht“, sagt Gerold Hanau, Auslandskoordinator der Johanniter-Unfall-Hilfe. Wochenlang aber wartete er vergebens auf eine viertel Million Mark aus Deutschland, die er für die Reparatur von Häusern in der Kleinstadt Koriša angefordert hatte. Ende Juli konnten seine Kollegen von der Caritas im Ort Celina immerhin schon ein erstes fast fertiges Dach präsentieren.

Rotkreuzmann Wegner stellt derweil lange Listen über Material und Werkzeug auf, dessen Anschaffung seine Zentrale in Deutschland genehmigen muss. Größere Aufträge wie beispielsweise für Holzhäuser müssen ausgeschrieben werden. Das dauert.

Weit schneller als die Profi- Wohltäter sind bislang die Militärs: Stabsunteroffizier Ralf Dietsche, 21, aus Villingen-Schwenningen hat mit vier Kollegen in zwei Wochen elf Häuser neu gedeckt. Der gelernte

Schreiner gehört zu einer Einheit von Panzerpionieren der Bundeswehr, die bei Stimlje stationiert ist. Quasi nebenbei haben die Soldaten schon 250 Hausdächer repariert oder dafür Material geliefert.

Oberst Rolf Besch, Vizekommandeur der Bundeswehr in Prizren, hatte anfangs damit gerechnet, dass die Hilfsorganisationen schnell mit ihren Spendenmillionen ins Land kommen würden und sich die Bundeswehr dann nur noch mit schwerem Gerät und Manpower an der Umsetzung von Hilfsprojekten beteiligen müsse. Als die Helfer mitsamt ihrem Geld aber auf sich warten ließen, beschloss die Bundeswehr laut Besch: „Dann schalten wir um und machen das selbst.“

Als erstes kauften seine Soldaten in Mazedonien elf Bauhöfe leer, zwei Millionen Mark spendierte die Bundesregierung für Wiederaufbaumaßnahmen und Suppenküchen. Eine weitere halbe Million Mark



DRK-Lebensmittelausgabe: Unendlich viele Meetings



THW-Helfer bei Prizren: Wegelagerer ausgetrickst



Bundeswehr-Hilfseinsatz bei Prizren: Schneller als die Profi-Wohltäter



Bundeswehr-Materialtransport: Elf Bauhöfe leer gekauft

war eigentlich für die Reparatur von Brücken und Tunneln gedacht. Nur gibt es im deutschen Sektor keinen kaputten Tunnel und auch nicht allzu viele zerstörte Brücken. Das Geld wird jetzt von Pionieren verbaut.

Oberst Beschta sorgt sich indes darum, wie der Einsatz zu Hause ankommt: „Als Steuerzahler würde ich schon fragen, warum hier die Bundeswehr mit Steuergeldern den Aufbau finanziert, während die Hilfsorganisationen dafür viele Millionen an Spenden bekommen haben.“

Unter den Spendensammlern für das Kosovo ist das Rote Kreuz mit 75 Millionen Mark in der Kasse der Spitzenreiter, dicht gefolgt von Cap-Anamur-Gründer Rupert Neudeck mit über 57 Millionen Mark. Das Diakonische Werk nahm immerhin knapp die Hälfte davon ein.

Nahezu alle Helfer geben einen Teil der Schuld für das niedrige Tempo dem Uno-Flüchtlingskommissariat UNHCR, das vor Ort die Hilfe gerecht verteilen soll. Für Neudeck ist die Uno-Organisation aber vor allem „ein einziges Hindernis, das mit seinen verkrusteten Strukturen Unsummen

an Geld ausgibt, das den Menschen vor Ort fehlt“.

In einem Flüchtlingslager in Blace war Neudeck sogar schon einmal nahe daran, dem „örtlichen Uno-Vertreter eine zu scheuern“. Der Deutsche verteilte gerade Brot an die Flüchtlinge, als ihn der Uno-Mann aus dem Lager herauswerfen wollte. Neudeck sollte abziehen, weil er eines jener unendlich vielen Meetings verpasst hatte, bei dem die Zuständigkeit für die Nahrungsmittelverteilung an eine andere Organisation gegangen war.

„Um uns herum nur hungrige Menschen, die im Schlamm standen“, sagt Neudeck, „und da kommt so ein Superbürokrat und sagt mir, ich soll die im Stich lassen.“

Wochenlang wusste das Rote Kreuz, dass im Krankenhaus von Peć selbst die nötigsten Medikamente fehlten. Doch zunächst mussten die Rotkreuzler die üblichen Listen und Kostenpläne aufstellen, bevor sie helfen durften. „Die Mühlen der Bürokratie mahlen verdammt langsam“, klagt DRK-Vertreter Jürgen Rostan.

Sowohl die einzelnen Organisationen als auch das UNHCR hätten sich, so Caritas-Experte Brugmann, besser vorbereiten können. „Jeder wusste, der Krieg ist irgendwann vorbei, und dann fängt der Wiederaufbau an.“

Auch Behördenwillkür behindert schnelle Hilfe, klagt DRK-Mann Wegner. So seien beispielsweise seine Materiallager in Albanien, angelegt für Kosovo-Flüchtlinge, voll: „Doch die albanische Regierung lässt nichts raus. Die steht auf dem Standpunkt, was einmal im Land ist, bleibt auch da.“

Ähnliche Probleme haben private Helfer auch mit Bürokraten in Mazedonien. Konvois mit Hilfsgütern werden an den Grenzen tagelang von unfähigen und unwilligen Zöllnern aufgehalten. Die Regierung in Skopje hat der Bundesregierung angeboten, einen neuen Grenzübergang einzurichten, damit die Abwicklung schneller laufe – allerdings müssten die Deutschen den Neubau bezahlen.

Das Technische Hilfswerk (THW) hat einen pfiffigen Weg gefunden, die mazedonischen Wegelagerer auszutricksen. Es arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und kooperiert mit den im deutschen Sektor stationierten niederländischen Soldaten. Die können mit ihren Kfor-Fahrzeugen die Grenzen bevorzugt passieren.

Das Flüchtlingshilfswerk der Uno lässt durch das THW derzeit sogenannte Shelter-Kits unters Volk bringen, Pakete mit Folie und Holz, gedacht zur notdürftigen Reparatur von Dächern. Verteilt werden sollten sie eigentlich von Hilfsorganisationen, doch die sind dazu vielfach noch nicht in der Lage.

Dabei hält THW-Einsatzleiter Klaus Buchmüller wenig von provisorischen Foliendächern („rausgeschmissenes Geld“), bei THW-betreuten Projekten würden gleich richtige Ziegeldächer gebaut: „Die sind zwar teurer, aber nach einem Jahr müssen die anderen ebenfalls mit Ziegeln gedeckt werden. Außerdem fällt hier im Winter viel Schnee, und dann wird's verdammt ungemütlich unter den Foliendächern.“

Auch manche Lebensmittelspende ist umstritten. Während das DRK feststellen musste, dass grüne Erbsen im Kosovo nicht ankommen und es eine bestellte Großlieferung gerade noch stoppen konnte, stapeln sich in einer Schule bei Peć massenhaft Dosen mit Heringsfilets in Tomaten- oder Senfsauce – herbeigeschafft von Cap Anamur, aber keineswegs übermäßig begehrt. „Ich hab' gedacht, das sei eine Dose mit Gulasch“, mosert eine junge Rückkehrerfrau. Solchen Fisch habe sie noch nie gegessen. Ihr angewidertem Gesichtsausdruck deutet daraufhin, dass sie sich auch nicht ohne Not dem fremdartigen Getier widmen mag.

Wenigstens einen handfesten Erfolg können Flüchtlingskommissariat und Hilfsorganisationen aber verbuchen. Bei einem der vielen UNHCR-Meetings in Prizren gab es die schöne Nachricht, dass der Flughafen von Priština bald für Wochenendtrips offen stehen wird: Ein Shuttle zwischen Priština, Tirana und Rom soll den privaten Helfern zur Entspannung immer wieder ein paar schöne Tage am Tiber verschaffen.

Der Flug ist kostenlos, bezahlt werden soll aus dem Topf des Welternährungsprogramms. Anmeldungen bitte freitags bis zehn Uhr morgens im UNHCR-Hauptquartier in Priština.

BARBARA SCHMIDT

Werbeseite

Werbeseite



Wallfahrer auf dem Weg nach Tschenschostochau: Erlebnis der Gemeinschaft

POLEN

Fest für die Seele

Pilgersaison in Tschenschostochau: Die Marienverehrung der Polen schlägt alle Rekorde.

Langsam schiebt Henryk Pawlowski sein selbst gebasteltes Fahrrad durch die zentralpolnische Ebene. Das Gefährt ist schwer beladen: In einem Sitz vor dem Lenker schläft der fünfjährige Sohn Maksymilian, hinten auf dem Gepäckträger kauert der neunjährige Jozio, zwei Rucksäcke baumeln am Rahmen.

Die Augusthitze macht allen zu schaffen, bis zur nächsten Etappe sind es noch sechs Kilometer. „Seit drei Jahren pilgern wir nach Tschenschostochau, um Gott zu danken“, erklärt Pawlowskis Frau Iwona aus Nowy Dwór bei Warschau. „Wir sind arm, aber für Brot hat es immer gereicht. Und unsere fünf Kinder sind alle gesund.“

Zehntausende Polen sind auf großer Wallfahrt nach Tschenschostochau, die ihren Höhepunkt zu Mariä Himmelfahrt Mitte des Monats erreicht. Aus allen größeren Orten des Landes brechen Gläubige zu Fuß auf, um vor dem berühmten Bildnis der Schwarzen Madonna zu beten.

Frömmigkeit vereint: Schwangere und Mütter mit kleinen Kindern ziehen los, Schüler und Studenten, Landwirte aus Podlasie, Bergleute aus Schlesien, Kampfpiloten aus dem Fliegerhorst bei Deblin, Soldaten der Kriegsmarine in weißen Uniformen, Politiker, Bankiers, Sportler und Behinderte. Die längste Strecke, 623 Kilometer, müssen die Pilger aus Swinemünde zurücklegen – sie brauchen dafür 19 Tage.

Allein aus Warschau machten sich über 25 000 Menschen auf den Weg. Insgesamt

werden rund eine viertel Million Pilger erwartet, ein neuer Rekord.

Die Wallfahrten haben eine lange Tradition und stärken die nationale Identität. Die erste Erwähnung in den Annalen des Klosters Jasna Góra, in dem sich das im Lauf der Jahrhunderte dunkel gewordene Marienbild befindet, geht auf das Jahr 1627 zurück: Bürger aus Gleiwitz wollten für die erfolgreiche Verteidigung der Stadt vor dem dänischen Heer danken. Der erste Pilgerzug aus Warschau erreichte Tschenschostochau 1711 nach einer Pestepidemie, die fast drei Viertel der Hauptstadtbevölkerung dahingerafft hatte. Auch in den finstersten Jahren des Nazi- und Stalin-Terrors suchten die Polen Trost in Jasna Góra.

Bis zum Zusammenbruch des Kommunismus 1989 war die katholische Kirche Hort der demokratischen Opposition, doch seither verlor sie viel von ihrer Anziehungskraft. Im Streit um das Abtreibungsverbot und um Religionsunterricht an den Schulen erwies sich der Klerus, einst Träger freiheitlicher Ideale und Verfechter des Polentums, als intolerant und rückständig. Latenter Antisemitismus der Priester, die Angst der Kirche vor der europäischen Integration und ihre Versuche, auf die aktuelle Politik Einfluss zu nehmen, schreckten kritische Intellektuelle ab.

Das erstaunliche Revival in diesem Jahr hat einen Vater: den Papst, der selbst ein großer Marienverehrer ist. Sein letzter Besuch in der Heimat im Juni hat der Kirche viele neue Sympathien beschert. Fünf bis acht Millionen Menschen nahmen an den Papstmessen in 21 Städten teil.

„Polen Katholizismus lebt nicht nur in seiner religiösen Dimension“, erklärt der

* Vor dem Madonnenbildnis in Tschenschostochau, am 17. Juni.

Religionswissenschaftler Zbigniew Mikołajko die Inbrunst. „Genauso wichtig sind die Volksmysterien, das Spektakel, die Gemeinschaft.“ Pilgerfahrten stehen bei der Suche nach Gefühlserlebnissen ganz oben: In keinem anderen europäischen Land gibt es so viele Wallfahrtsorte und Heiligtümer – heute sind es weit über tausend.

Die Pilgerreise aus Warschau findet in diesem Jahr zum 288. Mal statt. Jeder Teilnehmer bekommt einen Ausweis, wenn er 17 bis 35 Zloty (8 bis 17 Mark) Einschreibeg

gebühren bezahlt und sich verpflichtet, die Regeln zu beachten. Zigaretten, Alkohol und Sex sind verboten, aber auch Speiseeis. „Wir hatten früher viele Fälle von Darmerkrankungen“, begründet die Oberärztin Krystyna Kulicka die Vorsichtsmaßnahme. Ärzte und Krankenschwestern begleiten die Gläubigen rund um die Uhr.

Täglich marschieren die Pilger etwa 30 bis 40 Kilometer. Größere Gepäckstücke werden per Lastwagen transportiert, die Nachtlager in Pfarreien, Schulen, Sporthallen aufgeschlagen. Vielerorts hal-

ten die Kirchen Snacks und Trinkwasser bereit. In manchen Dörfern laben Bauersfrauen die Pilger mit Suppe oder Kuchen. Entlang der großen Routen stehen Hamburgerbuden und Hot-Dog-Stände.

Für junge Polen ist die Wallfahrt nach Tschenschostochau oft die einfachste Art, Ferien unter Gleichgesinnten zu verbringen. Manch einer ist jedes Jahr dabei. „Ich hatte einen 18 Jahre alten Jungen, der zum 19. Mal pilgerte“, berichtet Bożena Iwińska in Warschau, die alle Teilnehmer registriert. „Das erste Mal erreichte er Tschenschostochau im Mutterleib – und das zählt mit.“

Auch Showstars knien gern vor der Heiligen Madonna, das mehrt die Popularität. „Diese Erfahrung vergisst man nie“, schwärmt Maja Komarowska, eine beliebte Filmschauspielerin. Die Sängerin Violetta Villas, im Kommunismus als Sexbombe gefeiert, spricht von einem „Fest für die Seele“. Und Kazimierz Janiak, Abgeordneter der Wahlaktion Solidarność im Sejm, erinnert sich ganz praktischer Lehren: „Bei Wallfahrten vor 20 Jahren habe ich gelernt, wie man Massenkundgebungen organisiert. Davon profitierte ich später während der Solidarność-Revolution.“

Kurz vor dem Ziel in Tschenschostochau befällt Müdigkeit die frommen Wanderer. Blasen und Abschürfungen machen jeden Kilometer zur Qual. Die Aufmerksamkeit lässt nach, da schlägt die Stunde der Gottlosen. Die Polizei warnt vor Taschendieben: „Nehmen Sie keine Wertsachen mit.“

ANDRZEJ RYBAK



Papst Johannes Paul II.*

J. STACHOWICZ / FORUM

Werbeseite

Werbeseite

PRIMATENFORSCHUNG

Sprechende Affen

Bitte kauf mir einen Hamburger“, war einer der ersten Sätze, den der 20 Jahre alte Orang-Utan Chantek im Zoo von Atlanta (US-Staat Georgia) unlängst mit Hilfe einer neuartigen Tastatur formuliert hat. Insgesamt 400 Symboltasten wie „Banane“, „gib mir“ oder „gut“ stehen Chantek und dem Schimpansenweibchen Panbanisha, das an der Georgia State University das gleiche Sprach-Lernprogramm absolviert, zur Verfügung. Mit jedem Tastendruck aktivieren die Tiere einen Sprach-Synthesizer, der die entsprechenden Begriffe ausspricht. Laut Duane Rumbaugh, Leiterin des seit einigen Jahren laufenden Forschungsprojekts, verfügen die beiden Sätze bildenden Primaten mittlerweile über die kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten eines vierjährigen Menschenkindes. Die Affen sollen sogar im Stande sein, über Videofilme zu sprechen, die sie sich zuvor mit den Wissenschaftlern angesehen haben.



Rumbaugh, Schimpansenweibchen Panbanisha mit Jungem



Japaner, Navajo-Indianer



Nordamerika gelangten. Den wohl endgültigen Beweis für diese Hypothese haben nun Virenforscher erbracht. Die Wissenschaftler untersuchten bestimmte, in der menschlichen Niere heimische Viren. Dabei zeigte sich, dass diese sogenannten JC-Virenstämme bei nordamerikanischen Navajos mit denen von Bewohnern Tokios

übereinstimmen. Auch JC-Viren von Ureinwohnern des Südsee-Eilands Guam wichen nur wenig von den bei Navajo-Indianern gefundenen Stämmen ab. Sehr deutliche Unterschiede gab es hingegen zu den bei Europäern oder Afrikanern gefundenen JC-Viren. Das JC-Virus war 1971 (bei einem Menschen mit den Initialen J und C) erstmals isoliert worden. In den letzten Jahren haben Wissenschaftler erkannt, dass sich mit Hilfe solcher Virenanalysen die Wanderungen von Völkern noch nach tausenden von Jahren rekonstruieren lassen.

FORSCHUNG

Spuren der Völkerwanderung

Für Archäologen und Anthropologen gibt es jetzt kaum noch Zweifel: Die Ureinwohner Nordamerikas kamen vor rund 30000 Jahren aus Ostasien. Moderne Indianerstämme wie die Navajos sind demnach die fernen Nachfahren der Einwanderer, die damals auf einer Landbrücke über die Beringstraße nach

FEHLGEBURTEN

Zweifelhafte Therapie

Viele Ärzte empfehlen Frauen, die schon drei oder mehr Fehlgeburten erlitten haben, eine Immunisierung mit weißen Blutzellen des Partners. Die Impfung mit diesen mononukleären Zellen, so das Argument, könnte eine Abstoßung des Fötus durch das Immunsystem der Mutter verhindern und eine

normale Austragung des Kindes ermöglichen. In einer Studie, an der sechs Kliniken in Kanada und den USA beteiligt waren, haben sich diese Erwartungen nicht erfüllt – im Gegenteil: Von den Frauen, die mit den Partnerzellen geimpft waren und anschließend schwanger wurden, erlitten 54 Prozent erneut eine Fehlgeburt. Bei den nur mit Kochsalzlösung geimpften Frauen der Kontrollgruppe lag die Quote der neuerlichen Fehlgeburten nur bei 35 Prozent.

MATERIALFORSCHUNG

Dämmstoff aus Altglas

Seit Asbest und andere Faser-Dämmstoffe wegen möglicher Gesundheitsrisiken nicht mehr verwendet werden, steigt die Nachfrage nach unschädlichen Baumaterialien. Forscher des Fraunhofer-Instituts für Bauphysik (IBP) in Stuttgart haben nun einen faserfreien Werkstoff entwickelt, der Wärme und Kälte isoliert, Schall absorbiert und der darüber hinaus nicht nur leicht und hochstabil ist, sondern auch noch feuer- und säurefest. Das Reapor genannte Material besteht zu 90 Prozent aus Altglas und lässt sich vollständig wieder verwerten. In einer Pilotanlage der IBP in Stuttgart werden bereits Reaporplatten für ein mobiles Trennwandsystem produziert, das unter anderem in Großraumbüros verwendet werden kann. Die Massenproduktion von Bauteilen zum Schall- und Brandschutz sowie für Wärme- und Kälte-Dämmung soll im nächsten Jahr bei einer Firma in Ilmenau beginnen.



Dämmstoff Reapor

INTERNET

Zugriff verboten

Internet-Cafés in China müssen jeden Kunden registrieren. In Schanghai schloss die Polizei im Juni 300 Cafés, weil sie angeblich nicht die notwendigen Genehmigungen besaßen. Obwohl viele Staaten den wirtschaftlichen Nutzen des Internet begreifen, tun sie sich schwer, die unkontrollierbare Meinungsvielfalt über Telefonkabel ins Land fließen zu lassen. Die französische Journalisten-Organisation „Reporters sans frontières“ (Reporter ohne Grenzen) prangert nun 20 Staaten als „Feinde des Internet“ an. In



Burma sei schon der Besitz von Computern meldepflichtig; wer dagegen verstößt, schreiben „Reporters

sans frontières“, riskiere bis zu 15 Jahre Haft. In vielen Ländern existiert nur ein Internet Service Provider (ISP) – und dieser wird meist staatlich kontrolliert; Filter-Software verhindert, dass unerwünschte Webseiten abgerufen werden können. So verbietet Iran angeblich sogar Medizinstudenten den Zugriff auf Seiten, die sich der Anatomie widmen. Gelegentlich findet die Zensur auch verdeckt statt. In Saudi-Arabien zum Beispiel bieten zwar 37 private ISP einen Zugang zum Internet an, aber alle diese Datenleitungen führen zum staatlichen Zentrum für Wissenschaft und Technik. Scharfe Regelungen gibt es auch in Syrien: Dort ist der Internet-Zugriff für Privatpersonen verboten. Wer dagegen verstößt, kann wegen Kontaktaufnahme mit Ausländern belangt werden.

FITNESS

Persönlicher Trainings-Assistent

Ein modernes Fitnessstudio ist inzwischen auch eine Leistungsschau aktueller Computer-Technik. Die Gerätschaften protokollieren mittels Sensoren Puls- und Atemfrequenz und liefern programmgesteuert Angaben über die Wiederholungszyklen für den effizienten Muskelaufbau. Eine noch individuellere Behandlung will nun für 249 Dollar der „Digital Training Assistant“ (DTA) der amerikanischen Firma „Physical Genius“ ermöglichen. Der Anwender arbeitet auf einem handelsüblichen PC ein Trainingsschema aus und überträgt es anschließend per Kabel in den DTA. Im Studio spult der elektronische Drillmeister auf einem Display das Programm wieder ab und gibt dabei piepsend den Takt vor.



„DTA“

DIKTIERGERÄTE

Stiftgroßer Recorder

Kleiner als die kleinsten Kassetten, so galt früher, könnten Aufnahmegeräte nicht werden. Doch heutzutage bestimmt die Digitaltechnik die Größe des Recorders. Eine besonders handliche Variante des digitalen Diktafons stellt die Dietzenbacher Telekommunikations-Firma „dnt“ vor. Der stiftgroße „Pentastic“ (230 Mark) enthält 32 Megabyte Speicher, auf dem bis zu zwei Stunden Gesprochenes aufgezeichnet werden kann. Ist der Speicher des 34 Gramm leichten „Digital Voice Stick“ gefüllt, muss der Anwender Memos löschen – ein Archivmedium fehlt. Dafür kann man auf die bis zu 199 Audio-Notizen direkt und ohne vor und zurück zu spulen zugreifen.



Digitaler Recorder

AUDIOTECHNIK

Farbige Flasche

Mikrofone“, sagen die Techniker von „Baltic Latvian Universal Electronics“ (Blue), „sind die Kronjuwelen des Tonstudios.“ Und der Beweis für Blues Streben nach Perfektion, so das Szenenblatt „Wired“, sei das High-End-Studio-Mikrofon „The Bottle“. Eine Hand voll lettischer Tontechniker baut in Kalifornien den exklusiven Schallempfänger zusammen. Herzstück des altertümlich anmutenden Mikros mit der Form einer elektrischen Zahnbürste ist bewährte Röhrentechnik. Die, sagen die Experten, Sorge nicht nur bei Verstärkern für einen wärmeren Klang und reagiere zudem nicht empfindlich, wenn es wirklich laut wird. Auch für den Rest des Schallaufnehmers werden nur handselektierte

Teile in „The Bottle“ eingesetzt. Sogar die Schrauben fabriziert Blue selbst. Der Schall-Exzess hat seinen Preis: Die Grundversion der „Flasche“ kostet, zusammen mit einer von sieben möglichen „Aufnahmekapseln“ für unterschiedliche Schallumgebungen, 4500 Dollar.



Röhren-Mikrofon „The Bottle“



Globales Satelliten-Navigationssystem im Auto, im Flugzeug: „Galileo kann erfolgreicher werden als der Airbus“

SATELLITEN

Lotsen aus dem Orbit

Die Europäer wollen ins Geschäft mit Navigationsatelliten einsteigen. Die Amerikaner beherrschen den Markt und rüsten zur Abwehr der lästigen Konkurrenten.

Die Flugsicherheitskontrolleure gaben vorsichtigen Alarm: „In der Nacht vom 21. zum 22. August 1999“, so warnte das Luftfahrt-Bundesamt in einer knappen Notiz, gebe es Probleme mit dem internen Zeitmesser des globalen Satelliten-Navigationssystems (GPS).

Still und leise springt dann in abertausenden GPS-Empfängern, die Flugzeugcrews und Schiffsbesatzungen rund um den Globus auf Kurs halten, die Wochenzählung von „1023“ zurück auf „null“. Vor 1023 Wochen, am 6. Januar 1980, hatte das US-Militär die GPS-Satellitenuhren gestartet. Die Systementwickler geizten mit Bits für die interne Zeitmessung und setzten eine Laufzeit von knapp 20 Jahren fest. Die ist am Ende dieser Woche vorbei.

Die Nullrunde gerät nicht zum Problem, wenn die Programmierer der Empfangsgeräte aufgepasst haben. Falls aber nicht, werden ältere GPS-Receiver in der Nacht zum kommenden Sonntag für Kapitäne und Piloten womöglich zur tückischen Falle – ohne Korrektur können die Geräte falsche Positionen angeben.

Das absehbare Spektakel um die GPS-Programmierpannen wird eine Schlüsseltechnologie ins Blickfeld rücken, bei der Europa bislang den Rang eines Entwick-

lungslandes einnimmt: die Satellitennavigation, mit der Autos, Lastwagen, Schiffe und Flugzeuge hienieden gelotst werden können.

Die Abhängigkeit soll möglichst beseitigt werden. Um auf dem Milliardenmarkt mitzumischen, brachten Europas Verkehrsminister vor wenigen Wochen das Projekt „Galileo“ auf den Weg.

Wo heute die Navigationsatelliten der USA (GPS) und der russischen Militärs (Glonass) ihre Bahnen um die Erde ziehen, möchten bald auch die Staaten des alten Kontinents mit eigenen Flugkörpern aufwarten. Spätestens bis 2008 wollen die Europäer rund um den Globus 24 eigene Satelliten stationieren.

Die sollen, genau wie ihre US-Vorbilder, ständig Datenpakete Richtung Erde funken: die Kennung des Satelliten, seine Koordinaten im Orbit und den exakten Absendezeitpunkt. Aus der Laufzeit der Signale können die Empfänger ihre Position bestimmen, wenn mindestens vier Galileo-Satelliten in Reichweite stehen. Sind es mehr, wird die Peilung noch genauer.

„Galileo“, schwärmt Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium (BMV), „kann erfolgreicher werden als der Airbus.“ Üppige Wachstumsraten

von 17 Prozent jährlich errechneten die BMV-Fachleute für den weltweiten Satelliten-Navigationsmarkt. Schon in sechs Jahren, prognostizieren die Experten in einem internen Papier, werde die Schwelle von 50 Milliarden Dollar Umsatz überschritten.

Bisher hatten Europas Firmen von den lukrativen Geschäften nur wenig. Das ist auch kein Wunder: Rund zehn Milliarden Dollar, so schätzen Experten, steckte das US-Verteidigungsministerium bisher in das GPS-System. Der Aufbau der Satelliten-ortung brachte rund 100 000 Amerikanern neue Jobs.

Zugleich setzen US-Hersteller wie Honeywell und Trimble die Standards. Weltweit verfügen amerikanische Produzenten bei den wichtigsten Komponenten der Satellitenreceiver über ein Quasi-Monopol.

Verständlich, dass die Europäer die amerikanische Vorherrschaft möglichst knacken möchten. In den Büros der Brüsseler Kommission entstanden ehrgeizige Galileo-Szenarien, die auch Europas Hightech-Konzernen endlich satte Profite versprechen.

In den nächsten Jahren, so die Prognosen, wird der Markt für Pkw-Navigationsgeräte auf dem alten Kontinent gewaltig



D. LAMONT / MARIX / AGENTUR FOCUS

expandieren: bis 2013 werden 93 Prozent aller Neufahrzeuge mit satellitengesteuerten Routenfindern geordert oder gleich serienmäßig geliefert werden.

Die Möglichkeiten der Himmelsortung haben die Phantasien der Brüsseler Bürokraten beflügelt. Kombiniert mit den weltweiten Mobilfunknetzen entsteht die wunderbare Welt der Telematik. Da dirigieren Firmen via Satelliten ihre Fahrzeugflotten: Stets wissen die Disponenten der Expeditionen, wo die Lkws fahren oder stehen; ständig können ihre Kunden abfragen, ob die Güter nach Zeitplan am Bestimmungsort eintreffen.

In der Brüsseler Traumfabrik werden natürlich auch Busse und Bahnen aus dem Weltall überwacht. Deren Kunden müssen sich nicht länger über unzuverlässige Fahrpläne ärgern; per Anzeigetafel erfahren sie auf die Minute genau vorausberechnete Ankunftszeiten.

Auch auf den Autobahnen und Straßen herrscht weniger Gedränge, weil Verkehrszentralen rechtzeitig Umleitungsempfehlungen aussprechen. An Knotenpunkten erheben Behörden zu Spitzenzeiten via Satellit Gebühren – prompt weichen weniger eilige Autofahrer aus auf Nebenstrecken oder andere Tageszeiten –, und alles dank Galileo.

Doch mit den Profitaussichten, die den Gewinnen in der jungen Mobilfunkindustrie kaum nachstehen, wird es nahezu zwangsläufig zu einem Wirtschaftskrieg kommen. Denn die USA verfolgen mit Argusaugen, wie die Europäer im Navigationsgeschäft mitmachen.

Barsch lehnte Washington ab, als die Europäer sondierten, ob sie bei GPS einsteigen dürften – gegen Kostenbeteiligung, versteht sich. Die US-Militärs, die das Navigationssystem seit den sechziger Jahren

entwickeln ließen, wollen unbedingt die alleinige Kontrolle behalten.

Denn wem GPS gehört, dem gehört die Welt. Auf zwei Frequenzen senden die GPS-Satelliten. Die eine ist exklusiv reserviert für das Militär und erlaubt metergenaue Positionsbestimmungen. Das andere Signal für zivile Nutzer dagegen wird künstlich gestört: Bei der Ortung können Fehler bis zu 100 Metern auftreten. So bleibt den Streitkräften jederzeit ein Vorsprung.

Im Ernstfall wie zuletzt im Kosovo behalten sich die Militärs vor, das Signal für zivile Empfänger ganz abzuschalten oder zu verschlechtern. „Sicherheitskritische Anwender“ wie Fluggesellschaften dürfen sich nicht allein auf die GPS-Navigation verlassen. Stets müssen die Piloten auf ein alternatives Verfahren – etwa die Navigation über Funkfeuer – zurückgreifen können.

Immerhin: Unternehmen und Privatpersonen in aller Welt konnten die GPS-Signale bis heute unentgeltlich nutzen. Inzwischen jedoch ließen die Amerikaner durchblicken, dass sie für die Navigationshilfe künftig Gebühren kassieren wollen.

Notfalls, drohte Washington, werde das System kurzerhand regional abgeschaltet, um widerspenstige Staaten in bilaterale Regierungsabkommen zu zwingen. „Somit“, folgerten die BMV-Experten, sei „bereits heute davon auszugehen, dass der Einsatz von GPS auch in Europa in Zukunft direkt oder indirekt mit Kosten verbunden sein“ könne.

Soviel Abhängigkeit schreckt die Europäer. Doch um nicht gleich auf Konfron-

Galileo

heißen die geplanten europäischen Navigationssatelliten, die genauso wie das amerikanische Global Positioning System (GPS) funktionieren sollen: Jeder Erdtrabant funkt ständig Datenpakete – seine Kennung, dazu die Position im Orbit und die exakte Absendezeit.

Mit Lichtgeschwindigkeit durchqueren die Signale die Atmosphäre. Der Empfänger auf der Erde registriert die Zeitdifferenz bis zum Eintreffen der Daten und ermittelt so die Entfernung zum Satelliten. Mindestens vier davon müssen zur exakten Positionsbestimmung über dem Empfänger kreisen.

Das amerikanische GPS sendet auf zwei Frequenzen, wovon die eine zwar metergenaue Peilungen erlaubt, aber allein fürs Militär reserviert ist. Das andere GPS-Signal steht zivilen Nutzern kostenlos zur Verfügung, produziert jedoch Messfehler bis zu 100 Metern. Bei Militäreinsätzen behalten sich die US-Streitkräfte vor, die Zivildaten stärker zu stören oder gar ganz abzuschalten.

Das europäische Galileo hingegen soll Unternehmen und Privatpersonen präzise Ortungen ermöglichen – und das ununterbrochen.



Europäische Navigationssatelliten (Computersimulation): Datenpakete Richtung Erde

Werbeseite

Werbeseite



Satellitengesteuerter Containertransport*: Bis auf 50 Zentimeter genau

tationskurs zu den Amerikanern zu gehen, sollen die Galileo-Satelliten mit den GPS-Erdtrabanten kompatibel sein. Anwender können beide Systeme parallel nutzen und so eine Peilgenauigkeit mit Abweichungen von allenfalls vier bis zehn Metern erzielen.

Für die Exaktheit wollen die Europäer sogar eine Garantie übernehmen. Damit, so die Vorstellung, könnten sich künftig auch Fluggesellschaften ohne Einschränkung auf den Satellitennavigationsdienst verlassen.

Weil nur der das Milliardengeschäft macht, der die technischen Standards setzt, drängt die Rüstungs- und Raumfahrt-schmiede DaimlerChrysler Aerospace (Dasa), dass die Deutschen bei Galileo die Systemführerschaft übernehmen. Schon seit Wochen präsentieren Dasa-Manager Besuchern eindrucksvolle Schaubilder: Stecken die Staaten Europas fünf Milliarden Mark in das Galileo-Projekt, so die Kernaussage, werden – wenn Unternehmen und Mitarbeiter erst einmal prächtig verdienen – später auch die Finanzminister mit Steuerrückflüssen von rund 150 Milliarden Mark belohnt.

In Deutschland setzen jetzt schon immer mehr Unternehmen auf telematische Dienste. Firmen wie die Bonner Tegaron oder Mannesmann Autocom aus Düsseldorf offerieren neben Pannen- und Notrufdiensten intelligente Navigationssysteme, die Autofahrer – über ein Display im Fahrzeug oder per Computerstimme – zielicher an Staus vorbeilotsen.

Der ADAC drängt ebenfalls mit Macht in den Markt, lässt jedoch erste Enttäuschung erkennen: Der Absatz verlaufe „schlep-

pend“. Nach Zahlen des Automobilclubs ließen voriges Jahr lediglich 100 000 Deutsche ein Auto-Navigationssystem einbauen, nicht eben üppig bei über dreieinhalb Millionen Neuzulassungen. Viele schrecken noch die Gerätepreise zwischen 3000 und 7000 Mark oder die laufenden Gebühren für die Dienste ab.

Logistik-Unternehmen, wie etwa die Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (HHLA), retten sich mittlerweile über die Schwächen des GPS-Systems hinweg, indem sie das sogenannte Differential-GPS benutzen. Auf dem Dach des HHLA-Verwaltungsgebäudes am Burchardkai im Hamburger Hafen steht eine exakt vermessene Zusatzantenne, die von den GPS-Satelliten die gestörten Signale empfängt und daraus einen Korrekturfaktor errechnet.

Mit diesem Trick lässt sich jeder Container, der auf der Kaianlage bewegt wird, bis auf 50 Zentimeter genau orten. Das ist exakt genug, um bei einem Umschlag von mehr als 3,5 Millionen Containern jährlich jederzeit den Überblick zu behalten. Für den Fall, dass GPS tatsächlich einmal ausfällt, schafften die HHLA-Manager zusätzlich ein lasergestütztes Ortungssystem an.

Auch die Spedition Willi Betz hat sich etwas Eigenes ausgedacht. Das Transport-Unternehmen aus Reutlingen dirigiert seine Fahrzeugflotte quer durch Europa per Euteltracs. Das Navigationssystem stützt sich auf zwei Satelliten der Pariser Eutelsat, einer Gemeinschaftsfirma europäischer Telekommunikationsunternehmen.

Die Endgeräte werden hierzulande durch die Stuttgarter Alcatel SEL Mobile Satelliten-Kommunikation vermarktet. 25 000 Navigationsgeräte verkaufte das Unternehmen bisher an Speditionen in Deutschland.

Die Eigeninitiative solcher Firmen ist aus Sicht der Brüsseler Telematik-Anhänger ein Grund mehr, für Galileo zu werben.

Weil das Geschäft mit der Lotsentechnik vor allem in der Automobilindustrie bereits anläuft, haben die Europäer einen ehrgeizigen Fahrplan festgelegt: Ende 2000 soll die „Definitionsphase“ für Galileo abgeschlossen sein. Bis dahin werden sich die Mitgliedstaaten vor allem über eine heikle Frage verständigen müssen: Wer zahlt wie viel dafür?

Bisher sind zwischen 4,3 und 5,8 Milliarden Mark als „voraussichtliche Kosten“ veranschlagt. Knapp anderhalb Milliarden Mark sollen aus EU-Kassen fließen, eine weitere Milliarde wird die Europäische Weltraumagentur Esa beitragen, also ebenfalls der Steuerzahler.

Ohne die öffentliche „Anschubfinanzierung“, so argumentieren die Experten, hätte Galileo keine Chance gegen Amerikas GPS. Trotzdem bleiben noch bis zu 3,3 Milliarden Mark, die privat finanziert werden müssen.

Schon kursieren erste Modelle. Danach soll bei Massen Anwendungen eine einmalige Gebühr auf die Empfangsgeräte aufgeschlagen werden. Beim Kauf eines Satellitennavigationsgeräts fürs Auto würden

etwa zwischen 10 und 20 Mark als Galileo-Abgabe fällig. Abonnenten des garantierten Satellitensignals, beispielsweise Flugsicherungsdienste, müssen sich dagegen wohl auf eine laufende Gebühr einstellen.

Um weitere Geldquellen zu erschließen, wollen die Europäer andere Staaten als Galileo-Partner gewinnen: Süd-

afrika, Brasilien, Australien und Japan meldeten bereits Interesse an.

Nur die Russen sollen gratis mitmachen dürfen. Im Gegenzug, hoffen die Europäer, wird Moskau einige seiner bisher für Glonass genutzten Frequenzen abtreten. Zudem könnten Galileo-Satelliten auf russischen Trägerraketen in den Weltraum befördert werden.

Viel Zeit bleibt den Europäern freilich nicht, um die heiklen Finanzierungsfragen und alle technischen Details zu klären. Denn schon von 2005 an wollen die Amerikaner GPS-Satelliten der nächsten Generation in den Orbit schießen.

Spätestens 2010 soll das System rund erneuert sein und noch genauere Ortungen ermöglichen. Und nur wenn Galileo rechtzeitig stationiert ist, können die Europäer fortan über die wichtigen Standards der Empfangsgeräte mitentscheiden.

HENDRIK MUNSBERG

* Im Hamburger Hafen.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



M. LANGE / VISUM

Beschneidung eines moslemischen Jungen: Alle 30 Sekunden fällt eine Vorhaut

MÄNNER

Saubere Verhältnisse

Wie wertvoll ist die Vorhaut? Ärzte, Schwule und Selbsthilfegruppen führen einen skurril anmutenden Glaubenskrieg um die Beschneidung des Mannes.

Dichter und Denker haben dem Penis manch würdiges Denkmal gesetzt. Als „roten Gewaltherrn“ besang ihn etwa der deutsche Romantiker Friedrich Schlegel, der Amerikaner Philip Roth rhapsodierte über seinen „Vaselingesalbten“; Friedrich Nietzsche erhob des Mannes Ziergar zum „ehrwürdigen Symbol an sich“.

Der Vorhaut hingegen flocht kein Literat je solche Kränze. Jetzt aber beflügelt das schrumpelige Stückchen Pelle ausgerechnet eine Berufsgruppe, die ansonsten nicht durch ornamentierte Sprache auffällt, zu geradezu poetischen Höhenflügen.

Wie eine „verwitterte Flöte“, schrieben kürzlich zwei Mediziner im „Indian Journal of Surgery“, mute so manche Vorhaut an. Kollegen in den USA und Europa gemahnte das Präputium wahlweise an einen „Köcher“, einen „Rollladen“ und ein „Käppi“; ein kalifornischer Arzt erblickte in der Vorhaut gar „die Formfreude des hohen Barock“.

Die schrägen Metaphern sind gleichsam das Feldgeschrei in einem skurril anmutenden Glaubenskrieg um Sinn, Zweck und Nutzen der Vorhaut, der zur Zeit vor allem in den Vereinigten Staaten wogt. Mit fast religiösem Eifer beharken dabei einander:

► die Ärzte, von denen ein Teil darauf beharrt, allen Knaben müsse aus medizini-

schen Gründen sofort nach der Geburt die Vorhaut per Beschneidung („Zirkumzision“) entfernt werden – was der andere Teil nicht ohne Grund für wissenschaftlich kostümierten Unfug hält; ► die Schwulen, die sich vornehmlich im Internet über die ästhetischen und sexuellen Valeurs der chirurgisch freigelegten Eichel im Vergleich zum naturbelassenen Penis fetzen: „Eure unbeschnittenen Schwänze zu wichsen“, wies ein besonders engagierter Diskutant die Gegenfraktion zurecht, „ist einfach widerlich“;



Callgirl-Chefin Fleiss (1996)
„Gehüpft wie gesprungen“

► die sich gegenseitig radikalisierenden Selbsthilfegruppen männerbewegter Beschnittener, die über die „sexuelle Verstümmelung“ an ihren Gliedern wehklagen und jetzt ihr „Menschenrecht auf eine Vorhaut“ einfordern – kein Problem für die moderne Technik, die auch für diese Facette des menschlichen Leids einige, wenn auch recht bizarre Lösungen bereit hält.

Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Streit um die Vorhaut im Gefolge einer Verlautbarung des amerikanischen Pädiaterbundes (AAP), der bislang empfahl, allen männlichen Neugeborenen das Präputium zu entfernen – als Prophylaxe gegen Harnwegsinfektionen und Peniskrebs.

Nun hat die einflussreiche Organisation der Kinderärzte ihre bislang fest zementierte Meinung radikal geändert und erklärt, dass eine chirurgisch freigelegte Eichel für das Wohlergehen des Menschen nicht wesentlich sei – für die Beschneidungsaktivisten brach eine Welt zusammen.

Prompt sahen sie hygienische Übelstände ohnegleichen unter den Vorhäuten zukünftiger Generationen heraufziehen und warnten vor „verkrusteten Eicheln“, „verpilzten Präputialsäcken“ und „schwersten Phimosen“ – wohl nicht ohne Hintergedanken, denn schließlich nimmt der amerikanische Doktor dem Knaben nicht nur die Vorhaut ab, sondern seinen Eltern auch bis zu 400 Dollar.

Nun aber, so wenigstens hoffen die Anti-Zirkumzisionisten nach dem AAP-Spruch, wird bald Schluss sein mit der Goldschneiderei, zumindest in den USA, wo die wahrscheinlich älteste Operation der Welt auch die häufigste ist.

Schon vor 5000 Jahren traten in Ägypten Beschneider mit ihren Steinmessern dem Nachwuchs nahe. Juden verlieren seit den Zeiten Abrahams, der sich auf Geheiß des Herrn noch im seligen Alter von 99 Jahren beschneiden lassen musste, ihre Vorhaut am achten Tag nach der Geburt; ebenfalls aus rituellen Gründen wird jedem, den der Muezzin zum Beten ruft, das intime Gewebe zwischen dem 12. und dem 14. Lebensjahr gekürzt.

Wie eine Reliquie verehrte die Christenheit – allerdings in sechs Wallfahrtsorten zugleich – seit dem 12. Jahrhundert die Vorhaut des jüdischen Schreinersohnes Jesus; dessen Zirkumzision feierte die katholische Kirche alle Jahre wieder, pünktlich am 1. Januar, acht Tage nach Christi Geburt, mit dem „Fest der Beschneidung des Herrn“ – bis der Vatikan 1960 den Gedenktag verschleiern in „Oktav der Geburt des Herrn“ umbenannte.

Obwohl Gottes eingeborener Sohn und seine zwölf Apostel beschnitten waren, legten weder Päpste noch Klerus gesteigerten Wert auf die Metzerei am Membrum virile. Das Abendland blieb weitgehend unbeschnitten. Einzige Ausnahme sind die

wackeren Engländer, deren Oberschicht ihre Söhne seit je fast ausnahmslos ans Messer liefert. Der Deutsche hingegen hält, wie der Hamburger Urologie-Professor Hartmut Porst konstatiert, schichtenübergreifend „an seinem Schniedelhütchen fest“.

In den USA, wo die nachgeburtliche („neonatale“) Zirkumzision um 1870 populär wurde, verlieren jährlich 1,2 Millionen unschuldiger Christen-Kinder ihre Vorhaut; alle 30 Sekunden fällt ein Präputium – Götze eines Rituals, das die Beschneidungsaktivisten mit messianisch anmutendem Eifer verteidigen.

Die Befürworter des rabiaten Zugriffs sind Saubermänner. Ihr Feind ist die so-

Nicht minder dick tragen bei dieser akademischen Version des Kreuzzuges freilich auch die Beschneidungsgegner auf. Besonders Phantasiegesteuerte wie Dr. Paul Fleiss, der Wortführer des Widerstands, verklären das Smegma schier zur Wunderpaste und die Vorhaut zum Mysterikon: Beide spielten, so behaupten er und seine Mitstreiter, eine immens wichtige Rolle bei der Immunabwehr, weshalb der Mann sein präputiales Biotop keinesfalls durch Waschen zerstören dürfe.

Den einzig praxisnahen Beitrag zur Diskussion lieferte Heidi, die Tochter des Doktor Fleiss, die vor Jahren als Chefin von Hollywoods größtem Callgirl-Ring enttarnt wurde. Auf die Frage, ob für die Frau ein

sogar gravierende Vorhautverengungen unblutig beheben lassen – mittels bestimmter Dehnübungen, die das Präputium weiten und damit wieder verkehrsfähig machen.

Bei dem Versuch, dem von Natur aus reichlich jämmerlichen Aussehen des männlichen Glieds aufzuhelfen, ringen beschneidungsbereite Schwule aufopferungsvoll um die optimale Genitaloptik.

Präferiert wird derzeit der „High Cut“, bei dem die Vorhaut bis unter den Eichelkranz entfernt wird; schwer im Kommen bei Beschnitt-Novizen ist aber der überaus elegante „Low Cut“, für den der Doktor lediglich das obere Drittel der Vorhaut wegzirkelt. Dabei kann er dem die helle Eichel anmutig umspielenden Rest-Präputium eine individuelle Linie geben – entweder durch die blutige Schnittführung mit dem Skalpell oder aber durch die Wahl der Pressklemme, die der Patient etwa zwei Wochen tragen muss, bis das Vorhautgewebe nekrotisiert ist und abfällt.

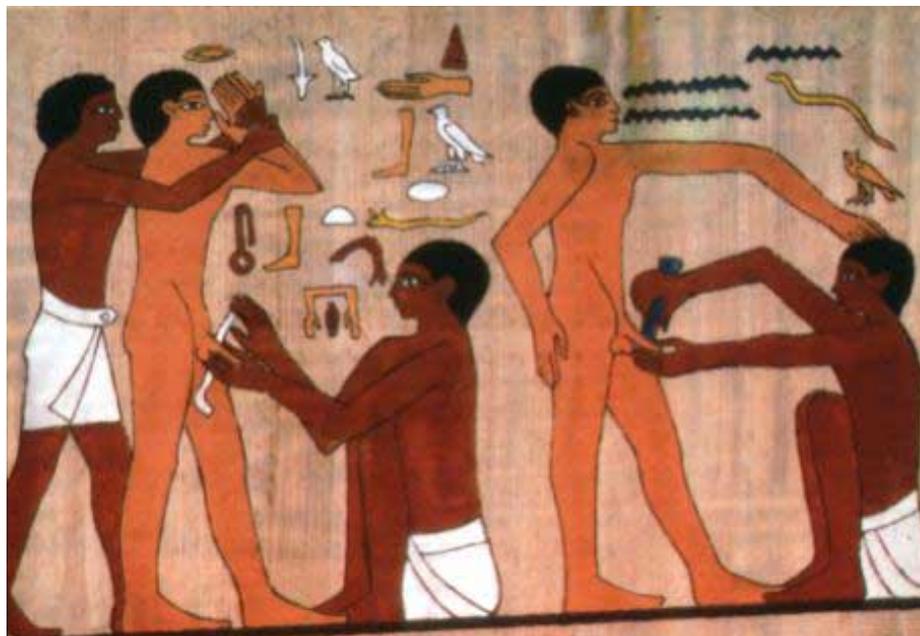
Ihr Präputium unbedingt wieder dran haben will hingegen die rasch wachsende Zahl der Männerbewegten, die sich in Betroffenengruppen wie der Nationalen Organisation zur Wiederherstellung des Mannes (Norm) zusammengeschlossen haben. Sie verfügen über eine hohe Empörungsenergie und leiden an chronischer Entrüstung sowie dem Umstand, dass sie als Säuglinge nicht gefragt worden sind, ob sie beschnitten werden wollten oder nicht.

Sein ganzes Leben habe er seine Vorhaut vermisst, klagt etwa Gerry, 34, „dieses einzigartige Organ“ mit seinen vielen tausend Nervenenden, 90 Zentimetern Adergeflecht und 100 Schweißdrüsen. Mit Geduld und Klebestreifen versucht er nun, die ihm am Penisstamm verbliebene Vorhaut mittels einer an die Inquisition gemahnenden Dehntechnik so zu längen, dass sie in etwa zwei Jahren seine Eichel halbwegs bedeckt.

Auch nicht geschwinder geht es mit den „Tuggers“, unterschiedlich schweren Zylindern aus Edelstahl, die fühlbar an der Gliedhaut ziehen und die Epidermis so um die ersehnten zwei bis drei Zentimeter dehnen. Den ungleich schnelleren Weg der Transplantation eines Hautlappens lehnen die Beschnittenen-Lobbyisten (Kampfgruß: „Macht Amerika für Vorhäute sicher“) durchweg ab: Was sie einst unter Schmerzen verloren, wollen sie nur unter Schmerzen wiedergewinnen.

Dabei empfinden nicht nur die Betroffenen, sondern auch ihre Partnerinnen erhebliches Leid über den chirurgischen Handstreich von einst, dessen Folgen die Frau eines Beschnittenen in einer „Ode an die fehlende Vorhaut meines Ehemannes“ anrührend beklagt: „Wie viel Freude wäre mir beschieden, / Könnt' ich Dich auf- und abwärts schieben; / Ich sähe, wie der Spaß in seinen Augen steht, / Und sein Druck nach oben geht.“

HENRY GLASS



OSBORNE PICTURES

Beschneidungsritual in Ägypten*: Mit Steinmessern das intime Gewebe verkürzt

nannte Vorhautbutter („Smegma“), jene graue, käsig-pastöse Masse aus Talgdrüsensekret und abgeschilferten Hautpartikeln, die im Zusammenwirken mit Harnsalzen bei extremen Genitalsäuren schon mal zu kristallinen Brocken („Smegmolithen“) inkrustieren kann.

Dem unterm Präputium verborgenen Smegma trauten die Freunde sauberer Verhältnisse seit jeher das Schlimmste zu: Sie machten die bedeckte Eichel unter anderem für Epilepsie, Lähmungen, rektale Inkontinenz und die lebensbedrohliche Onanitis verantwortlich, die man früher so fürchtete wie heute den Krebs. In derselben Manier schrecken die approbierten Vorhautjäger dieser Tage präputial intakte Männer mit der Behauptung, bei ihnen sei das Risiko einer krebsigen Entartung des Gliedes deutlich erhöht; zudem müssten sie vermehrt mit Entzündungen, Geschlechtskrankheiten und schmerzhaften Verengungen der Vorhaut („Phimosen“) rechnen.

Penis mit oder ohne Haut erregender sei, gab sie fachkundig zu Protokoll: „Das ist gehüpft wie gesprungen.“

Zur gleichen Aussage kommen die wenigen Beschneidungsstudien, die sich auf den gesunden Menschenverstand stützen statt auf fixe Ideen und kurios interpolierte Krankheitsdaten aus den Tiefen Indiens und Afrikas. Diese Untersuchungen legen den Schluss nahe, dass es dem Penis ziemlich gleichgültig ist, ob er beschnitten wurde oder nicht: Er bleibt, ob nun bedeckt oder blank, bei 99 Prozent der heterosexuellen Männer zeitlebens frei von ernsthaften Beschwerden.

Nur die munter in sexualibus experimentierenden Schwulen zwickt es öfter an dem Gliede, mit dem sie sich vergnügen. Denn auf Dauer ist die zarte Vorhaut den Strapazen des Analverkehrs nicht gewachsen, auch die dann notwendigen operativen Sanierungen des Präputiums fordern ihren Tribut.

Wenigstens gegen die schmerzhafteste Phimose haben skandinavische Mediziner jetzt ein Verfahren ersonnen, mit dem sich

* Grabzeichnung um 4000 vor Christus.

Werbeseite

Werbeseite

MEDIZIN

Schnee im Juli

Raissa Gorbatschowa wurde mit akuter Leukämie in die Uniklinik Münster eingeliefert. Der Krebs gilt als sehr schwer heilbar.

Ist die Heilung ungewiss, müssen Ärzte die Prognose wagen: Stehen die Aussichten bona (gut), mala (schlecht) oder pessima (sehr schlecht)? Als russische Mediziner Mitte Juli das Leiden von Raissa Gorbatschowa entdeckten, kamen sie offenbar zur schlechtesten Einschätzung: Prognose infaust – verzweifelt.

Bei Raissa Gorbatschowa, 67, der ersten und letzten First Lady der untergegangenen Sowjetunion, wurde akute myeloische Leukämie festgestellt. Unbehandelt führt dieser seltene Blutkrebs binnen Wochen zum Tod. In Moskau konnten die Mediziner mangels Ausrüstung und Know-how nicht mehr für ihre Patientin tun, als Hilfe aus dem Westen zu holen. Bundeskanzler Gerhard Schröder, auch US-Präsident Bill Clinton, sicherten ihre Unterstützung zu.

Am 23. Juli wurde der münsterische Mediziner Thomas Büchner, 64, zur Krankenvisite in die russische Hauptstadt eingeflogen. „Fast jeder Patient“, versichert der international angesehene Leukämie-Experte, „hat am Anfang eine Chance.“

Büchner traf auf eine sichtbar geschwächte und von der Diagnose entsetzte Ex-First-Lady. „Wie Schnee im Juli“, berichtet Michail Gorbatschow, 68, sei der Krebs über sie gekommen. Noch im Mai weilten die Gorbatschows in Australien, später wollten sie nach Menorca. Über den Ernst der Lage, sagt Büchner, „haben wir offen gesprochen“.

Zwei Tage darauf, an einem Sonntag, landete das in Deutschland nach wie vor beliebteste russische Paar unbemerkt von der Öffentlichkeit per Charterdirektflug in Münster. Sofort wurde „die Zarin“, wie die Russen sie früher wegen ihres Einflusses nannten, an einen geheimen Ort im östlichen der beiden Betontürme der Uniklinik gebracht.

„Ich wusste nicht“, sagte der Ex-Generalsekretär dem russischen ORT-Fernsehen, „dass es so schreckliche Krankheiten überhaupt gibt.“

Letzte Woche lag die früher so einkaufs- und lebenslustige Frau nach Büchners Angaben „sehr geschwächt“ in einem Isolationszimmer. Sie wurde ernährt mit keimfreier Kost, atmete keimfreie Luft. Ihr Mann, seit 46 Jahren mit Raissa verheiratet, verließ das nahe gelegene „Mövenpick“-Hotel frühmorgens und kehrte erst spät abends zurück, oft begleitet von seiner Tochter Irina, einer Herzspezialistin. Gorbatschow erklärte letzte Woche gegenüber Journalisten: „Wir hoffen.“

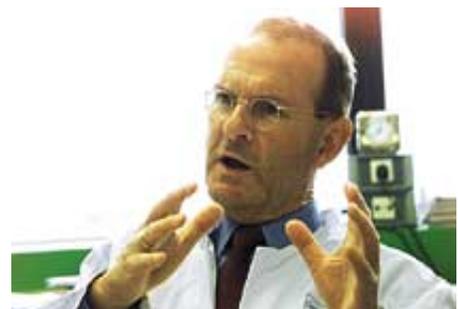
Die erste Hochdosis-Chemotherapie lief an. Sie sollte die entarteten Blut bildenden Zellen im Knochenmark vernichten, die unkontrolliert unreife und funktionsunfähige Blutkörperchen produzieren. Raissas Immunsystem, ohnehin geschwächt, wurde von den Medikamenten zusätzlich niedergedrückt. Viren, Bakterien oder Pilze sind für Leukämieerkrankte stets lebensgefährlich – ebenso innere oder äußere Blutungen, denn die Zahl ihrer Thrombozyten, der Blutplättchen, die für die Blutgerinnung zuständig sind, ist verschwindend gering.

Täglich bekam Raissa Gorbatschowa massive Arznei-Cocktails, Infusionen und Transfusionen – die einen gegen den Krebs, die anderen gegen die Nebenwirkungen. Hunderte Deutsche schickten ihr Briefe und sogar Blumen, doch die waren ihr wegen der Infektionsgefahr verboten. Auch die Russen, die ihr ihre demonstrative

Schwäche für Haute Couture, Schmuck und Kreditkarten inmitten der russischen Mangelwirtschaft vorgeworfen hatten, nahmen nun Anteil am Schicksal der krebskranken Frau.

Leukämie-Experte Büchner kennt die Tiefen seines Fachs wie kaum ein anderer. Seit 1970 beschäftigt er sich vor allem mit der Blutkrankheit. Damals, sagt er, „sind fast alle Patienten gestorben“. Seither jedoch hat sich die Therapie schrittweise verbessert. Mit quälenden Chemotherapien, Ganzkörperbestrahlungen, Knochenmark- oder Stammzelltransplantationen gelingt es, etwa 45 Prozent der Todkranken zu retten.

Erstes Nahziel der Mediziner ist die „Remission“, ein Zustand scheinbarer Heilung nach den Strapazen der Chemotherapie. Der Patient fühlt sich so gesund, als sei nichts gewesen. Nur mit empfindlichen



Krebsmediziner Büchner

„Am Anfang hat fast jeder eine Chance“

Tests sind in dieser Phase noch Leukämiezellen zu finden. Die Remission hält bei manchen Wochen an, bei anderen Jahre.

Büchner schwieg Mitte letzter Woche zur Frage, ob Raissa zumindest die Remission erreichen wird: „Wie weit wir kommen, das ergibt der Verlauf.“ Das Ziel aller Mühen sei stets „die vollständige Heilung“.

Je älter der Patient, desto geringer jedoch die Heilungschance. Weniger als drei von zehn Kranken über 60 Jahren überleben eine akute Leukämie. Die Transplantation von Knochenmark kommt schon für 56-Jährige nicht mehr in Frage, weil sie bereits die Vorbereitungen nicht überstehen.

Gesundheitlich angeschlagen war Raissa Gorbatschowa schon lange. Während des Putschversuchs 1991, als sie und ihr Mann auf der Krim festgehalten wurden, soll sie einen leichten Schlaganfall erlitten haben. Ein zweiter, so meldeten internationale Zeitungen, habe sie 1993 niedergestreckt. Sie hatte lange zu kämpfen mit Sprach- und Bewegungsstörungen; außerdem laborierte sie an gefährlichem Bluthochdruck.

Gorbatschow, der letzte Lenker des sowjetischen Weltreichs, offenbarte seine Gefühle zu ihr in der Nackedei-Illustrierten „Neue Revue“: „Wenn ich Raissa verlieren würde – ich kann mir nicht vorstellen, wie ich das aushalten würde.“

MARCO EVERS



Ehepaar Gorbatschow (1997): Keimfreie Luft, keimfreie Kost



Eisbärin mit Jungen, Biologe Derocher: 1,5 Prozent der Weibchen auf Spitzbergen sind mit einem Penis ausgestattet

UMWELT

Giftalarm im ewigen Eis

Die scheinbar unberührte Arktis wird zum Sammelbecken für Schadstoffe. Für Nachschub sorgt die chemische Industrie mit immer neuen Umweltgiften.

Zwei weiße Pelzknäuel hatte der Biologe Andrew Derocher 1996 gefangen, um Daten zu sammeln über die Eisbärenbestände Spitzbergens. Routinemäßig schickte er sich an, das Geschlecht der Jungtiere zu bestimmen. Kein triviales Problem, denn beide schienen zwar Weibchen zu sein, wiesen aber eine merkwürdige Missbildung auf – ein etwas zu klein geratenes männliches Anhängsel.

Die doppelt ausgestatteten Bärenschwester blieben nicht die Einzigen ihrer Art. Mittlerweile sind 1,5 Prozent der Eisbärinnen auf der arktischen Inselgruppe Zwitter – eine Rate, die weit über dem natürlichen Auftreten der Zweigeschlechtlichkeit liegt. „Ein Phänomen“, sagt Derocher, „das bei Eisbären nie zuvor beschrieben wurde.“

Die Ursache für die Abnormität haben die Forscher noch nicht letztgültig geklärt, doch sicher ist: Eisbären haben enorme Mengen von Umweltgiften im Leib, darunter Polychlorierte Biphenyle (PCB) und diverse Pestizide. Die Substanzen stehen im Verdacht, das Immunsystem zu schädigen, Krebs auszulösen oder die Fortpflanzung zu stören.

Mehr und mehr Studien zeigen, wie stark auch andere Bewohner der ver-

meintlich unberührten Arktis mit Schadstoffen belastet sind:

- ▶ Norwegische Forscher untersuchten Eiswälder, die ohne ersichtlichen Grund verendet waren, und maßen hohe Konzentrationen verschiedener chlor- und bromhaltiger Substanzen.
- ▶ Da viele Umweltgifte fettlöslich sind, reichern sie sich im Speck von Walen und Robben an. Die Kadaver gestrandeter Pottwale überschreiten sogar die zulässigen Schadstoffwerte für Klärschlamm.
- ▶ Eskimobabys in Kanada saugen mit der Muttermilch bis zu 20-mal mehr PCB am Tag ein, als es die Weltgesundheitsorganisation WHO für tolerierbar hält. Forscher fanden Hinweise darauf, dass die betroffenen Kinder kleiner bleiben als ihre Altersgenossen, sich geistig langsamer entwickeln und häufiger erkranken.

Traurige Berühmtheit erlangten die Bewohner der kanadischen Broughton-Insel: Untersuchungen zufolge leiden sie unter einer so hohen Schadstoffbelastung, dass sie nur noch von Opfern größerer Chemieunglücke übertroffen werden. Seit Zeitungen über diesen Befund berichteten, werden die Inselbewohner von anderen Inuit als „PCB-Volk“ gemieden und finden keine Ehepartner mehr.

„Die am stärksten verseuchten Menschen der Erde“, sagt Greenpeace-Chemiefachmann Manfred Krautter, „sind ausgerechnet diejenigen, die kaum Vorteile von der Zivilisation haben.“

Warum sich Schadstoffe gerade im hohen Norden sammeln, wo niemand Pflanzenschutzmittel verspritzt noch Müllverbrennungsanlagen befeuert, haben Forscher erst vor wenigen Jahren begriffen: Die Erde funktioniert wie ein gigantischer Destillationskolben; flüchtige Umweltgifte verdunsten in den Industrieländern und

driften in kältere Gefilde, wo sie kondensieren.

Andere, etwas schwerere Substanzen schlagen sich jeden Winter nieder, um bei steigenden Temperaturen im Frühjahr erneut zu verdampfen und weiter gen Norden zu wandern. „Grashüpfer-Effekt“ heißt dieses Phänomen.

Am Ende landen alle diese Chemikalien im ewigen Eis, genau dort also, wo es kaum Bakterien und zu wenig Sonneneinstrahlung gibt, sie abzubauen. „Obwohl der Einsatz vieler giftiger Stoffe zurückgegangen ist, steigt ihre Konzentration in der arktischen Umwelt weiter“, warnt der US-Biologe Shannon Bard vom ozeanografischen Institut in Woods Hole.

Falsch wäre allerdings der Umkehrschluss, die Umwelt weiter südlich sei nunmehr leidlich sauber: Zwar geht die Belastung durch Klassiker wie DDT und PCB in Mitteleuropa stetig zurück; doch längst breiten sich allerorten Gifte der nächsten Generation aus: bromierte Flammschutzmittel aus Computern und Autositzen, Weichmacher aus Plastikspielzeug, synthetische Düfte aus Waschmitteln und Kosmetika.

Umweltschützer finden sich in der Rolle des Herkules wieder, der versucht, die ständig nachwachsenden Häupter der Hydra abzuschlagen. Allzu häufig ersetzt die chemische Industrie einen Problemstoff einfach durch den nächsten – etwa PCB in Dichtungsmassen durch Krebs erregende Chlorparaffine.

Die Dioxinbelastung der Muttermilch hat sich in Deutschland zwar in den letzten Jahren halbiert; zugleich aber zeigt eine schwedische Studie, dass sich der Gehalt an bromierten Flammschutzmitteln im Milchfett derzeit alle fünf Jahre verdoppelt. Über die Verbreitung anderer neuartiger Schadstoffe ist bislang kaum etwas bekannt, denn nur wenige Wissenschaftler

Werbeseite

Werbeseite

ATOM

Blauer Solitär

In den USA wird der Reaktor eines Kernkraftwerks in einem großen Loch begraben.

Das Grab auf dem größten Friedhof der Welt ist 260 Meter lang, knapp 46 Meter breit und 14 Meter tief. 80 Gäste sind dort für Donnerstag dieser Woche zu einer ungewöhnlichen Zeremonie geladen. Ein in blaue Plastikplanen eingeschweißter Stahlsarg (Wanddicke: bis zu 25 Zentimeter) wird in die ausgehobene Grube versenkt. Dann schieben Bulldozer zehntausende Kubikmeter Erde drüber.

Das Begräbnis gilt dem größten kommerziellen Reaktordruckbehälter, der in einem Stück entsorgt wird: 17 Jahre lang hatte das Kernkraftwerk Trojan nahe der amerikanischen Kleinstadt Rainier (Ore-

Auf der 1450 Quadratkilometer großen „Hanford Site“ (das entspricht etwa der doppelten Fläche des Hamburger Stadtgebiets) sind tausende von Menschen seit gut zehn Jahren damit beschäftigt, hunderttausende von Kubikmetern radioaktiv verseuchter Rückstände abzuräumen, die bei der Plutoniumherstellung für Atombomben angefallen waren.

Einige Areale dieses Friedhofs für die Erblasten des Kalten Krieges sind freigegeben worden, um dort auch Atommüll aus zivilen AKW endzulagern. In einem solchen Gebiet wurde nun auch das Grab für den Trojan-Reaktor bereitet.

Statt den knapp 13 Meter langen und 5,20 Meter dicken Reaktorzyliner zu zerlegen und in 40 bis 50 Einzeltransporten nach Hanford zu schaffen, hatten die Abrissmanager beschlossen, den Trumm als Solitär zu verfrachten. Das würde, so die Überlegung, Zeit und Kosten sparen und zugleich das Unfallrisiko mindern.

Zum Transport auf dem 73 Meter langen Kahn wurden dem Reaktor zwei Schaum-

sind ihnen auf der Spur. „Die Umweltforschung betreibt hauptsächlich historische Studien“, klagt Greenpeace-Mann Krauter, „untersucht werden immer nur dieselben ollen Kamellen.“

Auch Bernd Beek vom Umweltbundesamt sieht die Grenzen der Toxikologie erreicht: „Die bisherigen Messmethoden erfassen keine Effekte, die nach langer Zeit oder sogar erst in der nächsten Generation auftreten.“

Ob eine Substanz etwa hormonähnlich wirkt und die Entwicklung eines Embryos fehlsteuert, ist experimentell, wenn überhaupt, nur mit viel Aufwand festzustellen. Denn oft entfacht ein solches Pseudo-Hormon sein Störfeuer nur während einer kurzen Phase der Embryonalentwicklung; und die Folgen zeigen sich mitunter erst, wenn der Nachwuchs geschlechtsreif wird.

Deshalb schwenkt die Umweltpolitik allmählich auf einen neuen Kurs ein. Statt abzuwarten, bis sich eine Chemikalie als gefährlich erweist, und diese erst dann zu verbieten, sollen künftig ganze Stoffklassen mit bestimmten chemischen Eigenschaften gebrandmarkt und nach Möglichkeit durch harmlosere Substanzen ersetzt werden.

Das zumindest ist das langfristige Ziel einer geplanten Uno-Konvention über die sogenannten persistent organic pollutants (übersetzt etwa: organische Dauergifte) oder kurz POP. Zu diesen Stoffen gehört so ziemlich alles, was an Umweltgiften in den Medien Furore gemacht hat – von DDT bis Dioxin. Gemeinsam ist allen POP, dass sie in der Umwelt schlecht abgebaut werden, sich im Körper anreichern und sich über große Entfernungen hinweg ausbreiten.

Anfang September treffen sich Vertreter von mehr als hundert Staaten zur dritten Verhandlungsrunde über die POP-Konvention. Noch feilen die Fachleute an der Definition, auf welche Stoffe sich die Regelung eigentlich beziehen soll; erst im Jahr 2001 soll das Vertragswerk unterzeichnet sein. Zunächst einmal versucht die Uno-Umweltorganisation Unep, wenigstens zwölf notorische Killerchemikalien zu bannen.

Zu dem „dreckigen Dutzend“ gehören fast ausschließlich Substanzen, die in den Industrienationen längst verboten sind. Nur ungen wollten jedoch Entwicklungsländer auf Insektengifte wie DDT verzichten, das – etwa in Indien – noch immer weiträumig zur Bekämpfung der Malaria-Mücken versprüht wird.

„Allein diese zwölf Substanzen wegzukriegen ist schwer genug“, klagt Ulrich Schlottmann, beim Bundesumweltministerium zuständig für die Konvention. Wann die vielen dutzend oder gar hundert weiteren Stoffe der Marke POP vom Markt verschwinden werden?

„Das ist ein sehr langer Prozess“, seufzt Schlottmann. „Da wird noch viel Schweiß nötig sein.“

ALEXANDRA RIGOS



Reaktorverladung (beim Kernkraftwerk Trojan): Flussfahrt zur letzten Ruhestätte

gon) Industrieanlagen und Bewohner im Nordwesten der USA mit Strom versorgt.

Doch oft erregte das 1975 in Betrieb gegangene AKW auch den Argwohn von Atomkraftgegnern und Umweltschützern. Mal barsten Dampfrohre, dann wieder entwichen radioaktive Gase. Als publik wurde, dass der Kontrollraum, das Herzstück der in einem seismisch aktiven Gebiet errichteten Anlage, nicht erdbebensicher gebaut war, nahmen die zuständigen Sicherheitsbehörden Trojan 1992 vom Netz – fast zwei Jahrzehnte vor dem geplanten Ende.

Im Zuge der Entsorgung (veranschlagte Abrisskosten: 433 Millionen Dollar) wurden in den letzten vier Jahren die verseuchten Dampferzeuger in abstrahlungssicheren Behältern verstaubt. Lastkähne schipperten die Container flussaufwärts zur ehemaligen Plutoniumfabrik Hanford (Washington).

stoffringe (Durchmesser: 8,5 Meter) über die Enden gestülpt, um mögliche Abstürze abzufedern. In Sichtweite der Kühltürme des Trojan-Werks und eskortiert von einem Schiff der Küstenwache lief der Konvoi mit seiner 1000-Tonnen-Fracht, mehr als doppelt so schwer wie zwei voll beladene Jumbo-Jets, vorletzten Freitagabend aus und machte 36 Stunden später flussaufwärts im Hafen von Benton fest.

Dort wurde das Gefahrgut in Form eines überdimensionalen blauen Diablos auf einen 16-achsigen Tieflader gehoben. Auf 320 Rädern rollte die strahlende Fracht mit acht Kilometern pro Stunde zur letzten Ruhestätte auf dem Hanford-Gelände.

Nach dem Planieren soll das Reaktorgrab eingezäunt und mit gelb-roten Warnschildern versehen werden: „Buddeln und Brunnen bohren verboten.“ RAINER PAUL

Werbeseite

Werbeseite



Navares-Werke „Luz del Pasado“, „Milenia, del Corazón y el Artificio“

AUSSTELLUNG

Venus aus dem Supermarkt

Lange Beine und schmale Taillen sind offenbar ausverkauft, ansonsten ist die Auswahl durchaus beachtlich. Blonde Locken, große Augen, zierliche Ohren – oder zumindest Abbildungen davon – stecken in Vertrauen erweckend steril anmutenden Konfitüregläsern und Zellophantüten. Solche akkurat sortierten Körperbausätze der spanischen Künstlerin Paloma Navares, 52, wirken wie eine längst selbstverständlich gewordene Supermarktrealität: Warum sollten sich Frauen über verschmierte Lippenstifte ärgern, wenn sie sich immerrote, überhaupt perfekte Lippen bestellen können? Eine ironische Illusion im Zeitalter von Nasenkorrektur und Lifting, das Drama dahinter aber ist ural: Es handelt von der weiblichen Tor-



tur, sich Schönheitsidealen anzupassen, nur damit Männer makellosen Hüllen huldigen können – wie es einst Botticelli und Dürer taten, als sie nackte Frauen malten und sie zum Schein Venus oder Eva nannten. Aktgemälde dieser Altmeister funktionierte Navares bereits zu selbst leuchtenden Litfaßsäulen. In ihrer aktuellen Ausstellung „Milenia, Herz und Artefakt“ in der Salzburger Residenzgalerie (bis 3. Oktober) reagiert sie erneut auf Traumfrauen aus der Kunstgeschichte. Einer barocken Maria Magdalena implantierte sie ein flackerndes Licht: Wo früher das Herz der Sünderin schlug, pulsiert heute künstliche Energie. Zur Seite stellte sie ihr eine Verführerin der Jetztzeit: eine Schaufensterpuppe mit immerroten Lippen.

Marsalis



COLUMBIA

JAZZ

Ins Millennium schwingen

Das Projekt ist ehrgeizig: aus dem 20. Jahrhundert elegant ins 21. Jahrhundert zu schwingen, dabei die wichtigsten Jazz-Stile der abgelaufenen Zeit für das neue Jahrtausend aufzumöbeln. Das kann sich nur vornehmen, wer zu den Größten seines Fachs gehört, und einer von denen ist der Trompeter, Komponist und Bandleader Wynton Marsalis ganz sicherlich. „Swinging into the 21st“ heißt eine Serie von acht CDs, die bis Jahresende erscheint: Marsalis spielt Standards der Jazz-Geschichte und Eigenkompositionen. Als Erste kam die muntere CD „Marsalis Plays Monk“ heraus, nun ist „Big Train“ erschienen – Big-Band-Kompositionen von Marsalis, exzellent interpretiert vom New Yorker Lincoln Center Jazz Orchestra.

LITERATUR

Wenn das Telefon nicht klingelt

Vielleicht wird das Telefon in der Geschichtsschreibung notiert als das perfideste Folterinstrument für Frauen: Jeanne Moreau zeigte in Jean Cocteaus Theaterstück „Die geliebte Stimme“, wie eine liebeskranke Frau sich in den Selbstmord telefoniert. Noch grausamer aber ist, wenn der Apparat schweigt – „als keiner anrief, wusste ich, du warst es“, so soll Dorothy Parker es formuliert haben. In „Mondscheintarif“, dem Debütroman von Ildikó von Kürthy, wartet die Heldin Cora Hübsch auf den Anruf von Dr. med. Daniel Hofmann. Es ist 17.12 Uhr am Samstagnachmittag, also eine Zeit, zu der jede anständige Frau längst eine Verabredung für den Abend hat. Nicht aber Cora Hübsch, Anfang dreißig. Sie sitzt zu Hause herum, weil dieser sagenhaft gut aussehende Arzt sich jeden Moment melden müsste. Das komplizierte Regelwerk beim Kennenlernen lautet nämlich: „Spätestens ruft er sie an dem auf den Geschlechtsverkehr folgenden Wochenende an. In dem Fall, dass der intime Kontakt an einem Freitag, Samstag oder Sonntag stattgefunden hat, kann er sich auch bis zum nächsten Freitag oder Samstag Zeit lassen.“ Da der Sex am Mittwoch stattfand, wächst Coras Nervosität mit jeder Minute, was in einem unbarmherzigen Zeitprotokoll festgehalten ist. Während sie ihr Telefon umkreist und leider nur von ihrer Mutter angerufen wird, erinnert sie sich, wie sie Dr. Hofmann kennen lernte und an alle seine Vorgänger. Und sie hat viel Zeit, über das Frauenelend im Allgemeinen – „Frauen und Männer werden erst an dem Tag wirklich gleichberechtigt sein, an dem auf einem bedeutenden Posten eine inkompetente Frau sitzt“ – und ihr eigenes im Besonderen nachzugrübeln: Fettverbrennung, Push-up-BHs und Wonderpo-Strumpfhosen. Ausgesprochen witzig und schwungvoll erzählt sind Kürthys Einblicke in die verwirrte moderne Frauenseele, und auch die Aufgabe, Vergangenheit und Gegenwart zu verschränken, hat die Autorin unangestrengt gemeistert. Deshalb eignet sich der Roman bestens, lange Wartezeiten vor dem Telefon zu verkürzen.



Ildikó von Kürthy: „Mondscheintarif“. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek; 144 Seiten; 14,90 Mark.



Chatwin-Fotos aus Peru, Westafrika



FOTOGRAFIE

Ewiger Nomade

Er war „flüchtig wie ein Elfenwesen“, notierte der Schriftsteller Gregor von Rezzori über den engen Freund, „sein Blick ging immer über die Schulter seines Gegenübers weg, er schien niemals ganz gegenwärtig zu sein und dabei leicht und neckend wie Peter Pan“. Der so charakterisierte Romanier, Essayist und Reiseliterat hieß Bruce Chatwin; der Brite, Schöpfer von Welterfolgen wie „In Patagonien“ oder „Traumpfade“ starb 1989 mit gera-

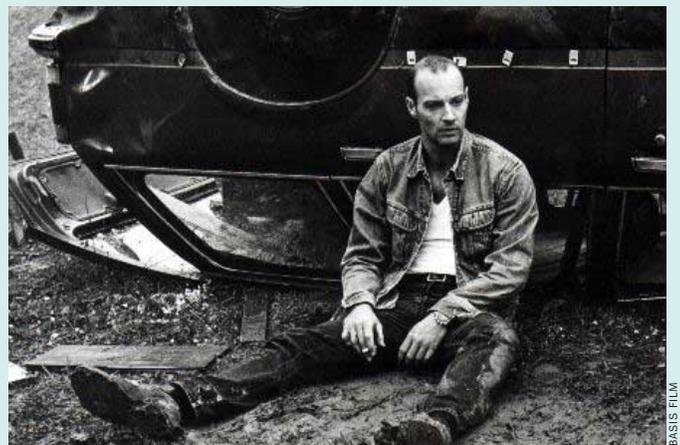
de mal 48 Jahren an Aids. Dass Chatwin nicht nur geschrieben, sondern auch unermüdlich fotografiert hatte während seiner zahllosen Reisen auf allen fünf Kontinenten, war lange selbst vielen seiner Weggefährten unbekannt. „Ich wusste nicht einmal, ob ein Fotoapparat zu seinem bescheidenen Gepäck gehörte“, schreibt sein italienischer Verleger Roberto Calasso. Mit Hilfe von Chatwins Witwe Elizabeth hat er den Foto-Nachlass geordnet; eine Auswahl der

Bilder, im vergangenen Jahr in Turin ausgestellt, ist jetzt in einem faszinierenden Fotoband zu bewundern (Bruce Chatwin: „Verschlungene Pfade“. Carl Hanser Verlag, München; 196 Seiten; 45 Mark). Der strenggrafische Blick des ewigen Nomaden Chatwin (etwa auf Fotos der Moschee im iranischen Isfahan oder einer Windmühle in England) wird dabei ebenso deutlich wie das Vertrauen, das die Porträtierten dem Fotografen entgegenbrachten – zum Beispiel eine deutsche Mathematikerin, die von einer Leiter aus in die Wüste von Peru blickt. Vor allem belegen sie jedoch, was für Chatwin die „Frage aller Fragen“ war: „die Natur der menschlichen Ruhelosigkeit“.

Kino in Kürze

„Kubanisch rauchen“. Eine Zigarette hält am längsten vor, wenn man so raucht, dass die Asche bis zum Schluss nicht herunterfällt. Diese maximale Tabak-Ausnutzung hat der Mainzer Regisseur Stephan Wagner zu Schulzeiten unter dem Namen „kubanisch rauchen“ kennen gelernt und die Gewinnoptimierung zur Lebenseinstellung gemacht. So kann er nun auch kubanisch filmen, was bedeutet, für den Preis eines Kleinwagens einen 90-Minuten-Kinofilm zu drehen: Paul (Simon Licht) und Bernd (Thomas Morris) sind zwei Wiener Anfang dreißig, die eine neue Lebensperspektive suchen. Paul ist in seiner Beziehung festgefahren, Bernd hat es satt, für den Unterweltkönig Dragan als Geldeintreiber zu arbeiten. Sie beschließen, einen Trödelladen zu übernehmen. Pauls Schwiegervater bürgt für einen Kredit, Bernd leiht sich das Geld von Dragan. Das Geschäft läuft gut an, aber dennoch lassen die Probleme nicht auf sich warten. Paul verliebt sich in Lisa und gefährdet so den Kredit, Bernd wird vom unberechenbaren Geldeintreiber Erwin erpresst. Die Geschichte über die Schwierigkeiten, sich für einen Lebensweg zu entscheiden und ihn gegen Widerstände durchzuhalten, ist kühl und reduziert erzählt und trotzdem von psychologischer Tiefe. Die deutsch-österreichische Koproduktion

ist in Schwarzweiß gedreht – weil der Kameramann Thomas Benesch, ganz kubanisch, noch ein paar alte Rollen Film aufbrauchen wollte.



Licht in „Kubanisch rauchen“

INTERVIEW

„Tequila – öu, öu, öu“

Der Taxifahrer Claus Holtfoth, 46, und der Architekt Ulli Ahlers, 39, über ihren vom TV-Mann Stefan Raab produzierten gesächselten Ulk-Hit „Ö la Palöma“, der in der vergangenen Woche mit 500 000 verkauften Singles Platin-Status erreicht hat

SPIEGEL: Ist die Schönheit des Sächsischen bislang verkannt worden?

Holtfoth: Leider ja, aber das ändert sich ja endlich: Sogar in Wien gilt Sächsisch als der letzte Schrei.

SPIEGEL: Und wie sieht es in Ihren Heimatstädten Hannover und Freiburg aus?

Ahlers: Die sind auch eingesächseln: Ein paar Schüler haben mit zwei entschlossenen Farbklecks das Freiburger Rotteck-Gymnasium in Röttele umgetauft.

SPIEGEL: Verstehen Sie sich als Retter sächsischen Kulturgutes?

Ahlers: Wir sind etwas bescheidener: Wir fühlen uns der Kulturpflege verpflichtet.

SPIEGEL: Ist Sächsisch schwer?

Holtfoth: Ulli spricht es leider gar nicht, und auch ich bin nicht perfekt. Wir sind



Holtfoth, Raab, Ahlers

aber gerade in Dresden und arbeiten an unserer Aussprache.

SPIEGEL: Wo liegen die Probleme?

Holtfoth: Beispielsweise habe ich nicht gewusst, dass der waschechte Sachse das Ö zum Öu dehnt. In unserem neuen Song „Tequila“ ist der Lernfortschritt deutlich zu hören: „Four Tequilas – öu, öu, öu.“

SPIEGEL: Haben Sie dafür einen Sprachtrainer engagiert?

Holtfoth: Nein. Wir sind und bleiben Autodidakten. Im Grunde sprechen wir auch kein reines

Hochsächsisch: Wir haben Sächsisch über Niedersächsisch mit Englisch verbunden und angelsächseln nun.

SPIEGEL: Sie stammen aus Hannover, der Stadt des Hochdeutschen. Fühlten Sie sich benachteiligt, weil man dort keinen prägnanten Dialekt spricht?

Holtfoth: Überhaupt nicht, es gibt doch Hannoveranisch: Aus ei wird a, und aus a wird ö. „Höben Sie Ale?“ heißt: „Haben Sie Eile?“

SPIEGEL: Wollen Sie in Zukunft Hannoveranisch pop-tauglich machen? Oder andere unterschätzte Mundarten wie zum Beispiel Fränkisch?

Ahlers: Das sind schöne Dialekte, aber wir sind eindeutig zuständig fürs Sächsische. Fränkisch macht Lothar Matthäus.

Am Rande

Typisch Inder!



Wieder einmal macht es uns der Engländer vor: Stil und Lebensart.

Während in Deutschland über Ladenschluss, Peter Strucks Steuermodell nach Vorbild des Stufenhaarschnitts und das Ende der Beziehung zwischen Roger Willemsen und Dennesch Zoudé getratscht wird, redet Englands Elite Tacheles – jedes Wort wie in Austernkruste auf Tandooribett gemeißelt: „Der sieht aus, als hätte ihn ein Inder zusammengesetzt“, urteilte in unnachahmlicher Lakonie Prinz Philip irgendwo im Schottischen. Gegenstand seiner Äußerung: ein heruntergekommener Sicherungskasten. In China warnte der Prinz britische Studenten vor schädlichen Veränderungen, die sie sich fernab der Heimat zuziehen könnten – dies in einer Weise, die an George Orwell gemahnt: „Wenn Sie länger hier bleiben, bekommen Sie Schlitzaugen.“ Man muss schon weit herumkommen, um eine derart konzise Sprache zu finden. Allenfalls bei der Bundeswehr im Kosovo fällt hier und da ein Wort von vergleichbarer Stringenz und Eleganz. „Sie haben 30 Minuten, den Posten zu räumen!“, schnarrte General Helmut Harff einen serbischen Grenzposten an. „30 Minuten. Inzwischen 28. Ende der Diskussion.“ Prinz Philip hätte hier natürlich ganz anders zugelangt: „Das Wachhäuschen sieht aus, als hätte es ein Albaner zusammengeagelt.“ Engländer müsste man sein.

FILM

Kurt im Nebel

Immer wenn die Pop-Legende Kurt Cobain in einem Film vorkommen soll, gibt es Streit. Vor zwei Jahren regte sich Cobains Witwe Courtney Love über die Dokumentation „Kurt and Courtney“ auf. Darin ging der Filmemacher Nick Broomfield der These nach, dass der Nirvana-Sänger sich nicht das Leben genommen habe, sondern ermordet worden sei. Derzeit ereifern sich die Ex-Nirvana-Musiker Dave Grohl und Kris Novoselic über die Produktion für „A Leonard Cohen Afterworld“: Der Film sei eine Ausbeutung alles dessen, „wofür Nirvana stand und steht“. In der konfusen Liebesgeschichte gehen die Hauptpersonen in einer Szene zur Totenwache für Kurt Cobain. Etwa 50 Statisten traten dafür im Grunge-Look mit Kerzen in der Hand im Seattle Center an, Kunstnebel verdüsterte die Stimmung, und der Regisseur James Cox, so eine Augenzeugin, sei herumgeschlichen und habe „Trauer, Trauer“ geflüstert.



Nirvana-Sänger Cobain (1992)

Die Meinung der Fans über das Projekt ist geteilt: „Wenn Grohl und Novoselic so darauf bestehen, die Erinnerung an Kurt zu bewahren, warum haben sie ihn nicht davor bewahrt, sich das Gehirn an die Zimmerdecke zu blasen?“, fragt der Kalifornier Sean. Und die Filmstatistin Sarah, 17, jubelt: „Mann, war das ein Spaß! Kurt wäre wahrscheinlich geschmeichelt gewesen.“



Tischbein-Gemälde „Goethe in der Campagna“ (1787), Neujahrsfeier in der „europäischen Kulturhauptstadt“ Weimar (1999): „Gestalt und

Der gestutzte Adler

Er galt als „Statthalter des poetischen Geistes auf Erden“, als „der menschlichste aller Menschen“: Johann Wolfgang von Goethe, dessen 250. Geburtstag am 28. August gefeiert wird. Aber wer liest ihn noch? Und was bedeuten die Widersprüche zwischen Leben und Werk des Olympiers? War der Dichter am Ende ein zynischer Mephisto?

Da staunten Weimars abgebrühte Kammerherren: Auf hohen Stelzen, drapiert mit Flügeln und einem Pfauenschwanz, hüpfte der frisch aus Frankfurt eingetroffene Hofpoet Dr. jur. Johann Wolfgang Goethe, 26, zwischen 17 anderen Dämonen als „Hochmutsteufel“ auf der Bühne herum.

Wie dieser Mummenschanz vom 23. Februar 1776 sind zahllose Details aus seinem langen Leben aktenkundig geblieben: dass Goethe gern Wein trank, Artischocken liebte und abends höchstens ein bisschen Obst aß, dass er äußerst lärmempfindlich war und Tabakrauch verabscheute, aber

überheizte Räume mochte. Selbst dass er als alter Herr seinen Enkeln die Süßigkeiten aus Weihnachtspaketen stibitzt haben soll, wird berichtet.

Über kaum einen Menschen der Weltgeschichte sind so viele Einzelheiten in Umlauf wie über ihn. Anscheinend brauchen selbst die Verehrer des Dichters die kleinen Dinge und Anekdoten, um seine geistige Überlegenheit und Wandlungsfähigkeit, vor allem seine unvergleichliche Wirkung zu verkraften – die Wirkung eines Genies, das aller Welt zum Lehrmeister wurde, ohne je einen echten Schüler oder gar Nachfolger gehabt zu haben.

Fast ebenso erfolgreich wie die anekdotische Bagatellisierung des Unfassbaren war und ist die moralische: Kaltherzig sei er gewesen, hieß es immer wieder, seine Freunde habe er, so nörgelte etwa Johann Gottfried Herder, „bloß als Papier“ angesehen, „auf welches er schreibt“. Und er habe im engen Weimar seinen „Genius“ verraten, ergänzte Ludwig Börne, „wie ein Adler, der sich unter der Dachtraufe eines Schneiders eingenistet“.

Alle Verkleinerungsversuche änderten nichts daran: Schon zu Lebzeiten, erst recht seit seinem Tod im Jahr 1832 galt und gilt Goethe als das poetische Universalge-



Dichtung stehen unter dem Dämon, der Genie und Perfidie einer Nation verbindet“



Hitler vor Goethe-Schiller-Denkmal in Weimar
„Warum du für Deutschland kämpfst“

nie schlechthin, als Mensch an sich. „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“ – was beim Osterspaziergang inmitten des „Volks“ der geplagte Doktor Faust wie einen Stoßseufzer ausspricht, empfand auch die Welt-Goethe-Gemeinde immer wieder bei der Lektüre oder Aufführung der herzbewegenden Werke des Olympiers: von einzigartigen Gedichten wie „Wandrer's Nachtlid“ („Über allen Gipfeln ist Ruh, in allen Wipfeln ...“), „An den Mond“ („Füllest wieder Busch und Tal ...“) oder „Erlkönig“ („Wer reitet so spät ...“) über Werthers Selbstmord aus Liebe, der die Geistlichen empörte und den Napoleon sogar mit nach Ägypten nahm, bis hin zum Ehekrimi der „Wahlverwandtschaften“.

All diese und all die anderen Werke, so behauptet die Goethe-Weltgemeinde, machen den Menschen, das „noch nicht festgestellte Tier“ (Nietzsche), menschlicher, humaner. Wie das?

„Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen.“ Auch dieser sprichwörtlich gewordene „Faust“-Vers lässt sich auf Goethes eigene Wirkung zurückwenden. „Über des Menschen Herz lässt sich nichts sagen, als mit dem Feuerblick des Moments“, schrieb der Dichter 1775, kurz vor seiner Ankunft in

Weimar, in einem Brief. Über Goethes magisch belebende Kraft lässt sich nichts sagen, als mit dem Feuerblick des lesenden Herzens. Nun, ein bisschen mehr wäre schon zu sagen, auch wenn sich jetzt, zum 250. Geburtstag, der Eindruck aufdrängt, alles Sagbare sei nicht nur längst ausgesprochen, sondern auch schon gedruckt worden.

„Über Goethe scheint schon zuviel gesagt zu sein“ – so bemerkte, milde resignierend, der Goethe-Biograf Herman Grimm – das war bereits im Jahr 1874.

Ein widersprüchliches Bild: Hier der allseits gerühmte und noch von jedem zwei-

„Ein genialer Mittler, der die Extreme aufsaugte und sich anverwandelte“

ten Vereinsvorsitzenden zitierte Großpoet, aus dessen Werken unzählige geflügelte Worte deutscher Sprache stammen – vom „Geist, der stets verneint“ bis zu „Heinrich! Mir graut's vor dir!“; und dort das unübersehbar gewordene Bildungsdesaster: Jeder kennt ihn, aber die Werke werden kaum noch gelesen. Auf die neckische Frage „Wie viel Goethe braucht der Mensch?“, wie sie anlässlich seiner vollendeten Ausgabe der Hanser-Verlag stellte, erwidern immer mehr Deutsche: „Nichts davon.“ Selbst Germanistikstudenten, unlängst auf dem Campus der Kölner Universität befragt, wussten weder die Lebensdaten des Dichters zu nennen noch auch nur zwei, drei der berühmten seiner Dichtungen. Einer hielt gar Schiller für ein Werk von Goethe.

Wie ein Gespenst, ja wie sein durch „Mazeration“ bloßgelegtes Gerippe, das im März kurz auf Bildschirmen zu sehen war, scheint der Dichtersturz unter Floskeln und Formeln erstarrt, abgehalftert und perdu – in seltsamem Kontrast zu seiner Gemahlin, die seit Monaten – über Sigrid Damm's feministisch angehauchte Doppelbiografie „Christiane und Goethe“ – Bestsellerruhm erntet.

Vor 50 Jahren noch, zum 200. Geburtstag von Christianes Ehemann, war das anders. Der Dichter selbst und allein er stand im Rampenlicht. In der Frankfurter Paulskirche charakterisierte ihn Thomas Mann als großen Katalysator der Widersprüche, als den genialen Mittler, der die Extreme aufsaugte und sich anverwandelte, anstatt ihnen ihren ungehemmten, auch gewalttätigen Lauf zu lassen. „Nichts und alles sind da eins, wie Mephistopheles und Faust eins sind in der Person ihres Schöpfers, der sie ihren Pakt schließen lässt auf dem Grund einer totalen, das Höllische ins Allmenschliche umdeutenden Lebenshingegenheit.“

Genauso raunend hatte Friedrich Gundolf einige Jahrzehnte zuvor erklärt: „Goethes Gestalt und Dichtung steht unter dem

Dämon“ – jenem Dämon, in dem sich Genie und Perfidie einer Nation verbinden. Damals schien es ausgemacht: Goethe, das war die Leitfigur, schillernder Repräsentant des idealen Deutschland, das Wunder eines Individuums, das zur überpersönlichen Macht wurde allein durch die Kraft seiner Worte, mit denen es sein Leben zum schöpferischen Kunstwerk erhob.

Aber: War Goethe nicht auch ein „Stabilitätsnarr“ (Ludwig Börne) und Repräsentant machtgeschützter Innerlichkeit, ja, ein Trend-Autor, der seine Größe darin fand, dem flüchtigen Geschmack seines Publikums zu huldigen? „Goethe schwamm immer mit dem Strome und immer oben wie Kork. Sein Geist war mit dem Zeitgeiste immer in einer seltenen Harmonie“, schrieb der zeitgenössische Goethe-Verächter Wolfgang Menzel schon 1824.

Seit den Jahren der Weimarer Klassik um 1800 spiegelte das Verhältnis der Deutschen zu Goethe so ihre Seelen- und Geistesverfassung. Ob Freund, ob Feind, Goethe war das Maß, an dem der Zeitgeist, aber auch die Kritik der Zeit und ihrer Zustände sich orientierten. Jede Epoche hatte ihr eigenes Goethe-Bild – von geradezu ekstatischer Bewunderung bis hin zu skeptischer Distanz, ja offener Ablehnung.

Stets war er den Deutschen nah und fern zugleich, ein, bei aller Liebenswürdigkeit, geradezu unheimlicher Mensch. „Goethes dauernde Fremdheit“ nannte Joachim Fest, gewiss kein Klassik-Verächter, seine Dankrede zur Verleihung der Frankfurter Goethe-Plakette 1987. Schon Friedrich Schiller urteilte 1789 über seinen späteren Freund noch skeptischer: „Öfters um Goethe zu sein, würde mich unglücklich machen. Er hat auch gegen seine nächsten Freunde kein Moment der Ergießung, er ist



an nichts zu fassen ... Er macht seine Existenz wohlthätig kund, aber nur wie ein Gott, ohne sich selbst zu geben ... Ein solches Wesen sollten die Menschen nicht um sich herum aufkommen lassen.“

Franz Kafka gar plante, laut einer Tagebucheintragung von 1912, „Goethes entsetzliches Wesen“ in einem Aufsatz zu entlarven. Nur Wochen später heißt es im selben Diarium: „Goethe, Trost im Schmerz“.

Für Generationen von Schülern jedenfalls hat Goethe vor allem Schmerz bedeutet: Sie wurden mit „Iphigenie“, „Faust“ und den „Wahlverwandtschaften“ traktiert, und sie rächten sich, indem sie die verhassten Reclamheftchen mit Bleistift und Tinte in ein Schlachtfeld ihrer malträtierten Phantasie verwandelten. Selbst der Schriftsteller Alfred Döblin („Berlin Alexanderplatz“) las abends heimlich lieber Dostojewski, denn „bei Tag wurde Goethe und Schiller gepaukt“. Pauken,

durchnehmen, drankommen: Verben des organisierten Bildungsschreckens.

In den späten fünfziger Jahren hieß es etwa drohend in einer bundesdeutschen Lehrplan-Richtlinie: Dass Goethe „den Abgrund von Welt und Zeit kannte, dass er gegen ihn die einfachen Kräfte der Arbeit und Redlichkeit, der Freude und der Liebe beschwor, die zur ruhigen Frömmigkeit wurde, das sollen die jungen Menschen, deren geistige Führung uns anvertraut ist, wenigstens in Ahnung und Ehrfurcht erfaßt haben, wenn sie uns verlassen“.

Führung, Ahnung, Ehrfurcht: Solche Wörter umstellten den Erneuerer der deutschen Sprache, bis er tatsächlich zur hohlen Gipsbüste, zum „klugen Kunstgreis“ in „seinem Dunstkreis“ (Börne) geworden war. Gerade das superlativische Pathos seiner Bewunderer machte aus dem Klassiker die Ikone, aus dem Menschen einen fernen Olympier in Leder und Goldschnitt.

Goethe '99

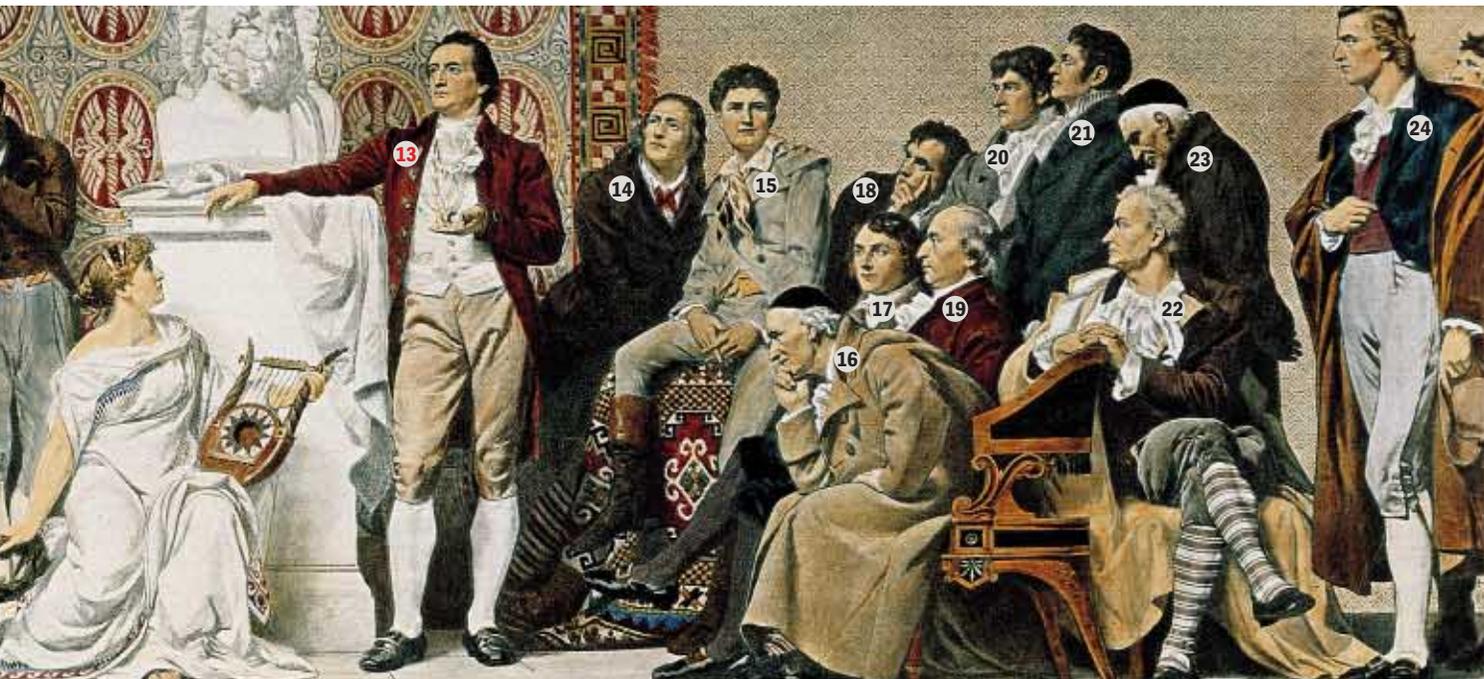
79 Prozent der Deutschen sind stolz auf ihn. Im Jubeljahr blüht der Kommerz – vom Schnuller in Büstenform bis zur CD-Rom.



Goethe-Nippes



Kopie von Goethes Gartenhaus in Weimar



Allein um die Jahrhundertwende erschienen acht monumentale Biografien, oft von jüdischen Gelehrten. In vielen Synagogen wurde seiner gedacht, und zum 50. Todestag des Dichters stellte der hessische Landesrabbiner Julius Landsberg seinen Festvortrag unter den programmatischen Titel: „Faust und Hiob“.

War es Goethes „großartige Mittelmaßigkeit“, wie der Pariser Nihilist Cioran einmal ironisch notiert hat, die das Genie als allseits brauchbares Medium erscheinen ließ? Immer wieder wirkte die „Goethische Kräfteugel“ (Gundolf) wie das Orakel der jeweiligen Zeitgeistforscher – fast alle politischen Eiferer, rechte wie linke, schossen mit dieser Kugel um sich.

Hatte 1931 noch der begnadete Literaturdeuter Max Kommerell eine „Jugend ohne Goethe“ heranwachsen sehen, so wurde der Weimarer wenig später für eben diese Jugend zurechtgestutzt. Baldur von Schi-

rach, Reichsjugendführer der NSDAP, rief im Juni 1937 der „Jugend Adolf Hitlers“ zu: „Du handelst im Sinne des Mannes, dem du dienst, wenn du den Inhalt alles dessen, was der Begriff Weimar und Goethe umschließt, in dich aufnimmst und in deinem treuen und tapferen Herzen einschließt, damit du immer weißt, worum es geht, wenn du für Deutschland kämpfen musst.“

Solche Reden hinderten nicht, dass der Universalpoet mitten in der Jahrhundertkatastrophe ein wichtiger Trostspender blieb. „Die alte Erde steht noch, und der Himmel wölbt sich noch über mir!“, zitierte Nico Rost, Häftling im KZ Dachau, am 10. Juni 1944 einen Ausspruch Goethes, und er fuhr fort: „Solange es noch ist, wie Goethe sagt, ist nichts verloren.“

Und 1945, nach Auschwitz und Kriegsgreuel, war es gerade das Werk des Weimarer, an dem das „andere“, das „aufgeklärt-humane Deutschland“ seine wunde Seele aufrichten sollte, als hätte er alles vorausgesehen. O-Ton Goethe: „Doch was dem Abgrund kühn entstiegen, / Kann durch ein ehernes Geschick / Den halben Weltkreis übersiegen / Zum Abgrund muss es doch zurück.“

In einem DDR-Lesebuch von 1950 wurde der Geheime Rat dann „zum Gefährten der Sozialisten aller Länder“ ernannt. Während der spätere DDR-Kulturminister Johannes R. Becher zum 200. Geburtstag des dämonischen Lichtbringers frischfromm-fröhlich-frei die Fortschrittsparole „Vorwärts zu Goethe und mit Goethe vorwärts“ an die sozialistische Fei-ergemeinde ausgab, klangen im

Verklärende Weimar-Darstellung

von Otto Knille (1884)

- 1 Cornelius, 2 Ohm, 3 Schloßer, 4 Voß, 5 Kleist, 6 Hegel, 7 Blumenbach, 8 Klopstock, 9 Fichte, 10 Pestalozzi, 11 Jean Paul, 12 Tieck, 13 Goethe, 14 W. v. Humboldt, 15 A. v. Humboldt, 16 Wieland, 17 Niebuhr, 18 Schleiermacher, 19 Herder, 20 Gauß, 21 Schlegel, 22 Iffland, 23 Gleim, 24 Schiller

Westen neben Thomas Manns Würdigungsworten auch selbstkritische Stimmen durch.

Franz Böhm, Rektor der Frankfurter Goethe-Universität, merkte an: „In unseren nationalen Daseinsstil ist Goethe nicht eingegangen.“ Zwar habe von Goethe „kein Weg zum Nationalsozialismus“ geführt, aber „auch keiner zum Schutz gegen den Nationalsozialismus und zur Befreiung von ihm“. Und der Philosoph Karl Jaspers sagte 1947: „Die Zeit des Goethe-Kultus ist vorbei ... Wir finden bei Goethe gleichsam Erholung und Ermunterung, nicht aber die Befreiung von der Last, die uns auferlegt ist, nicht die Führung durch die Welt, die die unsere ist.“

Selbst diese kritische Ehrfurcht ist lange zerstoßen. „Führung durch die Welt“, das klingt in postmodernen Zeiten wie dumpe Ideologie. So zählt allenfalls noch der Event, ob in der Kulturstadt und Event-Zentrale Weimar oder anderswo. Denn trotz aller Belanglosigkeit, allem Desinteresse: 79 Prozent der Deutschen sind laut einer Allensbach-Umfrage auf Goethe stolz – das riecht geradezu nach Geld.

Die Internet-Adresse „www.goethe.de“ hat sich zwar das chronisch klamme Konsortium der Goethe-Institute gesichert. Drum herum aber blüht im Jubeljahr der



Darsteller Knaup, Feres in Goethe-Film „Die Braut“

Kommerz. Nicht nur der Hobbyforscher, der im selbst verlegten Buch nachweisen will, dass der große Poet „der natürliche Sohn Kaiser Karls VII.“ gewesen sein könnte, auch renommierte Verlage nutzen die Gelegenheit, von der Sehnsucht nach Klassik zu profitieren.

Und nicht nur sie. Allein die Kulturstadt Weimar bietet Souvenire satt. Vom hinter-sinnigen Schnuller in Büstenform bis zum Geschenkpaket „Essen und Trinken mit Goethe“, das neben zwei Flaschen Würzburger Wein ein Rezept-Bilderbuch enthält, reicht das Angebot. Frohgemut teilt die Firma Faber-Castell mit, Goethe sei „ein erklärter Bleistift-Fan“ gewesen, und belegt dies mit einem Zitat aus „Dichtung und Wahrheit“.

Die Geburtsstadt Frankfurt wirbt mit „Weltbürger Goethe – weltoffenes Frankfurt“ um Touristen, das Mövenpick-Hotel in Oberursel lockt zusätzlich mit einem „Goethe Menü“. Schon am 7. Mai fand in der Bornheimer Jugendbibliothek eine „Tellererschmeißaktion“ statt, in der Kinder einen Streich des kleinen Johann Wolfgang nachstellen durften. Ideale Ergänzung zum flächendeckenden Festwahn: ein durchaus beachtlicher Buch-Essay des Autors Jörg Aufenanger mit dem Flaps-Titel: „Hier war Goethe nicht“.

Pünktlich haben sich auch die sonst selten übereilten Germanisten auf ihren zu-

„Wenn wir ihn retten wollen, muss Schluss sein mit dem heiligen Goethe“

verlässigsten Arbeitgeber besonnen. Gleich zwei verschwenderisch kommentierte neue Editionen seiner Werke, die „Münchner Ausgabe“ des Hanser Verlages und die „Frankfurter Ausgabe“ vom Deutschen Klassiker Verlag, stehen zum Jubiläum bereit. Auf CD-Rom gibt es mindestens vier Varianten. Im Reclam-Verlag ist zusätzlich der „Faust“ samt zweibändigem Kommentar erschienen, dessen Umfang Kabballisten neidisch machen kann. Ein exzellentes einbändiges „Goethe-Lexikon“ legte bereits vergangenen Herbst der Kröner



Faust-Darsteller Quadflieg, Mephisto-Darsteller Gründgens (1960): „Höheres Selbst“

Verlag auf – kürzlich zog der Metzler Verlag mit einem flauerem Opus nach.

Doch trotz Festreden und Symposien, Theater-Pflichtübungen und Happenings, Kommerz und Philologenschweiß: Ganz so sauber wie in den früheren Jubiläumsjahren 1982, 1949 oder gar 1932 kommt das Weimarer „Multitalent“ („Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“) diesmal nicht davon.

Sondermarken des Fürstentums Liechtenstein, auf denen ein frecher Mephisto dem Dichter beim Schreiben souffliert, treffen die Stimmung: Steckt nicht etwas Finsteres, Vertracktes hinter der übermenschlichen Allseitigkeit des Weimarers? Kann der Mann, den der Romancier Wilhelm Raabe als „ganzen vollen Menschen von Anfang bis zum Ende“ pries, noch ein Vorbild sein? Handelte Goethe, der angeblich so Gute, als Mensch nicht oft wie jener „Hochmutsteufel“, den er einmal aus freien Stücken spielte?

„Er war bis auf den Grund seines Wesens gespalten“, erklärt der Frankfurter Gelehrte Wolfgang Rothe, 70. Rothe, der vergangenes Jahr ein kluges, provozierendes Büchlein über Goethes erzkonservatives Polit-Denken veröffentlicht hat, sagt:

„Wenn wir ihn fürs kommende Jahrtausend retten wollen, muss endlich Schluss sein mit dem Viertels-Goethe in Heiligen-gestalt.“ Und tatsächlich: Der Jubiläumsblick zurück auf das Leben des Vielgedeuteten hat einige Überraschungen gebracht.

Er konnte schon unheimlich skrupellos sein, dieser Johann Wolfgang von Goethe – erst recht, wenn keine Freundschaft auf dem Spiel stand. Da hatte etwa 1816 der liberale Biologie-Professor Lorenz Oken aus Jena die eben verbrieft Pressefreiheit genutzt und in seiner Zeitschrift „Isis“ kritische Anmerkungen zur fürstlichen Verfassung des kleinen Staates Sachsen-Weimar-Eisenach gedruckt. Prompt riet Minister Goethe seinem Chef, dem Herzog Carl August, zu knallharten Gegenmaßnahmen: Um „die Krankheit auszurotten“, müsse das Blättchen umgehend verboten werden. Demokraten wie Oken seien „nicht zu belehren und nicht zu bändigen“.

Schlimmer noch: Für W. Daniel Wilson, einen Literaturhistoriker von der US-Uni Berkeley, ist das Oken-Gutachten nur die Spitze eines wahren Eisbergs von üblem Machtmenschentum. Der Minister habe „un-



Christiane Vulpius, gezeichnet von Goethe

Ein Dichterleben

28. August 1749 Geburt Johann Wolfgang Goethes in Frankfurt am Main als Sohn des Kaiserlichen Rates Johann Caspar Goethe und seiner Frau Catharina Elisabeth

1755 bis 1763 Umfassender Unterricht in Sprachen, Zeichnen und Musik

1765 Jurastudium in Leipzig

1770 Studium in Straßburg; Besuch medizinischer und historischer Vorlesungen

1771 Promotion zum Lizentiaten der Rechte und Niederlassung als Rechtsanwalt in Frankfurt

1773 Erstes großes Drama: „Götz von Berlichingen“

1774 Bekanntschaft mit Friedrich Gottlieb Klopstock; „Die Leiden des jungen Werthers“

1775 Carl August von Sachsen lädt Goethe nach Weimar ein; erstes Zusammentreffen mit Charlotte von Stein

1776 Eintritt in den Weimarer Staatsdienst; Ernennung zum Geheimen Legationsrat

1779 Ernennung zum Leiter der Kriegs- und Wegebaukommission und zum Geheimen Rat

1782 Erhebung in den Adelsstand durch Kaiser Joseph II.; Einzug in das Wohnhaus am Frauenplan in Weimar

1786 Erste Italienreise; Treffen mit Johann Heinrich Wilhelm Tischbein und Karl Philipp Moritz

1787 „Iphigenie auf Tauris“ (Verfassung)

1788 Rückkehr nach Weimar; Beginn der Beziehung mit Christiane Vulpius; Begegnung mit Friedrich Schiller; „Egmont“

1789 Bekanntschaft mit Wilhelm von Humboldt; 25. Dezember Geburt seines Sohnes August aus der Verbindung mit Christiane Vulpius

nen entsorgt“, indem er sie als Söldner verkaufte. Immer wieder habe er, ein über-eifriger „Wendehals par excellence“, Bauernproteste gedeckelt, politisch freisinnige Professoren eingeschüchtert, ja sogar unter den Jenaer Studenten Spitzel gegen Geld anwerben lassen, die jede Art von aufmüpfiger Gesinnung melden sollten.

Zwar erweisen sich Wilsons Vorwürfe bei genauer Prüfung als schwer übertrieben. Aber auch andere finden bedenklich viel Beelzebübisches in Goethe. Wer dem Fernsehjournalisten Tilman Jens glaubt, er-

Öffentlich ein brutaler Fürstenbüttel und privat genauso ein Charakterschwein: Sind die vielen begeisterten Porträts vom Universalgenie nur Rosstäuscherei? Goethe, der „wahre Statthalter des poetischen Geistes auf Erden“ (Novalis), die „Totalität eines Individuums“ (Hegel), „der letzte Stern der höchsten Ordnung“ (Viëtor), der „menschlichste aller Menschen“ und „herrlichste Lichtbringer“ (Bielschowsky), kurz: der „Mittler, Träger und Seher der Welt“ (Gundolf) – sind das lauter illusionäre Projektionen hehrer

durch sein unzuverlässiges, schwankendes Wesen auf.

Ein Teenager-Literaturclub mit dem barocken Namen „Arkadische Gesellschaft zu Phylandria“ wies den 14-Jährigen ab, weil er „der Ausschweifung und vielen andern unangenehmen Fehlern“ ergeben sei. Zudem besitze Goethe trotz mancher „hochtrabenden Reden“ eher „ein gutes Plappermaul als Gründlichkeit“. Während die Schwester Cornelia, seinem Innenleben wohl am nächsten, behauptete: „Er spricht stets, wie er denkt“, murrten andere wie der Spielkamerad Horn noch während des gemeinsamen Studiums in Leipzig, dass Goethe sich ärgerlich oft verstelle.

Es könnten Vorübungen für Mephistos bösen Lehrsatz „Mit Worten lässt sich trefflich streiten“ gewesen sein. Oder übte das Bürschchen mit dem vielen Taschengeld schon mal für spätere Auftritte? Als Goethe 1770 für seinen Jura-Abschluss nach Straßburg zog, galt er auch dort bald als Windbeutel. Vor Freunden schwadronierte er: „Paris soll meine Schule seyn, Rom meine Universität.“ Tatsächlich aber nahm er Tanzstunden, lernte das Kartenspiel Whist – und verliebte sich in die hübsche Pfarrerstochter Friederike Brion.

Goethes Affäre mit der Dorfschönheit von Sesenheim löste um 1900 einen erbitterten Forscherzwist aus. Einige behaupteten, dass er das Mädchen geschwängert und damit fürs Leben in Verruf gebracht habe. In seiner Autobiografie „Dichtung und Wahrheit“ jedoch schonte der Geheimrat seine Jugendsünde später derart raffiniert, dass die eigenen Fehler wie ein böses Naturereignis aussahen.

Der Sesenheim-Fachmann Adolf Metz resümierte 1911, dass Goethe „vor der Familie und vor der Welt“ des Dorfes „galt und auftrat als Friederikens Verlobter“. Von ihren Eltern ließ der junge Jurist sich verwöhnen, obwohl er innerlich längst mit



Tischbein-Gemälde „Goethe rettet ein Pferd“ (1787): Wunder der Vielseitigkeit

blickt hinter der Maske des Meisters nicht nur, mit Wilson, den „Urvater der Staatsicherheit“, sondern einen liebesunfähigen Seelenkrüppel, der leider bestens gewusst habe, „wie sich eine Vita retuschieren lässt“.

Kaltblütig, so Jens in seiner Schmähschrift „Goethe und seine Opfer“, ließ Weimars Geistesdiktator Kollegen wie Lenz, Hölderlin oder Kleist in Wahnsinn und Selbstmord abgleiten. Förderer wie Johann Heinrich Merck oder Johann Gottfried Herder lohnte Goethe laut Jens mit Verachtung. Schwester, Frau, den Sohn August und etliche Freunde habe er skrupellos für den eigenen Ruhm „abgerichtet“.

Geister, die den historischen Schurken verkennen?

So eindeutig, wie die versammelten Entzauberer meinen, ist die Zuordnung des Dichters zur herrschenden Klasse seiner Zeit nicht. Als Bürgersohn der freien Reichsstadt Frankfurt war Goethe keineswegs geborener Monarchist. Sicher, sein Vater hatte den Titel „Kaiserlicher Rat“ gekauft, und er selbst habe sich „von Natur zur Ehrerbietung geneigt“ empfunden, meinte Goethe später. Der Umwelt hingegen fiel der verwöhnte junge Mann vom Jahrgang 1749, dem die Mutter jeden Morgen drei Garnituren Kleidung zur Auswahl bereitlegen musste, eher



Goethe mit Schreiber 1832

1790 Zweite Italienreise; intensive naturwissenschaftliche Studien; „Faust, ein Fragment“, „Torquato Tasso“

1791 Leitung des Weimarer Hoftheaters

1792 Teilnahme am Frankreichfeldzug an der Seite Carl Augusts

1794 Beginn der Freundschaft mit Schiller; „Reineke Fuchs“

1795 Bekanntschaft mit Alexander von Humboldt; „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ (1. bis 6. Buch)

1796 Bekanntschaft mit August Wilhelm Schlegel und Jean Paul; „Lehrjahre“ (7. und 8. Buch)

1797 Erste Begegnung mit Friedrich Schlegel; „Der Zauberlehrling“, „Hermann und Dorothea“

1804 Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat

9. Mai 1805 Tod Schillers

1806 Besetzung Weimars durch die Franzosen; Eheschließung mit Christiane Vulpius

1808 Zusammentreffen mit Napoleon Bonaparte; „Faust I“

1809 „Die Wahlverwandtschaften“

1810 „Zur Farbenlehre“ (zwei Bände), „Dichtung und Wahrheit“ (bis 1812)

1812 Bekanntschaft mit Beethoven

1813 Begegnung mit Zar Alexander I. von Russland und Clemens Fürst von Metternich

1815 Wiener Kongress; Goethe wird zum Staatsminister ernannt

6. Juni 1816 Goethes Frau Christiane stirbt

1819 „West-östlicher Divan“

1821 „Wilhelm Meisters Wanderjahre“

1823 Erste Begegnung mit Johann Peter Eckermann, seinem treuesten Mitarbeiter

1831 Abschluss von „Faust II“

22. März 1832 Goethe stirbt; Beerdigung in der Weimarer Fürstengruft

seiner Neigung abgeschlossen hatte. Der plötzliche Bruch war nach allen gesellschaftlichen Regeln eine Gemeinheit. Goethe wusste es: Noch 1826 verhinderte der Alte von Weimar aus, dass Briefe, die er damals in Straßburg geschrieben hatte, publiziert wurden.

Können die einzigartigen Gedichte, die seine Leidenschaft für Friederike hervorbrachte, ihn entschuldigen? Spricht es für Goethe, dass er in „düstere Reue“ fiel – und dann in nur sechs Wochen die erste Fassung seines später so erfolgreichen Stückes „Götz von Berlichingen“ niederschrieb? War er genug gestraft dadurch, dass die Professoren, die seine vehement antichristliche Dissertation abgelehnt hatten, ihn auch weiterhin für einen Blender hielten?

„Äußerst leicht und viel zu spatzenmäßig“ sei Goethe, meinte der unglaublich belebte, sarkastische Ostpreuße Herder, der ihn kurz zuvor in Straßburg kennen gelernt hatte. Das sollte noch einige Zeit so bleiben. Als Goethe mit 26 Jahren, nun dank seines „Werther“, dieses herzzerreißenden Briefromans vom Selbstmord aus enttäuschter Liebe, in ganz Europa berühmt, vom gerade 18-jährigen und somit regierungsfähigen Herzog Carl August nach Weimar geholt wurde, da sahen die Kollegen im Kabinett, dem „Geheimen Conseil“, auf den mit Ach und Krach promovierten Stutzer herab.

Erst als der angebliche Parvenü sich tatsächlich in die Verwaltungspflichten stürzte, wich der Argwohn. Klaglos bearbeitete der Lyriker beispielsweise einen Zunftstreit zwischen Maurern und Ziegeldeckern um das Recht, neue Häuser zu decken – auch wenn er Mephisto stöhnen ließ: „Es erben sich Gesetz' und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort.“ Neben der Aktenarbeit organisierte er Maskenbälle,



Goethe in Rom (Gemälde von Jacob Philipp Hackert, 18. Jh.): „Academisches Freyheits-Leben“

Amateur-Aufführungen im Grünen und anderen Zeitvertreib.

Natürlich hatte die rasante „Schlittensfahrt“ zur politischen „Weltrolle“ (Goethe), die Verwirklichung des deutschen Traums einer Verschmelzung von Geist und Macht, ihren Preis: bedingungslose Treue zum Fürsten, bei allen Zweifeln. Sosehr Goethe all die Jagdausflüge oder das modische Schlittschuhlaufen allmählich anödeten, so rasch begriff er, frech wie immer, „das durchaus Scheisige dieser zeitlichen Herrlichkeit“ des Herzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach mit seinen 140 000 Seelen. 1782 wagte er im Brief an den verschwiegenen Freund Knebel ein Gleichnis:

Du weißt aber wenn die Blattläuse auf den Rosenzweigen sitzen und sich hübsch dick und grün gesogen haben, dann kommen die Ameisen und saugen ihnen den filtrirten Safft aus den Leibern. Und so gehts weiter, und wir habens so weit gebracht,

dass oben immer in einem Tage mehr verzehrt wird, als unten in einem beygebracht werden kann.

Offiziell aber stand der Minister, der in Straßburg vor den Jura-Prüfern die Sklaverei verteidigt hatte, hinter dem gemäßigt autokratischen Regierungsstil seines Herzogs. Leicht kann ihm darum der Archivspezialist Wilson aus Berkeley manche Missachtung dessen nachweisen, was heutzutage Menschenrecht heißt.

Doch daraus, dass er seiner Epoche nicht gleich 200 Jahre voraus sein konnte, macht kaum jemand unter den übrigen Kennern dem Geheimen Rat einen Vorwurf. Viel zweifelhafter als Goethes zeitgebunden autoritäre Handlungsweise kann sein zielstrebigere Eigennutz wirken – wie bei der Italienreise: Klammheimlich rückte der Minister Anfang September 1786 aus einer Kur im böhmischen Karlsbad nach Italien aus. Nur der treue Diener Philipp Seidel

Verführer Goethe

Nicht erst auf seiner Italienreise suchte der Poet sein Glück bei den Frauen – ein Don Juan zwischen Weimar und Arkadien.



Friederike Brion mit Goethe



Goethe-Freundin Marianne von Willemer



Goethe-Schwarm Maddalena Riggi

kannte den Plan. Bis Goethe ankam, sollte nicht einmal die geliebte Frau von Stein ahnen, dass er sich den gleichen Traum erfüllte wie sein Vater, der 1740 eine Bildungsreise bis Neapel unternommen hatte.

Für Außenstehende inkognito, unscheinbar gekleidet wie ein italienischer Händler, tauchte der Dichter Ende Oktober in Rom auf. Als Maler „Johann Philipp Möller“ trat Goethe in eine Künstler-Wohngemeinschaft an der Prachtstraße, dem Corso, ein – eine durchaus nahe liegende Maskierung, denn der Dichter verfügte als Zeichner, wie zahlreiche überlieferte Landschaftsskizzen belegen, über ein bemerkenswertes Talent. Die jahrelange Tristesse von Behördenarbeit und Hofzeremonien war mit einem Schlag vergessen. Und bei den Mitbewohnern machte er sich beliebt, indem er die gesamte Miete übernahm.

In seiner späteren Bearbeitung haben Goethes Aufzeichnungen und Briefe von der Italienischen Reise sich zum grandiosen Denkmal einer künstlerischen Selbstfindung im Geiste der Antike verwandelt: Naturstudien, Zeichenunterricht und klassische Kunstwerke als Maßstab fürs eigene Dichterdasein. Doch erst einmal suchte der Mann von 37 Jahren keine Marmorstatuen, sondern vor allem eins – „Spaß“.

Und er hatte ihn auch. Eine spannende Recherche über „Das Inkognito“, die der römische Gelehrte Roberto Zapperi vor kurzem veröffentlicht hat, belegt: Als unerkannter Möller entging der Poet nicht nur den Besuchsritualen der Oberschicht, er musste fürs Erste auch keine lästigen Fragen nach dem „Werther“ beantworten.

Natürlich wussten seine malenden Zimmernachbarn (darunter Tischbein, dessen großes Porträt „Goethe in der Campagna“ bald entstand), wen sie vor sich hatten. Aber als er mit Pomp in die Literatenrunde „Arcadia“ aufgenommen wurde, ließ Goethe seinen Namen nicht ins Protokoll schreiben, um sein Inkognito zu wahren. Und über sein sonstiges „zweytes akademisches Freyheits-Leben“ hat „Signor Filippo“ bis zuletzt geschwiegen oder gezielt Halbwahrheiten gestreut.

Weshalb, das zeigen Indizien: Nach Ausflügen zu den leichten Mädchen von Padua und Venedig hat Goethe in Rom wohl gleich bei mehreren Damen nacheinander sein Glück versucht, etwa bei der Mailänderin Maddalena Riggi. In den Schluss seiner „Italienischen Reise“ arbeitete Goethe dunkle Hinweise auf Don Juan ein: Genau so hatte er sich in Italien gefühlt, und nichts wünschte er sich mehr, als hinterher in Weimar ähnlich glücklich zu leben.

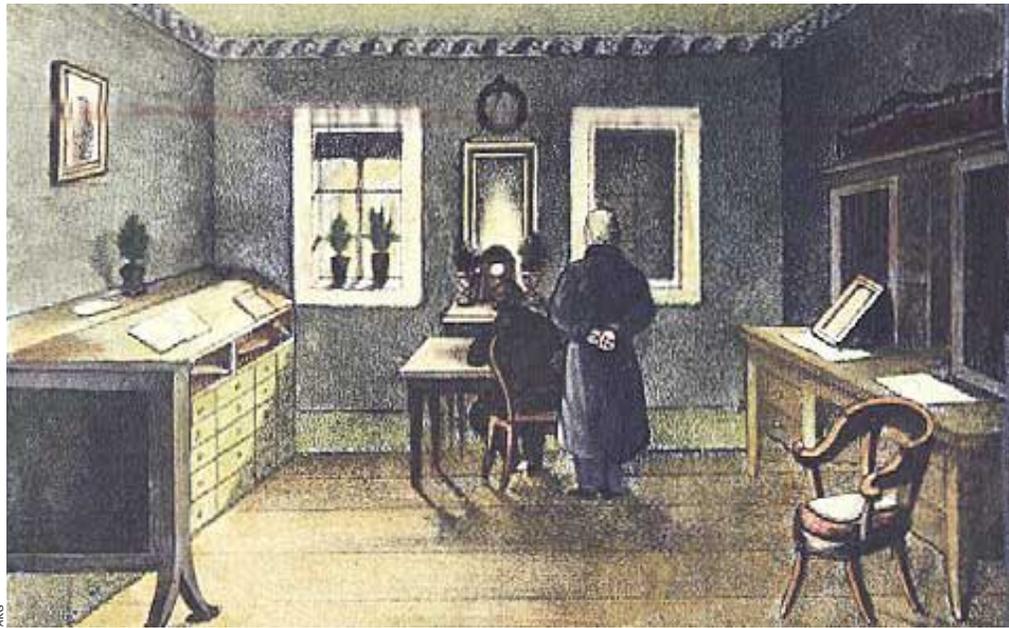
Carl August erleichterte ihm das, indem er ihn von vielen Amtspflichten befreite. Im Gegenzug schuf der Poet, der nun mit dem einfachen Weimarer Mädchen Christiane Vulpius zusammenlebte, in den kommenden 20 Jahren ein Werk, das vielseitiger kaum denkbar wäre. Allein die literarischen Glanzstücke reichen von der

„Iphigenie“, dem „Tasso“ und dem ersten Teil des „Faust“ über „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ bis zu „Hermann und Dorothea“, dem Bestseller über eine Bürgerliebe in Revolutionszeiten.

Gleichzeitig entstanden wissenschaftliche Abhandlungen zur Optik, später die zwei dicken Bände seiner „Farbenlehre“, biologische Studien wie „Die Metamorphose der Pflanzen“, Geologisches, Kunsthistorisches und vieles andere, daneben „Regeln für Schauspieler“ des Hoftheaters, das Goethe leitete. Zugegeben: Die Ästhetik, die er verkündete, konnte „nur am Hofe eines absoluten Herrschers praktiziert werden“ – wie Nicholas Boyle, der Biograf aus Cambridge, im vor kurzem erschienenen zweiten Band seiner Goethe-Würdigung schreibt.

Aber selbst der ehemalige Aufrührer Friedrich Schiller hatte schließlich mit dem Absolutismus seinen Frieden gemacht. Schiller, den Kantianer, Historiker und erfolgreichen Bühnenautor, gewann Goethe nach anfänglichem Misstrauen so für sich, dass die beiden um die Wette philosophierten, Balladen reimten oder 1796 in einer Flut kleiner böser „Xenien“ die literarische Konkurrenz veräppelten – zur Empörung oder Belustigung vieler Kollegen. 1809 schockierte Goethe erneut das prüde Publikum mit dem Partneraustausch-Roman „Die Wahlverwandtschaften“, einem bis heute nicht ausgeloteten Nonplusultra erzählerischer Orchestrierung.

In seinem Palazzo am Weimarer Frauenplan – auch ein Geschenk des Herzogs – konnte er derweil endlich seine Sammlerlust ausleben: Gemälde, Stiche und Zeichnungen, Gemmen und Gipsabgüsse, Majolika-Keramik und Tierskelette, alles



Goethes Weimarer Arbeitszimmer (zeitgenössische Lithografie): *Teufliches Geschick*

interessierte ihn. Allein an Mineralien brachte er bis zum Lebensende fast 18000 Stück zusammen.

Auch abseits der Sammelleidenschaft warfen viele Zeitgenossen ihm Selbstsucht und Eigensinn vor. So nahm man ihm übel, dass er seine „Farbenlehre“ fast wie ein Glaubensbekenntnis mit unsachlicher Polemik durchsetzen wollte – gegen die Lehren der Physiker. Die Frau des Malers Gerhard von Kügelgen, der Ende 1808 Goethe porträtierte, zweifelte nicht, dass der Dichter „den Mephistopheles persönlich kennt, den er so getreu gemalt hat“. Und die Schriftstellerin Therese Huber urteilte ernüchert:

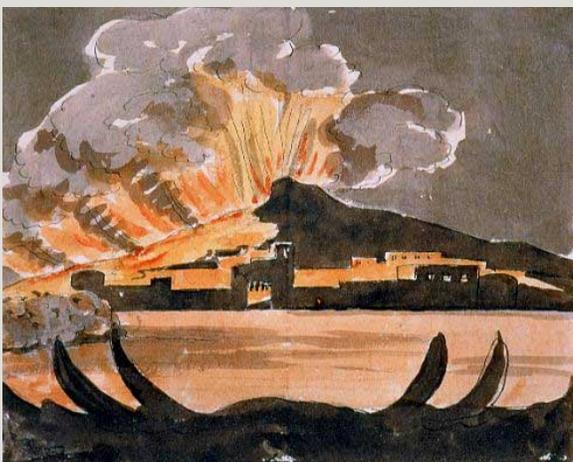
Der Mensch Goethe? Was meinen Sie denn vor einem Menschen? Den, mit welchem Goethens Beichtvater zu tun hat? ... In Mephistopheles hätte er sich wohl zur einen Hälfte recht deutlich geschildert, und solcher Mephistopheles-Stunden ist sich wohl mancher wackre Mensch bewusst.

Esprit, Sensibilität und Kreativität verschwanden hinter einem Harnisch von Skepsis und Förmlichkeit. Sicherlich panzerzte sich der Dichter damit auch gegen das Zeitgeschehen. Angewidert hatte Goethe nach den Revolutionswirren das alte Europa von immer neuen Kriegen überzogen gesehen. 1806 zogen die siegreichen französischen Truppen auch durch Weimar, und der alternde Dichter hatte Glück, dass sein Ruhm ihn einigermaßen schützte.

Vor dem Hexenkessel der Politik flüchtete er mehr und mehr in die Wissenschaft: Er trieb Wachstumsforschung und Wol-

Genie Goethe

Der Dichter war auch ein begnadeter Zeichner, ein passionierter Sammler von seltenen Mineralien und Pflanzen, ein Theoretiker der Farbe und leidenschaftlicher Anatom.



Goethe-Aquarell „Vesuviusausbruch“ (1787)



Goethes Steine-Sammlung, Farbkreis



Goethe-Pflanze

kenstudien, Knochenlehre und selbst Astronomie – geschickt lüchste er einmal seinem alten „Urfreund“, dem Major Knebel, ein wertvolles Spiegelteleskop ab und stellte sogleich Experimente damit an.

Aber auch dichterisch zog er sich in unerforschte Zonen zurück. Von 1814 an zum Beispiel faszinierte ihn die neu übersetzte Poesie der Perser und Araber. Goethe studierte sie mit charakteristischer Gründlichkeit und begann eigene Versuche. Wie zufällig logierte er im Herbst des Jahres auf einer Rheinreise bei dem seit längerem mit ihm befreundeten Frankfurter Bankier Willemer, und bald war mit dessen 30-jähriger Frau Marianne insgeheim ein erotisch-poetischer Briefwechsel im Gang.

Marianne begriff nicht, dass der von ihrer Zuneigung wie verjüngte Geheimrat nach einem langen Wiedersehen im Jahr darauf für immer fernbleiben konnte. Erst als Jahre später Goethes „West-östlicher Divan“ erschien, erkannte sie, dass der scheinbar Ungetreue ihr gemeinsames leidenschaftliches Spiel mit orientalischen Sehnsuchtsversen verewigt hatte: Drei Gedichte der Suleika im Zentrum des „Divan“ stammten von ihr.

Öffentlich erschien der Poet dagegen gravitatisch und hochnäsigt. Während seiner regelmäßigen Sommerkuren in böhmischen Bädern sah mancher ihn die anwesenden Hoheiten umschwärmen. „Göthe behagt die Hofluft zu sehr, mehr als es einem Dichter ziemt“, krittelte Ludwig van Beethoven, nachdem er dem sonst verehrten Weimarer in Teplitz und Karlsbad begegnet war. Für Kaiserin Maria Ludovica von Österreich etwa drechselte Goethe reichlich hohle Lobesreime.

Seine treuesten Helfer ließ der reimende Royalist indessen für seinen Ruhm schwitzen, etwa als er seine letzte Werkausgabe, die fünfte offizielle, vorbereitete. Wohl am schamlosesten nutzte er dabei Johann Peter Eckermann aus.

Der Schreiber, Hobby-Poet, berufslose Brotstudent und glühende Goethe-Verehrer war mit 30 Jahren 1823 nach Weimar gepilgert. Dort ging sein Lebenstraum in Erfüllung: Der Dichterstar, inzwischen 73, empfing ihn, ja Eckermann fühlte sich geradezu von Freundlichkeit umgarnt: „Es war mir bey ihm unbeschreiblich wohl.“ Sofort bekam der stilkundige junge Mann den Auftrag, frühe, anonym erschienene Rezensionen Goethes in den „Frankfurter Gelehrten Anzeigen“ für die geplante Edition aufzuspüren.

Ehrensache, dass er es tat – kostenlos. Ehrensache, dass er in Weimar blieb, einen Auftrag nach dem anderen gratis besorgte, kümmerlich von Deutschkursen für englische Touristen lebte und selig war, als Goethe ihm mit ministerieller Grandezza den Ehrendoktor der Universität Jena verschaffte. Eckermann war gefesselt. Nicht einmal Hannchen, seine Verlobte in Hannover, die sich mit Recht um die Zukunft

Sternstunden, Abgründe

Neuerscheinungen zum Jubiläum des Klassikers

„J. W. Goethe: Sämtliche Werke nach Epochen seines Schaffens“. Münchner Ausgabe. Hanser Verlag, München; 21 in 33 Bänden mit zus. 34 914 Seiten; Gesamtpreis 2350 Mark.

Alle Werke in der Reihenfolge ihrer Entstehung, dazu meist knappe, sachliche Erläuterungen. Auch die Eckermann-Gespräche und der (erstmal kommentierte) Zelter-Briefwechsel sind dabei.

„J. W. Goethe: Sämtliche Werke. Briefe, Tagebücher und Gespräche“. Deutscher Klassiker Verlag, Frankfurt am Main; 39 von geplanten 40 Bänden; bis 31.12. 99 Gesamtpreis 5998 Mark. Edle neue Groß-Ausgabe mit sehr ausführlichen Kommentaren, die oft Pionierarbeit leisten.

„J. W. Goethe: Werke“. Hamburger Ausgabe. Deutscher Taschenbuch Verlag, München; 14 Bände mit 11 048 Seiten; 198 Mark. Die weiterhin verlässlichste Studienausgabe, mit legendärem Kommentar, jetzt als günstige Taschenbuchversion.

„J. W. Goethe: Werke“. CD-Rom-Edition, ausgewählt von Mathias Bertram. Directmedia Publishing, Berlin; 49,90 Mark. Reichhaltige Auswahl, allerdings mager in Sachen Naturforschung.



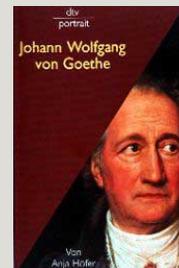
Roberto Zapperi: „Das Inkognito. Goethes ganz andere Existenz in Rom“. C. H. Beck Verlag, München; 300 Seiten; 39,90 Mark. Enthüllendes zur einschneidendsten Lebensphase Goethes, der Italienreise – Literaturgeschichte für Detektive.

Gero von Wilpert: „Goethe-Lexikon“. Kröner Verlag, Stuttgart; 1232 Seiten; 72 Mark. Zwischen „Aachen“ und „Zwo ... biblische Fragen“ der überzeugendste Versuch, Goethe-Fakten so kompakt wie möglich zu versammeln.

„Goethe! Ein Komet am Himmel der Jahrhundert“. Erarbeitet und hrsg. von Erwin Leibfried. Litblockin Verlag, Fernwald; 5 Bände mit zus. 1500 Seiten; 128 Mark. Streifzug zum Schmökern, liebevoll kommentiert von einem Enthusiasten.

Momentan wohl die erfrischendste Art, Goethe neu kennen zu lernen.

Anja Höfer: „Johann Wolfgang von Goethe“. Deutscher Taschenbuch Verlag, München; 160 Seiten; 14,90 Mark. Knappes Lebensbild für Einsteiger, angereichert mit unterhaltsamen Seitenblicken und Farbbildern.



Nicholas Boyle: „Goethe. Der Dichter in seiner Zeit“. Band I (1749–1790); Band II (1790–1803). C. H. Beck Verlag, München; 888 und 1116 Seiten; 78 und 88 Mark. Die gewaltige, auf mindestens drei Bände angelegte Biografie ist mitunter spannend wie ein Roman (siehe Interview Seite 188).

„Unser Goethe. Ein Lesebuch“. Hrsg. von Eckhard Henscheid und F. W. Bernstein. Zweitausendeins Versand, Frankfurt am Main; 1160 Seiten; 25 Mark.

Zum Jubiläum neu gedruckt: Ein riesiges Kompendium der witzigsten, peinlichsten und bizarrsten Texte vom Jubilar – und vor allem über ihn.

Martin Müller: „Goethes merkwürdige Wörter. Ein Lexikon“. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt; 216 Seiten; 58 Mark.

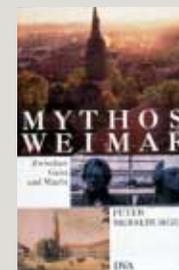
„Es grunelt“? Ja: es duftet nach frischem Grün. Die Sammlung für Sprach-Stöberer bringt verborgene Wortschätzchen zum Blühen.

Hans Blumenberg: „Goethe zum Beispiel“. Insel Verlag, Frankfurt am Main; 248 Seiten; 44 Mark.

Für Feinschmecker: Gedankenskizzen des Philosophen, der Schlüsselszenen aus Goethes Leben auch psychologisch deutet.

Peter Merseburger: „Mythos Weimar. Zwischen Geist und Macht“. DVA, Stuttgart; 432 Seiten; 48 Mark.

Diese kritische Geschichte des deutschen Geistes-Dorfes schildert Sternstunden und Abgründe von Bach bis Buchenwald.



„Wunderlich und undurchschaubar“

Der Biograf Nicholas Boyle über Goethes Chancen heute

Boyle, 53, lehrt deutsche Literatur am Magdalene College in Cambridge. Im C. H. Beck Verlag erschien vor kurzem der zweite Band seiner monumentalen Goethe-Biografie.

SPIEGEL: Herr Professor Boyle, worin besteht Goethes Bedeutung heute?

Boyle: Für die Welt – etwas anders als für Deutschland – ist Goethe vor allem der Dichter. Er hat Weltliteratur geschrieben; der Begriff stammt ja von ihm. Seine Werke enthalten tiefe Wahrheiten. Ich glaube sogar, Goethes Zeit ist erst jetzt gekommen.

SPIEGEL: Wie das?

Boyle: Er kam aus der vorrevolutionären Welt, aus der Vormoderne des 18. Jahrhunderts. Die Epoche, die dann mit der Französischen Revolution begann, ist aber erst Mitte dieses Jahrhunderts wirklich zu Ende gegangen. Wir befinden uns in einer postnationalen, postbürgerlichen Zeit, also in einer Lage, die mit Goethes frühen Jahren manche Ähnlichkeit hat.

SPIEGEL: Soll das heißen, wir können seine Werke jetzt anders oder besser verstehen als die Zeitgenossen?

Boyle: Allerdings. Seine Romane, etwa „Die Wahlverwandtschaften“ und auch „Faust II“, kommen für uns durchaus dem nahe, was wir von postmoderner Literatur erwarten. Es geht darin nicht um Realismus, sondern um Symbole. Goethe war sogar weiter als wir. Heute heißt es ja überall, unsere Individualität sei zersplittert und zerrissen. Das war für ihn selbstverständlich. Er sah sich als Proteus. Und so hat er auch schon zu Lebzeiten gefühlt, dass er für die Zukunft, zum Teil für eine ferne Zukunft schreibe.

SPIEGEL: Gibt es denn noch eine Zukunft für ihn? Viele finden die endlose Glorifizierung, den Klassiker-Kult langweilig und unerträglich.

Boyle: Goethe hatte das Pech, dass er Ende des vorigen Jahrhunderts vom deutschen Nationalismus und Imperialismus vereinnahmt wurde – leider gerade, als die Goethe-Forschung im Aufblühen war. Diese Ideologie einer nationalen Klassik prägt noch jetzt das Bild des Dichters. Dabei hat Goethe selbst sich den Begriff „Klassik“ verbeten.

SPIEGEL: Also haben die neuen Entzauerer Recht?

Boyle: Die laufen nun wieder Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten: Sie zeichnen fast immer Karikaturen einer Karikatur. Auch ein Denkmal, das auf den Kopf gestellt wird oder über das man sich lustig macht, bleibt ein Denkmal. Warum soll es von so großer Bedeutung sein, dass Goethe diese und jene Fehler hatte? Er war doch gar kein Heiliger.

SPIEGEL: Skeptiker zählen eine Menge üble Beispiele für sein Law-and-Order-Denken und erst recht seinen Egoismus auf.

Boyle: Ganz bestimmt war Goethe einer der größten Egoisten, die es je gegeben hat. Aber er hat seinen Egoismus eben für andere produktiv gemacht, ja er war großzügig mit seinem Genie. Fast alle Zeitgenossen haben ihn als wunderbarlich und undurchschaubar empfunden. Aber so gut wie keiner erzählt, dass Goethe je absichtlich einem Mitmenschen wehgetan habe. Für ein Leben von über 80 Jahren ist das viel. Alles Weitere geht im Grunde nur noch Goethe selbst und seinen Schöpfer etwas an.

SPIEGEL: Sie achten in Ihrer Biografie mehr als viele frühere Autoren auf Goethes Haltung zur Religion. Warum stellen Sie ihm die Gretchenfrage neu?

Boyle: Es ist ein persönliches Anliegen, aber nicht nur. Die Entwicklung des religiösen Denkens um 1800 hat enorme Bedeutung für die europäische Geistesgeschichte. Hölderlin, Herder, Hegel und Schelling haben als Theologen begonnen. Goethe, der sie alle kannte, stand eher am Rande, aber er schaute interessiert zu, jedenfalls nicht einfach gleichgültig oder gar spöttisch.

SPIEGEL: Glaubte er etwa doch an den Gott der Bibel?

Boyle: Manchmal vielleicht schon. In jeder Lebensphase, für jeden seiner vielen Gesprächspartner erscheint er anders, von fromm bis ketzerisch, ein Proteus eben. In früheren Jahren hat er sich einmal als „Stockrealiste“ bezeichnet. Insgesamt war er von Glaubensfragen nicht so existenziell betroffen wie viele Zeitgenossen.

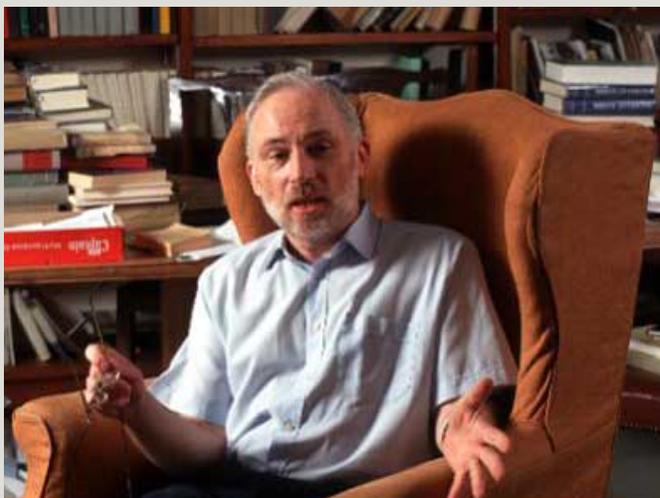
SPIEGEL: Wie sind Sie selbst zu Goethe bekehrt worden?

Boyle: Den Namen habe ich das erste Mal mit acht Jahren gehört, als ich ein Buch über die Kon-Tiki-Floßfahrt von Thor Heyerdahl las. Jemand von der Besatzung wollte unbedingt 14 Bände Goethe mitnehmen und ließ deswegen sogar seine Socken daheim – das machte mich neugierig. Später, als Fahrschüler, las ich mit 13 Jahren im Bus eine Übersetzung von beiden Teilen des „Faust“. Damals wollte ich am liebsten selbst so etwas schreiben!

SPIEGEL: Und wenn Sie jetzt jemand, der noch nie etwas von Johann Wolfgang von Goethe gelesen hat, fragt, womit er anfangen sollte?

Boyle: Ein englischer Germanist muss diese Frage oft beantworten. Ich würde empfehlen, was ich selber getan habe: den „Faust“ lesen. Er ist das Größte – und sein erster Teil zugleich das Anziehendste –, was Goethe geschaffen hat. Da steckt wirklich alles drin. Außerdem sind so viele Verse sprichwörtlich geworden, dass jeder staunt, wenn er merkt, wie oft er Goethe zitiert, ohne es zu wissen.

INTERVIEW:
JOHANNES SALTZWEDDEL



Biograf Boyle: „Goethes Zeit ist jetzt erst gekommen“

sorgte, konnte ihn vom alten Hexenmeister loseisen.

Für Goethe-Gegner Tilman Jens ist Eckermanns Fall ein letzter Beweis, mit welchem teuflischem Geschick der Egomane von Weimar die Mitmenschen aussaugte. Genieklut hin oder her: Ohne Eckermanns Hilfestellung wären so bizarr verschlüsselte Altersdichtungen wie „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ oder der zweite Teil des „Faust“ niemals fertig geworden.

„Mein Lebenswerk ist das eines Kollektivwesens, und dies Werk trägt den Namen Goethe“, erklärte der Dichter wenige Wochen vor seinem Tod einem anderen Mitarbeiter, dem Genfer Naturwissenschaftler Frédéric Soret. Eckermann nahm die entworfene Passage in den dritten Band seiner „Gespräche mit Goethe“ auf, die erst nach dem Tod seines Meisters erscheinen durften. Noch jahrelang gab er später – ohne jede Gewinnbeteiligung – die Nachlassbände der riesigen „Ausgabe letzter Hand“ heraus.

Manchen kam das vor, als halte mephistophelische Energie die Knechte noch über des Bösen Tod hinaus in Bann. Ludwig Börne fragte 1835 erbittert: „Wie konnte aber ein so gottloser Mann einen so reich begabten Geist haben, da aller Geist nur von Gott kömmt? Goethe hatte sich dem Teufel verschrieben.“

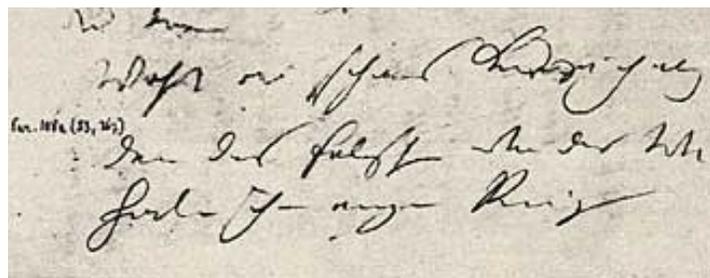
Ein paar Skeptiker und katholische Romantiker dachten zwar ähnlich. Doch die übergroße Mehrheit von Goethes deutschen Landsleuten, frustriert durch die politische Stagnation in Europa, war anderer Meinung. Sie brauchten eine positive Leitfigur – und viele hatten längst begonnen, den moralisch oft fragwürdigen Erzpoeten nicht nur als geistigen Pol seiner Epoche, sondern als Patriarchen künftiger Volkseinheit zu feiern.

Schiere Illusion war das nicht. Der erschöpfliche Sprachreichtum seiner Dramen und Romane, seiner Gedichte und autobiografischen Bekenntnisse, ja noch der Streit um seinen Ruhm ließ das Bewusstsein einer Nation wachsen, die versuchte, sich über das geistige Fundament ihrer Herkunft und Zukunft zu verständigern.

Als 1871 Bismarcks Deutsches Reich geschaffen war, konnte Goethe uneingeschränkt als Prophet des Willens zur Nation gefeiert werden, sogar als Wegbereiter deutscher Einheit. Für Herman Grimm



Goethe als Orest in Weimar*: Ahnung und Ehrfurcht



Goethe-Handschrift*: „Leicht und spatzenmäßig“

gehörte er 1874 „zu den vornehmsten Gründern der deutschen Freiheit“.

Dieser Mythos und der Missbrauch des Klassikers durch deutschtümelnende Nazis – für die antiautoritären 68er war beides eins: grauenhaft „repressiv“. Hans-Joachim Grünwaldt, Deutschlehrer und Mitglied des „Bremer Kollektivs“, lehnte 1970 jede Goethe-Lektüre im Unterricht ab, weil die so gewonnene „Allgemeinbildung“ nur die sozialen Unterschiede vergrößere. Mehr noch: „Es fragt sich nur, ob es überhaupt zu befürworten ist, in der Schule Klassiker zu lesen, damit die Schüler die Ideologie kennen lernen, die den gerade herrschenden Zuständen entspricht.“

Die vielen Bedenken hat das Idealbild eines kosmopolitischen, edel-sanften, ästhetisch befriedeten und doch rastlos kreativen Deutschen ohne Schaden überstanden. Und auch wenn nun zu erkennen ist, dass Goethe keineswegs ein unbedingtes Vorbild oder gar ein Übermensch war

* Oben: Gemälde von Georg Melchior Kraus, 1779; unten: „Faust“-Variante aus dem Nachlass: „Wohl ein schönes Kind zu putz(en) / Denn das Falsche wie das Wa(hre) / Haben ihren eignen Reiz.“

– ein „höheres Selbst“, wie Frank Thieß 1947 schrieb –, verkörpert er durch alle Zweifel immer noch die konkrete Utopie vom glücklichen Deutschen, definitiv mit der Welt versöhnt, ein heiterer Schicksalsbändiger inmitten der deutschen Dauermissere.

Hat nicht er mit der Schilderung von Amerika-Auswanderern, mit dem Plädoyer, Nationen sollten sich „wie Glieder einer Gemeinde“ verhalten, erst recht mit seinem Wort von der kommenden „Weltliteratur“ mehr praktischen Kosmopolitismus in Gang gebracht als die meisten seiner Zeitgenossen?

So wird Goethe eben doch der Repräsentant einer deutschen „Kulturation“ bleiben, die jenseits von Mauern und Ideologien im geistigen Ganzen ihre Orientierung findet. Natürlich muss für diese Kulturation die Warnung des Soziologen Theodor W. Adorno fortbestehen, dass der Humanitätsbegriff Goethes „nichts freischwebend Verkündetes“ sei. Die praktische Utopie einer weltoffenen, phantasievollen und innerlich wie äußerlich freien Menschlichkeit ist kein bleibender Wert, sondern eine immer neue Herausforderung, ein immer anders zu umreisendes Ziel in einer gegenüber

der Goethe-Zeit rabiat veränderten Wirklichkeit.

Zu dieser Realität gehört noch vieles von dem, was Goethe poetisch überboten hat, wenn er zum Beispiel dem Mond huldigte als der „Schwester von dem ersten Licht, / Bild der Zärtlichkeit in Trauer“. Das Jahrhundert der entfesselten Technik, der totalitären Bosheit und Borniertheit konnte Goethe allenfalls ahnen. Selbst an dessen Ende aber, da sind die Kenner sich einig, behält ein Kern seiner humanen Ironie, seines Universalismus Bestand.

Mephisto spricht, in einer später verworfenen „Faust“-Skizze, einmal das düstere Wort: „Die Welt geht auseinander wie ein fauler Fisch / Wir wollen sie nicht balsamieren.“ So widerspricht der Dichter selbst dem Klassikerkult – auch dieser Goethe hat Zukunft.

REINHARD MOHR,
JOHANNES SALTZWEDEL

Im nächsten Heft

Rudolf Augstein über Goethes Zusammentreffen mit Napoleon und das Verhältnis des Dichters zu den Frauen



US-Filmhit „The Blair Witch Project“: Hänsel und Gretel des MTV-Zeitalters

THE EVERETT COLLECTION

KINO

Der Ritt der heißen Hexe

Amerika im Gruselfieber: Der Billig-Horrorfilm „The Blair Witch Project“ lockt mit verwackelten Bildern und einer cleveren Story ein Millionenpublikum in die Kinos. Der Überraschungscoup schockiert die etablierte Konkurrenz in Hollywood.

Wenn es ums Geld geht, waren Hollywoods Filmproduzenten bislang nicht so leicht zu erschüttern. Nicht dadurch, dass allein Julia Roberts' Friseur pro Film 60 000 Dollar verdient. Dass Jim Carrey („Die Truman Show“) mit zwei Köchen am Set anrückt: einer für ihn, einer für seinen Leguan. Oder dass der Basketballfan Jack Nicholson Drehtage schwänzen darf, wenn die Los Angeles Lakers ihre Heimspiele haben.

Doch jetzt kommt die selbtherrliche Gelddruckmaschine Hollywood, nach vielen spektakulären Flops ohnehin unter Druck, richtig ins Stocken. Der Grund ist diesmal jedoch nicht eine unverschämte hohe Gage, die wieder irgendein Superstar gefordert (und bekommen) hat. Vielmehr erschreckt das Hollywood-Establishment die Erkenntnis, dass man all diesen

teuren Zirkus offenbar gar nicht braucht – und trotzdem Millionen an den Kinokassen abräumen kann.

„The Blair Witch Project“ heißt das Werk, dem in den USA gerade dieses Wunder gelingt. Nur lächerliche 35 000 Dollar hat der Hexenfilm gekostet, aber bisher rund 60 Millionen eingespielt – am vorvergangenen Wochenende schlug er selbst den als Sommerhit programmierten „Pretty Woman“-Neuaufguss „Runaway Bride“ mit Julia Roberts und Richard Gere (Produktionskosten: 70 Millionen Dollar). Vom Kosten-Nutzen-Verhältnis her sei „Blair Witch“ damit drauf und dran, „der profitabelste Film aller Zeiten zu werden“, prophezeit das Branchenblatt „Variety“.

Dass „The Blair Witch Project“ einmal ein Thema selbst für die Wirtschaftsteile

Erfolg zu Dumpingpreisen Auch



„El Mariachi“ (Kosten: 7000 Dollar)
Einspielergebnis: 2 Millionen Dollar

der Zeitungen werden würde, konnten die Regisseure Eduardo Sanchez und Daniel Myrick nicht ahnen, als sie vor sieben Jahren – damals noch Studenten an der Universität von Orlando, Florida – die Sage über eine Hexe (englisch: witch) aus dem Dorf Blair im US-Bundesstaat Maryland kreierten: Anno 1785, so die Idee, soll dort eine Frau der Hexerei beschuldigt und in den Wald getrieben worden sein; kurze Zeit später verschwanden ihre Ankläger und einige Dorfkinder für immer. Über diesen Mythos wollen 1994 drei Filmstudenten eine Dokumentation drehen und machen sich im Wald auf Hexenjagd, bewaffnet mit einer Video- und einer 16-mm-Kamera. Auch sie, o Wunder, sieht man nie wieder. Doch ein Jahr später werden ihre Filmaufnahmen gefunden – und nichts weiter als dieses pseudodokumentarische Material zeigt „The Blair Witch Project“.

Mit diesem aus der Literatur vertrauten dramaturgischen Trick wird nicht nur die miese technische Qualität des Films erklärt – mit wackliger Handkamera aufgenommenes, grobkörniges Geflimmer, stilistisch eine Mixtur aus Schülervideo und den Arbeiten der dänischen „Dogma“-Regie-Asketenschule („Das Fest“, „Mifune“) –, vielmehr suggeriert der Film auf diese Weise eine Authentizität, wie sie keine gelackte Hollywood-Produktion bieten kann.

Tatsächlich haben die Schauspieler während der Dreharbeiten im Oktober 1997 angeblich eine ähnliche Tortur durchmachen müssen wie ihre Rollenvorbilder: Für je 1000 Dollar Gage verbrachten Heather Donahue, 24, Joshua Leonard, 24, und Michael Williams, 26, zwei Wochen im Seneca Creek State Park von Maryland; sie mussten – kein Kameramännlein stand im Walde – die meisten Bilder selbst drehen, die Ausrüstung schleppen und wussten nie genau, wo sie eigentlich sind.

Sie bekamen, so heißt es, von Tag zu Tag weniger zu essen; nachts hörten sie merkwürdige Geräusche, oder es wurde plötzlich an ihren Schlafsäcken – und ihren

Nerven – gezerzt. Allerdings war das Ganze keine Hexerei, sondern kalkulierter Psychoterror der Regisseure Myrick, 35, und Sanchez, 30, die sich ansonsten meist im Unterholz versteckten: Dreharbeiten als Überlebenskampf.

Im Film wie im Leben reagiert das Trio immer gereizter; die coolen jungen Leute, anfangs voller Spott über den Aberglauben der Hinterwäldler, mutieren fernab der vertrauten Großstadt zu Hänkeln und Gretel des MTV-Zeitalters: keine Ahnung, wo's langgeht, aber Hauptsache, die Kamera läuft.

Für die sonst im Horrorgenre unverzichtbaren Spezialeffekte hatten die Macher kein Geld; also gibt es auch keine richtige Hexe zu sehen; allerdings filmt die autoritäre Heather vor allem sich selbst, was fast auf dasselbe hinausläuft. Die Grenze zwischen Autosuggestion und ech-

Film jedoch weniger seinem innovativen Konzept als vielmehr der raffinierten Vermarktung. Bereits im Juni 1998, mehr als ein Jahr vor dem Filmstart, veröffentlichte das Team um Myrick und Sanchez im Internet einige Filmsequenzen, gefälschte Zeitungsausschnitte („3 Students Missing“) und ein angebliches Tagebuch von Heather. Dass es sich um eine Fiktion handelte, wurde mit keinem Wort erwähnt. Prompt bildete sich eine kleine Fangemeinde; einige Mitglieder glaubten gar, es handele sich um eine echte Dokumentation.

Dennoch war bei professionellen Zuschauern die Enttäuschung groß, als „The Blair Witch Project“ im Januar dieses Jahres Premiere hatte auf dem Filmfestival in Sundance, Utah, dem traditionellen Treffpunkt der US-Nachwuchsfilmzene. Die meisten Einkäufer der großen Filmverleihfirmen, durch die Web-Propaganda in Scharen angelockt, verließen vorzeitig das Kino. Am Ende sicherte sich die Minifirma Artisan die Verleihrechte – für 1,1 Millionen Dollar. Das einzig Erschreckende an der „Blair Witch“ sei, spottete damals die Konkurrenz, wie viel Artisan dafür bezahlt habe.

Inzwischen hat der kleine Horrorladen die Lacher auf seiner Seite. Während aufwendige Großproduktionen wie die Western-Klamotte „Wild Wild West“ oder das letzte Kubrick-Epos „Eyes Wide Shut“ nur mit Mühe ihre Kosten wieder einspielen, übertrifft „The Blair Witch Project“ alle Erwartungen. Nachdem der Film Mitte Juli mit lediglich 27 Kopien gestartet worden war (und so durch ausverkaufte Häuser neugierig machte), ist er inzwischen in mehr als 2000 amerikanischen Kinos (und vom 25. November an auch in Deutschland) zu sehen. Selbst einst das Genre revolutionierende Schocker wie „Halloween“ wirken bieder verglichen mit



Medienphänomen „Blair Witch“: Finales PR-Glück

ter Bedrohung verschwimmt derweil immer mehr; mitunter hört man minutenlang nur Geraschel und Gefluhe; Leinwand und Stimmung des Zuschauers verdüstern sich. Am Ende, so viel sei verraten, geht es den drei Jungfilmern nicht gut. Ihr klägliches Scheitern zeige, „was passiert, wenn eine Frau bei einem Film Regie führt“, lästerte die New Yorker „Village Voice“.

Dass diese infantile Schnitzeljagd zum Publikumsrenner avancierte, verdankt der

mit bescheidenen Budgets gelingt es Regie-Außenseitern immer wieder, kommerziell erfolgreiche Filme zu drehen.



„Clerks“ (Kosten: 27 575 Dollar)
Einspielergebnis: 3,2 Millionen Dollar



„Halloween“ (Kosten: 325 000 Dollar)
Einspielergebnis: 47 Millionen Dollar



„Abgeschminkt“ (Kosten 80 000 Mark)
Einspielergebnis: 10 Millionen Mark

V. L.: JAUCH UND SCHEKOWSKI (2x); CINETEXT: TIME

dem Geländespiel-Charme von „Blair Witch“. Die Hexe reitet und reitet.

Kein Wunder: Geschickt hatte Artisan vor dem Filmstart vor allem mit Hilfe des Internet (www.blair-witch.com) eine Art Guerrilla-Werbung betrieben und die von vielen Jugendlichen verachteten Mainstream-Medien konsequent gemieden – angeblich 75 Millionen Internet-Nutzer klickten sich bis vergangene Woche bei „blair-witch.com“ ein. Inzwischen geht Artisan auch außerhalb des Netzes in die Vollen: Bis zu 15 Millionen Dollar soll die Verleihfirma inzwischen für Marketing und Vertrieb ausgegeben haben; den Rest besorgen die großen Blätter: Die Kinozeitschrift „Premiere“ schickte zwei Reporter zur Recherche in den Hexenwald (wo sie, logisch, spurlos verschwanden), und vergangene Woche schaffte es „Blair Witch“ gar auf die US-Titelseiten von „Newsweek“ und „Time“. Das Örtchen Burkittsville, ehemals Blair, hat sich unterdessen zum Wallfahrtsziel des Hexenkults entwickelt.

Zum finalen PR-Glück fehlen eigentlich nur ein paar echte Deppen, die das Ganze



„Blair Witch“-Darsteller Leonard: Infantile Schnitzeljagd

für bare Münze nehmen und tatsächlich im Wald verloren gehen, eine von CNN live übertragene Suchaktion inklusive.

Doch auch so hat die heiße Hexe längst die Erfolge anderer Billighits übertroffen: Robert Rodriguez' „El Mariachi“ etwa, 1992 für 7000 Dollar gedreht, spielte 2 Millionen ein; Kevin Smiths „Clerks“ (Kosten: 27 575 Dollar) kam 1994 auf 3,2 Millionen. In Deutschland sind die Budgets zwar nicht

mit denen der USA vergleichbar; trotzdem kann Katja von Garniers für 80 000 Mark gedrehte Komödie „Abgeschminkt“ als Low-Budget-Hit gelten – das Werk spielte 10 Millionen Mark ein. Inzwischen wohnt Katja von Garnier immerhin zeitweilig in Hollywood.

Auch die Hexenmeister von „Blair Witch“ heben langsam ab. Wie bei jedem Hollywood-Film gibt es inzwischen ein Buch zum Film, und auch auf das einträgliche Geschäft mit dem Soundtrack wollte man nicht verzichten – obwohl im Film keine Musik zu hören ist. Also wurde fix die Legende geboren, es handele sich um die Titel einer Kassette, die im

verlassenen Auto der Studenten gefunden worden sei.

Bleibt noch zu sagen, dass Myrick und Sanchez zur Zeit laut über Fortsetzungen ihrer Erfolgssaga nachdenken. Wenn diesmal die großen Studios dabei sein wollen, müssen sie wohl ein paar Millionen auf den Tisch legen.

Macht nichts. Wenn es ums Geld geht, sind Hollywoods Filmproduzenten nicht so leicht zu erschüttern.

MARTIN WOLF



Hofmusiker Carl Philipp Emanuel Bach (r., am Cembalo)*: *Berühmter als der Vater*

MUSIK

Schatzsuche per E-Mail

Ein deutschstämmiger Harvard-Professor fand das legendäre Archiv der Berliner Sing-Akademie in Kiew. Doch wem gehören die Noten?

Jahrzehntelang waberten nur geheimnisvolle Gerüchte durch die Gelehrtenstuben. Irgendwo im Osten, möglicherweise in der Ukraine, so raunte man sich zu, müsse es verschimmeln, das legendäre Archiv der berühmten „Sing-Akademie zu Berlin“. Sagenhafte, ungehobene Schätze enthalte das Konvolut. Nie Gehörtes von den begabtesten Söhnen Johann Sebastian Bachs, von Telemann und vielleicht sogar vom Thomaskantor selbst.

Nun, über 50 Jahre nachdem das Archiv in den Wirren des Kriegsendes spurlos verschwunden war, posaunte der deutschstämmige Musikwissenschaftler Christoph Wolff von der amerikanischen Elite-Universität Harvard seinen Coup heraus: „Das Notenarchiv ist komplett in Kiew.“ Wolff hatte es im ukrainischen Staatsarchiv gefunden.

Weltweit stimmten die Musikologen unverzüglich Erleichterungs-Chöre an. Und unisono jubiliert die Zunft seitdem nur einen Ruhmesrefrain: „Sensation“. „Zehn Jahre mindestens“, so der findige Wolff, 59, werde die Wissenschaft mit seinem Fund zu tun haben.

Doch ob die Arbeit zügig beginnen kann, ist fraglich. Denn kampflös will die Ukraine den Schatz nicht rausrücken. Vorsorglich melden die Kiewer Behörden Eigentumsrechte an. Die über 5000 Notenmappen seien „Teil des nationalen Archiv-

bestandes und damit Eigentum der Ukraine“, behauptet Ruslan Pyrih, Direktor der obersten Archivbehörde der Ukraine. Allenfalls als „Geste des guten Willens“ sei eine Rückgabe denkbar.

Dass die Ukrainer überhaupt den Zugang zu den Berliner Noten ermöglichten, ist dem psychologischen Feingefühl von Wolff zu verdanken. Den Bach- und Mozart-Spezialisten hatte die Saga um das angeblich verlorene Archiv nicht ruhen lassen. Per E-Mail und Fax knüpfte er Kontakte in den Osten. Als klar war, dass die Musikalien höchstwahrscheinlich in Kiew lagerten, schaltete er diplomatisch durchtrieben einen ukrainischen Professor von der dortigen Akademie der Wissenschaften und das renommierte Harvard-Institut für ukrainische Forschungen als Vermittler ein.

Das Wichtigste war es für den Professor, „den deutschen Hintergrund zu verschleiern“. Auch seinen eigenen. Wolff, geboren in Solingen, befürchtete, die Ukrainer könnten bei rein deutschen Anfragen zurückschrecken. Denn immer noch tobt der Regierungsstreit um die so genannte Beutekunst, Bilder, Bücher und Kunstgegenstände, die die Rote Armee bei und nach Kriegsende – meist aus staatlichem deutschen Besitz – in die damalige Sowjetunion geschafft hatte.

Da trifft es sich gut, dass die Sing-Akademie einen privatrechtlichen Status hat. Die Korporation leidenschaftlicher Sänger wurde 1791 als erster gemischter Chor der Welt in Berlin gegründet. Bedeutende Musiker standen dem Singkreis vor, Männer wie Carl Friedrich Zelter, ein Freund Goethes. 1829 leitete der Komponist Felix Mendelssohn Bar-

tholdy mit einer legendären Akademie-Aufführung von Johann Sebastian Bachs „Matthäus-Passion“ die Renaissance des Barock-Genies ein.

Das Werk der Bach-Söhne, die zu Lebzeiten den Ruhm des Vaters teilweise überstrahlten, geriet darüber in Vergessenheit. Allein von Carl Philipp Emanuel (1714 bis 1788) – er war Cembalist am Hof des Preußen-Königs Friedrich II. – sind im Kiewer Archiv 20 Passionen enthalten. Diese Noten, so hofft Wolff, können nun sogar verschollene Hauptwerke des Vaters erleuchten. Der Sohn habe so genannte Pasticcio-Passionen verfasst, in denen er Eigenes mit Musikstücken des Vaters vermischt habe. Eine genaue Analyse werde helfen, verloren gegangene Passionen Johann Sebastian zu rekonstruieren.

Erst durch verschiedene Nachlässe war im Laufe der Jahrhunderte das Akademie-Archiv zu einer derart bedeutenden Sammlung mit Partituren des 18. Jahrhunderts angeschwollen. Doch der Schatz wurde nie wissenschaftlich ausgewertet, selbst ein Katalog ging nie in Druck.

Als im Spätsommer 1943 die Angriffe auf Berlin immer verheerender wurden, ließ der damalige Direktor der Akademie die wertvollen Bestände in das Schloss Ullersdorf in Schlesien schaffen. Eine Entscheidung mit Weitsicht, denn schon im November wurde das Gebäude der Akademie weitgehend von Bomben zerstört.

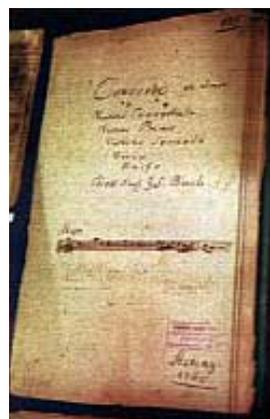
Doch bei Kriegsende waren die wertvollen Berliner Kisten spurlos aus dem Schloss verschwunden. Einziger Hinweis auf ihren Verbleib war die Tatsache, dass ein ukrainisches Regiment die letzte Einheit der Roten Armee war, die vor dem Verlust des Archivs in diesem Gebiet Schlesiens gekämpft hatte.

Sollten die Archivmappen wieder nach Berlin geschafft werden, kann die heutige Sing-Akademie für ihre wissenschaftliche Betreuung nicht aufkommen. Der Chor ist mit fünf bis sechs Konzerten im Jahr zu „einer marginalen Größe“ (Wolff) des Berliner Musiklebens geschrumpft. Der wiedererrichtete alte Stammsitz beherbergt heute das Maxim-Gorki-Theater. Einziger möglicher Aufbewahrungsort: die Staatsbibliothek.

Da lagern schon andere Schätze der Sing-Akademie

– das Stimmmaterial von Johann Sebastian Bachs „Matthäus-Passion“, der „h-Moll-Messe“ und des „Weihnachts-Oratoriums“. Aus Geldmangel hatte die Sing-Akademie diese Kleinodien deutscher Musikgeschichte 1854 an die damalige königliche Bibliothek verscherbelt – und sie somit vor einer Umsiedlung nach Kiew bewahrt.

JOACHIM KRONSBEIN



Handschrift J. S. Bachs

* Auf dem Gemälde „Flötenkonzert“ von Adolph von Menzel (1850/52).

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Der Generationswechsel muss her“

Tim Renner, Musikchef des Plattenkonzerns Universal Deutschland, über die Krise der Pop-Industrie, Musik im Internet und illegal hergestellte CDs

SPIEGEL: Herr Renner, Sie gelten als Hoffnungsträger einer verunsicherten Musikindustrie, die sich in dieser Woche auf der Kölner „Popkomm.“-Messe ihre Wunden lecken wird. Gehören Sie zu denen, die trotz sinkender Umsätze von einer Krise im Musikgeschäft nichts wissen wollen?

Renner: Nein. Dass es eine Krise gibt, ist nicht zu leugnen. Und diese Krise ist deshalb besonders unangenehm, weil die Schallplattenindustrie Derartiges bisher nicht gewohnt war. Eine vergleichbare Situation gab es nur einmal Anfang der achtziger Jahre, und da kam die Rettung auf wundersame Weise durch die Einführung der CD. Weil die Musikindustrie bisher eine krisen-feste Branche war, muss sie das Krisenmanagement jetzt, da sich enorme Gefahren abzeichnen, erst lernen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie der Ratlosigkeit in der Branche angesichts neuer Techniken, die es etwa erlauben, sich Musik aus dem Internet zu beschaffen, begegnen?

Renner: Zunächst braucht die Branche dringend einen Generationswechsel. Den haben wir bei Universal Music Deutschland weitestgehend vollzogen, wofür ich natürlich nicht allein verantwortlich bin. Von Menschen, die den Computer erst in ihrer Lebensmitte kennen gelernt haben, kann man nicht erwarten, dass sie sich diesen Herausforderungen offensiv stellen. Viele der Älteren hoffen auch einfach darauf, dass sie die Zukunft des Online-Geschäfts nicht mehr betrifft – dabei wird sich die Branche sehr viel schneller verändern, als die meisten glauben.

SPIEGEL: Also wird bereits in naher Zukunft ein großer Teil der Musik-konsumenten nicht mehr im Platten-laden einkaufen, sondern sich Musik etwa mit der neuen MP3-Technik am Computer beschaffen. Besitzen Sie selbst schon ein MP3-Abspielgerät?

Renner: Ich habe es mir angeschaut, aber nicht gekauft. Ich gebe keine Mark für ein Produkt aus, das dafür sorgt, dass die Künstler leer ausgehen.

SPIEGEL: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Musikindustrie durch das kos-

tenlose Herunterladen von Musik aus dem Netz via MP3 Einbußen erleidet?

Renner: Spätestens zum Weihnachtsgeschäft wird sich die Musikindustrie mit den Hard- und Software-Herstellern geeinigt haben und auf technischem Weg Abhilfe schaffen ...



Tim Renner

ist einer der erfolgreichsten deutschen Musikmanager. 1994 wurde er Chef der Polygram-Firma „Motor Music“, die heute etwa 100 Millionen Mark Umsatz macht. Renner, 34, bewies Gespür für Hitlieferanten wie Marusha, Nana und Rammstein. 1998 stieg der Elektronikriese Philips aus dem Musikgeschäft aus und verkaufte Polygram an die Universal-Mutterfirma Seagram. Im nun weltgrößten Musikkonzern wurde Renner „President Music Group“ von Universal Music Deutschland.

SPIEGEL: ... durch eine Art Wasserzeichen, das die Ware vor der Nutzung durch nicht zahlungswillige Internetsurfer schützt?

Renner: Ja. Aber sehen Sie, für diese Branche ist es neu, dass solche Grundprobleme nur gemeinsam zu lösen sind. Durch das Internet wird die Verfügbarkeit von Musik extrem vereinfacht. Das ist eine enorme Chan-

ce. Um sie jedoch wahrzunehmen, muss sich die Musikindustrie radikal verändern. Der individuelle Konsument entwickelt sehr spezielle Wünsche; er hat aber nur eine begrenzte Bereitschaft, sich bei der Suche nach dem, was er hören will, abzumühen. Im Online-Geschäft müssen wir als Serviceanbieter einzelne Bedürfnisgruppen viel gezielter bedienen. Nicht jede Firma kann alles machen, aber jeder muss in seinem Bereich der Beste sein.

SPIEGEL: Also wird es auch in der neu formierten Universal Music Group viele kleine spezialisierte Subfirmen geben?

Renner: Richtig. Wir haben den Merger genutzt, um die einzelnen Repertoirefirmen klarer auszurichten. In der Zukunft brauchen wir kleine, bewegliche Einheiten, die Szenen eine Heimat geben können.

SPIEGEL: Als Sie noch Chef der übersichtlichen Firma Motor waren und Stars wie Rammstein, Marusha oder Nana zu Ruhm verhalfen, schrieb Sie: „Ich bin mir der Gefahr bewusst, dass Wachstum dazu führen kann, dass man wie all die anderen wird. Wir wissen, dass es ein Leben jenseits des Mainstream gibt.“ Gilt das noch?

Renner: Warum nicht? Ich bin mir nach wie vor der Gefahr bewusst, wie alle anderen zu werden. Und ich würde es für mich selbst als ein Scheitern ansehen, wenn ich in die Geschichte dieser Industrie eingehe als jemand, der nur genau das gemacht hat, was man von einem in meiner Position erwartet.

SPIEGEL: Motor arbeitet nun ebenfalls unter dem Dach des Universal-Konzerns, allerdings ohne Motor-Musiker der ersten Stunde wie Phillip Boa oder Andreas Dorau. Dafür ist ein Mainstream-Rocker wie Bryan Adams nun im Motor-Programm. Zerstört das nicht die Identität Ihrer alten Firma?

Renner: Alte Ehepaare leben sich manchmal auseinander. Auch wenn da noch immer ein Rest Liebe ist. Die

ganze Interscope-Gruppe mit Marilyn Manson, Bloodhound Gang und ähnlichen ist zu Motor gekommen. Ich denke, auch Bryan Adams, der dazu gehört, wird von diesem modernen, radikalen Umfeld profitieren.

SPIEGEL: Wozu brauchen Musiker in Zukunft Plattenfirmen, wenn sie ihre Musik direkt über das Internet verbreiten können?

Das Gespräch führten SPIEGEL-Mitarbeiter Christoph Dallach sowie die Redakteure Frank Hornig und Wolfgang Höbel.



Manager Renner (M.), Schützlinge bei Preisverleihung: „Plattenfirmen müssen den Szenen Heimat geben“

Renner: Plattenfirmen bieten dem Künstler heute im Kern vier Funktionen an. Erstens die klassische Aufgabe Herstellung und Vertrieb: Die fällt demnächst in der klassischen Form weg. Zweitens die Banking-Funktion: Kreative, die kein Geld haben, werden auch in Zukunft vorfinanziert. Drittens A&R, die künstlerische Betreuung, weil Talente entdeckt werden müssen und man sich mit ihnen auseinander setzen muss. Viertens Marketing und Promotion: In den beiden letztgenannten Bereichen sehe ich sogar einen drastisch steigenden Bedarf.

SPIEGEL: Inwiefern?

Renner: Das Internet führt zu einer Angebotsexplosion. Damit der Einzelne überhaupt gefunden und gehört werden kann, braucht es effektive Kommunikationsstrategien und eine sehr qualifizierte Auswahl. Da werden Plattenfirmen wesentlich wichtiger werden, als sie es heute sind. Das Marketing wurde von der Musikindustrie erst Ende der siebziger Jahre ernsthaft entwickelt; vorher ließ man die jungen Menschen in Ruhe vor sich hin rocken. Ab und zu wurde eine Platte aufgenommen, in ein hübsches Cover gesteckt und vielleicht noch eine Anzeige geschaltet. Dass man mit Marketing auch steuern und Zielgruppen erweitern kann, wurde erst spät verstanden.

SPIEGEL: Was nutzt das schönste Marketing gegen die derzeit akuteste ökonomische Bedrohung durch den Verkauf schwarz gebrannter CDs, der die Händler über massive Umsatzrückgänge klagen lässt?

Renner: Da haben wir ein echtes Problem. Für den Aufbau neuer Künstler verlieren wir dadurch schon jetzt 240 Millionen Mark. Realistische Prognosen besagen, dass es in zwei Jahren bereits 1,2 Milliarden sein werden. Die Gewinner sind Firmen wie Philips. Gestern brachten denen noch die Künstler über die damals konzernerneigene Plattenfirma Polygram die Profite. Heute bewerben sie mit diesen Profiten ihre CD-Rekorder und schneiden so die Künstler von Tantiemen ab.

Diese Unternehmensstrategie ist zutiefst zynisch und gnadenlos.

SPIEGEL: Halten Sie es für eine Lösung, die Polizei auf der Suche nach Schwarzmarkthändlern in die Schulen zu schicken, wie manche Ihrer Kollegen vorschlagen?

Renner: Kriminalisierung bringt uns vermutlich nicht weiter – schon weil jeder Staatsanwalt die Kopierer wieder laufen lässt. Unser Hauptproblem ist das nicht vorhandene Unrechtsbewusstsein. Die großen Schallplattenfirmen sind für Kids einfach abstrakt. Die sagen, wenn ich einen erfolgreichen Künstler auf CD kopiere, ist das nicht weiter problematisch, der verdient schon genug Geld. Das mag sogar stimmen. Aber jeder erfolgreiche Künstler finanziert die weniger erfolgreichen automatisch mit. Wenn das Geld wegfällt, geht das auf Kosten von Newcomern und neuer Kreativität. Diesen Kreislauf an Jugend-



Popstar Marusha
„Bindung zwischen Kids und Künstler“

liche zu vermitteln ist nicht so einfach.

SPIEGEL: Was unterscheidet den Verkauf von Schwarz-CDs von dem von Kassetten-Kopien neuer Platten, den es seit jeher etwa auf Flohmärkten gibt?

Renner: Erst mal haben die CD-Kopien perfekte Klangqualität. Und dann gibt es heute in jeder Pausenhalle Schüler, die mit selbst gebrannten CDs handeln, das Stück für zehn Mark und mit farbkopiertem Cover. Kassetten waren immer eher ein Billigprodukt – und es gab sie nicht auf Schulhöfen zu kaufen.

SPIEGEL: Welche CDs sind die Hits bei den Schwarzbrennern?

Renner: Stark betroffen sind Compilation-CDs wie „Bravo Hits“, HipHop-Acts und Bands wie Rammstein.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das Unrechtsbewusstsein der jugendlichen Konsumenten wecken?

Renner: Wir haben zwei Werbeagenturen beauftragt und werden im Herbst eine Kampagne starten. Außerdem hoffen wir, dass auch die Medien ein Interesse daran haben, dass es morgen noch eine Musikkultur gibt, die berichterstattungswürdig ist.



Rammstein-Musiker Flake Lorenz
„Einer der größten Erfolge“

SPIEGEL: Wie sollen wir einem 16-Jährigen klarmachen, dass er Gutes tut, wenn er 35 statt 10 Mark für eine CD ausgibt?

Renner: Sie sollten nicht die emotionale Bindung zwischen Kids und Künstlern unterschätzen.

SPIEGEL: Wie groß ist die Trefferquote der Industrie im Produzieren von Idolen?

Renner: In der Branche gilt gemeinhin 1:10.

SPIEGEL: Was war Ihr bislang größter Treffer bei Universal?

Werbeseite

Werbeseite

FESTSPIELE

Die nackte Ikone

Neuer Reizstoff für das skandalsüchtige Salzburg: Der britische Regie-Magier Simon McBurney will den Eismann Ötzi zum Leben erwecken.

Freund und Feind galt der Mann bislang als allzeit cooler und kühler Kopf: Nun aber bewies Frank Baumbauer, 53 und neben seinem Hauptberuf als Intendant des Hamburger Schauspielhauses auch Schauspielchef der Salzburger Festspiele, seine Eignung, jederzeit als hitziger Schimpfkanonier im Zentrum eines Thomas-Bernhard-Stücks aufzutreten.

Mit einem dramaturgisch perfekt platzierten Schritt ans Fenster, so berichtete am vorvergangenen Dienstag eine Reporterin der „SZ“, sei Baumbauer ein mörderischer Stoßseufzer entfahren: „Den Hals müsste ich ihr umdrehen“, sprach der Theatermann über seine Chefin, die Festspiel-Präsidentin Helga Rabl-Stadler, 51. „Dann ist sie tot. Dann wäre das auch vorbei.“

Die Empörung über den Würge-Ächer war, selbst für Salzburger Verhältnisse, kolossal, die sogleich in einem Entschuldigungsbrief an Rabl-Stadler formulierte Zerknirschung des Sünders total – und die Wirkung dennoch fatal. Zumindest nach Meinung des Wiener Magazins „Profil“ war der alerte Kulturmanager Baumbauer bis zu seinem Fauxpas einer der Favoriten für die Nachfolge des bisherigen Festspielchefs Gerard Mortier – nun jedoch würden gegen ihn in Salzburg „die Messer gewetzt“.

Baumbauers Ausraster allerdings hatte weniger mit Nachfolge-Ambitionen zu tun als mit dem Ärger ums diesjährige Schauspielprogramm. Neben dem Streit um eine angeblich geplante radikale „Jedermann“-Neudeutung war Christoph Marthalers

Horváth-Arbeit „Zur schönen Aussicht“ konservativen Salzburgenern zu unösterreichisch, wegen der Sexszenen in Luk Percivals Shakespeare-„Schlachten!“ (SPIEGEL 30/1999) wurde gar diskutiert, alle unter 16-Jährigen auszusperrn – und all das half nicht, den Ticketverkauf anzukurbeln.

Am Samstag dieser Woche hat der nächste Theaterstreich in Salzburg Premiere – und dessen Regisseur Simon McBurney verspricht: „Der nackte Körper ist eines der zentralen Themen unserer Show.“

Nun ist der Brite McBurney, 40, keineswegs für Skandalrummel berüchtigt, sondern ein sanfter Theaterforscher, der sich mit seinen Mitstreitern vom Londoner „Theatre de Complicite“ auf Festivals in aller Welt den Ruf eines Bühnen-Magiers erwarb. In Salzburg will er sich unter dem Titel „Mnemonic“ („Gedächtnis“) dem Rätsel menschlicher Erinnerung nähern – und benutzt dabei einen modernen Mythos: Die Faszination jenes Jahrtausende lang im alpinen Gletschereis konservierten Wandersmannes, der im Stück nur „the iceman“ heißen soll, den die Medienwelt aber seit seiner Auffindung im Jahr 1991 als magisches Wesen namens Ötzi verehrt.

„Als der Eismann gefunden wurde, war er nur ein toter Mensch“, sagt McBurney, dann habe man die Leiche zur urgeschichtlichen Ikone verklärt. Sein Ziel sei es, die Reliquie zum Leben zu erwecken und zu „rehumanisieren“ – und „zu zeigen, wie seltsam unsere Erinnerung arbeitet“.

Grundlage von „Mnemonic“ sind Texte McBurneys und des Ötzi-Forschers Konrad Spindler sowie Skizzen des Schriftstellers John Berger. Berger verdanke er die These, „dass wir beim Anblick jedes nackten Körpers ein Gefühl von Nähe und Heimat spüren“, sagt McBurney.

Angst vor einem Eklat in Salzburg habe er keine, denn, so der Regisseur: „In Wahrheit ereignet sich Theater nicht auf der Bühne, sondern im Kopf.“ Besser kann man auch Baumbauers Salzburger Fenster-Dramolett nicht erklären. WOLFGANG HÖBEL

Renner: Es sind die Erfolge des Teams. Und da gibt es einige. In diesem Jahr gehören die Absoluten Beginner garantiert dazu.

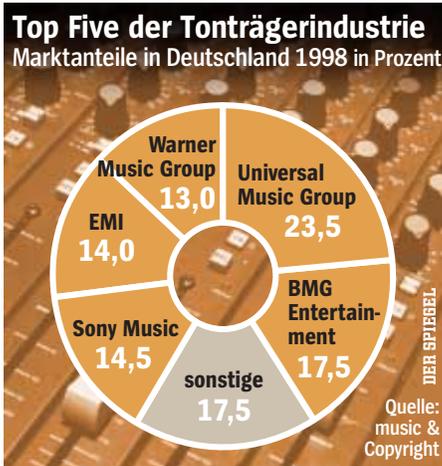
SPIEGEL: Eine deutschsprachige HipHop-Band – und damit aus dem Genre, das derzeit als letzte Hoffnung der Industrie gilt.

Renner: Das ist auch in Ordnung so, auch wenn es sicherlich nicht die letzte ist. Der deutsche HipHop hat einen eigenen, ausgeklügelten Stil entwickelt. Kein Mensch braucht deutsche Jungs, die amerikanisches Lebensgefühl schlecht repetieren.

SPIEGEL: Sind HipHop-Bands wie die Fantastischen Vier die zeitgemäße Entsprechung zu deutschen Rockstars wie Westernhagen und Grönemeyer?

Renner: Nicht nur die. Es ist noch nicht lange her, dass eine Band wie Pur den großen Durchbruch geschafft hat. Oder Xavier Naidoo: Da findet gerade genauso wie in der Industrie ein Generationswechsel statt.

SPIEGEL: Trotzdem verkaufen die alten Stars noch heute oft mehr als die New-



comer – selbst längst abgetretene Helden wie die Beatles und Bob Marley bringen viel Geld. Wird in 20 Jahren noch jemand Xavier-Naidoo-Platten kaufen?

Renner: Ich kann mir das gut vorstellen.

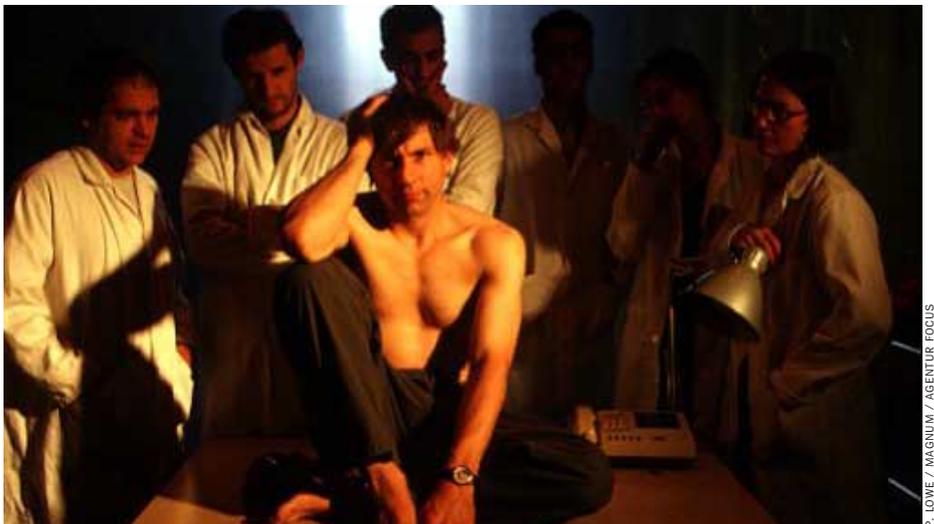
SPIEGEL: Ist es nicht ungewöhnlich, dass Ihre Ehefrau Petra Husemann Ihren ehemaligen Job bei Motor übernommen hat?

Renner: Diese Regelung der Nachfolge ist nur logisch – schließlich war sie es, die Rammstein, einen der größten Erfolge der letzten Jahre, unter Vertrag genommen hat. Wir arbeiten seit zehn Jahren zusammen, und ich muss sie immer sehr genau im Auge behalten, damit sie mich nicht eines Tages überholt. Deshalb habe ich sie sicherheits halber auch geheiratet.

SPIEGEL: Hatten Sie schon einmal das Gefühl, mit Musik zu handeln, die Sie nicht mehr verstehen?

Renner: Eigentlich nicht, doch das wird kommen. Ich glaube, der gute Vorgesetzte zeichnet sich dadurch aus, dass er seinen Mitarbeitern Vertrauen schenkt.

SPIEGEL: Herr Renner, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



„Mnemonic“-Mitspieler McBurney (M.): „Der Anblick jedes nackten Körpers erzeugt Nähe“

REVOLTE IM WOHLSTAND

VON MARCEL REICH-RANICKI



P. SCHIRMHOFFER / AGENTUR FOCUS PLUS

Im zweiten Teil des SPIEGEL-Vorabdrucks aus seinen Memoiren erzählt Marcel Reich-Ranicki, 79, von der Begegnung mit Ulrike Meinhof, einem Treffen der „Gruppe 47“ und seiner Einsamkeit als „Zeit“-Mitarbeiter. Das Buch „Mein Leben“ (DVA) kommt diese Woche in den Handel.

Am 25. August 1964 wurde ich im Schwurgerichtssaal des Justizpalastes in München als Zeuge im Strafverfahren gegen den ehemaligen SS-Obergruppenführer Karl Wolff vernommen. Ich fragte zunächst die Staatsanwaltschaft, die mich vorgeladen hatte, ob ihr vielleicht ein Irrtum unterlaufen sei. Denn ich hatte Wolff, den Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers-SS Himmler, nie gesehen, ich hatte auch nichts über seine Tätigkeit gehört. Das nahm man zur Kenntnis und wollte mich dennoch vernehmen. Ich sollte über die Verhältnisse im Warschauer Ghetto aussagen. War es möglich, mehrfach durch die Straßen des „Jüdischen Wohnbezirks“ zu fahren, ohne zu merken, was sich dort täglich abspielte?

Berichte über meine Zeugenaussage waren in verschiedenen Zeitungen zu lesen. Das hatte zur Folge, dass ich von einer Mitarbeiterin des Norddeutschen Rundfunks um ein Interview über das Ghetto gebeten wurde. Wir trafen uns in Hamburg im Café „Funckeck“, schräg gegenüber dem Rundfunkgebäude. Die Journalistin, vermutlich noch keine 30 Jahre alt, war keineswegs besonders schön, aber nicht ohne Reiz. Vielleicht rührte dieser Reiz von ihrem offenkundigen Ernst, der mit ihrer Jugendlichkeit zu kontrastieren schien. Sie wollte ein 30-Minuten-Gespräch aufnehmen. Ihre Fragen waren exakt und intelligent, sie kreisten um ein zentrales Problem: Wie konnte das geschehen? Kein einziges Mal haben wir die Aufnahme unterbrochen.

Als das Gespräch beendet war, sah ich zu meiner Verblüffung, dass wir beinahe 50 Minuten geredet hatten. Wozu brauchen Sie so viel? Sie antwortete etwas verlegen: Sie habe zum Teil aus privatem Interesse gefragt. Ich möge ihr den Wissensdurst nicht verübeln. Ich wollte etwas über sie erfahren. Aber sie hatte es jetzt sehr eilig. Ich schaute sie an und sah, dass sie Tränen in den Augen hatte. Ich fragte noch rasch: „Entschuldigen Sie, habe ich Ihren Namen richtig verstanden – Meienberg?“ – „Nein, Meinhof, Ulrike Meinhof.“

Als ich um 1970 hörte, dass die inzwischen bekannte Journalistin Ulrike Meinhof in die Illegalität gegangen war und zusammen mit Andreas Baader eine terroristische Gruppe gegründet hatte, als sie polizeilich gesucht und schließlich gefasst worden war und als sie 1976 im Gefängnis Selbstmord verübt hatte – da musste ich immer wieder an das Gespräch im Café Funckeck denken. Warum hat sich Ulrike Meinhof, deren Zukunft ich nicht ahnen konnte, so tief meinem Gedächtnis eingepreßt? Könnte dies damit zu tun haben, dass sie die erste Person in der Bundesrepublik war, die aufrichtig und ernsthaft wünschte, über meine Erlebnisse im Warschauer Ghetto informiert zu werden? Und wäre es denkbar, dass es zwischen ihrem brennenden Interesse für die deutsche Vergangenheit und dem Weg, der sie zum Terror und zum Verbrechen geführt hat, einen Zusammenhang gibt?

Mitte der sechziger Jahre änderte sich das politische Klima in der Bundesrepublik zusehends: Durch die „Große Koalition“ von 1966 war eine ganz neue Situation gegeben. Die sozialistischen und marxistischen Kräfte und im weiteren Sinne die junge Generation sahen sich durch die Opposition im Bundestag nicht vertreten, sie waren enttäuscht und fühlten sich im Stich gelassen. In den Diskussionen fielen zwei neue Begriffe auf: „Außerparlamentarische Opposition“ und „Studentenbewegung“.

Was sich da abspielte, konnte mir nicht gleichgültig sein: Natürlich war ich auf Seiten jener, die eine radikale Hochschulreform anstreben und wirkungsvoll mit dem Slogan „Unter den Talaren Muff von tausend Jahren“ operierten. So unseriös und gelegentlich sogar abstoßend manche Manifestationen der neuen, der mit dem Jahre 1968 assoziierten und nicht selten wirr anmutenden politischen Bewegung auch waren, so hat sie doch – und das ist ein historisches Verdienst – die längst fällige und bis dahin bestenfalls schleppende Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“, vor allem mit den Nationalsozialisten im öffentlichen Leben der Bundesrepublik, durchgesetzt und beschleunigt. Das gilt für die Politik, die Justiz und besonders für die Universitäten, namentlich für die Germanistik und die Medizin, für die Kunstgeschichte und die Musikwissenschaft.

Dennoch hielten sich meine Sympathien für diese lautstarke und chaotische Revolte in Grenzen – und mein Misstrauen wurde immer größer. Jedenfalls war ich bei keinem „Sit-in“, „Go-in“ oder „Teach-in“ dabei, ich habe kein Happening miterlebt, ich war bei keiner einzigen Versammlung oder Kundgebung zugegen, ich habe mich keiner Demonstration angeschlossen. Von alledem habe ich nicht wenig gesehen, aber ich sah es ausschließlich auf dem Bildschirm. Die brüllenden Agitatoren, die skandierenden Sprechchöre, die sich in langen Formationen fortbewegenden Kolonnen – das alles kannte ich hinreichend, das alles war mir seit meiner Jugend zuwider.

Dass die Theoretiker und Führer der Revolte politische Ziele verfolgten, versteht sich von selbst. Aber die immer wieder verkündeten und oft gereimten Parolen konnten einen etwas beunruhigenden Sachverhalt nicht verbergen: Die lautstarke Bewegung hatte einen nicht ausschließlichen, doch vornehmlich emotionalen, wenn nicht intuitiven Untergrund. Die sich an ihr beteiligten, protestierten gegen die Verhältnisse in der Bundesrepublik, deren sie längst überdrüssig waren. Doch war es für die meisten von ihnen nur ein ganz vager Protest gegen das, was man mit Ekel das „Establishment“ nannte, also gegen die Welt der Väter. Wogegen sich dieser ganze Aufruhr richtete, war also klar; was er erreichen wollte, ließ sich schon weniger deutlich erkennen; und auf welche Weise dies erreicht werden sollte, blieb vollends im Dunkeln.

Sprösslinge der Wohlstandsgesellschaft, die sich fortwährend auf Marx und Engels beriefen, hatten sich offensichtlich die Revolution als pikante Freizeitbeschäftigung auserwählt, als Hobby mit nur geringem Risiko. Die Vokabeln „bürgerlich“ und „proletarisch“, „Kapitalismus“ und „Ausbeutung“ wurden immer häufiger verwendet und oft sinnlos deklamiert. Die Begriffe „Utopie“ und „Dialektik“ avancierten zu Zauberworten, deren man sich wie des Jokers im Kartenspiel bediente. Sehr bald trat ein arges Missverhältnis zu Tage – zwischen den hochfahrenden Zielen und den bescheidenen Möglichkeiten, zwischen den großen Worten und der noch größeren Ratlosigkeit.

Was mich am meisten berührte und verwunderte, war die Rolle der Schriftsteller in diesem Aufruhr. Viele von ihnen hatten keine Hemmungen, sich einer politischen und gesellschaftlichen Bewegung anzuschließen, deren Verhältnis zu Kunst und Literatur im Grunde geringschätzig war. Jetzt sollten die Schriftsteller nicht mehr im Namen des Individuums sprechen und das Individuum gegen jene Institutionen und Mächte verteidigen, die es für ihre Zwecke gebrauchten und missbrauchten. Vielmehr sollte die Literatur das Individuum vor allem politisch mobilisieren: Sie hatte als Werkzeug von Ideologien zu dienen, sie hatte zur angestrebten Weltveränderung beizutragen. Die dies am lautesten forderten, waren paradoxerweise gerade jene, die an der Autonomie der Literatur am meisten interessiert sein sollten: eben die Schriftsteller. Das alles kam mir sehr bekannt vor. Ich hatte es schon einmal erlebt und vor gar nicht so langer Zeit – in Polen. Über diese neuesten Strömungen des Zeitgeists in der Bundesrepublik wurde mir bald und ganz überraschend ein Anschauungsunterricht erteilt, der heiter und traurig zugleich war.

Im Oktober 1967 fand in dem zwischen Nürnberg und Bayreuth idyllisch gelegenen Gasthaus „Pulvermühle“ eine Tagung der „Gruppe 47“ statt. Wie üblich lasen Autoren aus ihren neuen Arbeiten vor – unter anderen Günter Eich, Günter Grass, Siegfried Lenz, Jürgen Becker, Horst Bienek. Aber auch viele andere Autoren (so Dorst, Hildesheimer, Schnurre, Heißenbüttel, Wohmann,

Kluge, Rühmkorf, Härtling) waren gekommen und nahmen meist an der Kritik der gelesenen Texte teil. Es war wie eh und je bei der Gruppe 47. Doch etwas Ungewöhnliches war nicht zu übersehen: Die Texte, die man zu hören bekam, waren fast alle unpolitisch, und die kritische Auseinandersetzung mit ihnen kümmernte sich wenig um inhaltliche Elemente, zielte hingegen vorwiegend auf deren Form und Sprache. Anders in den vielen, meist erregten Unterhaltungen und Debatten in den Pausen: Hier standen im Mittelpunkt eindeutig politische Fragen.

Um die Mittagszeit wurden die Tagungsteilnehmer, die einem Prosastück des schwedischen Schriftstellers Lars Gustafsson über den Anarchisten Bakunin aufmerksam lauschten, plötzlich aufgeschreckt. Trotz der geschlossenen Fenster hörten wir laute Sprechchöre. Unermüdlich wurden zwei Losungen wiederholt: „Die Gruppe 47 ist ein Papiertiger“ und „Dichter! Dichter!“. Zwischen den höhnischen Rufen ließ man offenbar Luftballons zerplatzen. In den Tagungssaal drang ein als Clown kostümierter junger Mann mit einem Plakat in der Hand: „Hier tagt die Familie Saubermann“. Er wurde aber rasch hinausgedrängt. Hans Werner Richter ordnete eine Pause an. Alle gingen hinaus und sahen zahlreiche, meist junge Menschen mit Transparenten, Schrifttafeln und Lautsprechern, den so genannten Flüstertüten. Es waren eigens zu

„MEINE
SYMPATHIEN
FÜR DIE
CHAOTISCHE
REVOLTE UND
BRÜLLENDE
AGITATOREN
HIELTEN
SICH IN
GRENZEN“

Reich-Ranicki, Meinhof (auf Sylt 1967)



H. MEISERT

dieser Demonstration (man nannte das damals eine „Demo“) angeheite Studenten der unweit gelegenen Universität Erlangen, zum Teil verkleidet – sie trugen Faschingskostüme. Angelockt vom Spektakel, waren auch Bewohner des benachbarten Dorfs zugegen, darunter nicht wenige Frauen mit kleinen Kindern.

Viele Teilnehmer der Tagung beobachteten das Ganze bestaunt, manche, vor allem entschieden linke Autoren, wie Martin Walser, Erich Fried und Reinhard Lettau, wünschten dringend den Dialog mit jenen, von denen sie auf Transparenten als „Dichtergreise“ verspottet wurden. Sie beeilten sich, die jugendlichen Demonstranten ihrer wärmsten Sympathien zu versichern und ihrer Bereitschaft zum aufrichtigen, ja, zum brüderlichen Gespräch. In den kurzen Ansprachen der Schriftsteller kehrte refrainartig eine geradezu flehentliche Beteuerung wieder: Freunde, Gefährten, Kameraden, Genossen – wir sitzen doch alle in einem Boot, wir ziehen doch alle an einem Strang. Die Studenten reagierten darauf mit dem nächsten Sprechchor: „Wir wollen diskutieren.“

Aber es kam zu keinem Dialog – vielleicht deshalb, weil man von den Studenten nicht erfahren konnte, worüber sie eigentlich diskutieren wollten. Sicher war nur, dass sie die Autoren der Gruppe 47 für zu wenig links hielten und von ihnen ein stärkeres politisches Engagement verlangten, vor allem – so hieß es in ihren Flugblättern – gegen die „Disziplinierungstendenzen im Gesamtprozess der spätkapitalistischen Gesellschaft“. Statt des Gesprächs mit den Schriftstellern gab es eine kleine Bücherverbrennung: Die Demonstranten warfen die „Bild“-Zeitung und andere Druckschriften in die Flammen.

Über diese Tagung schrieb ich sofort einen kurzen Bericht für die „Zeit“, eine Woche danach erschien mein zweiter, nun erheblich größerer Aufsatz. In beiden Artikeln habe ich mich – ebenso wie in den vorangegangenen Jahren – mit den Lesungen und mit der Kritik der gelesenen Texte beschäftigt. Dass mir dabei ein großer Fehler unterlaufen war, habe ich erst viel später begriffen: Denn mit keinem einzigen Wort war ich auf die Demonstration der Studenten eingegangen.

Ich hatte die Vorgänge vor dem Gasthaus Pulvermühle überhaupt nicht ernst genommen, ich hielt sie für lächerlich – und manche Begleitumstände sogar für widerwärtig. In meinen Artikeln habe ich sie ignoriert. Ich wollte mich von dem nicht ablenken lassen, was ich für viel wichtiger hielt – von der zeitgenössischen deutschen Literatur, deren Zustand im Jahre 1967 gerade diese Tagung der „Gruppe“ schlagartig hatte sichtbar werden lassen. Aber so albern diese unerwartete Konfrontation auch war, ihren gleichnishaften Charakter sollte man nicht verkennen. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre folgten ähnliche Spektakel. Sie zeigten immer wieder die Unsicherheit und die Ratlosigkeit vieler Intellektueller: Meist fürchteten sie, in eine Sackgasse geraten zu sein, und nahmen sich den beschwörenden Appell der oppositionellen Studenten und ihrer Gesinnungsgenossen zu Herzen. Manche Schriftsteller gingen prompt und forsch auf die Suche nach einer Barrikade. Vernachlässigten sie jetzt die Literatur, um sich der Politik stärker als bisher widmen zu können? Oder suchten sie vielleicht nur deshalb so intensiv Zuflucht bei der Politik, weil sie mit dem Dichten nicht mehr recht vorankamen?

Mich jedenfalls hat die damals entstehende Literatur enttäuscht. Doch dachte ich nicht daran, mich von ihr abzuwenden. Aber ich wollte mich häufiger als bisher mit der deutschen Literatur von gestern befassen, mit jener also zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und dem Zweiten Weltkrieg. Und die Feuilleton-Redaktion der „Zeit“? Sie behandelte mich nach wie vor ausgezeichnet: Meine zahlreichen Rezensionswünsche wurden erfüllt, man kam mir immer entgegen.

Über die großen deutschen Schriftsteller der unfernen Vergangenheit konnte ich schreiben, wie oft und wie viel ich wollte. So schrieb ich über Fontane und Thomas Mann, über Hofmannsthal und Schnitzler, über Döblin, Hermann Hesse und Arnold Zweig, über Horváth, Tucholsky und Joseph Roth. Daraus ist entstanden, was ich stets vor Augen hatte, mein 1977 veröffentlichtes Buch „Nachprüfung“. Die neuen Bücher der Gegenwart, auf die es mir ankam, erhielt ich ebenfalls zur Besprechung, also Frisch, Dürrenmatt und Böll, Grass, Eich und Andersch, Johnson und Handke, Christa Wolf oder Franz Fühmann.

Wenn ich ohne aktuellen Anlass einen überdimensionalen Aufsatz über Arno Schmidt lieferte, stöhnte der für die Literatur zuständige Redakteur Dieter E. Zimmer leise, druckte aber das riesige Manuskript sofort und ungekürzt. Ich hatte Lust, mich mehr mit der angelsächsischen Prosa zu befassen, und prompt erhielt ich, was ich wollte: Hemingway und Graham Greene, Bellow und Malamud, John Updike und Philip Roth. Wie war es mit der Lyrik, der deutschen vor allem? In einem nächtlichen telefonischen

Meinungsaustausch, der fast zwei Stunden dauerte – es war 1967 –, beteuerte Rudolf Walter Leonhardt, dass er mich schätze und bewundere und ganz besonders meine Kritiken von Romanen, Erzählungen und Essays. Das gefiel mir gar nicht, ich witterte sofort einen versteckten Tadel. Und in der Tat: Leonhardt gab zu verstehen, dass die zarten Schwingungen der holden deutschen Poesie wohl nicht ganz meine Sache seien. Das wollte ich nicht auf mir sitzen lassen.

Am nächsten Morgen bat ich Dieter E. Zimmer, einen Gedichtband besprechen zu dürfen. Ich rezensierte das gerade erschienene Buch „Ausgefragt“ von Günter Grass. Kaum war dieser sehr lange und sehr lobende Aufsatz gedruckt, da rief mich Erich Fried an: Das gehe nun doch zu weit, denn bei meinem Artikel handle es sich unzweifelhaft um „Personenkult“. Er dürfe wohl erwarten, dass nun auch seine Lyrik von mir so ausführlich



Reich-Ranicki (vorn r.) auf einer Tagung der „Gruppe 47“ in Berlin (1965) *

abgehandelt werde. Gleich meldeten sich weitere Poeten, die indes nicht etwa das Bedürfnis hatten, sich über die Qualität oder Miserabilität der Verse von Grass oder meiner Darlegungen zu äußern, wohl aber, ähnlich wie Fried, eine genauso ausführliche Würdigung ihrer Lyrik anmahnten.

Ging es mir also bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ wunderbar? Ja und nein. Nach wie vor hatte ich es nicht nötig, in der Redaktion zu arbeiten. Nach wie vor wurde mir dies als eine ganz besonders großzügige Vergünstigung dargestellt, für die ich ganz besonders dankbar sein sollte. Man wolle mir, hörte ich immer wieder, den mühseligen und bisweilen langweiligen Redaktionsalltag ersparen, damit ich mich ausschließlich meiner für die „Zeit“ so wichtigen Schreibearbeit widmen könne. Ich brauchte also nicht in die Redaktion zu kommen; aber durfte ich es, war ich dort erwünscht? Meine Manuskripte schickte ich mit der Post. Und wenn sie besonders eilig benötigt wurden, lieferte ich sie persönlich ab, was leicht zu machen war.

Doch bald erfuhr ich, dass ich mir keine Mühe mit der Zustellung geben sollte, ein Fahrer werde das Manuskript abholen, was denn auch sofort geschah. Redaktionskonferenzen fanden damals in der „Zeit“ zweimal wöchentlich statt, eine große Konfe-

* Mit Erich Fried (vorn l.) und Fritz J. Raddatz (M.).

renz, bei der alle Redakteure zugegen waren, auch die Volontäre oder Hospitanten, und eine kleine, in der die Feuilleton-Redakteure die nächste Nummer vorbereiteten. Mich hat man nie eingeladen, und ich wollte nicht aufdringlich sein. So habe ich in den 14 Jahren bei der „Zeit“ an keiner Konferenz teilgenommen, an keiner einzigen.

Wonach ich mich so sehnte, das hatte ich gefunden: eine Heimstätte – allerdings nur für meine Arbeit, nicht für meine Person: Ich wurde ausgegrenzt, ich fühlte mich ausgeschlossen – und je länger und erfolgreicher ich für die „Zeit“ schrieb, desto mehr steigerte sich dieses Gefühl. Ich saß isoliert und vereinsamt in unserer kleinen Wohnung im Hamburger Vorort Niendorf und produzierte ein Manuskript nach dem anderen. Aber mein Kontakt mit der Welt ging nur selten über Telefon-

„Erlaubst Du wohl, Dir ein Geschichtchen zu erzählen?“ – so fragt Nathan, der Weise, den Sultan Saladin. Nun denn, auch ich erlaube mir, hier ein Geschichtchen einzufügen. Vor vielen Jahren lebte ein Mann in Polen, ein Jude namens Chajim Selig Slonimski. Er wurde 1810 in Bialystok geboren und starb 1904 in Warschau. Nachdem er in seiner Jugend ausschließlich den Talmud und die rabbinische Literatur studiert hatte, widmete er sich später mathematischen und astronomischen Studien. Um 1840 gelang es ihm, eine Rechenmaschine zu konstruieren. Die Kunde von der außerordentlichen Erfindung erreichte Zar Nikolaus I. Er wünschte die Maschine zu sehen. Also wurde Slonimski nach Sankt Petersburg eingeladen und vom Zaren in Audienz empfangen. Doch bevor man ihn vorließ, schärfte man ihm ein, dass er nur die Fragen Seiner Majestät beantworten dürfe, ansonsten aber unbedingt schweigen müsse. Die Audienz verlief gut, doch wollte der

Zar wissen, wie er sich davon überzeugen könne, dass die Maschine auch tatsächlich korrekt rechnet. Er möge ihm, schlug der Mathematiker untertänigst vor, eine arithmetische Aufgabe stellen. Diese geruhe Majestät auf die herkömmliche Weise zu lösen, also mit Bleistift und Papier, er hingegen werde es mit der neuen Maschine versuchen. Majestät könne ja dann die Ergebnisse vergleichen. Das leuchtete dem Zaren ein. Kaum hatte das Rechnen der beiden ungleichen Herren begonnen, schon rief der glückliche Erfinder der Rechenmaschine: „Ich hab’ es.“ Der Zar blickte zornig auf, denn da hatte jemand gewagt, in seiner Gegenwart zu reden, obwohl er nicht gefragt worden war. Im Audienzsaal herrschte eine eisige Atmosphäre. Der verärgerte Zar schwieg und wandte sich wieder seiner ihm offenbar sehr anstrengenden Rechenaufgabe zu. Endlich konnte er die beiden Ergebnisse miteinander vergleichen – und mürrisch ließ sich Seine Majestät vernehmen, knapp und klar: „Maschine gut, Jude schlecht.“



„Gruppe 47“
vor der Pulvermühle (1967)

T. RICHTER / AKADEMIE DER KUNSTE

gespräche hinaus. Daher war ich zufrieden, dass ich von Zeit zu Zeit Vorträge zu halten hatte, in der Bundesrepublik und in anderen Ländern. Sie vermochten das Monologische meines Daseins zu mildern, vorübergehend jedenfalls.

1968 habe ich ein Semester lang deutsche Literatur an der Washington University in St. Louis gelehrt. Zu meinen nicht sehr anstrengenden Verpflichtungen gehörten Vorlesungen und Seminare. Da ich noch nie an einem Seminar teilgenommen hatte, wollte ich von einem in akademischen Diensten schon ein wenig ergrauten Kollegen wissen, was das denn eigentlich sei. Er reagierte mit einer Gegenfrage: Wie ich mir ein Seminar vorstelle? Ich sagte es, temperamentvoll und wohl unbeholfen. Er antwortete, genauso solle man ein Seminar machen. Sonderbar: Wieder einmal musste ich andere belehren, ohne selbst etwas gelernt zu haben.

Die Leser der „Zeit“ haben meine Abwesenheit überhaupt nicht bemerkt, denn auch aus St. Louis versorgte ich die Redaktion mit Manuskripten, zumal über die junge deutsche Literatur – von Hubert Fichte bis Rolf Dieter Brinkmann. Nach meiner Rückkehr stellte sich aber heraus, dass sich für mich nichts geändert hatte und nichts ändern werde: Man konnte mich in der Redaktion nicht brauchen, man wollte mich in den Konferenzen nicht sehen.

Übrigens erhielt Slonimski für die Erfindung dieser Rechenmaschine 1844 einen hohen russischen Preis. Wenig später wurde ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Sankt Petersburg verliehen.

Diese kleine Geschichte erzählte mir 1948 in London der hervorragende polnische Lyriker und Essayist Antoni Slonimski, ein direkter Nachkomme des Mathematikers aus dem 19. Jahrhundert. Ich habe sie nie vergessen, und leider wurde ich oft gezwungen, an sie zu denken. Sollte es mir in der „Zeit“ ähnlich ergangen sein wie einst dem Chajim Selig Slonimski? Gilt das Wort des Zaren, nur entsprechend abgewandelt, etwa auch für mich, also: Manuskripte gut, Jude schlecht? Kurz gefragt: Antisemitismus?

Ähnlich den Angehörigen anderer Minderheiten, sind auch viele Juden bisweilen gar zu schnell geneigt, für die Schwierigkeiten, die ihnen das Leben bereitet, die Abneigung oder die Feindschaft der nichtjüdischen Umwelt verantwortlich zu machen. Das ist bedauerlich, aber vielleicht sollte man den Juden diese Mischung aus Misstrauen und Überempfindlichkeit nicht zu sehr verübeln. Überreizte Reaktionen haben ja immer ihre Gründe, hier liegen sie auf der Hand: Es sind die Jahrhunderte, Jahrtausende währenden Schikanen und Verfolgungen. Ich war fest entschlossen, mich dem Verdacht zu widersetzen, ich hätte es

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Belletristik

1 (1) **Donna Leon** Nobilità

Diogenes; 39,90 Mark

2 (2) **John Irving**

Witwe für ein Jahr

Diogenes; 49,90 Mark

So tragisch wie unterhaltsam: das Drama der Schriftstellerei

3 (3) **Henning Mankell**

Die falsche Fährte

Zsolnay; 45 Mark

4 (5) **Günter Grass**

Mein Jahrhundert

Steidl; 48 Mark

5 (4) **Henning Mankell**

Die fünfte Frau

Zsolnay; 39,80 Mark

6 (6) **Walter Moers**Die 13^{1/2} Leben des Käpt'n Blaubär

Eichborn; 49,80 Mark

7 (7) **John Grisham**

Der Verrat

Hoffmann und Campe; 44,90 Mark

8 (8) **Marianne Fredriksson**

Simon W. Krüger; 39,80 Mark

9 (9) **Maeve Binchy**

Ein Haus in Irland

Droemer; 39,90 Mark

10 (11) **John le Carré**

Single & Single

Kiepenheuer & Witsch; 45 Mark

11 (15) **Terry Brooks** StarWars – Episode 1: Die dunkle Bedrohung *Blanvalet*; 29,90 Mark12 (10) **Paulo Coelho**Der Alchimist *Diogenes*; 32 Mark13 (13) **Minette Walters**

Wellenbrecher

Goldmann; 44,90 Mark

14 (12) **P. D. James**

Was gut und böse ist

Droemer; 39,90 Mark

15 (14) **Tom Clancy** Operati-
on Rainbow *Heyne*; 49,80 Mark

Sachbücher

1 (1) **Sigrid Damm**

Christiane und Goethe

Insel; 49,80 Mark2 (2) **Waris Dirie**

Wüstenblume

Schneekluth; 39,80 Mark3 (3) **Corinne Hofmann**

Die weiße Massai

A1; 39,80 Mark4 (4) **Ruth Picardie** Es wird
mir fehlen, das Leben*Wunderlich*; 29,80 Mark5 (5) **Tahar Ben Jelloun**

Papa, was ist ein Fremder?

Rowohlt Berlin; 29,80 Mark6 (7) **Dale Carnegie**

Sorge dich nicht, lebe!

Scherz; 46 Mark7 (6) **Klaus Bednarz**

Ballade vom Baikalsee

Europa; 39,80 Mark8 (10) **Jon Krakauer** In eisigeHöhen *Malik*; 39,80 Mark9 (8) **Daniel Goeudevert** Mit
Träumen beginnt die Realität*Rowohlt Berlin*; 39,80 Mark10 (9) **Guido Knopp** Kanzler –
Die Mächtigen der Republik*C. Bertelsmann*; 46,90 Mark11 (11) **Jon Krakauer**

Auf den Gipfeln der Welt

Malik; 39,80 Mark12 (12) **Gary Kinder** DasGoldschiff *Malik*; 39,80 Mark13 (14) **Bodo Schäfer** Der
Weg zur finanziellen Freiheit*Campus*; 39,80 Mark14 (13) **Peter Kelder** Die Fünf
„Tibeter“ *Integral*; 22 Mark15 (15) **Gerd Ruge** Sibirisches
Tagebuch *Berlin*; 39,80 MarkBewährte
Lebenshilfe für
Grübler

hier und da mit antisemitischen Ressentiments zu tun. Doch konnte mir nicht entgehen, dass mir, der ich mittlerweile zehn, zwölf oder noch mehr Jahre in der Bundesrepublik lebte und viel Anerkennung fand, die hiesigen Zeitungen, Verlage oder Rundfunksender, die alle meine Manuskripte brauchten und gern veröffentlichten, niemals einen Posten angeboten hatten, nicht einmal den bescheidensten.

Den Redakteuren der „Zeit“, auch den leitenden, wurden in diesen Jahren verschiedene Posten in anderen Institutionen sehr wohl angeboten. Überdies fiel mir auf, dass das Personal der Feuilleton-Redaktion der „Zeit“ damals mehrfach erweitert wurde. Aber mich wollte man nicht haben. In einem aus dem Jahre 1792 stammenden Brief des jungen Friedrich Schlegel an seinen Bruder August Wilhelm fand ich folgende Sätze: „Längst habe ich bemerkt, welchen Eindruck ich fast immer mache. Man findet mich interessant und geht mir aus dem Wege ... Am liebsten besieht man mich aus der Ferne, wie eine gefährliche Rarität.“

Was traf nun auf mich zu? erinnerte mein Fall an die Situation des jüdischen Mathematikers oder eher an den Kummer des großen deutschen Kritikers, der sich beschwerte, dass er, durchaus kein Jude, gemieden und nur aus der Ferne besehen werde, dass er, ganz einfach, unbeliebt sei. Ich hatte keinen Zweifel: Mir erging es wie einst Friedrich Schlegel – mit meinem Judentum hat das also rein gar nichts zu tun.

1996 erhielt ich ein Buch, dessen offizieller Charakter unverkennbar ist. Es versteht sich als „Festschrift und zeithistorische Darstellung“. Sein Titel: „Die Zeit in der ZEIT – 50 Jahre einer Wochenzeitung“. In diesem Buch verblüffte mich eine knappe, eine nüchterne Information. Als ich in der „Zeit“ tätig gewesen sei – ist da zu lesen –, habe man sich sehr wohl Gedanken gemacht, ob man mich in der Redaktion beschäftigen sollte. Doch hätten die Redakteure des Feuilletons – erfuhr ich jetzt, 1996 – „größte Bedenken“ gehabt, „ob sie einen so machtbewussten, rabulistischen Mann aushalten würden“. Ich erschrak, denn das Wort „Rabulistik“ hat keinen angenehmen Klang. Es bedeutet so viel wie „Wortverdreherei“ und wird heute nur noch selten verwendet. Aber man konnte es häufig in der nationalsozialistischen Kampfpresse finden, vor allem in den Artikeln von Joseph Goebbels. Er gebrauchte diese Vokabel beinahe immer mit einem Adjektiv – entweder hieß es bei ihm „jüdische Rabulistik“ oder „jüdisch-marxistische Rabulistik“. Ich gebe zu, ich war nicht mehr ganz so sicher, ob es mir tatsächlich ergangen ist wie einst dem genialen deutschen Kritiker Friedrich Schlegel oder vielleicht doch eher wie dem jüdischen Erfinder der Rechenmaschine Chajim Selig Slonimski.

Meine Zusammenarbeit mit der „Zeit“ blieb makellos. Doch da ich für eine Tätigkeit in der Redaktion nicht die geringsten Chancen hatte, musste ich die „Zeit“ verlassen. Aber wohin gehen? Antichambrieren wollte ich auf keinen Fall. Andererseits konnte ich nicht mehr lange warten, denn ich war schon über 50 Jahre alt. Ein Ruf aus Schweden kam mir sehr gelegen: Von 1971 bis 1975 lehrte ich – zunächst einige Monate, später einige Wochen im Jahr – als ständiger Gastprofessor für Neue Deutsche Literatur an den Universitäten Stockholm und Uppsala.

1972 erhielt ich die erste Auszeichnung meines Lebens: die Ehrendoktorwürde der Universität Uppsala. Die Zeremonie war überaus feierlich: Es läuteten die Glocken, Kanonenschüsse wurden abgefeuert. Ich war gerührt – und ich dachte darüber nach, dass ich für Verdienste um die westdeutsche Literatur (das war die offizielle Begründung) nicht von einer deutschen, sondern von einer schwedischen Universität geehrt wurde.

Die weiteste Vortragsreise meines Lebens konnte ich 1973 absolvieren – nach Australien und Neuseeland. Damals hatte ich in der „Zeit“ schon gekündigt und, was freilich niemand wissen durfte, den Vertrag für eine neue Tätigkeit unterschrieben: Noch im selben Jahr sollte ich die Leitung des Literaturteils der „Frankfurter Allgemeinen“ übernehmen. ♦

Am Ende war er verbittert und resigniert. „Fast nichts“ habe er in den sieben Jahren als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland bewirkt, sagte Ignatz Bubis Ende Juli in einem Interview mit dem „Stern“. Jüdische und nichtjüdische Deutsche seien einander fremd geblieben. Da saß er schon im Rollstuhl, nach einer Rückenoperation und mit einem gebrochenen Hüftknochen. Die Schmerzen und die wochenlange Unbeweglichkeit, die für den allzeit rastlosen Mann eine schier unerträgliche Zumutung bedeuteten, mögen zu seiner trostlosen Bilanz beigetragen haben.

Die Verzweiflung galt aber wohl nur zum geringeren Teil den vermeintlich ausgebliebenen Erfolgen bei der Annäherung zwischen Juden und Nichtjuden, sie galt vor allem dem eigenen Leben.

Ignatz Bubis kam 1927 als Sohn eines Angestellten einer Schifffahrtsgesellschaft in Breslau zur Welt. Nach der Machtergreifung Hitlers zog seine Familie aus Angst vor Verfolgung ins polnische Deblin. Bubis war 14 Jahre alt, als er im Februar 1941 auf Befehl der Nazis mit seinem Vater ins Debliner Ghetto ziehen musste. Seine Mutter war zwei Monate zuvor an Krebs gestorben. Im Oktober 1942 wurde der Vater nach Treblinka deportiert und dort ermordet.

Oft hat Bubis geschildert, wie er hilflos zusehen musste, als der Vater abgeführt wurde. Lagerinsassen hatten den Jungen davon abgehalten, dem Vater hinterherzulaufen – in den Tod. Er wisse heute, schrieb Bubis 1996 in seiner Autobiografie, „dass mich niemand hätte zurückhalten können, wenn ich ihm wirklich hätte folgen wollen“.

Nach dem Ende der Nazi-Barbarei mochte Bubis jahrelang mit niemandem über die eigenen Erlebnisse reden, nicht mit seiner Frau Ida und auch nicht mit seiner Tochter Naomi.

Nach einem kurzen Aufenthalt in Israel, wo er nicht heimisch wurde, kehrte er 1951 endgültig nach Deutschland zurück und stürzte sich in die Arbeit. Er handelte mit Schmuck und Immobilien, ein quirliger, erfolgreicher Selbmademan. Als 1985 in Frankfurt Rainer Werner Fassbinders Stück „Der Müll, die

Stadt und der Tod“ aufgeführt werden sollte, besetzten Bubis und andere Mitglieder der Jüdischen Gemeinde die Bühne. Im Stück geht es um einen jüdischen Spekulanten, für den, so glauben viele, Bubis als lebendes Vorbild diente.

Fragen nach dem Martyrium im Ghetto wehrte Bubis damals immer ab: „Wie auch sollte ich meiner eigenen Tochter erzählen, wie würdelos man sich selbst gemacht hat, wie würdelos man gemacht wurde.“

NACHRUF

Ignatz Bubis

1927 bis 1999



H.-G. OED

Nach dem Tod des Zentralratsvorsitzenden Heinz Galinski wurde Bubis 1992 zum höchsten Repräsentanten der Juden in Deutschland gewählt. Der Kontrast zu dem Vorgänger hätte größer nicht sein können: Während der Auschwitz-Überlebende Galinski stets streng und unnahbar wirkte, strahlte Bubis Zuversicht, ja sogar Optimismus aus. Er wurde zur moralischen Instanz, wurde 1993 als möglicher Bundespräsident ins Gespräch gebracht.

Unermüdlich gab er Interviews, erklärte und kommentierte geduldig, meist mit einfachen, bewegenden Sätzen. Unterwegs im Auto, zwischen zwei Terminen, stand er, das Handy in der einen Hand, die Landkarte für den Fahrer in der anderen, noch Rede und Ant-

wort. Mehr als vier, fünf Stunden Schlaf gönnte er sich nie.

Es war die öffentliche Aufgabe, die ihn antrieb, aber auch der Wunsch, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, möglichst ohne sich der eigenen Biografie zu sehr auszusetzen.

1989 fuhr er nach Treblinka, wo sein Vater ermordet worden war. Der mehrmals verschobene Besuch wühlte ihn dermaßen auf, dass er zusammenbrach. Zaghafte begann er zu reden.

1996 dann die Zäsur. Bubis reiste nach São Paulo zu Verwandten, von deren Existenz er zufällig bei einem Besuch in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Jad Waschem erfahren hatte. Am Ende der Reise stand für ihn plötzlich vieles in Frage, was ihm so wichtig gewesen war: die Aufgabe als Zentralratsvorsitzender, das Leben als Jude im Nachkriegs-Deutschland. Ein Foto seiner von den Nazis ermordeten Nichte Rachel, das ihm die brasilianischen Verwandten geschenkt hatten, trug er seither immer bei sich. Sie war die Tochter seines Bruders Jakob, der vermutlich in Polen von den Nazis umgebracht wurde.

Das Verdrängen sei sein „überlebensnotwendiger Selbstschutz“ gewesen, sagte er. Jetzt wurde er dünnhäutiger, reagierte gereizt, wenn ihn, den „deutschen Bürger jüdischen Glaubens“, wieder mal jemand als Israeli einordnete. Schließlich waren es die Äußerungen Martin Walsers, die den Ghetto-Überlebenden Bubis verbittert zurückließen.

In seiner Friedenspreisrede hatte der Schriftsteller im Herbst vergangenen Jahres von der Moralleule „Auschwitz“ gesprochen. Am Ende brachte die Festgesellschaft dem Redner stehend Ovationen dar – allein Bubis und seine Frau Ida blieben wie versteinert sitzen. Walser, befürchtete Bubis seither, habe „ein Tor geöffnet“.

Da mochte der 72-Jährige, dem Tag für Tag Drohungen und Beschimpfungen Rechtsradikaler per Post ins Haus flatterten, Deutschland über den Tod hinaus nicht mehr trauen. Damit sein Grab nicht wie das seines Vorgängers Galinski von Rechtsradikalen geschändet werden könnte, entschied sich Bubis für eine Beerdigung in Israel.

KAREN ANDRESEN

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen

für Texte und Grafiken:

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris

Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869

Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom / SPIEGEL TV-Videos

Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
 E-Mail: service@spiegel.de

Abonnenten-Service

SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
 Reise/Umzug/Ersatzheft
 Telefon: (040) 411488

Auskunft zum Abonnement

Telefon: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-2898

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz: DER SPIEGEL,

Postfach, 6002 Luzern,

Telefon: (041) 3173399 Fax: (041) 3173389

E-Mail: leserservice@di.ch

Abonnement für blind

Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606267 Fax: (06421) 606269

Abonnementspreise

Inland: Zwölf Monate DM 260,-

Studenten Inland: Zwölf Monate DM 182,-

Schweiz: Zwölf Monate sfr 260,-

Europa: Zwölf Monate DM 369,20

Außerhalb Europas: Zwölf Monate DM 520,-
 Halbjahresaufträge und befristete Abonnements
 werden anteilig berechnet.

Abonnementsaufträge können innerhalb einer Woche
 ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an
 den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach
 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden.
 Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
 SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
 Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
 Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,- pro
 Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
 Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das
 monatliche Programm-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte
 Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab _____ an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

- Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
 Ermächtigung zum Bankeinzug
 von 1/4jährlich DM 65,-

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche
 ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag,
 Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039
 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt
 die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten

SP99-003

DER SPIEGEL

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de · T-Online *SPIEGEL#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK Leitung: Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg (stellv.). Redaktion: Karen Andresen, Dietmar Hipp, Bernd Kühn, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. Autoren, Reporter: Dr. Thomas Darnstädt, Matthias Matussek, Hans-Joachim Noack, Hartmut Palmer, Dr. Dieter Wild; Berliner Büro Leitung: Jürgen Leinemann, Hajo Schumacher (stellv.). Redaktion: Petra Bornhöft, Martina Hildebrandt, Jürgen Hofgreve, Horand Knaup, Dr. Paul Lersch, Dr. Hendrik Munsberg, Dr. Gerd Rosenkranz, Harald Schumann, Alexander Szandar

DEUTSCHLAND Leitung: Clemens Höges, Ulrich Schwarz. Redaktion: Klaus Brinkbäumer, Annette Bruhns, Doja Hacker, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Udo Ludwig, Thilo Thielke, Andreas Ulrich. Autoren, Reporter: Jochen Bölsche, Henryk M. Broder, Gisela Friedrichsen, Norbert F. Pötzl, Bruno Schrep, Michael Sontheimer; Berliner Büro Leitung: Heiner Schimmöller, Georg Mascolo (stellv.). Redaktion: Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Carolin Emcke, Susanne Koelbl, Irina Repke, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Gabor Steingart. Redaktion: Dr. Hermann Bott, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusch, Thomas Tuma. Autor: Peter Bölke; Berliner Büro Leitung: Jan Fleischhauer (stellv.). Redaktion: Markus Dettmer, Oliver Gehrs, Elisabeth Niejahr, Christian Reiermann, Ulrich Schäfer

AUSLAND Leitung: Dr. Olaf Ihlau, Dr. Romain Leick, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann (stellv.). Redaktion: Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Hans Hiescher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Isemann, Claus Christian Malzhahn, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Dr. Stefan Simons, Helene Zuber. Autoren, Reporter: Dr. Erich Follath, Carlos Widmann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf (stellv.); Jürgen Petermann. Redaktion: Dr. Harro Albrecht, Marco Evers, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Alexandra Rigos, Matthias Schulz, Dr. Jürgen Scriba, Christian Wüst. Autoren, Reporter: Henry Glass, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT Leitung: Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. Redaktion: Susanne Beyer, Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Lothar Gorris, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbien, Reinhard Mohr, Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershöfer, Martin Wolf. Autoren, Reporter: Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dr. Jürgen Neffe, Cordt Schreiber, Alexander Smolctzyk, Barbara Supp

SPORT Leitung: Alfred Weizenitz. Redaktion: Matthias Geyer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger
SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzler; Christian Habbe, Heinz Höfl, Hans Michael Kloth, Dr. Walter Knips, Reinhard Krumm, Gudrun Patricia Pott

SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau
CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann, Dieter Geltrich, Hermann Harms, Bianca Huneke, Rolf Jochum, Katharina Lützen, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Seiger, Tapio Sirrka

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Josef Casallos, Christiane Gehner; Werner Bartels, Manuela Cramer, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Maria Hoffmann, Antje Klein, Matthias Krug, Claudia Menzel, Peer Peters, Dilia Regnier, Monika Rick, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. E-Mail: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter, Stefan Wolf

LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Sebastian Raulf; Christel Basilon-Pooch, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödig, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

PRODUKTION Wolfgang Küster; Sabine Bodenhausen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland
TITELBILD Thomas Bonnie; Stefan Kiefer, Ursula Morschhäuser, Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030)203874-00, Fax 203874-12

BONN Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 215110

DRESDEN Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 8020271, Fax 8020275

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20

FRANKFURT A. M. Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz, Christoph Pauly, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Georgstraße 50, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Postfach 5669, 76038 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens, Bettina Musall, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

SCHWERIN Florian Gless, Spieltordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 577442, Fax 569919

STUTTGART Jürgen Dahlkamp, Katharinenstraße 63a, 73728 Esslingen, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BASEL Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 2830474, Fax 2830475

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Dražera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356

BRÜSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Başkurt Sokak No. 79/4, Beyoğlu, 80060 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großböggart, 16 Mevo Hammatim, Jerusalem Heights, Apt. 8, Jerusalem 94593, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 3604941, Fax 3607655

LONDON Hans Hoyng, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044207) 3798550, Fax 3798599

MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klußmann, 3. Choroschewskij Projed 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 91, Golf Links (I & II Floor), New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Thomas Huetlin, Mathias Müller von Blumencron, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Lutz Kruschke, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

PEKING Andreas Lorenz, Ta Yuan Wai Jiao Ren Yuan Gong Yu 2-2-92, Peking 100600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU Andrzej Rybak, Krzywkiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474

WASHINGTON Michaela Schiefl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 0 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Dieter Gessner, Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Eger, Johannes Erasmus, Cordelia Freinwald, Silke Geister, Dr. Sabine Giehle, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Gesa Höpner, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immsich, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Kollisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sigrid Lütlich, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Oltmer, Anna Petersen, Peter Philipp, Katja Ploch, Axel Pult, Ulrich Rambow, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szymm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpke-Hamel, Heiner Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles

INFORMATION Heinz P. Lohfeldt; Andreas M. Peets, Kirsten Wiedner, Peter Zobel

KOORDINATION Katrin Klocke

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

SPIEGEL ONLINE (im Auftrag des SPIEGEL: a + i art and information GmbH & Co.)

Redaktion: Hans-Dieter Degler, Ulrich Booms

NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

Nachdruck und Angebot in Leserzirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Vertrieb: Ove Saffe

Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 1. Januar 1999

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
 Druck: Gruner Druck, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$310 per annum. K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. e-mail: info @ glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 7. 8.

TÜRKEI Der führende Gewerkschafter Semsî Denizer wird durch sechs Schüsse in den Kopf getötet.

LUFTANGRIFFE Russische Einheiten fliegen in der Kaukasusrepublik Dagestan Luftangriffe auf muslimische Extremisten, die sich in den Bergen an der Grenze zu Tschetschenien verschanzt haben.

SONNTAG, 8. 8.

KOSOVO Rund 150 wütende albanische Demonstranten bewerfen Kfor-Soldaten mit Steinen und beschimpfen sie als Terroristen. Die Kfor-Soldaten berichten von Granatanschlägen gegen Serben im Kosovo, bei denen zehn Menschen verletzt wurden.

PARTEISTREIT SPD-Vize Scharping und Hans Eichel attackieren Ministerpräsident Klimmt, der die Politik der Regierung als ungerecht gegenüber sozial Schwachen bezeichnet hatte.

MONTAG, 9. 8.

KÜNDIGUNG Jelzin entlässt seinen Ministerpräsidenten Sergej Stepaschin (der Vierte in Folge in 18 Monaten) und ernennet den Geheimdienstchef Wladimir Putin zum neuen Regierungschef.

VERBOT China untersagt Papst Johannes Paul II. die Einreise nach Hongkong. Grund dafür ist, dass der Vatikan Taiwan als unabhängigen Staat anerkennt.

DIENSTAG, 10. 8.

INDIEN Die indische Luftwaffe schießt ein pakistanisches Militärflugzeug ab. Alle 16 Insassen werden dabei getötet.

AUFZEICHNUNGEN Israel will die Manuskripte von Adolf Eichmann deut-

schen Historikern zur Verfügung stellen.

INTERNET Zwei US-Buchhändler vertreiben Hitlers Buch „Mein Kampf“ übers Internet in Deutschland. Die Belieferung ist in der Bundesrepublik illegal.

MITTWOCH, 11. 8.

SCHWARZE SONNE Millionen von Menschen in Europa und Asien bejubeln trotz Wolkendecke die letzte totale Sonnenfinsternis dieses Jahrtausends.

FUSION Das Goethe-Institut will bis Ende des Jahres mit Inter Nationes fusionieren.

ZUSAMMENSCHLUSS Durch die Dreierfusion von Algroup, Alcan und Pechiney entsteht der größte Aluminiumkonzern der Welt mit 91 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 21,6 Milliarden Dollar.

TWISTER Ein Tornado mit einer Geschwindigkeit von mehr als 170 km/h verwüstet Salt Lake City.

DONNERSTAG, 12. 8.

NEUER KURS Grüne „Realos“ legen ein Thesenpapier vor, in dem ein Ökopakt mit der Wirtschaft gefordert wird.

BEGNADIGUNG Die Entführerin der Luft-hansa-Maschine „Landshut“, Souhaila Andrawes, soll wegen gesundheitlicher Probleme vorzeitig aus der Haft in Norwegen entlassen werden.

FREITAG, 13. 8.

FUSSBALL Start der 37. Saison der Fußball-Bundesliga.

TENNIS Steffi Graf erklärt in Heidelberg ihren sofortigen Rücktritt. Sie war insgesamt 377 Wochen die Nummer eins im Damen-Tennis.

SPIEGEL TV

MONTAG
23.00 – 23.30 UHR SAT 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Tierische Liebe – vom Umgang der Deutschen mit animalischen Hausgenossen
Ob Riesenalligator oder Frettchen, Ferkel oder Affe: Über 20 Millionen Haustiere krabbeln, wabbeln oder flitzen durch die deutschen Wohn- und Schlafzimmer, Zierfische nicht mitgerechnet. Mit Schönheitsfarmen, Luxushotels und Therapie-



Frau mit Hausferkel

SPIEGEL TV

zentren nutzen neue Wirtschaftszweige die extreme Zuneigung des Menschen zum Tier zu ihrem eigenen Vorteil. Und weil wahre Liebe den Tod überdauert, hat längst auch das Bestattungswesen tierische Dimensionen erreicht.

DONNERSTAG
22.05 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Hoch getunt und tiefer gelegt – wenn das Fahrzeug zum Kunstwerk wird
Auf der Messe „Car + Sound“ in Sinsheim treffen sich jährlich Deutschlands Hi-Fi-Fans, um neueste technische Entwicklungen zu bestaunen: Endstufen und Verstärker, Boxen oder Bässe – das Angebot auf Europas größter Schau für mobile Elektronik ist nahezu unerschöpflich. Eine Reportage über versessene Tuning-Fans bei der Arbeit an ihrem mobilen und soundtechnischen Lebenswerk.

SAMSTAG
VOX

SPIEGEL TV SPECIAL
entfällt.

SONNTAG
22.10 – 23.00 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

TV total – mehr Sicherheit durch Videoüberwachung in deutschen Städten?; Vorbild: Bonnie & Clyde – die Geschichte eines Gangsterpärchens aus Dortmund; Hals- und Beinbruch – die Hubschrauber-Weltmeisterschaft der Rettungsfleger.



Eine Ameise transportiert einen Quadratmillimeter großen Mikrochip. Mit der Aufnahme belegt die englische Huddersfield University die Erfolge ihrer Präzisionsarbeit in der Nanotechnologie.

REUTERS

GESTORBEN

Ernst Bader, 85. In den fünfziger und sechziger Jahren, als ganz Deutschland dem Schlager- und Schnulzenfieber erlag, war er ein gefragter Mann, wenn es darum ging, eine eingängige Melodie zu komponieren. Mehr als 900 Lieder, darunter Erfolgshits und Evergreens wie „Tulpen aus Amsterdam“, „Am Tag als der Regen kam“, „Die Welt ist schön, Milord“ machten ihn zu einem der erfolgreichsten deutschen Schlagertexter. Freddy Quinn hatte mit dem von ihm gedichteten „Heimweh – Brennend heißer Wüstensand“ nach langer Durststrecke erstmalig Erfolg, auch



M. URRBAN / ACTION PRESS

Edith Piaf, Caterina Valente, Rudi Schuricke, Peter Kraus, Adamo und Nana Mouskouri sangen Baders Ohrwürmer. Marlene Dietrich, die zwar „immer etwas an meinen Texten auszusetzen hatte“, gehörte zu seinen „besten Freundinnen“. Die von ihm verdienten Millionen hat der überzeugte Christ verschenkt, für soziale Projekte in aller Welt. Ernst Bader starb vergangenen Dienstag in Hamburg.

Ernesto Melo Antunes, 66. Er war der Ideologe der „Bewegung der Streitkräfte“, die am 25. April 1974 mit ihrer „Nelkenrevolution“ 48 Jahre Diktatur in Portugal beendete. Demokratie sah der geistige Kopf der Offiziere als Grundvoraussetzung für Entwicklung in seiner Heimat an, ebenso für die Beendigung des Kriegs in den afrikanischen Kolonien. Als Außenminister führte der Major die Verhandlungen über die Entkolonialisierung Angolas, Mosambiks und Guineas. Mit seiner gemäßigten Offiziersgruppe „der Neun“ verhinderte er 1975 einen Bürgerkrieg in seiner Heimat, wo der damalige Premier Brigadegeneral Gonçalves unter Einfluss der Kommunisten ein System nach osteuropäischem Muster etablieren wollte. Ernesto Melo Antunes starb vergangenen Dienstag in seinem Haus in Sintra an Lungenkrebs.

Victor Mature, 84. „Klar kann ich schauspielern“, sagte der Hüne einmal, „aber ich habe auch noch das hier.“ Gemeint war sein Körper, klotzig wie ein Schrank und mit einer Brust so breit, dass sie selbst Cinemascope-Format sprengte. Seiner Physis verdankte er denn auch seine Karriere weit mehr als subtiler Schauspielkunst. Wenn er – mit Lendenschurz oder Leopardenfell, seltener im grauen Anzug – durch die Hollywood-Schinken der vierziger und fünfziger Jahre stapfte, war er ein früher Schwarzenegger. Den Sohn eines Sche-

renschleifers hatte es schon als Teenager nach Hollywood getrieben. Nach Stationen als Tellerwäscher und Gelegenheitsdarsteller füllte er 1940, in einer seiner ersten Rollen, die Leinwand als prähistorischer Jäger „Tumak, der Herr des Urwaldes“. 1946 hustete er sich als tuberkulöser Doc Holliday so gekonnt durch John Fords „My Darling Clementine“, dass Kritiker ihn priesen. Drei Jahre später beeindruckte er, wieder barbrüstig, in Cecil B. DeMilles „Samson und Delilah“ nicht nur seine Partnerin Hedy Lamarr, sondern auch Groucho Marx: „Der einzige Film, den ich kenne“, so der Komiker, „in dem der Hauptdarsteller größere Titten hat als die Hauptdarstellerin.“ 1980, als er seine Filmkarriere beendete, hatte der Kraftmensch in etwa 60 Filmen 18 Millionen Dollar verdient – und das Erworbene klug angelegt: in einer Reihe von Fernsehgeschäften. Victor Mature starb am 4. August bei San Diego an Krebs.



CINETEXT

BERUFLICHES

Steffi Graf, 30, erfolgreichste Tennis-Spielerin aller Zeiten, will sich nach ihrem Rücktritt vom Turnier-Sport der Jugendförderung widmen. Nach 17 Profi-Jahren mit 107 Titelgewinnen, darunter 22 Grand Slams, plant die ehemalige Nummer eins der Weltrangliste eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Tennis Bund (DTB) bei der Nachwuchsschulung. Bislang betreute Graf bereits ein Junior-Team mit den Spielerinnen Mia Buric, Caroline Raba und Julia Biffar. Geschäftstermine für ihre Marke-



ONLINESPORT

tingagentur Steffi Graf Sport GmbH, die Tennisveranstaltungen organisiert und auch Popkonzerte inszenieren soll, führen sie nach einer für Ende August in New York vorgesehenen Abschiedspressekonferenz nach China. Die sportliche Karriere klingt im Dezember mit Schaukämpfen in Südafrika, Neuseeland und Asien aus.



Zeta-Jones

SYGMA



Douglas, Zeta-Jones

C. MCPHERSON / SYGMA

Catherine Zeta-Jones, 29, Hollywoods neuester Glamour-Star und derzeit amtierende Freundin des US-Schauspielers **Michael Douglas**, 54, hat eine spezielle Vorliebe für Brillanten. Die walisische Schauspielerin („Die Maske des Zorro“, „The Haunting“) liebt die Edelsteine so sehr, dass sie in ihrem nächsten Leben als Diamant auf die Erde zurückkommen möchte. Der bleibe „immer schön und ist so scharf, dass man mit ihm Gläser schneiden kann“. Michael Douglas weiß die Leidenschaft seiner neuen Flamme offenbar zu stillen: Seit einem Urlaub auf Mallorca ziert ein neuer Klunker Zeta-Jones' Ringfinger. Kein Verlobungsring, wie beide beteuern, aber Womanizer Douglas kennt schließlich das Motto: Diamonds are a girl's best friend.



Schuster, Karikatur

Wolfgang Schuster, 49, Stuttgarter Oberbürgermeister findet sich nicht mehr attraktiv genug – zumindest nicht in den Karikaturen der Stuttgarter Zeitung. Höchstpersönlich rief der CDU-Politiker deshalb bei **Friederike Groß**, 34, an, um sich über den Federstrich der Zeichnerin des Lokalteils zu beklagen. Sein Gesicht sehe in ihren Skizzen immer so hässlich aus, ließ der OB anklingen, noch dazu seien ihre



Arbeiten auch politisch bösartig und verletzend. Bis zur Kommunalwahl im Oktober wird die Zeitung den CDU-Schwaben jetzt gar nicht mehr karikieren. Lokalchef Martin Hohnacker: „Der hat bei uns eine Auszeit. So unentbehrlich ist der OB ja wirklich nicht.“ Für Schuster ist die ganze Angelegenheit derweil noch peinlicher geworden, seit er selbst von seinem Vorgänger und Stuttgarter Übervater Manfred Rommel den gut gemeinten Ratschlag in Empfang nehmen musste: „Ich hätte das bleiben lassen.“ Rommel schätzt die Karikaturistin Groß „ganz außerordentlich als witzig und originell“, Zeichnungen von ihr finden sich sogar in seinen Büchern.

Bärbel Dieckmann, 50, SPD-Oberbürgermeisterin von Bonn, legt seit neuestem größten Wert auf das „c“ in ihrem Namen. Seit der frühere Oberstadtdirektor von Bonn, Dieter Dieckmann, CDU, zusammen mit dem Bau-

träger Berthold Kaaf wegen des Verdachts der Untreue inhaftiert wurde, melden sich besorgte Bonner Bürger bei der Rathaus-Chefin und sprechen ihr Trost zu: Sie möge sich bloß nicht unterkriegen lassen, hört die wahlkämpfende Oberbürgermeisterin, auch wenn ihr Mann jetzt im Knast sitze, werde man zu ihr halten. Dieckmanns echter Gatte sah sich ebenfalls zu einer Klarstellung genötigt. „Ich war zwar schon mal im Knast“, berichtete Jochen Dieckmann, Justizminister in Nordrhein-Westfalen, kürzlich einer Journalistenrunde. „Aber ich konnte ihn am gleichen Tag wieder verlassen.“



Jörg Schönbohm, 61, Ex-General und Spitzenkandidat der CDU bei den Landtagswahlen in Brandenburg, amüsiert mit einem Wahlplakat zum Thema innere Sicherheit den politischen Gegner. Das großformatige Plakat spielt auf mehrere spektakuläre Gefängnisaus-

K. MEHNER

brüche aus brandenburgischen Haftanstalten an und soll eigentlich Justizminister Hans Otto Bräutigam (SPD) vorführen. Der Aufdruck „Was hier fehlt, ist Schönbohm“, erweckt nach Ansicht schadenfroher Sozialdemokraten jedoch den Eindruck, der CDU-Mann gehöre hinter Gitter. SPD-Landeschef Steffen Reiche süffisant: „Mit dieser Wahlaussage hat Schönbohm ausnahmsweise Recht.“

Mike Blee, 54, Sympathisant der „British Heart Foundation“ aus Upchurch in der englischen Grafschaft Kent, wirbt mit einer kolossalen Idee für die Herzstiftung. Mit Traktor und Mähmaschine hat er ein rund 250 Meter langes Labyrinth in Form einer männlichen Silhouette – Spitzname: „Hearty“ – in ein Maisfeld geschnitten. Besucher sind aufgefordert, durch das mannshohe Grün-Puzzle zu wandern und das Herz zu finden. Dort erwartet sie eine Plattform, von der aus man einen überraschenden Blick über den Koloss hat. Inspiriert wurde Blee von dem mit erigiertem Penis

abgebildeten Riesen auf den Kalkstein-Hügeln der Ortschaft Cerne Abbas in Dorset – einem vermutlich vorchristlichen Fruchtbarkeitssymbol. Das ist so beliebt, dass der National Trust Paare auffordern musste, sich dort nicht ihren Gelüsten hinzugeben, da sonst die Figur beschädigt würde. Blee



Blee-Figur „Hearty“

hat deshalb bei „Hearty“ vorgesorgt: „Ich habe meinem Riesen ein Feigenblatt verpasst.“

Charlotte Brittain, 20, englische Schauspielerin aus Cardiff, soll mit einer gewichtigen Rolle eine Lanze für dicke Frauen brechen. Als Sumo-Ringerin Daisy muss sie in der britischen Filmkomödie „Secret Society“ viel entblößte Haut zeigen. „Erst dachte ich, ich schaff’ das nicht, so halbnackt“, sagt Brittain, „aber dann begriff ich, wenn ich das kann, kann ich alles.“



Brittain

Zwei Monate lang wurde sie mit zwölf weiteren Dicken von professionellen japanischen Sumo-Ringern trainiert. Die erfuhren allerdings erst nach ihrer Ankunft in England, wen sie da fit machen sollten. Sonst wären sie wohl nicht gekommen – in Japan ist Ringen für Frauen verboten. Und das Sumo-Ritual verbietet es, Frauen zu berühren.

Andrea Fischer, 39, Bundesgesundheitsministerin, hat nicht nur Sorgen mit dem Arzneimittelbudget der Kassenärzte, sondern auch mit ihrem hauseigenen Personalrat. Mehrfach musste sich die Berlinerin bereits daran erinnern lassen, dass auch nach dem Hauptstadtwechsel „Bonn erster Dienstsitz“ geblieben sei; penibel listeten die Personalräte die Termine der Chefin auf. Ein Papier der Mitarbeitervertreter resümiert: „Es ist überhaupt kein Grund ersichtlich, warum die Ministerin nicht jeweils mehrere Arbeitstage pro Woche in Bonn verbringt.“ Doch die Grüne mag sich nicht einbestellen lassen. Schließlich sind die wichtigsten Mitarbeiter mit in die Hauptstadt gekommen. Die „Verantwortung, den Standort Bonn zu stärken“, wie es die Gewerkschafter fordern, will die Ministerin (Motto: „Kreuzberg statt Godesberg“) nicht akzeptieren. „Mein Terminkalender“, so Fischer, „ist zum Glück noch nicht mitbestimmungspflichtig.“

Aus dem schwäbischen „Tagblatt-Anzeiger“: „Das Gegenstück zur Sonnenfinsternis erleben wir alle vier Wochen: Bei Neumond verdeckt der Erdschatten den Trabanten, den man in superklaren Sternennächten als vagen Schatten am Himmel ausmachen kann. Vollmond bedeutet also im Umkehrschluss, dass der Mond den Erdschatten ganz verlassen hat. Die totale Sonnenfinsternis ist so selten, weil der Mond um vieles kleiner ist als die Sonne.“

Tod riss Fahrgäste aus dem Schlaf

Viele hundert Tote – das ist die Bilanz des neuesten Zugunglücks

Aus der „Rhein Zeitung“

Aus einer Lufthansa Cityline Werbeschrift über Anlaufschwierigkeiten mit einem neuen Flugzeugtyp: „So wurden verschiedene technische Modifikationen notwendig. Zu den Problemen gehörte, dass die Tablettts auf den ausgeklappten Tischen rutschten. Es dauerte eine ganze Weile, bis die befreiende Idee kam: Eine Stewardess legte einfach eine Serviette darunter.“

Welcher Ehemann hat keine Lust mit seiner Frau in den Urlaub zu fahren?

Übernehme seine Position gegen Gebühr.
Zuschriften bitte (mit Bild der Ehefrau) unter [Name] an die KREISZEITUNG.

Aus der „Böblinger Kreiszeitung“

Aus einem Museumsprospekt des Spessart-Museums: „Der Besucher wird ein abwechslungsreiches Lehrgebäude betreten, ein anregendes Haus der Erinnerung und des Erstaunens, das in der bewussten Annahme der gebotenen Aussagen eine über den augenblicklichen Eindruck hinausgehende Einordnung der historischen und modernen Wirklichkeit des Waldlandes begünstigen kann ... Die Objekte sollen nach Möglichkeit ihre museumsbedingte Isolation verlassen und in den Bezugsrahmen aus Zeiten, Umständen und Menschen zurücktreten aus dem heraus sie entstanden. Dadurch kann der an sich stumme Gegenstand, trotz der veränderten Wahrnehmungsgewohnheiten, die Dialogfähigkeit mit heutigen Betrachtern zurückgewinnen.“

Deutsche Sonnenfinsternis in Frankreich am besten zu sehen

CHRONOLOGIE 13. August, 09.30 Uhr
Lufthansa: 12.000 € ... Minister wartet ...

Aus der „Berliner Zeitung“

Zitate

Die „Berliner Zeitung“ über ein Interview-Projekt an der Berliner Humboldt-Universität zur NS-Vergangenheit deutscher Historiker und der Frage, ob deren Schüler – darunter so einflussreiche Wissenschaftler wie Hans-Ulrich Wehler und Wolfgang J. Mommsen – es in den fünfziger und sechziger Jahren versäumt hatten, die Rolle ihrer Lehrer im Dritten Reich zu hinterfragen:

Jedes Interview beginnt mit biografischen Fragen ... Dieser Teil bietet interessante Einblicke in das Studenten- und Universitätsmilieu der frühen Bundesrepublik. So erwähnen mehrere der Interviewten die „SPIEGEL“-Affäre von 1962 als den Wendepunkt, an dem neue politische Protestformen wie die berühmten Unterschriftenlisten ihren Weg in die Universitäten zu finden begannen.

Der „Tagesspiegel“ über das SPIEGEL-Gespräch mit dem britischen Stardirigenten und künftigen Chef der Berliner Philharmoniker, Sir Simon Rattle, „Ich will noch sehr viel lernen“ (Nr. 32/1999):

Wenn man mit einem einzigen Wort die Art beschreiben sollte, wie das Berliner Philharmonische Orchester Musik macht, würde wohl kaum jemand auf Anhieb antworten: „Sie swingen.“ Das sollten sie aber. Nicht immer, aber immer öfter ... Im ersten offiziellen Interview nach seiner Wahl zum Nachfolger Claudio Abbados auf der Pultposition des besten deutschen Orchesters hat Simon Rattle im SPIEGEL jetzt den Swing zum philharmonischen Motto ab dem Jahr 2002 erklärt. Um Missverständnissen vorzubeugen: Der 44-jährige Liverpooler will die Damen und Herren Philharmoniker in seiner Amtszeit nicht zur teuersten Big-Band aller Zeiten umfunktionieren – nur soll neben dem Weihevollen und dem Feingeistigen zukünftig auch das Ausgelassene, das Lockere wieder mehr Platz in den Programmen des Orchesters haben.

Die „Süddeutsche Zeitung“ zur SPIEGEL-Meldung „Trends – Mehr Geld für Eichel“ (Nr. 32/1999):

Die Steuereinnahmen in Deutschland sind im ersten Halbjahr 1999 stärker gestiegen als angenommen. „Wir sind in der Tat zufrieden“, sagte ein Sprecher des Finanzministeriums. Eine abschließende Bewertung sei aber noch nicht möglich. Man müsse zumindest das dritte Quartal abwarten. Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL berichtet, die weitaus stärker gestiegenen Steuereinnahmen resultierten vor allem aus einem steilen Anstieg der Einkommensteuer ... Das liege daran, dass Steuerschlupflöcher gestopft worden seien.